

Planung, Bauwesen und öffentliche Einrichtungen

Mit den Agenden der Planung, des Bauwesens und der öffentlichen Einrichtungen waren 4 Geschäftsgruppen befaßt, die unter der Leitung je eines amtsführenden Stadtrates standen. Diesen 4 Geschäftsgruppen waren 28 Magistratsabteilungen zugeordnet, von denen die 26 technischen der Stadtbauamtsdirektion, die beiden mit administrativen Angelegenheiten befaßten der Dienstaufsicht der Magistratsdirektion unterstanden.

Mit Entschließung vom 30. November 1973, MD-4160-1/73, erließ der Bürgermeister eine neue Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien, die Änderungen der Kompetenzeinteilung sowie der Zuteilung zu den neu gebildeten Geschäftsgruppen vorsieht.

Bis zur Änderung der Geschäftseinteilung koordinierte die

Stadtbauamtsdirektion

die Tätigkeit der 26 technischen Magistratsabteilungen und führte die technische Aufsicht über die beiden technischen Abteilungen (Wohnhäusererhaltung und Wäschereien), die der Geschäftsgruppe Wohnungswesen angehörten.

Der Dienstaufsicht der Stadtbauamtsdirektion unterstanden am 31. Dezember 1973 insgesamt 8.021 technische Bedienstete und 1.176 Saisonarbeiter; außerdem waren im Stadtbauamt 535 Bedienstete des Verwaltungsdienstes zugeteilt. Während der Sommermonate waren 14 inländische Feriapraktikanten beschäftigt.

Als Dienstaufsichtsstelle für das technische Personal hatte die Stadtbauamtsdirektion an der Erledigung von 23.409 Dienststücken allgemeiner und individueller Art entscheidend mitzuwirken. Außerdem hatte sie für Bedienstete, die dem Stadtbauamt angehörten, 306 Anträge für Dienstreisen im Inland und 211 Anträge für Dienstreisen in das Ausland an die Magistratsdirektion zu stellen sowie 2.268 von der Magistratsdirektion routinemäßig genehmigte Inlandsdienstreisen dieser nach Überprüfung der formellen Erfordernisse zur nachträglichen Genehmigung vorzulegen. Außerdem waren die Reisekostenrechnungen für sämtliche Dienstreisen zu überprüfen und dem Besoldungsamt zur Anweisung der genehmigten Beträge zu übermitteln. Desgleichen wurden 3.625 Theater-, Reserve- und Permanenzdienste vorgeschrieben; davon wurden 2.750 verrechnet.

Im Mai 1973 wurde mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitungsanlage eine *Vorschau* für die Budgetbelastung durch bauliche Investitionen für die Jahre 1974 bis 1976 ausgearbeitet. Diese Arbeit ist ein wesentliches Hilfsmittel für die Erstellung künftiger Voranschläge. Außerdem wurden die gesamten Kosten für das Straßenbauprogramm, einschließlich aller Einbautenarbeiten, die von Dienststellen des Stadtbauamtes und der Wiener Stadtwerke durchzuführen sind, erarbeitet. Diese Zusammenfassung erfolgte sowohl für das Gemeindestraßenbauprogramm als auch für die Bundesstraßen.

Der Umfang der Bautätigkeit der Stadt Wien und deren Bedeutung für die Bauwirtschaft ist aus der nachfolgenden Aufstellung der Beschäftigten während des Jahres 1973 auf Baustellen des Stadtbauamtes zu ersehen.

Monate	Im Durchschnitt beschäftigte Arbeitskräfte		
	im Hochbau	im Tiefbau	insgesamt
Jänner	7.137	2.436	9.573
Februar	7.511	2.822	10.333
März	8.031	3.153	11.184
April bis November	8.759	2.881	11.640
Dezember	8.861	2.675	11.536

Wie jedes Jahr wurden erhebliche finanzielle Mittel für Vorkehrungen aufgewendet, um die Bauarbeiten in den Wintermonaten fortführen zu können. Damit leistete die Stadt Wien einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe während dieser Zeit. Im Dezember 1972 waren im Hochbau 8.389 und im Tiefbau 2.559 Bauarbeiter beschäftigt, von Jänner bis März 1973 betrug die Zahl der im Hochbau Beschäftigten 7.560 und die Anzahl der Arbeiter auf Tiefbau-

stellen 2.804. Im Dezember 1973 gab es im Hochbau 8.861 und im Tiefbau 2.675 Beschäftigte. Allein auf den U-Bahn-Baustellen konnten während der Wintermonate bis zu 1.000 Arbeitskräfte beschäftigt werden.

Im Wiener Bauhaupt- und Baunebengewerbe war die Auftragslage im Jahre 1973 infolge der hohen, für bauliche Investitionen aufgewendeten Beträge als sehr gut zu bezeichnen. Außerordentlich günstig war wieder die Entwicklung auf dem Tiefbausektor, was unter anderem auf die großen städtischen Bauvorhaben, wie den U-Bahn-Bau, den verbesserten Donauhochwasserschutz und den Bau der Hauptkläranlage, zurückzuführen ist.

Ein wesentliches Aufgabengebiet war die Bearbeitung der Unterlagen für die Vergabe von Arbeiten, deren Bewilligung in die Kompetenz eines Gemeinderatsausschusses fielen. Dabei bestand auf Grund von Erfahrungen Gelegenheit, etwa vorhandene Mängel in den Vergabeakten festzustellen und im Einvernehmen mit den antragstellenden Abteilungen zu beseitigen. Im Jahre 1973 wurden 1.774 protokollierte Akten bearbeitet, wobei ein Gesamtersparnis von 31,753.000 S erzielt werden konnte.

Weiters waren freihändige Vergaben von Arbeiten schwierigster Art durchzuführen, die Honorarangebote der Ziviltechniker, mit Ausnahme jener der Architekten und Vermessungstechniker, zu prüfen, Verhandlungen, die von Bauabteilungen als ergebnislos abgebrochen worden waren, gleichsam in zweiter Instanz zu führen, Bauzeitverlängerungen und Pönale zu beurteilen, verschiedene Umrechnungen und Indexberechnungen vorzunehmen, Verhandlungen wegen Lohnerhöhungen zu führen und bei Vertragsauslegungen Ratschläge zu erteilen. Auch hiebei konnten im Interesse der Stadt Wien Kosten eingespart werden.

Im Jahre 1973 wurden in Form von Verständigungen — es handelte sich um 5 Verständigungen mit einem Umfang von insgesamt 128 Seiten — Weisungen in *Baupreisangelegenheiten* an die Bauabteilungen gegeben. Diese Verständigungen waren auch von einer großen Anzahl von amtlichen und halbamtlichen Stellen außerhalb des Magistrats der Stadt Wien als Richtlinien sehr geschätzt. Ferner konnten bei Beratungen der öffentlichen Auftraggeber im Bundesministerium für Finanzen über Preisberichtigungen für die Stadt Wien günstige Abschlüsse erzielt werden. Preisveränderungen aller Art, die Baustoffe betrafen, wurden nach Rücksprache mit der Paritätischen Kommission festgelegt. Außerdem nahmen Vertreter der Stadt Wien an fast allen Fachnormenausschüssen, an der großen Preisprüfungskommission des Allgemeinen Krankenhauses und an der AGÖST (Arbeitsgemeinschaft Österreichisches Standardleistungsbuch) teil.

Als Vorbereitung für die Staatsbaudienstprüfung für die Bediensteten der Verwendungsgruppe A und die Dienstprüfung für technische Bedienstete der Verwendungsgruppen C und D waren auch die Beamten mit den Problemen des Normen- und Verdingungswesens sowie mit der Baupreisprüfung und Kalkulation vertraut zu machen.

Schon zu Beginn des Jahres 1973 schlossen die öffentlichen Auftraggeber die Arbeiten für die Umstellung auf das Mehrwertsteuersystem ab. Nach Herausgabe der Entlastungssätze erhielten die Dienststellen des Stadtbauamtes ständig Weisungen bezüglich der durchzuführenden Maßnahmen. Vertreter des Stadtbauamtes nahmen auch an der permanent tagenden Mehrwertsteuerkommission teil.

Auf dem Gebiete der *Projektsteuerung* wurde die netzplantechnische Betreuung des U-Bahn-Projekts auch im Jahre 1973 weitergeführt. Es konnten damit wieder die notwendigen Unterlagen für Entscheidungen zur Verfügung gestellt werden. Dem Baufortschritt entsprechend wurde in diesem Jahr auch mit der netzplantechnischen Erfassung des Innenausbaus einiger Stationen begonnen. Für die WIG 74 konnten bis in die Endphase der Arbeiten noch wertvolle Erkenntnisse über die Termingestaltung durch die netzplantechnische Überwachung gefunden und damit Schwierigkeiten rechtzeitig erkannt werden. Auch für die Per Albin Hansson-Siedlung Ost und deren Zentrum an der Favoritenstraße wurde die Terminüberwachung weiter durchgeführt. Dabei wurden die baulichen Schwierigkeiten nicht zuletzt in der Termingestaltung erkennbar. In Zusammenarbeit mit dem Projektleiter wurde ferner mit der netzplantechnischen Bearbeitung einiger größerer Wohnbauvorhaben begonnen. Es zeigte sich, daß auf die rechtzeitige Fertigstellung der sozialen Infrastruktur besonders zu achten sein wird.

Um die notwendigen Voraussetzungen für den Bau und den Betrieb des Sozialmedizinischen Zentrums in ihrer zeitlichen Abhängigkeit besser überblicken zu können, wurde auch hierfür die Netzplantechnik erfolgreich eingesetzt. Ebenso wurde für den Kern der Anlage des Allgemeinen Krankenhauses als Koordinierungshilfe für die Durchführung der Professionistenarbeiten, gemeinsam mit der örtlichen Bauleitung, ein Netzplan ausgearbeitet. Schließlich konnten die Unterlagen für die baulichen Investitionen sowie den Ausbau der Gemeinde- und Bundesstraßen den Anforderungen weiter angepaßt und verbessert werden.

Die Arbeiten an den Vorschriften zur *Lärmbekämpfung* wurden fortgesetzt. Besonders zu erwähnen sind Vorschriften für eine Meßmethode zur Nahmessung des Kraftfahrzeuglärms, die

Novellierung der Ö-Normen für Schallschutz sowie die Schaffung von Ö-Normen auf dem Gebiete der Lärmschutzplanung und der Akustik.

Das umfangreiche Meßstellennetz zur Untersuchung der Luft auf Schwefeldioxyd und Staub wurde erweitert. Ferner wurden ambulante Messungen des aus dem Kraftfahrzeugverkehr stammenden Kohlenmonoxydgehaltes durchgeführt. Aber auch die Arbeiten an den gesetzlichen Grundlagen zur Verminderung der Luftverunreinigung wurden fortgesetzt. Hierher zählen das Feuerpolizeigesetz und die Vorschriften zur Verringerung der Emissionen aus dem Hausbrand.

An Vorschriften gegen die Umweltverschmutzung durch Abfälle wurde ebenfalls weitergearbeitet. Besonders zu erwähnen sind hier die Arbeiten zur Beseitigung des Altöls, der Gifte und des Sondermülls.

Als Aufsichtsbehörde für die Bau- und Baunebengewerbe nahm die Stadtbauamtsdirektion die Berufsbefähigungsprüfungen ab. Zur Prüfung für das Elektrikergewerbe waren 35 Kandidaten zugelassen worden, aber nur 34 angetreten; 22 bestanden die Prüfung, 12 wurden reprobirt. Sehr hoch war der Anteil der Prüflinge, welche die Befähigungsprüfung für Gas- und Wasserinstallateure nicht bestanden haben; von den 39 angemeldeten und 37 geprüften Kandidaten erhielten nur 12 das Befähigungszeugnis. Zu den Meisterprüfungen für die Bau- und Baunebengewerbe, also die Bau-, Maurer-, Zimmer-, Steinmetz- und Brunnenmeisterprüfung, waren 112 Kandidaten zugelassen worden, doch traten nur 101 zu den Prüfungen an; Erfolg hatten hierbei nur 43 Prüflinge, während 58 zurückgestellt werden mußten. Wesentlich besser waren die Ergebnisse bei den Ziviltechnikerprüfungen. Zu diesen waren 174 Personen zugelassen worden und 123 tatsächlich angetreten, und zwar 97 mit Erfolg; es versagten also nur 26 Prüflinge.

Die Dienstprüfungen für die Verwendungsgruppen C und D sollten 101 Bedienstete ablegen; von den 100 Geprüften bestanden nur 5 Kandidaten die Prüfung nicht. Bei den technischen Lehrlingen legten alle 19 zugelassenen Prüflinge die Abschlußprüfung mit Erfolg ab.

Wirtschaftliche Planung und Koordinierung

Auf wirtschaftlichem Gebiet wurde vornehmlich die Wiener Wirtschaft ständig beobachtet, es wurden aktuelle wirtschaftliche Fragen behandelt und auch ein Untersuchungsprogramm zur Feststellung der Auswirkungen der eingeleiteten wirtschaftsfördernden Maßnahmen der Stadtverwaltung wurde vorbereitet.

Die im Jahre 1970 auf Grund umfangreicher Untersuchungen vorgelegten Leitlinien für die Wiener Wirtschaftspolitik stützten sich auf eine Analyse der Struktur und Entwicklung der Wiener Wirtschaft und schlugen wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Beseitigung von erkannten, die Entwicklung der Wirtschaft hemmenden Faktoren vor. Die daraufhin eingeleiteten Maßnahmen — es handelte sich vor allem um die Erschließung und Bereitstellung von Betriebsflächen, Investitionsförderungen in Form von Finanzierungshilfen sowie arbeitsmarktpolitische Regelungen — und die in Österreich in den letzten Jahren herrschende Hochkonjunktur haben die strukturändernde, die neuzeitlichen Errungenschaften nützende Entwicklung der Wiener Wirtschaft wesentlich unterstützt.

Im Jahre 1973 wurde von der Stadtverwaltung eine weitere Etappe des Flächenerschließungsprogramms der Stadt Wien vorbereitet. Diese 5. Etappe sieht die Aufschließung sowie die Verbesserung der Infrastruktur von drei Betriebsbaugebieten mit einer Ausdehnung von insgesamt rund 357.800 m² Fläche vor. Die Kosten dieser Maßnahmen werden auf rund 52 Millionen Schilling geschätzt. Erfasst sind hievon im 22. Bezirk die Gebiete um die Verkehrsader Am Langen Felde und an der Dr. Otto Neurath-Gasse und im 23. Bezirk die Wiener Flur. Wirtschaftspolitisch besonders interessant ist das Projekt „Dr. Otto Neurath-Gasse“. Die Wiener Betriebsansiedlungsgesellschaft mbH hat hier — ähnlich wie die Gründe der ehemaligen Austria-Emailwerke in Simmering — einen stillgelegten Betriebskomplex einer wirtschaftlichen Nutzung dadurch wieder zugänglich gemacht, daß sie dessen Areal aufgeteilt und mit entwicklungsfähigen Unternehmen besiedelt hat. Einschließlich dieser 5. Etappe des Betriebsflächenerschließungsprogramms wird die Stadt Wien insgesamt 5.049.000 m² Boden als Betriebsbauflächen erschlossen haben. Die Aufschließungskosten werden sich auf rund 774 Millionen Schilling belaufen.

Bei einem Teil der Flächen, die für das Betriebsflächenerschließungsprogramm ausgewählt wurden, konnten die Aufschließungsarbeiten bereits gänzlich oder doch so weit abgeschlossen werden, daß es möglich war, sie mit Betrieben zu besiedeln. Von den Gründen der Stadt Wien oder der Wiener Betriebsansiedlungsgesellschaft mbH wurden seit dem Jahre 1969 an rund 100 Betriebe etwa 1 Million Quadratmeter Betriebsbauflächen abgegeben, auf denen mit einem Aufwand von etwa 2,5 Milliarden Schilling Betriebsstätten mit rund 11.500 neuen Arbeitsplätzen errichtet wurden oder noch gebaut werden.

Die Stadt Wien stellt aber nicht nur Grundflächen zur Verfügung und sorgt für deren Aufschließung, damit moderne Arbeitsplätze geschaffen werden können, sie leistet auch finanzielle Hilfe. Im Jahre 1973 wurden die Mittel der Industrieansiedlungs-Kreditaktion (IAS-Kreditaktion) auf 720 Millionen Schilling aufgestockt. Bis Ende September 1973 wurden im Rahmen dieser Aktion an 57 Betriebe Kredite von zusammen 664 Millionen Schilling zugesichert. Zu diesen langfristigen Krediten, die zur Finanzierung von Neubauten, Adaptierungen und Erweiterungen von Betrieben bestimmt sind, leistet die Stadt Wien während der Anlaufzeit Zinszuschüsse. Eine weitere Aktion der Stadt Wien, bei der ebenfalls Zinszuschüsse geleistet werden, fördert die Ansiedlung von Großhandelsbetrieben. Der Kreditrahmen dieser Aktion wurde im Jahre 1973 gleichfalls, und zwar auf 150 Millionen Schilling, aufgestockt. Die Summe der bis Ende September 1973 an 11 Betriebe vergebenen Kredite belief sich auf rund 117 Millionen Schilling. Die Wiener Kreditbürgschaftsgesellschaft, deren Aufgabe es ist, die Haftung für Investitionskredite in jenen Fällen zu übernehmen, in denen zwar die Investition wirtschaftlich gerechtfertigt ist, für die Kredite von den Unternehmen aber keine ausreichenden Sicherheiten erbracht werden können, bürgte bis Ende September 1973 für 168 Betriebe für Kredite im Ausmaß von 172 Millionen Schilling. Im übrigen wurden die Kreditaktionen der Stadt Wien, wie die Fremdenverkehrs-, die Existenzgründungs- sowie die Gast- und Schankgewerbekreditaktion, fortgeführt. Die zinsbegünstigten Kredite boten der Wiener Wirtschaft Investitionsanreize und -erleichterungen.

Die von der Stadt Wien eingeleiteten wirtschaftspolitischen Maßnahmen haben sich, wie statistische Unterlagen, Wirtschaftskontakte und die Ergebnisse von Untersuchungen erkennen lassen, auf die Gesamtwirtschaft günstig ausgewirkt, weshalb ihre Fortsetzung für zweckmäßig erachtet wird.

Die Tätigkeit der Wiener Stadtverwaltung auf wirtschaftspolitischem Gebiet erstreckte sich unter anderem auf Maßnahmen zur Verbesserung der Situation auf dem Wiener Arbeitsmarkt. Wie eigene Untersuchungen ergaben, liegen die Probleme des Wiener Arbeitsmarktes — abgesehen von den Auswirkungen der demographischen Besonderheit Wiens — vor allem in der Gastarbeiterbeschäftigung und im Mangel an qualifiziertem Nachwuchs. Mit diesen beiden Fragen beschäftigte sich im Jahr 1973 vornehmlich auch der arbeitsmarktpolitische Beirat für Wien, als dessen Geschäftsstelle die Magistratsabteilung für wirtschaftliche Planung und Koordinierung fungierte. Zur Milderung der Nachwuchsprobleme in der Wiener Wirtschaft wurde gemeinsam mit den Interessenvertretungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber ein Programm zur Errichtung von Wohnheimen für Lehrlinge und Gesellen erarbeitet. Dieses Programm sieht den Bau von 3.000 Heimplätzen vor. Noch im Jahre 1973 wurde die Planung von rund 920 Heimplätzen eingeleitet.

Der Fonds zur Beratung und Betreuung von Zuwanderern nach Wien griff im Jahr 1973 indirekt in den Arbeitsmarkt regelnd ein, etwa dadurch, daß er interessierten Zuwanderern Unterkunftsmöglichkeiten zur Verfügung stellte. In 8 Beratungsstellen erhielten ausländische Arbeitskräfte überdies Informationen über Fragen des Sozial- und Familienrechtes, über Probleme des Mutterschutzes sowie in fremdenpolizeilichen, Zoll-, Versicherungs- und Kreditangelegenheiten. Im Laufe des Jahres wurden rund 9.800 Beratungen durchgeführt.

Weiters wurde das konjunkturelle Geschehen ständig mit größter Aufmerksamkeit beobachtet. Seit einigen Jahren herrscht hierzulande ungebrochene Hochkonjunktur. Österreich lag mit einer realen Wachstumsrate von durchschnittlich 6,5 Prozent in den letzten Jahren ständig im Spitzenfeld der europäischen OECD-Länder und konnte damit einen Teil der Wohlstandsdifferenz zu den westlichen Industriestaaten wettmachen. Die günstige gesamtösterreichische konjunkturelle Entwicklung wirkte sich auch in der Wiener Wirtschaft positiv aus, wie in den drei, im Laufe des Jahres 1973 verfaßten Konjunkturberichten gezeigt werden konnte.

Als Folge der herrschenden Hochkonjunktur war die Lage auf dem Wiener Arbeitsmarkt weiterhin sehr günstig. Die Wiener Wirtschaft meldete im Jahre 1973 mehr als 20.000 offene Stellen, während die Zahl der Arbeitslosen nur bei rund 8.000 lag, und von diesen waren wiederum nur 2.000 Personen voll für eine Vermittlung geeignet. Nach der Umkehr des seit 1962 herrschenden Trends zur Abnahme der Beschäftigten in den Jahren 1971 und 1972 stieg im Jahre 1973 die Zahl der Beschäftigten um fast 16.000 an. Im Herbst 1973 gab es mit 783.200 unselbständig Beschäftigten einen annähernd gleich hohen Beschäftigtenstand wie im Rekordjahr 1962. Der Zuwachs an Beschäftigten in den letzten Jahren ist allerdings fast ausschließlich auf die Zunahme der Gastarbeiter in Wien zurückzuführen. Gegen Ende des Jahres 1973 waren in Wien an die 95.000 Ausländer beschäftigt. Allein in diesem Jahr dürfte ihre Zunahme etwa 15.000 betragen haben. Allerdings war 1973 auch das erste Jahr, in dem die Zahl der inländischen Beschäftigten nicht mehr abnahm.

Innerhalb der Wiener Wirtschaft verlagerte sich im Jahr 1973 das Wachstum noch stärker als in der Vergangenheit vom sekundären zum tertiären Sektor, was besonders deutlich in einer überdurchschnittlichen Zunahme der Beschäftigten dieser Sparte (rund 4 Prozent) zum Ausdruck kam. Während

Industrie und Gewerbe in der realen Produktionsentwicklung stagnierten, expandierte die Bauwirtschaft weiter, allerdings nicht mehr im selben Ausmaß wie in den vergangenen Jahren. Die Maßnahmen zur Dämpfung der mehr als angespannten Konjunktur in diesem Wirtschaftszweig wirkten sich somit auch in Wien deutlich aus. Trotzdem war die Auftragslage der Wiener Bauwirtschaft gesichert, der Auftragsüberhang reichte in den meisten Sparten bis in das Frühjahr 1974.

Die im Baugewerbe herrschende Hochkonjunktur sowie die auf Bundesebene eingeleiteten Dämpfungsmaßnahmen waren im wesentlichen auch die Themen der Beratungen im Wiener Bauwirtschaftsbeirat, für den die Magistratsabteilung für wirtschaftliche Planung und Koordinierung die Aufgaben einer Geschäftsstelle besorgte. Im Beirat wurden Anregungen zur Anpassung der Kapazität der Bauwirtschaft an die Auftragslage gegeben, und es wurde nahegelegt, die Gründe für die Verzögerung des Beginns und der Fertigstellung von geförderten Wohnungen zu untersuchen. Es wurde aber nicht nur die Kapazität der Bauwirtschaft beobachtet, sondern auch die Struktur der Bauarbeiter ermittelt. Markantestes Ergebnis war, daß von den rund 32.000 in Wien beschäftigten inländischen Bauarbeitern nur knapp 8.000 in Wien wohnten und jeweils mehr als 9.000 Arbeiter aus dem Burgenland und aus Niederösterreich in die Bundeshauptstadt einpendelten.

Im Jahr 1973 wurde ferner das Untersuchungsprogramm bezüglich einzelner Wiener Branchen fortgesetzt. Die Untersuchung hinsichtlich der Spediteure, Lagerhalter und Frachtführer lieferte wichtige branchenspezifische Kennzahlen über Beschäftigte, Umsatz, Kunden- und Absatzstruktur sowie über die Entwicklung und die Probleme dieser Branchen. Da bei den auf regionaler Ebene zu lösenden Problemen häufig das Flächenproblem auftrat, wurde in Zusammenarbeit mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien eine spezielle Flächenbedarfserhebung, in die auch die Großhändler einbezogen wurden, durchgeführt. Es zeigte sich, daß diese Wirtschaftsbereiche, mit Ausnahme der Frachtführer, ebenso wie die Industrie und das Großgewerbe ein lebhaftes Interesse an Flächen für eine Betriebsverlagerung an den Stadtrand haben. Rund 160 Großhandels- und Speditionsbetriebe meldeten einen Flächenbedarf von etwa 850.000 m² an. Die Nachfrage konzentrierte sich überwiegend auf den südlichen Stadtrand. Da nunmehr der Flächenbedarf von vier Wiener Wirtschaftssparten vorliegt (Industrie, Gewerbe, Großhandel und Spediteure), wurde damit begonnen, eine Zusammenfassung und vergleichende Gegenüberstellung der Ergebnisse dieser Erhebungen auszuarbeiten.

Während bisher in erster Linie das Problem der Verlagerung von Wirtschaftsfunktionen an den Stadtrand zur Diskussion stand, wurde im Jahre 1973 zusätzlich die Frage der Entwicklung von Wirtschaftsfunktionen, besonders im dichtverbauten Gebiet, in die Überlegungen einbezogen. Zu diesem Zwecke beteiligte sich die Stadtverwaltung an einer vom Wiener Institut für Standortberatung ausgeschriebenem Subskription für eine Wiener Büromarktstudie.

Da die Untersuchungen der bedeutendsten Wirtschaftssparten Wiens zur Ermittlung der wichtigsten Kennzahlen abgeschlossen werden konnten, wurde versucht, aussagekräftiges Material über spezielle Fragen zu erarbeiten. Unter anderem wurde im Jahre 1973 das Ausmaß der industriellen Forschungs- und Entwicklungstätigkeit in Wien untersucht. Dabei zeigte sich, daß Wien trotz seiner zentralen Funktionen nur eine etwa durchschnittliche Forschungsintensität im Vergleich zum gesamten Bundesstaat aufweist. Lediglich was die Elektroindustrie anlangt, hält Wien einem internationalen Vergleich stand. In allen übrigen Sparten besteht, international gesehen, ein starker Aufholbedarf. Die Untersuchung lieferte auch Hinweise dafür, daß die Annahme, die Forschung und Entwicklung werde am Sitz der Zentralen betrieben, nicht stichhältig ist; sie erfolgt vielmehr in den Produktionsbereichen. Für die Wiener Wirtschaftspolitik könnte daraus abgeleitet werden, daß eine industrielle Basis nötig wäre, um einen hohen Anteil an der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit zu erreichen.

Weiters wurde die Exportstruktur der Wiener Wirtschaft, unter besonderer Berücksichtigung der Funktion Wiens im Osthandel, durchleuchtet. Dabei konnte festgestellt werden, daß Wien in der österreichischen Exporttätigkeit eine überragende Rolle zukommt. Rund die Hälfte der österreichischen Exporte laufen über Wien, der Anteil der Wiener Produkte an der Ausfuhr beträgt zirka 50 Prozent. Auch dem Ostgeschäft kommt in Wien eine wesentlich stärkere Rolle zu als im gesamtösterreichischen Durchschnitt. Der Warenverkehr mit den Abnehmern in den Oststaaten erreicht jedoch noch nicht den Anteil der früheren EWG- und EFTA-Staaten.

Um die Untersuchungen über die Exportstruktur abzurunden, wurde mit einer Studie über ausländische Repräsentanzen in Wien begonnen. Die ersten Ergebnisse zeigten, daß in Wien rund 300 ausländische Firmen Niederlassungen unterhalten, über die sie ihre Geschäfte mit den Oststaaten abwickeln.

Bezüglich des Fragenkomplexes „Einzelhandel, Nahversorgung und Geschäftsstraßen“, aber auch in Zentren- und Cityfragen wurde das begonnene Untersuchungsprogramm fortgesetzt. Die vorlie-

genden Daten der Einzelhandelsstudie wurden ausgewertet und ergaben, daß im mittelständischen Einzelhandel die Zahl der Geschäfte abnimmt und der Umsatz, werden die Preissteigerungen bedacht, stagniert. Den steigenden Konsum dürfte die Wiener Bevölkerung überwiegend in den modernen Formen des Einzelhandels, wie etwa in Diskontgeschäften, Kaufhäusern und Verbrauchermärkten, aber auch in den Dienstleistungsbetrieben decken.

Um über die räumlichen Auswirkungen der Strukturänderungen auf dem Versorgungssektor einen Überblick zu gewinnen, wurde eine spezielle Untersuchung eingeleitet. Im Rahmen dieser Arbeiten sollen Nahversorgungsdaten in ausgewählten Stadtrandgebieten, in Zentren und in Geschäftsstraßen erhoben werden. Überdies wird an einer kleinräumigen Erhebung der Nahversorgungssituation im 21. und 22. Bezirk gearbeitet.

In diesem Zusammenhang wurde auch eine Nachuntersuchung über das Einkaufszentrum Großfeldsiedlung vorgenommen, die Aussagen über die Erfahrungen der Bevölkerung und der Geschäftsleute erbrachte sowie die Umsatzentwicklung, das Preisniveau und das Leistungsergebnis analysiert. Die Untersuchungen der Geschäftsstraßen Wiedner Hauptstraße und äußere Währinger Straße standen zu Jahresende kurz vor dem Abschluß.

Nach der Fertigstellung eines Entwicklungsprogramms „Wiener City“ wurden Detailuntersuchungen aufgenommen, die sich mit den vermutlichen Auswirkungen der geplanten Fußgängerzonen im Bereich des Kohlmarktes und der Naglergasse sowie im Bereich Wollzeile-Heiligenkreuzer Hof befaßten. Parallel dazu wurden in 34 wichtigen Wiener Geschäftsstraßen Passantenzählungen vorgenommen, um zusammen mit den Ergebnissen der bereits im Jahre 1972 durchgeführten Erhebungen Indikatoren für ihre Entwicklung zu erhalten.

Wie einleitend erwähnt, wurden Vorarbeiten aufgenommen, um vornehmlich die wirtschaftlichen Auswirkungen von Förderungsmaßnahmen der Stadt Wien zu erforschen. Aufbauend auf Untersuchungen über Betriebsverlagerungen innerhalb Wiens und in das Wiener Umland soll zunächst ein Überblick über das Ausmaß und die Struktur der neugeschaffenen und geförderten Arbeitsplätze im Raum Wien erarbeitet werden. Einen Teil dieser Arbeit bilden Studien zur Erforschung der Motive für die Verlagerungen innerhalb oder außerhalb des Stadtgebietes. Die Ergebnisse dieser Arbeit sollen Hinweise für die Ausrichtung der zukünftigen Wirtschaftsförderungspolitik der Stadtverwaltung liefern.

Um auch Vergleichsdaten über Finanzierungshilfen zu gewinnen, wurde die Verteilung der wichtigsten bundeseinheitlichen Kreditaktionen nach Bundesländern ermittelt. Dabei zeigte sich, daß Wien in den letzten Jahren bei der Kreditvergabe keineswegs jene Berücksichtigung gefunden hatte, wie dies dem Anteil am Bruttonationalprodukt und an der Zahl der Beschäftigten entsprochen hätte. Selbst bei Berücksichtigung einer geringeren Investitionsintensität der Wirtschaft im städtischen Raum ist der Anteil Wiens von 6 Prozent im Jahre 1972 als weit unterdurchschnittlich anzusehen.

Das zweite Hauptanliegen der Stadtverwaltung war, soziologische Fragen zu lösen. Neben der fortgesetzten Analyse der Bevölkerungsbewegung und den nötigen begleitenden Untersuchungen wurden wohnsoziologische Fragen behandelt; außerdem wurde mit einer Untersuchungsreihe über die Bedürfnisse der Wiener Bevölkerung begonnen. Die erarbeiteten Daten werden als Basis für ein Modell dienen, das eine langfristige Prognose über die Entwicklung der Wiener Bevölkerung, einschließlich des Arbeitsmarktes und der sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die Wirtschaft, zum Ziele hat.

Im einzelnen muß zur Entwicklung der Wiener Bevölkerung gesagt werden, daß sich in den Jahren 1972 und 1973 der Geburtenrückgang in Wien fortsetzte. Die Zahl der Geburten war im Jahre 1972 in Wien mit 16.200 um 6 Prozent niedriger als im Vorjahr; im gesamten Bundesgebiet betrug der Geburtenrückgang 4 Prozent. Gleichzeitig war aber auch ein leichter Rückgang der Sterbefälle zu verzeichnen, so daß sich das Wiener Geburtendefizit auf rund 10.700 (1971: 11.200) verringerte. Die Ursachen des Geburtenrückganges liegen in erster Linie in der schlechten Besetzung der Altersgruppe der 20- bis 30jährigen und weniger in der geringeren Zahl der Kinder pro Familie. Diese Aussagen wurden durch eine Untersuchung über die Anzahl der gewünschten und der vorhandenen Kinder in Wiener Familien erhärtet. Dabei zeigte sich, daß die bisherigen Klischeevorstellungen, daß Wien eine sterbende Stadt sei und früher wesentlich mehr Kinder geboren wurden als in der Gegenwart, nicht zutreffen. Die Studie ergab nämlich, daß ältere Generationen, etwa die den Geburtsjahrgängen 1900 bis 1910 Angehörigen, im Durchschnitt eher weniger Kinder hatten als die heute 30- bis 40jährigen. Als ideale durchschnittliche Zahl wird für eine Wiener Familie 2,1 Kinder angesehen; damit wäre ein Konstanthalten der Bevölkerung gesichert. Dem Wunsch der Befragten würden im Durchschnitt 1,8 Kinder pro Familie entsprechen. Diesem Wunschziel kommt die Zahl der bereits geborenen und noch weiter gewünschten Nachkommen mit 1,7 Kinder je Familie ziemlich

nahe. Es wurde ferner festgestellt, daß der Großteil der Ehepaare nach drei Jahren bereits mindestens ein Kind besitzt und daß sich auch der Abstand zwischen den Geburten gegenüber früher beträchtlich verkürzt hat; im Durchschnitt beträgt er nur noch zwei Jahre.

Um die laufende Entwicklung der Wiener Bevölkerung abschätzen zu können, wurde ferner die Zu- und Abwanderung beobachtet. Wie sich zeigte, sinkt im allgemeinen die Zahl der inländischen Zuwanderer nach Wien, während die Abwanderung in die anderen Bundesländer ansteigt. Die regionale Verteilung der Zu- und Abwanderer zeigte gegenüber den Vorjahren keine nennenswerte Änderung. Sie stammen zu rund 65 Prozent aus Niederösterreich sowie zu knapp je 10 Prozent aus dem Burgenland und aus der Steiermark. Von den jährlich rund 10.000 Zuwanderern ist der überwiegende Teil (70 Prozent) berufstätig. Die beruflichen Gründe sind auch das Hauptmotiv für die Zuwanderung nach Wien. Mehr als die Hälfte der Berufstätigen war allerdings bereits vor der Zuwanderung in Wien beschäftigt. Die Übersiedlung nach Wien sollte in vielen Fällen den Arbeitsweg verkürzen. Einer Übersiedlung vor der Arbeitsaufnahme standen meist Schwierigkeiten bei der Wohnungsbeschaffung entgegen.

Die Ausländerwanderungsbilanz zeigte infolge der seit einigen Jahren zunehmenden Ausländerbeschäftigung einen positiven Saldo. Im Dezember 1972 war die Zahl der in Wien polizeilich gemeldeten Ausländer mit 125.000 um rund 16.000 höher als im Vorjahr. Dieser Anstieg ist größtenteils auf die Zunahme der Jugoslawen und Türken zurückzuführen. Dazu nahm in den letzten Jahren auch die Geburtenzahl bei den Ausländern in Wien zu.

Nach dem Abschluß der Motivanalysen über Jugoslawen und Türken wurden im Jahre 1973 Untersuchungen über die Struktur und räumliche Verteilung der Gastarbeiter durchgeführt. Konzentrationen von Gastarbeitern gibt es vor allem in jenen Stadtteilen, die eine schlechte Bausubstanz und eine überalterte einheimische Bevölkerung aufweisen. In einzelnen Wiener Bezirken übersteigt der Anteil der Gastarbeiter bereits 10 Prozent, in einigen besonders exponierten Zählgebieten sogar 50 Prozent der Ansässigen. Die Struktur der Gastarbeiter ist überwiegend durch die Anwesenheit von Männern geprägt. Von den anwesenden Türken sind 82 Prozent, von den Jugoslawen rund 60 Prozent Männer.

Um die Auswirkungen der ständig steigenden Zahl von Gastarbeitern in Wien aufzeigen zu können, ließ die Stadtverwaltung eine Cost-benefit-Analyse durchführen. Die Studie zeigt auf, welche Kosten im einzelnen durch die Gastarbeiterbeschäftigung entstehen und welche gesamtwirtschaftlichen Erträge sie erbringt. Vor allem werden in der Studie, die mit Jahresende 1973 abgeschlossen wurde, die Auswirkungen der Gastarbeiterbeschäftigung auf die Stadt Wien berücksichtigt.

Im Jahre 1973 lagen die ersten Ergebnisse der Häuser- und Wohnungszählung 1971 vor. Bei dieser Zählung wurden in Wien 782.000 Wohnungen gezählt, um rund 106.000 Wohnungen mehr als im Jahre 1961. Dem Neubau von 125.000 Wohnungen steht in dem Zeitraum von 10 Jahren ein Abbruch oder eine Umwidmung der Nutzung von 19.000 Wohnungen gegenüber. Die abgebrochenen Wohnungen waren größtenteils vor dem Jahre 1919 erbaut worden. Die Häuser- und Wohnungszählung 1971 läßt eine wesentliche Verbesserung der Wiener Wohnungsstruktur erkennen. Allerdings haben die Wohnungen in den westlichen Bundesländern einen merklich höheren Standard als in Wien, was jedoch zumindest bei der Wohnungsgröße auf den stärkeren Anteil an Ein- und Zweifamilienhäusern in diesen Bundesländern zurückzuführen ist. Wenngleich 50 Prozent der Wiener Wohnungen mit Badezimmern und Wasserklosetten ausgestattet sind, so ist dieser Prozentsatz doch merklich geringer als in den westlichen Bundesländern, wo der Anteil gut ausgestatteter Wohnungen bis zu 65 Prozent erreicht. Die durchschnittliche Wohnungsgröße erhöhte sich in Wien in den letzten 10 Jahren von 54 auf 56 m² Bodenfläche. Da jedoch die Größe der Haushalte stark abnahm, standen im Jahre 1971 in Wien je Einwohner 25 m² Wohnfläche zur Verfügung, gegenüber 22 m² im Jahre 1961 und sogar nur 18 m² im Jahre 1951.

Nachdem im Jahr 1972 die Wohnzufriedenheit der Bewohner der Großfeldsiedlung erhoben worden war, versuchte die Stadtverwaltung im Jahre 1973, in den neuen Stadtrandsiedlungen im Osten und Süden der Stadt (Per Albin Hansson-Ost und Thürlhofstraße) ähnliche Studien durchzuführen. Wie bei der Großfeldsiedlung war auch in diesen Stadtrandsiedlungen der überwiegende Teil der Bevölkerung mit der neuen Wohnung und mit dem neuen Wohngebiet außerordentlich zufrieden. Abgesehen von der mangelnden Urbanität schneidet das neue Wohngebiet besser ab als das frühere. In den südlichen und östlichen Stadtrandsiedlungen herrscht gleichfalls eine vom Wiener Durchschnitt stark abweichende Alters- und Haushaltsstruktur. Es überwiegen junge Ehepaare mit Kleinkindern. Die spezifische Altersstruktur bewirkt eine ungleichmäßige Inanspruchnahme von Einrichtungen der Infrastruktur, wie Kindergärten und Schulen, was besonders auf die Konzentration der Geburten in den Jahren kurz vor und nach dem Einzug in die neuen Wohnungen zurückzuführen ist.

Fragen des Umweltschutzes waren ein weiteres bevorzugt behandeltes Arbeitsgebiet. Im Jahr 1973 hielt der Beirat für Fragen des Umweltschutzes in Wien, bestehend aus dem Plenum, dem wissenschaftlichen Beirat und 5 Arbeitsausschüssen, 11 Sitzungen ab. In den Sitzungen der Arbeitsausschüsse wurde die im Jahre zuvor begonnene Bestandsaufnahme in den einzelnen Fachgebieten abgeschlossen und es wurden auch entsprechende Empfehlungen ausgearbeitet. Überdies wurden zu einzelnen Problemen Empfehlungen abgegeben, die nach der Approbation durch den wissenschaftlichen Beirat, welcher deren interdisziplinäre Aspekte überprüfte, an das Plenum weitergeleitet wurden.

Die Magistratsabteilung für wirtschaftliche Planung und Koordinierung besorgte als Geschäftsstelle des Beirates alle organisatorischen Angelegenheiten. Vor allem wurde Grundlagenforschung in den Teilgebieten betrieben, für die dies von den einzelnen Ausschüssen angeregt worden war. Die im Jahre 1972 begonnene Zusammenstellung und Wertung von Luftgütemessungen im Wiener Stadtgebiet wurden fortgeführt. Darüber hinaus konnten Vorarbeiten für eine Kartei, die über den Schwefeldioxydgehalt der Luft Auskunft gibt (SO₂-Kataster), für das gesamte Wiener Stadtgebiet eingeleitet werden. Die Messungen über die Schwefeldioxydemission aus stationären Anlagen wurden abgeschlossen. Begonnene Untersuchungen dienten dazu, die Immissionssituation in Wien mit Hilfe von Pflanzenanalysen auf Schwefel und Fluor sowie das Kraftfahrzeug als Quelle der Luftverunreinigung zu erfassen. Den Fragenkomplex Lärm betraf eine Studie, die eine zusammenfassende Darstellung der in Wien herrschenden Lärmbelastung erbringen soll.

Über die derzeitige Situation der Abfallbeseitigung in Wien liegen die Ergebnisse einer diesbezüglichen Untersuchung bereits vor. Gemeinsam mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien wurde ferner eine Schadstoffhebung, die sich auf Industrie und Gewerbe erstreckte, im gesamten Wiener Stadtgebiet durchgeführt. Die Erhebung, bei der eine unerwartet hohe Beteiligung der Wirtschaft zu verzeichnen war, konnte bis Jahresende 1973 ausgewertet werden. Sie enthält Hinweise auf Art, Menge und Aggregatzustand der in Wien anfallenden Schadstoffe und bildet somit die Grundlage für die Planung von Einrichtungen zu deren Beseitigung.

Um außer den vorliegenden Meßwerten für die Umweltsituation Wiens auch Unterlagen über die Einschätzung der kleinräumigen Umweltbedingungen durch die Wiener Bevölkerung selbst zu erhalten, wurde anlässlich der Personenstandsaufnahme 1973 eine Umwelterhebung durchgeführt. Diese Erhebung, die sich an alle Wiener Haushalte wendete, sollte Angaben über die Heizgewohnheiten und damit Basisdaten für den SO₂-Kataster sowie Hinweise auf Umweltbeeinträchtigungen durch Geruch, Lärm und Abfälle für die Planung erbringen. Eine Frage war dabei den Prioritäten der zu ergreifenden Umweltmaßnahmen gewidmet. Die Interpretation der Ergebnisse dieser Erhebung, die mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung ausgewertet wird, dürfte bereits im Frühjahr 1974 vorliegen.

Aufbauend auf dem bei verschiedenen Institutionen vorhandenen Wissens- und Erkenntnisstand, auf den im Ausschuß für Fragen des Beirates für Umweltschutz in Wien erarbeiteten Grundlagen sowie auf den Ergebnissen von Untersuchungen und den Erfahrungen der Stadtverwaltung, wurde versucht, die Wiener Umweltsituation in knapper, übersichtlicher Form darzustellen. Der Wiener Umweltbericht wird der Öffentlichkeit vorgestellt und anschließend in den einschlägig befähigten Dienststellen der Stadtverwaltung sowie in den Gremien für Fragen des Umweltschutzes in Wien beraten und ergänzt werden. Er soll als Basis für die Ausarbeitung von Schwerpunktprogrammen und langfristigen Konzeptionen auf dem Gebiet des Umweltschutzes in Wien dienen.

Neben diesen drei großen Arbeitsbereichen wurde wieder eine Reihe von aktuellen Einzelfragen behandelt. So wurde versucht, das vorliegende Datenmaterial über das Wiener Umland auszuwerten. Dies erschien deshalb erforderlich, weil die Intensität der Verflechtungen zwischen Wien und seinem Umland innerhalb der einzelnen Lebensbereiche Arbeiten, Wohnen und Erholen immer stärker werden. Dabei konnte festgestellt werden, daß die Bevölkerung im Wiener Umland in den letzten 10 Jahren um rund 28.000 (10 Prozent) zugenommen hat. Ein Großteil der Zuwanderer stammt aus der Bundeshauptstadt; größtenteils handelt es sich bei diesen um Angehörige der besser situierten Bevölkerungskreise. Zu fast 70 Prozent bleiben die abgewanderten Arbeitskräfte jedoch dem Wiener Raum erhalten.

Eine spezielle Auswertung befaßte sich mit dem Zweitwohnungsbau von Wienern im Wiener Umland. Dabei konnte festgestellt werden, daß im jährlichen Durchschnitt 3.000 bis 4.000 Zweitwohnungen mit einem Kapitaleinsatz von rund 2 Milliarden Schilling fertiggestellt oder erworben werden. Insgesamt bestanden rund 30.000 Zweitwohnsitze von Wienern im Umland. Als dominierende Motive für die Errichtung von Zweitwohnsitzen wurden günstige Umweltbedingungen und größere Freizeitmöglichkeiten festgestellt. Wegen des Fehlens von höherwertigen Arbeitsplätzen und geeigneten Ausbildungsmöglichkeiten für die Kinder ist zumindest derzeit mit einer Umwandlung der

Zweitwohnsitze in Hauptwohnsitze nur in geringem Ausmaß zu rechnen. Interessant war auch die Feststellung, daß Wien für das Wiener Umland als Einkaufszentrum, vor allem für Bevölkerungsschichten mit höherem Einkommen, große Attraktivität besitzt. Weiters sind in zunehmendem Ausmaß Bestrebungen in Wiener Umlandgemeinden festzustellen, die durch die verstärkte Siedlungstätigkeit entstehenden hohen Infrastrukturkosten durch die Ansiedlung von Betrieben abzufangen.

Es wurde jedoch auch versucht, das über das Wiener Umland hinausreichende, vorhandene Datenmaterial zu aktualisieren. Dabei wurde das in den letzten Jahren von Wien aufgezeigte West-Ost-Gefälle wiederum bestätigt. Dieser Trend dürfte auch in Zukunft nur schwer abzufangen sein. Im Jahr 1973 wurde überdies ein bedeutender Schritt zur Sicherung des Erholungsraumes der Wiener Bevölkerung im Umland durch die Gründung einer Trägerorganisation unternommen. Neben der Planungsgemeinschaft Wien-Niederösterreich bildet diese Organisation eine weitere Kontaktstelle mit dem Umland.

Eine wichtige Aufgabe war ferner die Mitarbeit an der Verfassung eines Raumordnungsberichtes und von Beiträgen der Stadt Wien für die Bereiche Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Raumforschung. Untersuchungen über die wirtschaftliche Substanz von ausgewählten Problemgebieten in 4., 5., 16., 17. und 18. Bezirk sind als Grundlage für die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Substanz bei der Überarbeitung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne gedacht. Für die Beurteilung von kommunalen Investitionsmaßnahmen wurde überdies die technische Infrastruktur (Kanalisation, Wasser-, Gas- und Fernwärmeversorgung) in ihrer Verteilung, Zustand und Leistungsfähigkeit in Plandarstellungen erfaßt.

In der Sitzung des Gemeinderates am 30. November 1973 wurde eine neue Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien beschlossen. Unter anderem wurde die wirtschaftliche Planung der allgemeinen Finanzverwaltung, die der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaft angehört, übertragen. Die Agenden der Koordinierung werden in Zukunft in neuer Form von der Magistratsdirektion — Büro für Kooperation, Informatik und Koordination wahrgenommen werden. Der Umweltschutz, zu dem auch der Naturschutz zählt, wurde der neugebildeten Magistratsabteilung für Umweltschutz als Aufgabengebiet zugewiesen, die der Geschäftsgruppe Umwelt und öffentliche Einrichtungen zugeordnet wurde.

Stadtstrukturplanung

Die grundsätzlichen Fragen der räumlichen Stadtentwicklung, der Beziehungen zwischen Stadt und Umland, die einschlägige Grundlagenforschung sowie die Zusammenarbeit mit den Trägern der Planungshoheit anderer Körperschaften fielen bis zur Änderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien mit 30. November 1973 in das Aufgabengebiet der Stadtbauamtsdirektion, werden aber wegen des sachlichen Zusammenhanges hier besprochen. Allerdings gestattet die Fülle der angefallenen Arbeiten nur einen Bericht über einen Ausschnitt aus denselben.

Wegen seiner Bedeutung soll zunächst der Raumordnungsbericht 1973 erwähnt werden. Auf Grund eines Beschlusses der Österreichischen Raumordnungskonferenz aus dem Jahre 1972 waren alle Bundesländer um Vorlage eines Raumordnungsberichtes bis Ende des Jahres 1973 ersucht worden. Dieser Bericht liegt nunmehr vor und gibt eine Übersicht über die Grundsätze und Ziele sowie die instrumentellen Grundlagen der Raumordnung in Wien, die Raumforschung und die wesentlichen Planungsschritte des Bundeslandes Wien auf den Sektoren Wohnen, Arbeit, öffentliche Einrichtungen, Verkehr, Ver- und Entsorgung, Umweltschutz, Landschafts- und Denkmalschutz sowie Katastrophenschutz.

Für die Hochschulplanung arbeitete das Österreichische Institut für Raumplanung im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung und im Einvernehmen mit der Wiener Stadtplanung Bedarfsprognosen für die wissenschaftlichen Hochschulen Wiens aus und untersuchte, an welchen Standorten eine Deckung dieses Bedarfes möglich wäre. Als erste Ergebnisse liegen nunmehr räumliche Entwicklungsvarianten aus der Sicht der hohen Schulen und der Stadtentwicklung vor. Auf dieser Grundlage vergab die Stadt Wien einen Folgeauftrag für eingehende Standortanalysen. Ziel dieser Arbeit soll es sein, alternative Standorte unter Berücksichtigung der Bedarfsdeckung für die kleinräumige Stadtstruktur sowie der vorgegebenen Randbedingungen der Stadtentwicklung (U-Bahn-Grundnetz, Wohnstätten, Arbeitsstätten und Erholungsflächen) zu untersuchen und zu bewerten, um auf diese Weise Grundlagen für ein langfristiges Hochschulenbaukonzept zu erhalten.

Das Wohnstättenkonzept soll eine Zusammenfassung aller Fragen zum Sektor „Wohnen“ erbringen. Um eine vollständige Darstellung aller Zusammenhänge von Gemeinde, Wirtschaft, Wohnung, Stadtentwicklung und Boden zu erreichen, werden die Funktionen der Bauträger, die Planung der Wohnstätten, Finanzierungs- und Arbeitsmarktfragen, die Umwelt, die Stadterweiterung und Stadterneuerung, um nur einige zu nennen, behandelt und Vorschläge für notwendige Maßnahmen gebracht. Von den Teilberichten liegen bereits die Abhandlungen über die „Kommunale Bauentwicklung seit 1920“ und die „Abhängigkeit von Wohnformen und Folgekosten“ vor.

Mit dem Wohnstättenkonzept in Zusammenhang stehen auch zwei Arbeiten über die Lärmbeeinflussung. Der optimale Standort für Wohnstätten befindet sich dort, wo ein maximaler Schutz vor Störungen aller Art gegeben ist. Einen dieser Emissionsfaktoren stellt der Lärm dar. Er wurde als physiologisches Problem erkannt und wird beim Wohnungsbau, was Grundrißgestaltung und Lage zu anderen städtischen Elementen anlangt, künftighin wesentlich stärker beachtet werden. Deshalb wurde versucht, quantitative Aussagen über das Ausmaß und die Ursache der Störung bei lärmgestörten Wohnungen zu erhalten.

Weiters wurden Grundlageninformationen zur Frage der Erneuerung abgewohnter Stadtgebiete erarbeitet. Ausgehend von den Assanierungskriterien „städtebauliche Mißstände“ und „qualitativer Wohnungsfehlbestand“ im Entwurf des Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetzes, wurde durch Auswertung der Häuser- und Wohnungszählung 1961 versucht, den Umfang der Problemgebiete aufzuzeigen. Vor 12 Jahren befand sich in 14 von 220 Zählbezirken rund ein Drittel aller mangelhaft ausgestatteten Wohnungen. In den Bezirken 1, 2 und 4 waren mehr als zwei Drittel aller Wohnungen mangelhaft ausgestattet. Da die Zahlen der Häuser- und Wohnungszählung 1971 nunmehr vorliegen, wird eine Vergleichsdarstellung des Bestandes von 1961 und 1971 möglich sein. Damit erhält die Stadt erstmals eine Übersicht über den Umfang der Problemgebiete im Sinne des Gesetzentwurfes und kann somit Schwerpunktgebiete der Stadterneuerung nach diesen Kriterien auswählen.

Ebenso wurde als Grundlagenarbeit die Frage der Wohndichte behandelt. Die Darstellung der Einwohnerdichte nach Zählbezirken ist eine Methode, welche die Verteilung der Bevölkerung im Stadtgebiet überschaubar macht. Mit ihrer Hilfe können Konzentrationserscheinungen, Bedarfsstudien für das Verkehrsaufkommen, Ursachen und Folgen wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Bedürfnisse sowie der Aufwand für künftige Aufgaben der öffentlichen Hand festgestellt werden. Nach der Volkszählung 1971 sind Konzentrationen im 1. (ein Sechstel aller Beschäftigten Wiens), 2., 4., 5., 7., 9., 18. und 20. Bezirk festzustellen.

Für das Wohnstättenkonzept ist es wichtig, den kommunalen sozialen Wohnungsbau zwischen 1961 und 1971 zu erfassen. Eine Analyse der Bautätigkeit privater, genossenschaftlicher und kommunaler Bauträger in den letzten 10 Jahren ergibt ein interessantes Bild der stufenweisen Stadterweiterung, angefangen von Wohnbauungen am dicht bebauten Rand bis hin zu den eigentlichen Satellitensiedlungen Großfeldsiedlung und Per Albin Hansson-Siedlung Ost, in Stadterweiterungszonen.

Es wurden aber auch wieder Stadtentwicklungspläne ausgearbeitet. Dabei wurden städtebauliche Richtwerte, wie die Nutzfläche je Klassenraum, der Flächenbedarf je Wagenstellplatz und die Freifläche je Einwohner, zur Überprüfung und Analyse bestehender Zustände in der Raum- und Sozialstruktur angewendet. In einer erstmals erstellten Studie wurden national und international gebräuchliche Parameter der Planungspraxis zusammengestellt. Die Gegenüberstellung bestehender Zustände und anzustrebender Werte (Ziele) wird es ermöglichen, alternative Stadtentwicklungspläne auszuarbeiten.

Der Stadtentwicklungsplan für den 22. Bezirk fußt auf Untersuchungen für das Gebiet links der Donau, die ergeben haben, daß von den Umlandgemeinden her keine starke Siedlungsentwicklung zu erwarten ist. Die Koordinierung mit den Umlandgemeinden stellt daher hier kein besonderes Problem dar.

Die Schnellbahnlinie Wien—Gänserndorf kann wohl als regionale Entwicklungsachse angenommen werden, doch ist diese hauptsächlich auf Floridsdorf hin ausgerichtet. Wesentliche Einflüsse für den Bezirk Donaustadt sind daher von der Verlängerung der U-Bahn-Linie U1 über den Praterstern hinaus in den Raum Großfeldsiedlung und einer möglichen Einrichtung der Ostbahn als Schnellbahn nach Stadlau zu erwarten. Besteht die Absicht, Wohnbevölkerung aus den Stadterneuerungsgebieten im Gebiet jenseits der Donau anzusiedeln — das gilt für beide Bezirke am linken Donauufer —, müssen diese Stadtteile aufgewertet werden. Es müßte attraktiv sein, dorthin zu siedeln. Auch innerhalb des Planungsgebietes muß an eine Stadterneuerung gedacht werden, etwa in Kaiser-mühlen, am Biberhaufen oder in Neu-Eßling.

Ein weiterer Stadtentwicklungsplan wurde für den westlichen Teil des 23. Bezirks ausgearbeitet, und zwar wurde versucht, für das Gebiet westlich der Südbahn Alternativen für mögliche Entwicklungen der baulichen Struktur aufzuzeigen. Das bearbeitete Gebiet ist kein typisches Erneuerungs-

gebiet, steht jedoch wegen seiner günstigen Wohnlagen unter starkem Baudruck. Weitere Probleme sind die Sicherung des Erholungsraumes Wienerwald und der Weinbauflächen, der Schutz historischer Ortskerne, die rasche Umwandlung der Gebiete an der Schnellbahnlinie (Südbahn) in Wohngebiete, der teilweise Mangel an öffentlichen Einrichtungen und der geringe Bodenvorrat der Stadt. Als wahrscheinlichste Entwicklungsalternative ergab sich ein integriertes Entwicklungsmodell, das, unter Beachtung der Bodenbeschaffungs- und Finanzierungsmöglichkeiten, ein ausgewogenes Maß an Wohnungen, Arbeitsstätten, Grünflächen und Schulen bietet.

Der Arbeitsansatz für den Stadtentwicklungsteilplan für den 2. und 20. Bezirk ging von der Formulierung von Zielen aus. Es wurden Gesamtstädtische Ziele (Oberziele), Bezirksziele und Lokalziele (Detailziele), die sich durchaus widersprechen konnten, formuliert und in alternativen Plänen festgelegt.

Eine Entwicklungsstudie für Grinzing wird im Auftrag des Gemeinderates von einem Architekten-Team ausgearbeitet; sie wird mögliche Entwicklungen dieses weltbekannten Weinbauerortes berücksichtigen. Die Stadtentwicklung der letzten Jahre führte in diesem Bereich des Westrandes von Wien zu zahlreichen unerfreulichen Auswirkungen: die Bebauung wurde auf Kosten der Weingärten und Grünflächen ausgeweitet; die Verkehrsbelästigungen am Grinzinger Platz nahmen zu; das Angebot an Stellplätzen, besonders für Autobusse, ist zu gering und es besteht die Notwendigkeit, historische Gebäude unter Schutz zu stellen. Diese Arbeit wurde im Jahre 1973, unter anderem auch mit einer Befragung der Grinzinger Bevölkerung, begonnen und soll bis zum Jahre 1975 konkrete Vorschläge für die zukünftige Entwicklung von Grinzing bringen.

Das sozialwissenschaftliche Programm umfaßte unter anderem eine Attraktivitätsstudie, also eine Untersuchung der subjektiven und objektiven Faktoren der Wohnung und der städtischen Umwelt, welche die Zufriedenheit mit und die Anziehungskraft von Stadtteilen bewirken. Neben Daten zu diesem Themenbereich wurden Informationen zu den Problemen Wohnungswechsel, Konsum- und Freizeitverhalten, Planung und Öffentlichkeit sowie soziale Integration erhoben. Die Arbeit ist vorläufig abgeschlossen, der Modellansatz wird jedoch mit den Daten der Volks-, Häuser- und Wohnungszählung 1971 neu durchgerechnet werden.

Die Vorstellungen verschiedener Bevölkerungsschichten in bezug auf Fußgängerzonen wurden in einer Studie erarbeitet, die sich mit der Vorstellungs- und Bedarfsstruktur der Besucher, den Bewohnern und den in solchen Zonen ansässigen Betrieben auseinandersetzt. Vornehmlich ging es dabei um die Ausgestaltung und die Funktion von Fußgängerzonen.

Weiters wurde in einer Umfrage detailliert erhoben, in welcher Art und in welchem Ausmaß eine Identifikation des Wieners mit der Wiener Innenstadt stattfindet. Dabei wurden auch Fragen zu aktuellen Planungsproblemen (UNO-City, Donauinsel) angeschlossen.

Umfangreiches und weitgliedertes Material zur Beschreibung des Freizeitverhaltens der Wiener wird eine Untersuchung erbringen, die neben den sozialen Zusammenhängen den räumlichen Bezug von Freizeitbeschäftigungen berücksichtigt. Die Vorstudie mit 400 Interviews ist abgeschlossen, ein Zwischenbericht liegt vor. Die Befragung für die Hauptstudie mit 3.500 Interviews konnte ebenfalls beendet werden. Eine qualitative Studie mit Intensivinterviews zur Analyse der Motivationsstruktur wird im Anschluß an die Auswertung der Hauptstudie durchgeführt werden.

Die „Kriminalität in Wien“ war die Fragestellung der Untersuchung, die durch eine Reihe von beunruhigenden Entwicklungen auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit, wie Rockerbanden, boshafte Beschädigungen und Überfälle, ausgelöst wurde. Sie soll vor allem Informationen darüber erbringen, ob durch relativ einfache Veränderungen in der technischen und sozialen Infrastruktur das gehäufte Auftreten bestimmter Delikte in gewissen Gegenden reduziert werden könnte.

Als Grundlagen- oder Basisinformationen für die Planung wurden im Jahre 1973 unter anderem Untersuchungen zur Bevölkerungsstruktur (Bevölkerungsentwicklung, Einwohnerdichte und Bevölkerungsprognose) durchgeführt, Unterlagen für den Aufbau eines digitalen räumlichen Bezugssystems erarbeitet sowie Vorarbeiten für die Erstellung einer Flächenbilanz von Wien gemacht. Darüber hinaus wurden gemeinsam mit dem Büro für Organisation und Datenverarbeitung sowie mit anderen Planungsdienststellen weitere Vorarbeiten für eine Planungsdatenbank geleistet.

Mit Hilfe der Methode der Luftbildinterpretation konnte ein Überblick über die reale Flächennutzung im gesamten Stadtgebiet nach Nutzungskriterien in kleinräumiger Gliederung geschaffen werden. Ebenso wurde für 55 ausgewählte Umlandgemeinden die Flächennutzung erhoben, so daß Wien und sein Umland nun auch hinsichtlich der Baulandentwicklung, der Zersiedelungstendenzen und des Industrialisierungstrends beurteilt werden kann. Hiefür wurden kartographische Unterlagen erstellt.

Das mathematische Stadtmodell „POLIS-Wien“ wurde zu Beginn des Jahres 1973 in seiner ersten Bearbeitungsstufe abgeschlossen. Diese erste Bearbeitungsphase ermöglichte bereits einen bedeutenden

Erfahrungsgewinn für die Planung, die mit Hilfe von mathematisch-statistischen Methoden und mit Unterstützung durch die elektronische Datenverarbeitungsanlage rasche und effiziente Entscheidungen treffen muß.

Was die Umlandfragen anlangt, konnten in der Planungsgemeinschaft Wien-Niederösterreich Fortschritte hinsichtlich eines Statutenentwurfes für einen „Verein zur Sicherung und Ausgestaltung von Erholungsgebieten und Freizeiteinrichtungen in der Wiener Region“ erzielt werden. Hauptaufgabe eines solchen Vereins wird die Sicherung und Ausgestaltung für die Erholung bedeutsamer Flächen durch den Abschluß von Rechtsgeschäften und finanzielle Aufwendungen sein. Hier ist vor allem an den Ankauf und die Pachtung von Grundstücken, das Erwirken von Servituten, die Vornahme infrastruktureller Verbesserungen sowie die Schaffung von Freizeiteinrichtungen gedacht.

Ferner wurden die Interessen Wiens bei Abänderung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen in den angrenzenden Umlandgemeinden gewahrt; nach dem niederösterreichischen Raumordnungsgesetz hat nämlich die Gemeinde Wien in derartigen Verfahren ein Äußerungsrecht. Umgekehrt wird auch versucht, das Umland wegen seiner engen Verflechtung mit Wien in alle Planungsüberlegungen der Stadt einzubeziehen. Auf diese Weise ergab sich eine enge Zusammenarbeit der Gemeinden innerhalb der Region Wien.

Von den auch schon bisher von der Stadtstrukturplanung betreuten Projekten der Stadtverwaltung sollen hier nur einige besonders wichtige besprochen werden. Zu diesen zählt die U-Bahn-Planung, bei der es galt, eine zweite Bauphase durch entsprechende Untersuchungen vorzubereiten. Dies war wegen des Baufortschritts beim „engeren Grundnetz“, das aus den Linien U 1, U 2 und U 4 besteht, im Interesse einer kontinuierlichen Fortsetzung des U-Bahn-Baus nötig, weil die Genehmigung hierfür vom Gemeinderat in nächster Zeit erteilt werden muß und diesem für die Beschlußfassung konkrete Zeit- und Kostenpläne vorzulegen sind. Im Jahre 1973 konzentrierten sich die Untersuchungen auf die offenen Fragen im Zusammenhang mit der Donauquerung der U 1 (Hochlage oder Tieflage), auf die Führung der U 2 und U 3 sowie auf die Konsequenzen der Entwicklung im Raum St. Marx, Simmering und Stadlau, ferner auf die Vorbereitung einer Entscheidung über die Führung der U 6 am westlichen Gürtel, die allerdings nur gemeinsam mit der Straßenplanung in diesem Gürtelbereich möglich ist.

Über die 2. Bauphase hinaus dienten Trassenstudien, die der Netzentwurf N vorsieht, zur Vorbereitung von Maßnahmen der Trassensicherung für diese Linien.

Über den mittelfristigen Ausbau der Wiener Schnellbahn (S-Bahn) konnte im Jahre 1973 unter Zuhilfenahme von umfangreichen, von der Stadtstrukturplanung erarbeiteten Unterlagen das Einvernehmen zwischen der Stadt Wien und den Österreichischen Bundesbahnen hergestellt werden. Es wurde damit eine Grundlage geschaffen, die eine Dringlichkeitsbewertung und -reihung von Maßnahmen im Bereich der Österreichischen Bundesbahnen unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Stadt Wien ermöglicht.

Das S-Bahn- und U-Bahn-Netz werden von der Verkehrsplanung als Einheit angesehen; die beiden Netze werden daher in allen Phasen sorgfältig aufeinander abgestimmt werden müssen. Falls die notwendigen Investitionsmittel aufgebracht werden können, wäre es zweckmäßig, den S-Bahn-Verkehr zwischen Meidling und Floridsdorf zu verdichten, den Bahnkörper der Südbahn zwischen Meidling und Liesing viergleisig auszubauen und den Verkehr bis Wiener Neustadt dem S-Bahn-Betrieb anzupassen, aber auch einen Ausbau der Flughafen-Schnellbahn vorzunehmen. Überdies wäre ein schnellbahnähnlicher Verkehr auf der Westbahn, Franz Josefs-Bahn und Ostbahn einzurichten.

Ein Entwurf des gesamten öffentlichen Verkehrsnetzes wurde zu Jahresende unter Berücksichtigung dieser Ausbauabsichten der Österreichischen Bundesbahnen überprüft und eine Dringlichkeitsreihung erarbeitet, die einen größtmöglichen Nutzen der eingesetzten Investitionsmittel gewährleistet und die auch mit aufzubringenden Budgetraten zu verwirklichen ist.

Weitere Projekte und Untersuchungen befaßten sich vor allem mit den Möglichkeiten, diese S-Bahn Linien in das übrige öffentliche Verkehrsnetz einzubinden, mit Vorschlägen für den Haltestellenausbau sowie mit Trassenproblemen, die dort auftraten, wo eine enge Abstimmung der S-Bahn-Planung mit anderen großen städtischen Projekten, wie etwa dem der Verkehrsregelung im Bereich der Philadelphia-Brücke, notwendig ist.

Es wurde auch die Vorortelinie auf ihre Verwendungsmöglichkeit im innerstädtischen öffentlichen Verkehr untersucht und damit eine Grundlage für die Entscheidung geschaffen, wie weit der für den Verkehr erreichbare Nutzen den Einsatz erheblicher Mittel für Baumaßnahmen auf dieser Strecke rechtfertigen würde.

Das „Park and Ride“-System ist nur in Verbindung mit attraktiven öffentlichen Verkehrsmitteln sinnvoll. Zur Zeit eignet sich hierfür in der Wiener Region nur die S-Bahn, an der auch tatsächlich schon „Park and Ride“, wenn auch völlig ungeregelt, betrieben wird. Zu Ende des Jahres

1973 wurden grundlegende Vorarbeiten für ein „Park and Ride“-Konzept für Wien und die Region abgeschlossen, das sicherlich im Zusammenhang mit einem Verkehrsverbund rasch gemeinsam mit U-Bahn und S-Bahn ausgebaut werden kann.

Auch bei einem raschen Ausbau von U-Bahn- und S-Bahn-Netz wird das Straßenbahn- und Autobusnetz in Wien noch lange die Hauptlast des öffentlichen Verkehrs zu tragen haben. Es ist also für Wien besonders wichtig, diesem Netz die im Vergleich zum U-Bahn- und S-Bahn-Bau bescheidenen Mittel zu geben, die es zur Steigerung seiner Attraktivität und seiner Beförderungsleistung braucht. Die Wiener Verkehrsbetriebe nahmen in diesem Sinne auch die Arbeit an „Beschleunigungsprogrammen“ auf.

Die grundsätzliche Forderung, den öffentlichen Verkehr vor Behinderungen durch den Individualverkehr zu schützen, ihn funktionsfähig zu halten und ihn attraktiver zu gestalten, fand bei der Bearbeitung der Verkehrsorganisation verschiedener Stadtteile sowie bei Vorschlägen für die Gestaltung von Geschäftsstraßen und von Zentren ihren Niederschlag. Als verkehrstechnische Verbesserungen wurden die Einführung von Straßenbahnstraßen, eigenen Gleiskörpern, Busspuren, die Abstimmung von Verkehrslichtsignalen und ähnliche Maßnahmen erwogen. Auch an eine Verbesserung der Zugänglichkeit von Haltestellen und Umsteigewegen sowie an eine ästhetisch und funktionell bessere Gestaltung des öffentlichen Verkehrs im Straßenraum wurde gedacht. Damit könnten von den Wiener Verkehrsbetrieben getroffene Vorkehrungen, wie die vereinfachte Fahrgastabfertigung, besser abgestimmte Fahrpläne und der Einsatz von modernen Betriebsmitteln, etwa von neuen Straßenbahngarnituren, wirkungsvoll ergänzt werden. Allerdings werden diese Beschleunigungsprogramme zum Teil nur auf Kosten des heute für den Individualverkehr zur Verfügung stehenden Straßenraumes durchgesetzt werden können. Information und Aufklärung der Öffentlichkeit stellen daher einen wesentlichen Bestandteil solcher Programme dar.

Obwohl die Stadt Wien keine Planungshoheit im bezug auf Eisenbahnanlagen der Österreichischen Bundesbahnen hat, ergibt sich im Zusammenhang mit dem Personennahverkehr immer wieder die Notwendigkeit, Fragen des Eisenbahnverkehrs zu bearbeiten, um Interessen der Stadt Wien zu wahren oder Probleme, die durch Absichten der Eisenbahnverwaltung, manchmal auch durch Vorhaben der Stadt Wien entstehen, bewältigen zu können. So würden bei Verlagerung des Nahverkehrs auf eine S-Bahn die bestehenden Personenbahnhöfe schrittweise so weit entlastet werden, daß in Zukunft eine Konzentration des Personenfernverkehrs im Bereich des Südostbahnhofs möglich wäre. Planungsarbeiten der Stadtstrukturplanung wurden im Jahre 1973 auch durch eine von den Österreichischen Bundesbahnen für die Abwicklung des Güterverkehrs im Raume Wien erstellte Konzeption ausgelöst. Obwohl der im Raum Simmering-Kledering geplante Zentralverschiebebahnhof der Österreichischen Bundesbahnen kein Problem des Eisenbahnpersonenverkehrs ist, beeinflusst er doch wesentlich alle Planungen und Ausbaupläne. In diesem Bahnhof soll der Güterzugsdienst gebündelt, aber auch der Vershub und das Abstellen konzentriert werden. Damit wird eine Entlastung der übrigen Bahnanlagen eintreten, wodurch der Bau und Betrieb von S-Bahn-Linien erleichtert und verbilligt werden würde. Außerdem würde der Güterverkehr beschleunigt werden, was im Interesse der Wirtschaft der Stadt gelegen wäre, die Lärmbelästigung der Anrainer von Bahnanlagen würde verringert und die Anlagen könnten für andere Zwecke genützt werden. Allerdings würden für die erforderlichen neuen Gleistrassen Flächen gebraucht, weshalb umfangreiche Bearbeitungen der Verkehrsplanung im Einvernehmen mit den Österreichischen Bundesbahnen notwendig waren. Die großen, teilweise sehr zentral gelegenen und für den Betrieb der Eisenbahnen in Zukunft nicht mehr benötigten Bahnhofflächen werden der Stadt bedeutsame Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Sorgfältige Untersuchungen der Stadtplanung sollen aufzeigen, welche Möglichkeiten es gibt, sie in das Stadtgefüge einzufügen.

Als Ergebnis der durch mehr als zwei Jahre gelaufenen Vorarbeiten liegt nunmehr eine Grundsatz-erklärung über die Gründung eines Verkehrsverbundes im Raume Wien vor; ein diesbezüglicher Ministerratsbeschuß erfolgte am 11. September 1973. Die Ergebnisse der in den Jahren 1971 und 1972 durchgeführten Erhebungen in dem für einen Verkehrsverbund in Frage kommenden Großraum Wien wurden den beteiligten Ländern und Verkehrsunternehmen zur Verfügung gestellt. Es wurden auch bereits rechentechnische Vorbereitungen getroffen, um alternative Vorschläge für das Verbundmodell behandeln und bewerten zu können, so daß es nunmehr möglich ist, sich der Bearbeitung von Detailfragen der Verkehrsplanung, der Wirtschaftsführung, der Tarifgestaltung, der Verkehrssteuerung und des Marketing zuzuwenden.

Ein Verkehrsverbund stellt eine Partnerschaftsform von Verkehrsunternehmen dar, bei der, ohne Fusion dieser Unternehmen, wesentliche Zuständigkeiten, vor allem Netz-, Fahrplan- und Tarifgestaltung, einer besonderen Organisation übertragen werden. Ein Verkehrsverbund hat den Zweck, durch eine integrierte Zusammenarbeit der öffentlichen Verkehrsunternehmen eines Gebietes den

Effekt des öffentlichen Nahverkehrssystems so zu erhöhen, daß dieses der Bevölkerung als annehmbare Alternative zum privaten Kraftfahrzeug angeboten und als Gestaltungselement für die Weiterentwicklung des Wirtschaftsraumes eingesetzt werden kann.

Die Anbotsverbesserung bezieht sich dabei darauf, alle Möglichkeiten einer attraktiven Verkehrsbedienung auszuschöpfen, den gesamten wirtschaftlichen Aufwand bei gleichbleibender Leistung zu vermindern und den öffentlichen Nahverkehr bei der Stadt- und Regionalplanung als Teil des gesamten städtischen und regionalen Verkehrs, seiner Funktion entsprechend, zweckmäßig einzusetzen. Bei den Vorarbeiten wurden vor allem auch ausländische Beispiele, wie etwa Hamburg und München, studiert und deren Anwendungsmöglichkeit auf die Wiener Verhältnisse geprüft.

Die Fragen des Kleingartenwesens, welche im Zusammenhang mit der Grünflächen- und Erholungsplanung zu lösen waren, umfaßten generelle Probleme ebenso wie zahlreiche Einzelprobleme. Oft ergaben sich dabei Schwierigkeiten, die in vielen Fällen einerseits aus den historischen Ursprüngen des Kleingartenwesens, andererseits aus der dynamischen Weiterentwicklung der Stadt resultierten. Viele Wiener Kleingartenanlagen sind in den Zwischen- und Nachkriegsjahren aus Grabe- und Ernteländern entstanden, halfen also die drückende Versorgungs- und Wohnungsnot zu lindern. Die Wahl der Standorte und die Gestaltungsformen der damals entstandenen Anlagen sind nur aus dieser Not-situation heraus zu verstehen, wie etwa die Einbrüche in den Wald- und Wiesengürtel, in großflächige innerstädtische Parkanlagen und in die Lobau. In den letzten Jahren entwickelte sich jedoch augenscheinlich der Kleingarten in zunehmendem Maße zu einer Wohnform, dem Wohnen im Grünen. Bereits vor einigen Jahren ließ die Stadtverwaltung ein Konzept ausarbeiten, dem Untersuchungen über die demoskopischen Verhältnisse der Kleingartenbesitzer, ihr Besuchsverhalten, ferner über die Benutzungsart und Ausstattung der Kleingärten sowie über die Qualität der Wohnsitze zugrunde gelegt wurden, um gesicherte Aussagen über die Trends der Kleingartenbewegung zu erhalten; es erschien unbedingt notwendig, diese Fragen vorerst abzuklären, um überhaupt Aussagen über den Bedarf und die Zielsetzung für die Standortwahl und die Gestaltung derartiger Anlagen zu erhalten. Demnach kann als gesichert gelten, daß sich die als „Kleingartenbewegung“ bezeichnete Form der Erholung und des Wohnens nicht grundsätzlich in ihrer Zielsetzung von der Zweitwohnung oder dem Wohnen im Grünen schlechthin unterscheidet und damit wieder an die ursprüngliche Idee des Schrebergartens, nämlich der Idee des Aufenthaltes und der kreativen Betätigung im Freien, anschließt.

Basierend auf diesen Ansätzen, wurde nun begonnen, flächenbezogene Überlegungen anzustellen und Gestaltungsvorschläge auszuarbeiten, um von der bisher üblichen Aufrasterung der zur Verfügung stehenden Fläche wegzukommen und vor allem den Anteil der allgemein zugänglichen Freizeit- und Erholungsflächen zu erhöhen; die beiden Modellfälle, 10, Löwygrube, und 22, Lannesstraße, sind Beispiele für zwei grundlegend verschiedene Typen dieser Wohnform. Allerdings müssen auch die gesetzlichen Bestimmungen den geänderten Erfordernissen angepaßt werden. Mit den gesteigerten Ansprüchen an die Funktionen von Kleingartenanlagen änderten sich nämlich die Voraussetzungen, welche die Standorte zu erfüllen haben: Kleingartenanlagen dürfen nur auf Flächen errichtet werden, die grundsätzlich als Erholungsgebiet geeignet sind, es muß aber auch der Anspruch der Öffentlichkeit auf Freizeit- und Erholungseinrichtungen eine solche individuelle Nutzung zulassen, und es dürfen dieser landeskulturelle, städtebauliche oder sonstige öffentliche Interessen nicht entgegenstehen.

Die Stadtstrukturplanung bemühte sich daher, Standortvorschläge für die Ansiedlung derartiger Anlagen auszuarbeiten; allerdings gestaltete sich die Suche nach geeigneten Flächen äußerst schwierig. Generell darf jedoch gesagt werden, daß im 21. und 22. Bezirk sowie am Südrand der Stadt Möglichkeiten bestehen, derartige Anlagen zu errichten.

Der Naturschutz erforderte im Jahre 1973 die Einholung zahlreicher Fachgutachten und Unterlagen, um Naturdenkmäler nach dem Wiener Naturschutzgesetz unter Schutz stellen zu können. Neben einzelnen Naturdenkmälern sind auch größere Gebiete, etwa in der Lobau und am Bisamberg, zu schützen. Diesem Zweck dienende Aufträge, etwa eine gutachtliche Stellungnahme zur Landschaftserhaltung und Gestaltung der Lobau abzugeben, wurden erfüllt und die benötigten Unterlagen an die Naturschutzbehörde weitergeleitet.

Die Lobau hat sich, historisch gesehen, aus einer Flußau infolge der ersten Donauregulierung zu einer Grundwasserau entwickelt. Es waren nun die ökologischen Verhältnisse mit dem Ziele zu überprüfen, Grundlagen für die Sicherung der Lebensverhältnisse und für eine eventuelle Verbesserung in der Form, daß die ursprünglichen Verhältnisse weitgehend wieder hergestellt werden, zu gewinnen. Dabei mußten vor allem die am wenigsten stabilen sowie die wegen ihrer natürlichen Substanz interessantesten Gebiete festgestellt werden. Hiefür wurden Unterlagen der Wasserwerke ebenso wie unabhängige wissenschaftliche Forschungsarbeiten, die Hinweise auf die Fauna enthielten, verwendet. Auf diese Weise konnten einerseits die Bereiche festgelegt werden, in welchen Naturschutzmaßnahmen

vordringlich notwendig sind, andererseits aber auch die Zonen abgegrenzt werden, die ohne Gefährdung der ökologischen Situation als Erholungs- und Freizeitlandschaft ausgestaltet werden können.

Die Landschaftsplanung konzentrierte sich vor allem auf Gebiete, für die bereits auf Grund vorangegangener Gesamtbearbeitungen konkrete Vorstellungen über die wünschenswerte Entwicklung vorlagen und in denen daher Erholungs- und Grünzonen in kurzer Zeit geschaffen werden können. Derartige Sofortmaßnahmenprogramme wurden stets in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachdienststellen ausgearbeitet, wie etwa für den Bereich des Bisamberges, des Dehneparkes und der Lobau. Als Sofortmaßnahmen wurden die Anlage von einfach befestigten Wanderwegen und von Routen, die mit dem Rad befahren werden können, vorgeschlagen, ferner forstliche Sanierungen von Wiesen und Waldflächen, Aufforstungen und Bachsanierungen. Mit Hilfe eines derartigen Maßnahmenprogramms konnte zum Beispiel der Dehnepark der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Für die Lobau wurde zunächst ein Radwegsystem ausgearbeitet, das durch sinnvoll angeordnete Zufahrten und Parkplätze ergänzt wird.

Im Jahre 1973 wurde die 1. Stufe eines Wettbewerbes „Donaubereich Wien“ ausgeschrieben, der von der Stadt Wien und der Republik Österreich gemeinsam veranstaltet wird. Ziel dieses Wettbewerbes ist es, mögliche Lösungsvarianten für die städtebauliche Entwicklung im Bereich der Donau zu gewinnen, für die ganz wesentliche Ansätze durch die beschlossenen Hochwasserschutzmaßnahmen, aber auch durch den Bau des Amtssitzes internationaler Organisationen und des Konferenzentrums am linken Donauufer gegeben sind. Grundsätzlich ist es den Wettbewerbsteilnehmern freigestellt, welche Nutzungen sie für die Flächen des Wettbewerbsgebietes vorschlagen wollen, doch ist jede Nutzung ausgeschlossen, die eine Gefährdung verursacht. Bedingung ist ferner, daß die durch die Verwirklichung des Hochwasserschutzprojekts anfallenden Landflächen für die gesamte Bevölkerung in optimaler Weise nutzbar gemacht werden. Es soll auch, nach dem städtebaulichen Konzept, eine möglichst naturnahe Umwelt geschaffen werden, weshalb die natürlichen Gegebenheiten bei den Lösungen soweit wie möglich genutzt werden sollen.

Im Zusammenhang mit diesem Wettbewerb wurden zwei Gutachten in Auftrag gegeben. Diese sollen einerseits die ökologische Situation auf Grund der beabsichtigten Hochwasserschutzmaßnahmen und unter Einschluß der Auswirkungen auf die Lobau beleuchten, andererseits die für eine Landschaftsgestaltung vorliegenden Voraussetzungen aufzeigen. Diese Gutachten werden der Jury bei der Beurteilung der Vorschläge der Wettbewerbsteilnehmer im Frühjahr 1974 zur Verfügung stehen. Die Stadtstrukturplanung selbst hat Vorschläge ausgearbeitet, nach welchen in dem Gebiet stromabwärts der Praterbrücke bei der Realisierung des Hochwasserschutzes möglichst viel von der natürlichen Substanz des heutigen Überschwemmungsgebietes erhalten werden soll. Die Ausschreibungsbedingungen des Wettbewerbes enthalten daher auch die Forderung, die natürlichen Verhältnisse in dem Gebiet „Toter Grund“ zu berücksichtigen.

Für die Fußgängerzonen in der Inneren Stadt wurden die in den vergangenen Jahren von den Planungsdienststellen erarbeiteten Unterlagen für das Gebiet der Inneren Stadt zusammengefaßt und durch konkrete Vorstellungen über eine schrittweise Weiterentwicklung des Verkehrssystems, einschließlich des Fußgängerverkehrs, mit dem Ziele ergänzt, einen optimalen Ausgleich aller Interessen zu schaffen. Verkehrsbehördliche Maßnahmen haben bei der Realisierung dieser Entwicklungsstufen zwar wesentliche Bedeutung, aber doch nur dienenden Charakter, denn sie ermöglichen infolge ihrer Elastizität eine kurzfristige, der jeweiligen Entwicklungsphase angepaßte Verkehrsorganisation.

Vorschläge der Stadtstrukturplanung gaben im Jahre 1973 den Anstoß dazu, den Kohlmarkt und die Naglergasse zu Fußgängerzonen zu erklären. Während der einmonatigen, zunächst nur provisorischen Umwandlung des Kohlmarktes in eine Fußgängerzone wurden Untersuchungen über ihren Nutzen angestellt, die so günstige Ergebnisse erbrachten, daß beschlossen wurde, sie unbefristet bestehen zu lassen. Vor allem wurde die weiträumige Verlagerbarkeit des vorher über den Kohlmarkt führenden Durchgangsverkehrs nachgewiesen. Die Verkehrsverlegung verbesserte die Umweltverhältnisse im Bereich des Kohlmarktes wesentlich, brachte aber in anderen Straßenzügen keine nachweislichen Verschlechterungen.

Diese Ergebnisse ermutigten dazu, den Kraftfahrzeugverkehr in der Inneren Stadt soweit als möglich zu beschränken und vor allem den Durchgangsverkehr zu unterbinden. Auf diese Weise wird es möglich sein, auch in anderen, heute noch unter dem Kraftfahrzeugverkehr leidenden Teilen der Inneren Stadt wieder angenehme Umweltverhältnisse zu schaffen. Unter anderem wurde vorgeschlagen, die Schönlaternergasse und den Heiligenkreuzer Hof als Fußgängerzone einzurichten.

Um die technische Infrastruktur zu erforschen, wurden Unterlagen über deren Bestand gesammelt und für Zwecke der Planung aufbereitet. Zahlreiche Einzelfragen über Trassenführungen und Standorte konnten durch Rückfragen an die jeweils zuständigen Stellen geklärt werden.

Ein besonderes Arbeitsprogramm betraf die städtischen Lagerplätze, deren Bestand erhoben wurde. Das Urteil der diese Plätze benutzenden Stellen sowie objektive Beurteilungskriterien sollen dazu verhelfen, eine optimale Lage für derartige Lagerplätze herauszufinden.

Für die Energieversorgung der Stadt konnten, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Unternehmen, erste Ansätze einer auf die Stadtentwicklung abgestimmten Energiepolitik erzielt werden. Diese Kontakte, die ein Energiekonzept zum Ziele haben, sollen intensiviert werden, wobei an die Möglichkeit einer Steuerung der Umweltverhältnisse und der Flächennutzung durch ein entsprechendes Angebot an Energieformen gedacht ist.

Der sozialen Infrastruktur sind die Institutionen für Bildung und Forschung, für die sozialen Dienste und das Gesundheitswesen, ferner der Verwaltung sowie die Freizeit- und Erholungseinrichtungen zuzurechnen. Als Grundlage für die hinsichtlich des räumlichen und zeitlichen Bedarfs an infrastrukturellen Einrichtungen auszuarbeitenden Konzepte werden die vorhandenen Unterlagen gesammelt, evident gehalten und ergänzt. Um Aussagen über den gegenwärtigen und künftigen Bedarf an sozialen Infrastruktureinrichtungen zu erhalten und daraus städtebauliche Rückschlüsse ziehen zu können, wurden Vorarbeiten für bezirkweise Infrastrukturanalysen gemacht.

Die gegenwärtige stürmische wissenschaftliche, technische und gesellschaftliche Entwicklung bringt in zunehmendem Maße Reformen des Schul- und Unterrichtswesens mit sich, die in ihrer Konsequenz wesentlichen Einfluß auf raumrelevante Entscheidungen haben. Auch die Zielsetzungen der Bildungspolitik, die auf sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leitvorstellungen beruhen, sind bei Planungsüberlegungen zu berücksichtigen.

Lernen und Bildung sind als ein permanenter Prozeß aufzufassen, der in einer Zeit der raschen wirtschaftlichen Entwicklung nicht mit der Phase der Berufsvorbereitung abgeschlossen ist. Es wurden daher bezüglich der vorhandenen oder zu schaffenden Bildungsmöglichkeiten grundlegende Untersuchungen eingeleitet.

Neben Vorarbeiten für ein Konzept für soziale Infrastruktureinrichtungen wurden Untersuchungen für konkrete Standortvorschläge geleistet.

Im Zusammenhang mit der Planung größerer städtebaulicher Projekte, auch des sozialen Wohnungsbaues, sowie bei Gebiets- und Bezirksbearbeitungen wurden die zugehörigen Folgeeinrichtungen überprüft.

Auf Grund des von der Wiener Wirtschaft für Betriebsstätten angemeldeten Flächenbedarfs wurden gemeinsam mit der Magistratsabteilung für wirtschaftliche Forschung und Koordinierung und anderen städtischen Fachdienststellen Untersuchungen für die 5. Etappe des Betriebsflächenerschließungsprogramms durchgeführt, geeignet erscheinende Gebiete ausgewählt und Maßnahmen für deren Erschließung in die Wege geleitet. Die Auswertung der Flächennachfrage der Betriebe ergab zwar, daß Betriebsflächen vorwiegend am südlichen Stadtrand von Wien gewünscht werden, doch wurde die Aufschließung von Industrie- und Betriebsbaugebieten hauptsächlich in den Stadtgebieten vorgesehen, in welchen wegen der dort errichteten neuen Wohnstätten zusätzliche Arbeitsplätze gebraucht werden. Untersuchungen haben nämlich ergeben, daß die Zahl der Arbeitsplätze in den Bezirken links der Donau, vor allem im 22. Bezirk, im Verhältnis zur Einwohnerzahl weit unter dem Wiener Durchschnitt liegt; diese Bezirke sind also mit Arbeitsplätzen nicht ausreichend versorgt. Für die 5. Etappe des Aufschließungsprogramms wurden drei Gebiete im 22. Bezirk und eine Teilfläche im 23. Bezirk vorgesehen.

Für bisher erschlossene Gebiete waren im Zusammenhang mit tatsächlich durchgeführten Betriebsansiedlungen zahlreiche Fragen, welche die Verkehrs- und Infrastruktur betrafen, zu bearbeiten. Ferner wurde für die als Industrie- und Betriebsbaugebiet vorgesehenen Teile der Simmeringer Haide der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan bereits teilweise neu bearbeitet.

Zu den Grundlagenarbeiten zählte die statistische Aufbereitung der vorhandenen Unterlagen über die Wohnbautätigkeit in Wien und deren Ergänzung auf Grund der Wohnbaustatistik 1972. Mit einer Auswertung dieses Datenmaterials nach Themengruppen und räumlichen Bezugsbereichen wurde begonnen. Weiters wurden alle denkmalgeschützten Bauten erfaßt und in einer Kartei sowie in Plänen evident gehalten.

Für die Straßenplanung wurden, neben grundlegenden Verkehrsuntersuchungen, der Auswertung der Verkehrserhebungen der letzten Jahre und der systematischen Zusammenführung aller für die verkehrspolitische Meinungsbildung relevanten Unterlagen, zahlreiche generelle Projekte und Studien für Gemeinde- und Bundesstraßen ausgeführt. Teilweise standen diese Projektierungen mit großen städtebaulichen Projekten im Zusammenhang, wie etwa dem Bau des Amtssitzes internationaler Organisationen. Für Bundesstraßen war nicht zuletzt deshalb eine große Zahl von generellen Projekten auszuarbeiten, weil im Bundesbudget die Anerkennung von Straßen als Bundesstraßen durch das

Bundesstraßengesetz 1971 und die Dringlichkeitsreihe von Wien bereits wirksam werden; im Jahre 1974 sollen ungefähr 800 Millionen Schilling an Bundesmitteln in Wien verbaut werden, während die Budgetansätze für 1973 unter 500 Millionen Schilling lagen.

Ein geändertes Umweltbewußtsein und eine sich generell ausbildende neue Einstellung der Öffentlichkeit zum Kraftfahrzeug stellen die Straßenplanung vor neue Aufgaben, bringen neue Bewertungsgesichtspunkte für die Entscheidung über Projektvarianten ins Spiel und bedingen die Ausarbeitung solcher Varianten, die eine, in bezug auf die gestellten Anforderungen optimale Lösung bieten. Unter anderem waren den Fragen des ruhenden Verkehrs umfangreiche Arbeiten gewidmet.

Statistischer Dienst

An agrarstatistischen Erhebungen waren im Jahre 1973 mit Stichtag 3. Juni eine Erhebung des Bestandes an bestimmten landwirtschaftlichen Maschinen sowie eine Bodennutzungserhebung, der eine Erhebung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräfte angeschlossen war, mit Stichtag 30. November eine Erhebung der Weinernte, der Weinvorräte und des Weinlagerraumes und mit Stichtag 3. Dezember eine Allgemeine Viehzählung sowie eine Erhebung der Hausschlachtungen in der Zeit vom 4. Dezember 1972 bis 3. Dezember 1973 durchzuführen. Die mit Stichtag 3. Juni 1973 angesetzt gewesenen Zählungen mußten wegen der damals herrschenden Maul- und Klauenseuche auf einen späteren Zeitpunkt verlegt werden und fanden, wenn auch mit dem gleichen Stichtag, im September 1973 statt. Bei der Maschinenzählung wurden 1.420 Maschinenbesitzer, bei der Weinernterhebung 983 in Wien wohnhafte Inhaber von Weinbaubetrieben, bei der Bodennutzungserhebung 2.442 in Wien ansässige Bewirtschafter von land- und forstwirtschaftlich genutzten Bodenflächen und bei der Allgemeinen Viehzählung 1.140 Halter von Nutztieren (Pferden, Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen und Geflügel) erhoben. Bei der zuletzt genannten Zählung mußten wegen der verstreuten Lage der Tierhaltungen 117 amtliche und 51 ehrenamtliche Zähler eingesetzt werden. Weitere statistische Daten über die Land- und Forstwirtschaft, die Tierhaltung und die veterinärämtliche Tätigkeit in Wien werden in Kapitel 6 des „Statistischen Jahrbuchs der Stadt Wien 1973“ gebracht werden.

Für die Bevölkerungsstatistik wurden etwa 61.000 Zählkarten über Eheschließungen, Lebend- und Totgeborene, Sterbefälle, Selbstmorde und Selbstmordversuche nach einer Vielzahl von Erhebungsmerkmalen und Merkmalskombinationen bearbeitet. Die aus dem Erhebungsmaterial gewonnenen Ergebnisse wurden nach örtlichen, zeitlichen und sachlichen Unterscheidungen geordnet und in zahlreichen Übersichts- und Spezialtabellen gesammelt. Diese dienten in der Hauptsache als Unterlage für die Veröffentlichung im Statistischen Jahrbuch, wurden aber auch dem Österreichischen Statistischen Zentralamt übermittelt und besonders interessierten Stellen zur Verfügung gestellt. Wie in den Vorjahren langten zahlreiche Anfragen über das Bevölkerungsgeschehen, wie es sich in Form der Statistik darbietet, ein, deren Beantwortung zum Teil mit einem größeren Zeit- und Arbeitsaufwand verbunden war.

Über die Wanderungsbewegung, einen grundlegenden Bestandteil der Bevölkerungsvorgänge, gaben die monatlich einlangenden Berichte der Bundespolizeidirektion Wien Auskunft; sie lieferten die Grundlage für die durch Zu- und Abwanderung entstehenden Veränderungen bei der Fortschreibung der Bevölkerungszahl.

Die Fremdenverkehrsstatistik erhielt mit der Fremdenverkehrsstatistik-Verordnung 1973, BGBl. Nr. 73/1973, eine neue gesetzliche Grundlage. Diese legt fest, daß auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs Erhebungen durchzuführen sind, die sich auf Fremde und Fremdenunterkünfte zu beziehen haben, definiert die Begriffe Fremde und Fremdenunterkünfte, legt die amtlichen Erhebungsformulare, bei Verwendung Statistischer Meldeblätter die Erhebungsmerkmale und die Auskunftspflicht der Unterkunftgeber sowie von deren Beauftragten, bei Campingplätzen der verantwortlichen Aufsichtsorgane fest. Die Gemeinden sind zur Mitwirkung an den vom Österreichischen Statistischen Zentralamt anzuordnenden Erhebungen verpflichtet und erhalten für die ihnen dadurch entstehenden Kosten eine Abfindung, deren Höhe für die Jahre 1973 und 1974 geregelt wurde.

Im Jahre 1973 wurde die Fremdenverkehrsstatistik aus den monatlichen Meldungen von mehr als 200 Fremdenverkehrsbetrieben erarbeitet und dem Österreichischen Statistischen Zentralamt sowie zahlreichen anderen interessierten Stellen übermittelt, aber auch in den Publikationen des Statistischen Amtes der Stadt Wien veröffentlicht.

Als Grundlage der Krankenanstaltenstatistik dienten die monatlichen Berichte der Wiener Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten, die von der Stadt Wien oder auch von anderen Institutionen verwaltet wurden. Daraus wurden eine Monats- und eine Jahresstatistik erstellt, aus der alle das Kranken- und Anstaltenwesen betreffenden Fragen, wie die Zahl der Betten, der Ärzte, der Pflegepersonen, aber auch der Zu- und Abgang sowie die Aufenthaltsdauer von Pflegelingen, die Art der

Erkrankungen, die zu ihrer Aufnahme führten, und andere interessante Kriterien zu entnehmen sind. Ihre Ergebnisse wurden im Statistischen Jahrbuch der Stadt Wien veröffentlicht und dem Österreichischen Statistischen Zentralamt in monatlichen und jährlichen Berichten zur Verfügung gestellt. Außerdem wurde für die Verbindungsstelle der Bundesländer die Krankenanstaltenstatistik Österreichs bearbeitet.

Für die Preisstatistik wurden die Mietzinse von 73 Wohnungen, ferner Theater- und Kinopreise sowie einige Tarife erfaßt und vom Marktamt in mehr als 300 Geschäften die Preise von fast 200 Waren erhoben. Diese wurden überprüft, in Tabellen übertragen und dem aus Vertretern der Kammer und der Gemeindeverwaltung bestehenden örtlichen Preiskomitee vorgelegt. Nach Begutachtung durch dieses Komitee wurden die Meldungen dem Österreichischen Statistischen Zentralamt übermittelt. Für die Mitwirkung an der Preisstatistik erhielt die Stadt Wien vom Bund als Abgeltung der ihr erwachsenden Kosten vierteljährlich Beträge von 31.298 S.

Die Schulstatistik wurde aus den statistischen Schulbogen der 405 Wiener Volks-, Haupt- und Sonderschulen sowie der 23 Polytechnischen Lehrgänge, die zu zahlreichen Tabellen verarbeitet wurden, errechnet. Die Ergebnisse wurden dem Österreichischen Statistischen Zentralamt, aber auch dem Stadtschulrat für Wien übermittelt, der sie als Entscheidungsgrundlage benötigt.

Für die Wohnbaustatistik wurden je 4 bis 5 Zählblätter für 1.299 Bauführungen — einschließlich der Zubauten, Abbrüche und sonstigen Baumaßnahmen — in mehreren Arbeitsgängen ausgewertet.

An Sonderzählungen wurden die seit dem Jahre 1969 regelmäßig vierteljährlich stattfindenden Mikrozensushebungen mit 307 Interviewern durchgeführt, die als Sonderprogramme im März eine erweiterte Wohnungserhebung, im Juni Fragen zur Familie, im September Fragen zur Gesundheit und im Dezember die berufliche Ausbildung und Fortbildung umfaßten. Da bereits im Frühsommer 1973 feststand, daß sich infolge der Neuorganisation des Mikrozensus ab dem Jahre 1974 in ganz Österreich in Wien einschneidende Veränderungen ergeben werden, wurden gewisse Vorarbeiten gemacht, um den Übergang zu erleichtern.

Mit den Mikrozensusinterviewern wird auch die Konsumerhebung 1974 durchgeführt werden. Es wurde daher im Februar 1973 mit ausgewählten Mikrozensusinterviewern eine Testerhebung veranstaltet, um Erfahrungen für die Organisation der Konsumerhebung zu erlangen, bei der das Statistische Amt der Stadt Wien organisatorische Belange zu besorgen hatte und auch die abschließende Besprechung der Erfahrungen mit den Interviewern einberief.

Im Jahre 1973 wurde ferner ein Referat für Strukturuntersuchungen eingerichtet, so daß es nunmehr möglich ist, die Ergebnisse der Großzählungen, wie Volks-, Häuser- und Wohnungszählung, nach kleinen räumlichen Einheiten gegliedert darzustellen. Eine Publikation „Die wirtschaftliche Zugehörigkeit der Wiener Wohnbevölkerung nach Gemeindebezirken“ wurde den interessierten Stellen bereits zur Verfügung gestellt, mit der Vorbereitung der Veröffentlichung von Ergebnissen nach Zählbezirken und Zählgebieten wurde begonnen.

Wie in früheren Jahren wurde zur Information städtischer Mandatäre und Dienststellen statistisches Material beschafft. Außer den täglichen telephonischen waren zahlreiche schriftliche Anfragen amtlicher und wissenschaftlicher Institutionen des In- und Auslands zu beantworten. Es wurden auch wieder die Wien betreffenden Daten für das „Statistische Jahrbuch österreichischer Städte“ zusammengestellt und dem Österreichischen Statistischen Zentralamt zugesendet.

Von den Publikationen des Statistischen Amtes der Stadt Wien erschien das Jahrbuch der Stadt Wien 1972 in zwei Bänden: „Die Verwaltung der Stadt Wien im Jahre 1972“ kam Anfang Juli 1973 in einer Auflage von 650 Exemplaren, das „Statistische Jahrbuch der Stadt Wien 1972“ zu Beginn des Monats Dezember 1973 in einer Auflage von 800 Stück heraus. Das in einer Auflagenstärke von 650 Stück erschienene „Statistische Taschenbuch der Stadt Wien 1972“ konnte bereits im Mai 1973 herausgebracht werden. In den „Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien“, einer Vierteljahrszeitschrift, die ebenfalls eine Auflage von 650 Exemplaren hatte, wurden neben dem Tabellenteil ausführliche Artikel mit statistischen Analysen aktueller Probleme gebracht.

Zur Pflege des Erfahrungsaustausches mit anderen statistischen Stellen des In- und Auslands nahmen Vertreter des Statistischen Amtes der Stadt Wien an der 19. Kommunalstatistischen Tagung am 28. Februar und 1. März in Wels, an der 39. Session des Internationalen Statistischen Instituts vom 20. bis 30. August in Wien, an den Tagungen des Verbandes Deutscher Städtestatistiker und der Deutschen Statistischen Gesellschaft vom 1. bis 5. Oktober in Mannheim sowie an den im Laufe des Jahres 1973 einberufenen Sitzungen der Statistischen Zentralkommission sowie der Fachbeiräte und Arbeitsgruppen dieser Institution teil. Die Teilnahme an den Sitzungen der zuletzt genannten Institution und ihrer Gliederungen gab überdies Gelegenheit, die Interessen der Stadt Wien wahrzunehmen.

Die Statistische Fachbibliothek hatte einen Zuwachs von 41 Werken beziehungsweise 525 Bänden, unter denen sich 120 regelmäßig erscheinende Zeitschriften (ein Jahrgang wird als ein Band gezählt) befanden. Die Bücher wurden vorwiegend durch Tausch gegen Publikationen des Statistischen Amtes der Stadt Wien erworben, lediglich 9 Werke, die im Tauschwege nicht erhältlich waren, wurden gekauft. Mit 143 Tauschpartnern wurde ein regelmäßiger Tauschverkehr unterhalten.

Flächenwidmungs- und Bebauungsplan

Das in den letzten Jahren zunehmende Interesse der Bevölkerung an der Tätigkeit der Verwaltung machte sich im Jahre 1973 nicht zuletzt in den gestiegenen Anforderungen an die Flächenwidmungs- und Bebauungspläne bemerkbar. Neben den bisher üblichen Erhebungen und Untersuchungen waren daher zusätzlich Detailbearbeitungen notwendig, denen entsprechend zeit- und arbeitsaufwendige Nachforschungen vorausgingen. Darüber hinaus waren Anträge auf Festsetzung von Schutzzonen nach der Altstadterhaltungsnovelle 1972 auszuarbeiten. Diese zusätzliche Arbeitsbelastung sowie Veränderungen im Mitarbeiterstab führten dazu, daß die Organisation der Magistratsabteilung für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan geändert werden mußte. Ab 1. September 1973 wurden die 23 Wiener Gemeindebezirke in zwei Bearbeitungsgebiete geteilt. Das „Gebiet West“ umfaßt die Bezirke 1, 6, 7, 8, 9, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19 und 23, das „Gebiet Ost“ die Bezirke 2, 3, 4, 5, 10, 11, 20, 21 und 22. Weiters wurde, um die Zusammenarbeit mit den anderen städtischen Dienststellen, vor allem mit der Stadt- und Landesplanung, bezüglich des städtischen Wohnbauprogramms zu erleichtern, hierfür ein verantwortlicher Sachbearbeiter bestellt.

Die Auswertung der Arbeiten der letzten Jahre führte zu einer Vielzahl von **Bebauungsplann**-**vorschlägen** für das gesamte Stadtgebiet, die Änderungen in den Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen nach sich zogen; über einige Abänderungsanträge wurde noch nicht entschieden. Größere Planentwürfe wurden für den 2. Bezirk, und zwar für das Teilgebiet zwischen Praterstraße und Obere Augartenstraße, für die Bezirke 5, 6 und 7 als ganzes, ferner für den dicht bebauten Teil des 10. Bezirks, das Gebiet nördlich der Westbahnstraße im 15. Bezirk sowie für Teile des 23. Bezirks, nämlich für Mauer, für das Teilgebiet nördlich der Anton Baumgartner-Straße und für das von der Perfektastraße im Norden und von der Lemböckgasse im Westen begrenzte Gebiet, gemacht. Die Realisierung dieser Planungen wird allerdings Jahre in Anspruch nehmen. In der Zwischenzeit mögen neue Erkenntnisse und geänderte wirtschaftliche Möglichkeiten zur Überprüfung auch dieser Planungen führen.

Um Änderungsvorschläge für dicht bebaute Stadteile, vor allem unter Berücksichtigung einer notwendigen Stadterneuerung zu erhalten, wurden fünf typische Stadtgebiete, die sich auf mehrere Bezirke verteilen, fünf Architekten und Architektenteams zur Bearbeitung übertragen. Die Ergebnisse dieser Arbeiten werden voraussichtlich in der ersten Hälfte des Jahres 1974 vorliegen. Städtebauliche Detailbearbeitungen befaßten sich mit dem künftigen Ausbau von Straßenzügen und Plätzen in verschiedenen Stadtteilen, so im 1. Bezirk mit dem Kohlmarkt und dem Albertinaplatz, sowie im 18. Bezirk mit öffentlichen Flächen in Gersthof und dem Gebiet Währinger Straße—Gertrudplatz. Diese Arbeiten standen in engem Zusammenhang mit den Vorschlägen für Schutzzonen und Fußgeherzonen und waren auf diese abgestimmt.

Ferner wurde in Zusammenarbeit mit dem Büro für automatische Datenverarbeitung, aufbauend auf dem amtlichen Straßenverzeichnis an der Erstellung einer **Adressendatei** gearbeitet. Ziel dieser Arbeit ist es, die verschiedensten adressenbezogenen Daten zu lokalisieren und den Erfordernissen entsprechend, grundstücksweise oder in größeren Einheiten wie Baublocks Zählgebieten und Zählbezirken zuzuordnen. Die Auswertungen der vorhandenen Daten mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung ermöglichten es, die Auswirkungen festgesetzter Widmungen und beabsichtigter Planungen gegenüberzustellen und auf diese Weise Entscheidungsgrundlagen zu schaffen.

Alle diese Studien, Untersuchungen und Bearbeitungen waren Grundlagen für **Anträge**, die an die beschließenden Körperschaften gestellt wurden. Im Jahre 1973 wurden dem Gemeinderat und dem Gemeinderatsausschuß für Planung insgesamt 96 Anträge zugeleitet, von denen 50 Abänderungen sowie 9 Aufhebungen oder Neufestsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans, 5 die Verhängung zeitlich begrenzter Bausperren, 26 die Verlängerung der Rechtswirksamkeit solcher Bausperren und 6 die Festsetzung von Schutzzonen auf Grund der Altstadterhaltungsnovelle 1972 anstrebten.

Dem **Fachbeirat für Stadtplanung** wurden in 11 Sitzungen 96 Entwürfe vorgelegt, die Abänderungen oder Aufhebungen sowie Neufestsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans oder die Verhängung von Bausperren zum Ziele hatten.

Ferner wurden mehr als 3.000 Ansuchen um Bekanntgabe der Baufluchtlinien von der Baubehörde übermittelt. Weitere Ansuchen von Privatpersonen und öffentlichen Dienststellen, deren Zahl 1.000 überstieg, betrafen den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan. Auf dem Wohnungsverbesserungsgesetz 1969 beruhten 1.867 Ansuchen, die nach Begutachtung an die Magistratsabteilung für allgemeine und rechtliche Angelegenheiten des Wohnungswesens sowie Wohnbauförderung weitergeleitet wurden.

Schließlich wurden dem Rechtsmittelbüro der Magistratsdirektion zu Fällen, in denen Berufungen an die Baubehörde oder an die Höchstgerichte erhoben worden waren, auf Grund der archivierten Unterlagen die benötigten Auskünfte erteilt und für das Kulturamt etwa 40 für die Änderung oder Neufestsetzung von Verkehrsflächenbenennungen benötigte Plandarstellungen angefertigt.

Stadtvermessung

In den gesetzlichen Grundlagen der Tätigkeit der Stadtvermessung traten im Jahre 1973 zwar keine Veränderungen ein, doch brachte die Einführung der Mehrwertsteuer mit Jahresbeginn eine ziemliche Menge an administrativer Mehrarbeit mit sich.

Die langwierigen Verhandlungen mit der Ingenieurkammer führten am Jahresende zu einer Einigung über eine Neuregelung der Zeitgebühren für Meßgehilfen und die Abgeltung der Beistellung hochwertiger Meßinstrumente während der Feldarbeit.

Außerdem wurde im Wege der Verbindungsstelle der österreichischen Bundesländer, gemeinsam mit den einschlägigen Fachexperten der anderen Bundesländer, in mehreren Arbeitsgesprächen die Novellierung einiger Bestimmungen des Vermessungsgesetzes vorbereitet.

Von den Versuchen und Neuerungen erwähnenswert wäre zunächst ein gemeinsam mit der Plan- und Schriftenkammer wegen des vermehrten Anfalls von Arbeiten an thematischen Karten unternommener Versuch, das „Strip-Verfahren“ hierfür nutzbar zu machen. Dabei wird die Kartenvorlage (Strichzeichnung) mit einem Strip-Film photographiert. Das entstehende Negativ zeigt die Linien glasklar und die Flächen schwarz. Die Photoschicht ist mit ihrer Unterlage aber nur durch einen Haftkleber verbunden, so daß sie gegebenenfalls mit einer Pinzette abgezogen werden kann. Falls nun einzelne Flächen der Karte mit irgendeinem (Farb-)Aufdruck versehen werden sollen, so werden diese Flächen im Negativfilm abgezogen („gestrippt“), wodurch selbst bei komplizierten und unregelmäßigen Formen ein vollkommen konturgenaues, negatives Bild des gewünschten (Farb-)Aufdruckes entsteht. Dadurch wird sehr viel mühsame Zeichen- und Retuschierarbeit eingespart. Ein und derselbe Strip-Film kann mehrmals hintereinander bearbeitet werden, so daß bei mehreren Farben die Druckvorlagen für jeden einzelnen Druckvorgang auf die geschilderte Weise zu erzeugen sind. Diese Versuche gelangen vollauf, und der Strip-Film konnte bereits bei mehreren praktischen Arbeiten mit vollem Erfolg eingesetzt werden. Hervorzuheben sind 10 große Kartenbeilagen zu einer praktischen Forschungsarbeit des Forstamtes über die Hochlagenaufforstung im Rax-Schneeberg-Gebiet, die auf diese Weise hergestellt wurden.

Ebenso wurde nach erfolgreichen Versuchen ein neuer Dünnschichtfilm für kartographische Montagen eingesetzt, dessen Ränder bei Kopierarbeiten nahezu völlig unsichtbar blieben, wodurch ebenfalls viel Retuschierarbeit eingespart wird.

Eine wichtige Neuerung, vor allem im Hinblick auf die Aufgaben der Altstadterhaltung und -sanierung, ist die Einrichtung einer eigenen Stelle für Architekturvermessung. Es gelang, einen auf diesem Sachgebiet besonders versierten Fachmann aufzunehmen und für diesen auch einen Planposten zu schaffen. Diese neue Stelle nahm im März 1973 ihre Tätigkeit auf und konnte bereits wertvolle Unterlagen, vor allem für die Aufgaben des Kulturamtes, herstellen.

Ferner konnten für das Instrumentarium der Stadtvermessung einige neue Instrumente erworben werden. Dazu zählen ein elektronischer Kurzdistanzmesser, mit dem Entfernungen bis etwa 2.000 m im Bruchteil einer Minute mit Zentimetergenauigkeit zu ermitteln sind. Dieses Gerät bewährte sich ausgezeichnet vor allem im U-Bahn-Bau und auf anderen Großbaustellen, eignet sich aber auch für Polygonisierung, Paßpunktmessungen und ähnliche Arbeiten. Für Dauerbeobachtungen an der Schwedenbrücke, die im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau aus Sicherheitsgründen vorgenommen werden, wurden 4 weitere elektronische Libellen und ein Mehrfachschreiber beschafft, so daß nun eine vollautomatische Überwachung möglich ist. Außerdem wurde für das zweite Luftbildauswertungsgerät (A 10) ein Satz „Kompensationsplatten“ erworben, so daß auch mit diesem Gerät Präzisionsauswertungen von Luftbildern gemacht werden können.

Im Einvernehmen mit den Sachverständigen für Bodentechnik der Magistratsabteilung für Brücken- und Wasserbau beteiligte sich die Stadtvermessung an einem Versuch des Bundesvermessungsamtes, um die Anwendungsmöglichkeit des Infrarot-Falschfarbenfilms zu untersuchen. Dabei wurde das für den

Brücken- und Wasserbau besonders interessante Gebiet der Alten Donau mit Farbfilm, Falschfarbfilm, Schwarzweiß-Infrarotfilm und Pan-Film aufgenommen. Es ist zu erwarten, daß dabei recht nützliche Erkenntnisse auch für andere Anwendungsbereiche gewonnen werden.

Für die U-Bahn-Baustelle Schwedenplatz konnte eine vollständige neue Meßeinrichtung beigestellt werden; auch gelang es, für diese Arbeitsgruppe einen in der Finanzverwaltung nicht mehr benötigten elektronischen Tischrechner zu bekommen, der für vermessungstechnische Berechnungen recht gut geeignet ist. Ein weiterer elektronischer Tischrechner mit Programmspeicherung neuester Bauart wurde durch das Beschaffungssamt gekauft und bewährt sich bereits vorzüglich. Die vorhandenen geodätischen Rechenprogramme konnten von den Ingenieuren der Stadtvermessung den eigenen Aufgaben besser angepaßt, etliche Rechenprogramme aber auch selbst neu entwickelt werden.

Gemeinsam mit dem Büro für automatische Datenverarbeitung gelang es endlich, die Zustimmung zur Einrichtung einer automatischen Kartier- und Zeichenanlage zu erhalten. Das Digitalisiergerät wurde bereits bestellt und die Ausschreibung für das Kartiergerät in die Wege geleitet, so daß im Jahre 1974 mit der „geometrischen Datenverarbeitung“ begonnen werden kann.

Die allgemeine fachliche Tätigkeit war nach wie vor dadurch gekennzeichnet, daß der Bedarf an Vermessungsleistungen größer war, als mit der vorhandenen Arbeitskapazität normalerweise bewältigt hätte werden können. Nur durch andauernde und umfangreiche Mehrdienstleistungen, durch Einsatz möglichst moderner und arbeitsparender Verfahren und Geräte, aber auch durch konsequente Beratung der jeweiligen Bedarfsstellen, die es ermöglichte, deren Anforderungen auf ein gerade noch vertretbares Maß zu reduzieren, und zum Teil durch Vergabe von Arbeiten an Ingenieurkonsulenten gelang es, wenigstens alle notwendigen Vermessungsarbeiten zeitgerecht zu erfüllen.

Mittels Luftbildmessung wurden insgesamt 60 Stadtkartenblätter, die eine Fläche von 75 km² aufweisen, vollkommen neu hergestellt. Es sind das zum Teil Bereiche außerhalb des Stadtgebietes, die aber zur Komplettierung der Stadtkarte 1 : 2.000 benötigt werden, wie etwa der Flughafen Schwechat; vor allem aber betrifft es Gebiete, in denen so zahlreiche Veränderungen geschehen sind, daß dort eine Neukartierung notwendig wurde. An weiteren 11 Stadtkartenblättern über 14 km² Fläche wurden die Veränderungen durch Luftbildauswertung erfaßt und eingearbeitet. Leider wurde die Auswertungskapazität durch Einberufungen junger Auswerter zum Präsenzdienst ziemlich eingeschränkt.

Neben der Arbeit an der Stadtkarte konnte die Luftbildmessung zu umfangreichen, großmaßstäblichen Arbeiten eingesetzt werden, wodurch beträchtliche Geldmittel und Zeit eingespart wurden. Es handelte sich um die Projektgrundlagen für die Triester Straße, die Donaukanal-Begleitstraßen und die Ostautobahn im Bereich zwischen Ostbahn und Seitenhafenstraße, ferner um eine Auswertung für Zwecke der Forstverwaltung im Bereich des Bisamberges; für die Projektgrundlage des Autobahnkreuzes Kaiser-Ebersdorf wurde mit den Paßpunktmessungen begonnen.

Für verschiedene bedeutende Bauprojekte mußten insgesamt 35 Bildkonstruktionen („Photomontagen“) hergestellt werden. Besonders umfangreich waren die Arbeiten für die projektierte Einbindung der Klosterneuburger Bundesstraße in Nußdorf.

Zur Anpassung des Bebauungsplanes und zur Erhaltung eines harmonischen Stadtbildes waren umfangreiche Höhenbestimmungen an Gesimsen und Dächern im 1. Bezirk in der Rauhensteingasse und im 7. Bezirk in der Myrthengasse vorzunehmen, wobei zur Ergänzung der Plandarstellung auch stets photographische Aufnahmen hergestellt wurden.

Das aus der Biedermeierzeit stammende Haus, 8, Lange Gasse 37, gehört der Stadt Wien. Es soll stilgerecht erneuert und einer zweckmäßigen Verwendung zugeführt werden. Bei der detaillierten Bauaufnahme dieses Objektes konnte festgestellt werden, daß ein Teil dieses Hauses in einer noch früheren Bauperiode errichtet wurde. Mit dieser Arbeit gelang es, genaue Grundlagen für eine zweckmäßige Projektierung der Erhaltungs- und Umbauarbeiten zu schaffen. Im 8. Bezirk, in der Lenaugasse, Buchfeldgasse, Schmidgasse, Loidoldgasse und Tulpengasse, sind noch viele Bürgerhäuser aus den Stilperioden des Barock bis zum Klassizismus erhalten. In mühevoller Kleinarbeit, die infolge der engen, vollkommen verparkten Verkehrsflächen und durch das Mißtrauen der Hausbewohner sehr erschwert war, wurden detaillierte Fassadenpläne in einem Maßstab 1 : 100 für eine Fläche von etwas mehr als 32.800 m² angefertigt. Eine zweckmäßige Kombination der verschiedensten vermessungstechnischen Verfahren, einschließlich der Photogrammetrie, ergab schließlich eine recht brauchbare Technologie. Um der Besonderheit willen sei erwähnt, daß sich bei dieser Arbeit ein junger Afrikaner aus Nigeria als Meßhilfe sehr bewährt hat.

Schließlich wurde noch mit der genauen denkmalpflegerischen Aufnahme des neu zu adaptierenden Haydn-Hauses in 6, Haydngasse, begonnen.

Die Hauptaufgabe der Kartographen der Stadtvermessung war die Bearbeitung und Fortführung der Stadtkarte 1 : 2.000. Insgesamt wurden 32 Blätter neu hergestellt, weitere 99 Blätter wurden

nachgeführt, der Inhalt des Bebauungsplanes für 39 Blätter wurde kartographisch neu dargestellt und auf weiteren 86 Blättern auf den letzten Stand gebracht. Weiters wurden 34 Schriftfolien, 44 Schichtlinien- und 21 Hausstoffolien gefertigt sowie insgesamt 198 Stadtkartenfolien retuschiert. Für 37 Blätter konnte die Katasterdarstellung neu montiert und druckreif gemacht werden. Auch 7 Blätter der Stadtkarte 1:5.000 wurden neu bearbeitet und zur Vervielfältigung bereitgestellt.

Der große Gebrauchswert der Stadtkarten ist unter anderem daraus zu erkennen, daß im Jahre 1973 in weit mehr als 4.000 Fällen die Originalfolien zur Anfertigung von Vergrößerungen, Verkleinerungen oder Teilausschnitten für den Bedarf anderer Dienststellen herangezogen wurden.

In zunehmendem Maße werden die Kartographen der Stadtvermessung auch mit Arbeiten aus der thematischen Kartographie, mit graphischen Darstellungen und ähnlichen Aufgaben betraut. So benötigte das Stadtforstamt zu einer Forschungsarbeit die bereits erwähnten 10 großen thematischen Karten, die dann in hervorragender Weise von der Plan- und Schriftenkammer gedruckt wurden. Für das Kulturamt wurden Karten der Schutzgebietzonen hergestellt. Auch für Veröffentlichungen der Wasserwerke waren mehrere thematische Karten zu bearbeiten, und eine interessante thematische Karte zur Hydrogeologie eines U-Bahn-Bauabschnittes war zu Jahresende noch in Arbeit.

Von den zahlreichen graphischen Darstellungen für Zwecke städtischer Dienststellen wären unter anderem die für das Statistische Jahrbuch der Stadt Wien und die für „Bürgerversammlungen“ anlässlich der U-Bahn-Bauten angefertigten zu erwähnen. Ferner wurden sehr viele spezielle Formblätter für andere Dienststellen bearbeitet und druckreif hergestellt. Umfangreiche Präzisionszeichnungen waren überdies für die Herausgabe eines neuen Normblattes für Planzeichen erforderlich; ebenso wurde der Zeichenschlüssel für die Darstellung des Bebauungsplanes neu bearbeitet und für den Druck bereitgestellt. Die Fähigkeiten der Kartographen werden vielfach selbst für künstlerische Aufgaben, wie die Gestaltung und Beschriftung besonderer Urkunden, etwa des „Goldenen Buches der Stadt Wien“, eingesetzt. Von Erfolg war schließlich auch ihr andauernder Einsatz für die zeichnerische Ausbildung der technischen Lehrlinge begleitet.

An Vermessungsarbeiten für Planungs- und Projektierungsarbeiten waren 135 Lage- und Höhenpläne herzustellen, in 126 Fällen wurden Absteckungsarbeiten im Zusammenhang mit Baumaßnahmen durchgeführt, und in 20 Fällen waren zum Teil recht umfangreiche analytische Berechnungen von Fluchtlinien für den Bedarf der Baubehörden auszuführen. 4 dieser Arbeiten betrafen größere „Fluchtliniengerippe“, wodurch für einzelne Bereiche alle baurechtlichen Linien im Detail (durch konforme Koordinaten) reproduzierbar festzulegen waren. Weitere 29 Arbeiten betrafen das Umarbeiten und Kombinieren bereits vorhandener Unterlagen, die an geplante Bauprojekte anzupassen waren. Diese zeit- und geldsparende Vorgangsweise ist nur möglich, weil alle Vermessungsarbeiten konsequent auf ein einheitliches Festpunktfeld bezogen werden sowie in zweckmäßiger Weise archiviert und bereitgehalten sind.

In diesem Zusammenhang wäre auch zu erwähnen, daß schon seit Jahren selbst nicht von städtischen Dienststellen angefertigte Vermessungspläne, sofern sie zur Verfügung stehen, auf Mikrofilm gespeichert werden. Im Jahre 1973 wurden alle diese Mikrofilme einheitlich in Film-Lockkarten umgelegt und ihr Bestand um 817 Pläne auf mehr als 8.000 vermehrt.

Seit einigen Jahren werden die Fluchtlinienbekanntgaben für alle städtischen Bauvorhaben zentral von der Stadtvermessung beschafft; es werden also alle erforderlichen Plangrundlagen und Beilagen zu den Ansuchen im engsten Einvernehmen mit der Bauvorbereitung, der Planung, dem Projektanten und der Baubehörde ausgearbeitet oder beigebracht. Die Bescheide der Baubehörden werden dann allen bauführenden Stellen einheitlich und zentral zur Verfügung gestellt. Dieser Beitrag zur Verwaltungsreform bewährt sich sehr gut; wenn er auch für die Stadtvermessung mit einem nicht unbeträchtlichen Arbeitsaufwand verbunden ist, so konnte doch im gesamten in der Bauvorbereitung und -ausführung eine merkliche Verbesserung und Beschleunigung erreicht werden.

Nach wie vor betrifft ein sehr beträchtlicher Teil der Arbeitsleistungen der Stadtvermessung die ingenieurgeodätische Betreuung der Großbaustellen der Stadt Wien. Allen voran stehen hier die Bau- und Kontrollmessungen für den U-Bahn-Bau. Dabei waren unter anderem etwa 3.000 m Schildvortriebsstrecken in bezug auf ihre Lage und Höhe in ihrer Ausführung so zu kontrollieren, daß keine unzulässigen Abweichungen auftraten. Hierbei bewährte sich der Kreiselschneidolit vorzüglich, so daß bisher alle Durchschläge mit einer Genauigkeit von wenigen Zentimetern erzielt werden konnten. Im übrigen sind für den gesamten U-Bahn-Bau, vom Beginn der Baumaßnahmen bis zum Innenausbau der Stationen, alle Messungen vorzunehmen. Die Fachleute der Stadtvermessung betreten zu Ende des Jahres 1973 neben den Streckenabschnitten Karlsplatz—Stephansplatz, Karlsplatz—Südtiroler Platz und Südtiroler Platz—Reumannplatz auch die Baubereiche Schwedenplatz—Praterstern und Schwedenplatz—Schottenring—Maria Theresien-Straße. Hierbei ergaben sich sehr viele, zum Teil recht schwierige und interessante Präzisionsmessungen. Neben der ständigen Beobachtung aller

Bauwerke im Trassenbereich auf Hebungen und Senkungen bei Injektionsarbeiten und beim Schildvortrieb waren vor allem die großen, oft mehr als 30 m tiefen Wände der Anfahrtschächte auf Bewegungen zu beobachten. Besonders umfangreiche Messungen dieser Art waren im Bereich der Stephanskirche und der Schwedenbrücke vorzunehmen. Ebenso mußte die Südbahnbrücke am Südtiroler Platz aus Sicherheitsgründen während der Schildvortriebsperioden durch viele Tage und Nächte auf genaueste meßtechnisch überwacht werden. Zur rascheren Auswertung solch umfangreicher Messungen, die für die Lenkung des weiteren Baugeschehens unerlässlich ist, wurden in Zusammenarbeit mit dem Büro für automatische Datenverarbeitung der Magistratsdirektion zweckmäßige Rechenprogramme entwickelt und eingesetzt. Daneben mußten die zahlreichen unterirdischen Leitungen, die wegen des U-Bahn-Baus neu zu verlegen sind, kontinuierlich meßtechnisch, rechnerisch und planlich erfaßt werden; im Jahre 1973 wurden auf diese Art 7,3 km Leitungen dargestellt.

Sehr große Anforderungen an die Vermessungsgruppe stellten die Absteckungs- und Baumeßungsarbeiten für die WIG 74. Bei diesen, stets unter größtem Zeitdruck stehenden Arbeiten, die noch dazu in vielen Teilstücken und in unterschiedlichen Phasen auszuführen waren, machte sich die koordinierende Tätigkeit des Vermessungsfachmanns bezahlt.

Ferner wurden vermessungstechnisch betreut: die Baumaßnahmen für den Donau-Hochwasserschutz am Einlaufbauwerk in Langenzersdorf, an den Wehranlagen 1 und 2 im Bereich der Lobau; die Verkehrsbauewerke an der Heiligenstädter Straße zwischen Nußdorf und Klosterneuburg; die Südbahn, bei der vor allem sämtliche Brücken, Unterfahrungen und die großen Kreuzungsbauwerke auch nach der Fertigstellung auf ihr Bewegungsverhalten zu beobachten sind; die große Kläranlage Kaiser-Ebersdorf; die Unterfahrung der Stadionbrücke am linken Donaukanalufer; die Ostautobahn, bei der mehrere Teilabsteckungen auszuführen waren, vor allem aber das Festpunktfeld für den Neubau der Ostautobahn-Donaukanalbrücke eingerichtet wurde, und der Neubau der Nußdorfer Wehranlage, bei welcher höchst genaue Messungen für den Einbau der Lager der Wehrverschlüsse vorzunehmen waren.

Viele Vermessungsarbeiten waren ferner an den Anlagen der 1. und 2. Hochquellenwasserleitung zu machen. Hervorzuheben wären hier die photogrammetrischen Stollenaufnahmen im Bereich der Kraftwerke Opponitz und Gaming sowie die zahlreichen Einmessungen neuer Drainage-Anlagen in einer Länge von insgesamt ca. 12 km im Bereich der 2. Hochquellenleitung.

Bei den Präzisionsnivelements waren gleichfalls die Arbeiten im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau am zahlreichsten. Insgesamt waren etwa 1.300 Meßstellen ständig auf ihr Setzungsverhalten zu beobachten; 512 Setzungsbolzen wurden neu angelegt. Weiters waren an 12 Objekten Präzisionssetzungsmessungen auszuführen. Besonders zu erwähnen wären hier die Pfahldruckversuche beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses und die Arbeiten für die neue Rundhalle des Radstadions.

Ferner waren zahlreiche neue Grundwassermeßstellen, besonders im Bereich der Lobau und in der Mitterndorfer Senke, höhenmäßig festzulegen, und auch das Nivellement der 2. Hochquellenleitung wurde ober- und unterirdisch fortgesetzt.

Infolge des enormen Anfalls von neuen Aufgaben mußten die Arbeiten zur Erhaltung und Ergänzung des städtischen Höhenfestpunktnetzes fast gänzlich eingestellt werden. Lediglich im Bereich des Kaisermühlendamms wurde ein Nivellementzug neu vermarktet und beobachtet, weil er für kommende Baumaßnahmen benötigt wird. Doch gelang es immerhin, die angekündigte Neuauflage des Verzeichnisses der städtischen Höhenfestpunkte herauszubringen; dadurch sind im Stadtgebiet jetzt nahezu 5.000 präzise Höhenmarken für jedermann verfügbar.

Ziemlich arbeitsaufwendig waren wegen der damit verbundenen Erhebungen und Verhandlungen die vermessungstechnischen Arbeiten für das gesamte Liegenschaftswesen der Stadt Wien. Insgesamt wurden 293 Teilungs- und Grundeinlösungspläne und in jedem Falle auch die Lage- und Höhenpläne für die Fluchtlinienbekanntgabe hergestellt. Wegen der langen Dauer vieler Grundtransaktionen oder infolge von Vertragsänderungen mußten überdies 135 Teilungspläne geändert werden. In diesem Zusammenhang wäre auch zu bemerken, daß es die Stadtvermessung im Zuge der von der Magistratsdirektion eingeleiteten Reform des städtischen Liegenschaftswesens übernommen hat, alle diesbezüglichen Abteilungsverfahren zentral zu überwachen und allfällige Stockungen möglichst rasch zu beseitigen. Soweit es bis jetzt abzusehen ist, führte diese Maßnahme zu einer Entlastung einiger städtischer Dienststellen und bewirkte eine merkliche Beschleunigung der langwierigen und komplizierten Abteilungsverfahren.

Im Jahre 1973 waren auch insgesamt 289 andere Verfahren in Liegenschaftsangelegenheiten, meistens Feststellungen und Sicherungen von Grundstücksgrenzen, durchzuführen. Besonders umfangreiche derartige Arbeiten waren im gesamten Bereich der projektierten 3. Wasserleitung vorzunehmen, aber auch die städtische Forstverwaltung, der Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien und die Wasserwerke benötigten eine große Zahl von Grenzbestimmungen, letztere für die Quellenschutzgebiete.

Für einige Stellen der U-Bahn-Trassen, wie auch für Tiefgaragen und andere Zwecke, waren 23 Servitutspläne anzufertigen.

Die enorme Arbeitsbelastung der Stadtvermessung brachte es mit sich, daß so wie in den früheren Jahren dringende vermessungstechnische Arbeiten, insgesamt 575, an freischaffende Ingenieurkonsulenten vergeben werden mußten; der Gesamtkostenaufwand hierfür war etwas höher als 22 Millionen Schilling. Bei diesen Arbeiten oblagen die Preisprüfung, die Antragstellung, aber auch das Prüfen, Verteilen und Archivieren der gelieferten Pläne sowie alle übrigen damit verbundenen administrativen Agenden der Stadtvermessung. Insgesamt langten bei dieser im Jahre 1973 6.192 Dienststücke ein. Einschließlich von aus dem Vorjahr anhängigen Angelegenheiten wurden 6.323 Akten erledigt.

Die Mitarbeiter der Stadtvermessung wurden auch vielfach als Gutachter und Ratgeber in Fachfragen herangezogen. Unter anderem waren sie in den Expertenkonferenzen der Verbindungsstelle der Bundesländer, in den Fachnormenausschüssen für Planzeichen und für Vermessungsgeräte sowie bei der Erstellung des Entwurfes einer neuen Realschätzordnung tätig.

Zur Information über die neueste Entwicklung auf den jeweiligen Fachgebieten nahmen einige Bedienstete der Stadtvermessung am Deutschen Kartographentag in München und am Deutschen Geodänten tag in Ludwigshafen teil. Der Dienststellenleiter folgte einer Einladung der Studiengesellschaft für unterirdische Verkehrsanlagen und berichtete auf deren Jahrestagung in Essen über die Wiener Erfahrungen bei der Kontrolle des Schildvortriebes.

Plan- und Schriftenkammer

Die großen kommunalen Aufgaben auf dem Gebiete des Bauwesens, der Planung und des Umweltschutzes, die zunehmende Bedeutung der Informatik, der elektronischen Datenverarbeitung und der modernen Managementmethoden führten in der technisch-wissenschaftlichen Bibliothek des Wiener Stadtbauamtes zu reger Nachfrage nach einschlägiger Fachliteratur. Deshalb wurde auch eine weit höhere Anzahl von Fachzeitschriftenmappen als bisher für die einschlägig befaßten Dienststellen in Umlauf gesetzt, deren Inhalte den sorgfältig erkundeten Interessen entsprach, wodurch eine weitere gezielte Information erreicht werden konnte.

Außerdem wurden die Berichte über Dienstreisen den Bediensteten besser zugänglich gemacht und diesen damit neue Erkenntnisse und Nutzenanwendungen vermittelt. Der Austausch von Geräten der Mikrofilmanlage und eine Ergänzung derselben durch ein Dupliziergerät sowie die Zuweisung einiger Lesegeräte an die planenden, ausführenden und liegenschaftsverwaltenden Dienststellen wird es ermöglichen, diesen ab Beginn des Jahres 1974 die nach dem letzten Stand des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans bearbeiteten Stadtkarten mikroverfilmt zur Verfügung zu stellen.

Diese aktuelle Stadtkartendarstellung wird mithelfen, Entscheidungen zu beschleunigen. Weiters ist beabsichtigt, die großen Planarchive nach Absprache mit dem Archiv der Stadt Wien zu verfilmen, um die Raumnot zu lindern, wie ja überhaupt der Mikrofilm in erster Linie der Raumersparnis dienen soll.

In der Reproduktionsanlage der Plan- und Schriftenkammer können mit der gewählten Mikrofilmkamera Aufträge, bei denen Maßstabsveränderungen gewünscht werden, ausgeführt werden. Dadurch wird die quantitativ überforderte Zweiraumkamera entlastet. Die Verfilmung der dokumentierten Fachzeitschriften bewirkt nicht nur das Wegfallen der kostspieligen Buchbinderarbeiten, sondern es wird für die Aufbewahrung der Filme auch bloß ein Zehntel des bisher benötigten Raumes gebraucht.

Ferner wurde zu Ende des Jahres 1973 eine Einfarben-Offsetbogenrotationsmaschine gekauft. Mit dieser Maschine können in wirtschaftlicher und rascher Weise Stadtkarten, Planungs- und Ausschreibungsunterlagen, thematische Karten sowie die Entwürfe zur Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans, die für das Begutachtungsverfahren gebraucht werden, gedruckt werden. Die Ausendungen bei den letztgenannten Verfahren können sodann gleichzeitig an alle zu hörenden Stellen erfolgen, wodurch eine beträchtliche Abkürzung der Verfahrensdauer erreicht wird. Außerdem werden mit dieser Maschine alle Druckaufträge mit einem kleineren Format als DIN A 1 in der eigenen Anlage ausgeführt werden können. Dadurch wird das frühzeitige Bekanntwerden von Planungsvorhaben der Stadt Wien, das geeignet ist, Bodenspekulationen hervorzurufen, in gewissem Umfang verhindert werden. Die Ausführung verschiedener thematischer Karten hat die Eignung der Maschine bewiesen und fachliche Erfahrungen gebracht.

Der Einsatz des vor zwei Jahren erworbenen Lichtsatzgerätes ermöglichte es, eine standardisierte Beschriftung einzuführen und verminderte dadurch die Kosten für die Anschaffung von Schriftensablonen sowie von Anreibebuchstaben. Bildkonstruktionen in Zusammenarbeit mit der Stadtvermessung und die photographische Dokumentation von Großbaustellen mit Hilfe von meist technisch aufwendigen Verfahren sind bereits zur Routine geworden. Ferner erlauben die auf pausfähigen Materialien aufgerasterten Luftbildaufnahmen die Erstellung billiger Projektions- und Planungsunterlagen im Lichtpausverfahren.

Die möglichst unbürokratische Vorgangsweise half nicht nur den sehr regen Parteienverkehr reibungslos zu bewältigen, sondern fand auch die Anerkennung namhafter Stellen, so des Präsidenten der Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland, die er in einem Schreiben an den Bürgermeister und an den Magistratsdirektor zum Ausdruck brachte.

Stadtgestaltung

Das Aufgabengebiet der Magistratsabteilung für Stadtgestaltung gliedert sich in die stadtgestalterischen Belange, die Gestaltung der Wohnbauten und die Ausgestaltung der Nutzbauten.

Unter den übergeordneten Begriff Stadtgestaltung fallen alle jene Tätigkeiten, die mit architektonischen Vorgängen oder gestalterischen Maßnahmen innerhalb des Stadtraumes verbunden sind, aber nicht unmittelbar mit dem kommunalen Wohn- und Nutzbau zusammenhängen.

Eine Hauptaufgabe in diesem Tätigkeitsgebiet bildet die Bauberatung. Es mußte das Erscheinungsbild, die „Architektur“, von sämtlichen baubewilligungspflichtigen Wohn- und Nutzbauten oder Veränderungen an solchen, wie Zu- und Umbauten oder Fassadengestaltungen, die innerhalb der 23 Wiener Gemeindebezirke zur Ausführung gelangen sollten, daraufhin begutachtet werden, ob sich die einzelnen Projekte im Sinne eines einheitlich gestalteten und harmonischen Stadtbildes in die vorhandenen Baumassen einfügen würden. Das Ergebnis dieser Begutachtung mußte in vielen Fällen in ausführlichen schriftlichen Gutachten festgehalten werden, weil die Projekte den gestellten Anforderungen nicht entsprachen. Die Gutachten dienten dann als Grundlage für die Ablehnung der Bauvorhaben aus architektonischen Gründen, die von der Baupolizei mit Bescheid auszusprechen war. Im Jahre 1973 wurden vorsprechenden Bauwerbern mehr als 5.800 Beratungen erteilt; 5.537 dieser Gutachten wurden schriftlich abgegeben.

Im Stadtbild sind auch Portalum-, -zu- oder -neubauten sowie das Anbringen verschiedener Reklameanlagen im weiteren Sinne als architektonische oder gestalterische Vorgänge zu werten. Solchen Absichten war ebenfalls eine umfangreiche beratende Tätigkeit gewidmet.

Im Zuge der Realisierung der Fußgängerzonen „Kärntner Straße“ und „Favoritenstraße“ waren ferner Fragen der Ausgestaltung zu lösen. Gemeinsam mit den übrigen mit diesen Projekten befaßten Dienststellen und den damit beauftragten freischaffenden Architekten wurden spezifische Gestaltungselemente, wie die Oberflächengestaltung und die Straßenraumöberlieferung, zu der die aufzustellenden Sitzgelegenheiten, mobilen Blumengefäße, Schanigärten mit Tischen, Baumpflanzungen, Brunnen und Beleuchtungskörper zählen, erarbeitet. Die konkreten, auch im Detail durchdachten Vorschläge wurden im Herbst 1973 in Präsentationsmappen vorgestellt.

In den Besprechungen über die geplanten weiteren Fußgängerzonen in der Innenstadt, Kohlmarkt, Naglergasse und Schönlaterngasse, wurden gleichfalls die stadtgestalterischen Belange vertreten. Auch in Verbindung mit dem U-Bahn-Bau, dem nahezu wöchentliche Besprechungen über den Stationsausbau der Linie U1 gewidmet waren, wurde gemeinsam mit einem Ziviltechnikerteam versucht, dem Stadtbild angepaßte Lösungen zu finden. Weitere Planungen befaßten sich, abgesehen von den mit dem U-Bahn-Bau zusammenhängenden Überlegungen, mit der Ausgestaltung der Oberflächen des Morzin- und Schwedenplatzes sowie des Reumannplatzes.

Neben all diesen Arbeiten waren noch schriftliche Stellungnahmen und Entwürfe für Antwortschreiben in Angelegenheiten der Stadtbildgestaltung, Beiträge für die Zeitschrift „der aufbau“ und Buchbesprechungen zu verfassen.

Für Wohnbauten wurden im Jahre 1973 von 135 freischaffenden Architekten 92 Projekte mit insgesamt 15.105 Wohnungen bearbeitet. Bei 18 Bauvorhaben mit 3.654 Wohnungen konnte die Planausführung abgeschlossen werden. 28 Bauvorhaben mit 3.743 Wohnungen standen zu Jahresende noch im Stadium der Detailplanung, 20 weitere mit 2.884 Wohnungen waren bis zur Einreichung um die Baubewilligung gediehen und für 26 Bauten mit 4.824 Wohnungen waren Planentwürfe auszuführen.

Die reibungslose Abwicklung der laufenden Bauprogramme und die Vorarbeiten für künftige Bauprogramme im Sinne einer zweckentsprechenden Bauvorbereitung erforderten eine Unzahl von Besprechungen zur Koordinierung der verschiedensten Belange der einzelnen damit befaßten Dienststellen.

Hiebei handelte es sich um die Einplanung von Zentralheizungen, Einstellplätzen sowie von Lokalen und Betriebsräumen für Post, Polizei, Rettung, Krankenkasse und Mutterberatungsstellen. Die oft schwierig verlaufenden Vertragsverhandlungen mit freischaffenden Architekten und die Honorarberechnungen für diese wurden durch die Einführung der Mehrwertsteuer zusätzlich erschwert.

Besonderer Wert wurde auf die Ausarbeitung realisierbarer Studien und Untersuchungen zur Wohnwertverbesserung unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse des einzelnen, der Familie, aber auch bestimmter kleinerer Bevölkerungsgruppen gelegt. Vielfach wird heute das Streben der Menschen nach Gemeinschaft bereits bezweifelt. Doch nicht ein Nachlassen dieses Strebens, vielmehr soziale und ökonomische Fakten, ganz besonders aber die heutigen örtlichen Verhältnisse sind für die zunehmende Vereinsamung verantwortlich. Das Miteinander von jung und alt kann und muß zur beiderseitigen Befriedigung wieder belebt werden. Das künftige Wohnen muß in weitaus größerem Maße als bisher dem Bedürfnis des einzelnen und der Familie gerecht werden. Unter diesem Aspekt sind eine Reihe von Einflußfaktoren zu berücksichtigen. Der Planer hat die Aufgabe, bei Beachtung aller Kriterien die optimale Lösung zu erarbeiten und letztlich zu realisieren. Wechselnde Bedürfnisse, die komplexen Fragen der Umweltgestaltung und neue soziale, humanökonomische und technische Erkenntnisse lassen es als notwendig erscheinen, in angemessenen Zeitintervallen die „Wohnbedürfnisse“ einer genauen Analyse zu unterziehen. Die Analyse hat aber nicht nur die „Qualität des Wohnens“ zu untersuchen, die Bedürfnisse zu konkretisieren und Bedürfnistypen herauszustellen, vielmehr sind auch die Wohnstrukturen für bestimmte kleinere Bevölkerungsgruppen, die Erholungsbereiche und die Freizeitgestaltungsformen zu berücksichtigen. Unter diesen bestimmten kleineren Bevölkerungsgruppen sind nicht nur alte, kranke oder pflegebedürftige Menschen zu verstehen, sondern auch alleinstehende Personen, wie Ledige und Studenten. Erholungsbereiche und Freizeitgestaltungsformen sind nach Altersgruppen aufzugliedern, wobei die gewählten Spiel- sowie die anderen Freizeitbeschäftigungs-, Sport- und Bildungsarten anzugeben sind.

Im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bauten und Technik wurde im Jahre 1973 im Rahmen der Aktion Österreichische Wohnbauforschung der Wettbewerb „Wohnen morgen“ durchgeführt. Der Wettbewerb bezog sich auf das Gebiet zwischen Weiglasse—Siebeneichengasse—Anschützgasse und Iheringgasse im 15. Gemeindebezirk, in dem die Stadt Wien eine Wohnhausanlage zu errichten beabsichtigt. Ziel und Zweck dieses Wettbewerbes war es, neue Anregungen und Ideen für die Gestaltung dieses Gebietes zu erhalten, die dazu beitragen, moderne Wohnanlagen zu schaffen, die als beispielhaft gelten können. Die Anlage soll alle für das Zusammenleben erforderlichen und erstrebenswerten Einrichtungen aufweisen und Lösungen bringen, die der Themenstellung „Wohnen morgen“ gerecht werden. Die Wohnungen sollen in funktioneller Hinsicht den zu erwartenden Anforderungen entsprechen, das Wohlbefinden ihrer Bewohner gewährleisten, einen entsprechend hohen Wohnwert besitzen und sich in bezug auf die Kosten in einem Rahmen halten, der für den öffentlich geförderten Wohnungsbau angemessen erscheint. Die Arbeiten waren bis Ende November 1973 einzureichen. 65 Architekten und Architektengruppen aus ganz Österreich legten Arbeiten, die sich mit dieser vielschichtigen Aufgabenstellung auseinandersetzten, vor. Die Vorprüfung konnte noch vor Jahresende abgeschlossen werden.

Neben der Er- und Ausarbeitung von Studien und Untersuchungen wurde getrachtet, realisierbare Ergebnisse solcher Arbeiten in die Tat umzusetzen. So werden nebeneinanderliegende Wohnungen geschaffen, die wachsen oder kleiner werden können, in beiden Fällen aber vollwertige Wohnungen mit allen sanitären Einrichtungen bleiben. Dieser neue Wohnversuch soll vor allem das Zusammenleben von junger und älterer Generation fördern. „Versuchsfeld“ ist eine der modernsten großen Wohnhausanlagen der Stadt Wien, die auf den Trabrennvereinsgründen, östlich der Wagramer Straße, im 22. Wiener Gemeindebezirk geschaffen wird. Mit dem Bau wurde im Sommer 1973 begonnen. Sie wird 2.500 Wohnungen in einem sehr vielfältigen Typenangebot umfassen. Die auf Wachstum und Kleinerwerden ausgelegten Wohnungen werden bereits beim Bau entsprechend „präpariert“. Schon beim Grundriß werden genügend Türöffnungen und Installationsanschlüsse vorgesehen, um mehrere Kombinationen durch Abtrennen von Teilen von jeweils zwei in einer Ebene nebeneinanderliegenden Wohnungen erzielen zu können. Das „Teilen“ muß allemal wieder eine vollwertige Wohnung mit Bad und Wasserlosett ergeben. Die Vorteile für die Tür an Tür wohnenden Familien liegen auf der Hand: das Miteinander von jung und alt könnte zur beiderseitigen Befriedigung wieder belebt werden. Man pflegt Kontakt und hilft einander, man kann sich aber auch ungestört in seine eigenen vier Wände zurückziehen.

Eine weitere Besonderheit dieser Wohnanlage sind die Split-Level-Wohnungen. Man lebt hier in zwei Wohnungsebenen, die gegeneinander um ein halbes Geschoß versetzt sind. Die Verbindung stellt eine Stiege her. Auch hier erhält das Wohnen neue flexible Aspekte. Schließlich werden einige Wohnungen speziell für alte Menschen und für körperbehinderte Mieter eingerichtet. Bei den Wohnungen für

Behinderte werden die neuesten Erkenntnisse von Fachleuten berücksichtigt und alle Bedienungselemente und Arbeitsflächen in Rollstuhllhöhe angebracht. Das gilt für die Türgriffe ebenso wie für die Schalter und die Kücheneinrichtung. Diese Spezialwohnungen liegen im Parterre, auch die dazugehörigen Abstellräume, so daß sich behinderte und ältere Mieter das Stiegensteigen in den Keller ersparen. Mit dem Öffnen der Tür entsteht überdies ein „grünes Zimmer“, da diese Wohnungen auch einen kleinen Garten haben.

Sogar manche Mieter im ersten Stock werden in den Genuß eines „grünen Zimmers“ kommen: Die Kellergaragen springen teilweise vor, so daß auf dem Dachplateau Grünflächen angelegt werden können. Die Bewohner erhalten dadurch im ersten Stock eine Dachterrasse. Schließlich wird es in den Höfen der großen Wohnhausanlage Tiefgaragen geben, die ebenfalls begrünt sind. In der ersten Hälfte des Jahres 1974 werden die Bauarbeiten für den zweiten Teil des städtischen Trabrennverein-Wohnprojekts beginnen, das in vieler Hinsicht architektonisches Neuland darstellt.

Mit den Entwurfs- und Planungsarbeiten für 98 Nutzbauten waren 170 freischaffende Architekten beauftragt. Außerdem wurden 337 Projekte von städtischen Architekten bearbeitet. Es waren dies meistens Projekte kleineren Umfangs, bei denen der nötige Arbeitsaufwand wegen der vorzunehmenden Abänderungen und Zusatzplanungen im vorhinein kaum abzuschätzen war. Sie betrafen Amtshäuser, Spitäler, Schulen, Heime und andere Nutzbauten, bei denen neben einer genauen Detailplanung auch eine laufende Beaufsichtigung der liefernden und ausführenden Firmen zu übernehmen war; der gesamte Zeitaufwand für derlei Objekte ist in der Regel besonders hoch.

Der Begriff „Nutzbau“ umfaßt auch den kommunalen Schulbau. Im Jahre 1973 waren die Planungsvorgänge für mehrere Schulneubauten, von der ersten Architektenskizze bis zur Projektsbesprechung und damit bis zur Einleitung der Realisierung der Bauten, zu betreuen. Nebenbei sei bemerkt, daß im Herbst 1973 der von der Magistratsabteilung für Stadtgestaltung geplante Prototyp einer acht- bis zwölfklassigen Volksschule in 2, Vorgartenstraße, fertiggestellt und der Benützung übergeben wurde.

In Zusammenhang mit dem Schulbau wurde im Jahre 1972 die Schulbaukommission gegründet. Ihre Aufgabe ist es, aktuelle Probleme und Fragen des kommunalen Pflichtschulbaus zu behandeln. Den Vorsitz in dieser Kommission hat die Magistratsabteilung für Stadtgestaltung inne, und ihr oblag es auch im Jahre 1973, gemeinsam mit der städtischen Schulverwaltung eine einwöchige Schulbesichtigungsfahrt in die Bundesländer zu veranstalten. Zweck dieses Unternehmens war ein Vergleich der besichtigten Schulobjekte mit dem Wiener städtischen Schulbau. Festgestellte Unterschiede in pädagogischer, funktioneller und bautechnischer Hinsicht wurden einer Auswertung unterzogen. Die Ergebnisse wurden zu Nutzenanwendungsvorschlägen formuliert, die später Planungsrichtlinien bilden sollen. Der Auswertungsvorgang war im November 1973 abgeschlossen, der ausführliche Abschlußbericht aber bis Jahresende noch nicht gänzlich fertiggestellt.

Ferner wurde im Jahre 1973 gemeinsam mit der städtischen Bäderverwaltung ein Bäderkonzept für Wien im wesentlichen in drei Phasen ausgearbeitet. Zunächst wurde von der Magistratsabteilung für Stadtgestaltung bezüglich der bestehenden Volks-, Warm- und Sonnenbäder, für die größtenteils keine ausreichenden Planunterlagen vorlagen, eine Bestandsaufnahme gemacht, und auch genaue Bestandspläne wurden angefertigt. Darauf aufbauend, gleichsam als zweite Phase, wurden von der Bäderverwaltung Prognosen über Besucherfrequenzen und Rentabilitätsuntersuchungen erstellt, die jeweils für den weiteren Ausbau eines Bades oder seine Stilllegung maßgebend waren. Die dritte Phase umfaßte die Untersuchung der Möglichkeiten von Aus-, Zu- und Erweiterungsbauten, welche die Bäder in einen den gegenwärtigen sanitären und hygienischen Anforderungen entsprechenden Zustand versetzen und sie gleichzeitig attraktiver gestalten sollen.

Städtische Wohnhausneubauten

Zu Beginn des Jahres 1973 waren rund 6.150 Wohnungen im Bau. Da annähernd gleich viele Wohnungen zu bauen begonnen und in die Verwaltung der städtischen Wohnhäuserverwaltung übergeben wurden, belief sich die Zahl der Wohnungen, die sich zu Jahresende im Bau befanden, auf rund 6.000.

Fertiggestellt wurde unter anderem die Wohnhausanlage, 10, Wienerfeldgasse—Bleigasse—Sibeliusgasse, in der Wohnungen speziell für Körperbehinderte eingerichtet sind. Die Übergabe von 2 Personalwohnhäusern mit etwa 250 Wohnungseinheiten an das Anstaltenamt ist für die Lösung der Personalfrage der jeweils nahe gelegenen Krankenhäuser von größter Bedeutung, da sie wesentlich zur Verbesserung der Wohnprobleme der Angestellten beiträgt. Ferner wurden von dem insgesamt 973 Wohnungen umfassenden 1. Bauteil der Anlage, 22, Ziegelhofstraße, 666 fertiggestellt und von den 863 Wohnungen des 2. Bauteiles 404. Auch von den Bauten in 11, Thürlhofstraße, 4. Bauteil, und

11, Mühlangergasse, 2. Bauteil, konnten umfangreiche Teile der städtischen Wohnhäuserverwaltung zur Vermietung übergeben werden.

An einer Reihe von Wohnhausbauten wurden die Arbeiten weitergeführt; bemerkenswert sind die Anlage, 10, Per Albin Hansson-Siedlung, 7. Bauteil, die Wohnungen für Körperbehinderte und das Zentrum, dem verschiedene Kultureinrichtungen angeschlossen sind, umfaßt, weiters der Bau, 15, Schwendergasse 39—43, wo ebenfalls neben einer Wohnhausanlage ein großes Kulturzentrum entsteht, die Großfeldsiedlung im 21. Bezirk, deren Errichtung sich mit dem 4. Bauteil im Endstadium befindet, und die Wohnhausanlage, 22, Arminenstraße, in der der erste Teil der Wohnungen voraussichtlich im Jahre 1974 bezogen werden kann.

Im Jahre 1973 wurde ferner mit der Ausführung zahlreicher kleinerer Bauvorhaben in dicht bebauten überalterten Stadtvierteln zur Stadterneuerung begonnen. Als Stadterweiterung ist die großräumige Bebauung östlich der Wagramer Straße — nördlich des Rennbahnweges anzusprechen, für welche die Arbeiten am 1. Bauteil aufgenommen wurden.

Den Mittelpunkt dieser Anlage bildet das in die Wohnbebauung eingeplante Geschäftszentrum. Das oberste Geschöß (Deck) des Zentrums überragt das umgebende Gelände um 2,50 m. Nahe der künftigen U-Bahn wird es eine geschützte Passage zu den Geschäftslokalen bilden und den Bewohnern die Möglichkeit zur Begegnung sowie zur Information bieten. Unterhalb des Zwischendecks befinden sich die Lagerräume für die Läden und Stellplätze für Personenkraftwagen. Innerhalb eines gegen Süden offenen Hofes ist ein großer Platz, der als temporärer Markt, aber auch als Festplatz sowie für Spiel und Erholung dienen soll, vorgesehen. Das Wohnungsangebot der Planung weist verschiedene zeitgemäße und attraktive Formen auf, welche vom Split-level-Bau über den geschlossenen Laubengang und Mittelgang bis zum konventionellen Dreispänner reichen, und kommt damit den unterschiedlichen Wohnwünschen der späteren Benutzer entgegen.

Den Wohnwert einiger kleinerer Bauvorhaben im dicht bebauten Gebiet sollen **Dachterrassen** erhöhen, die als Ruheplätze und Spielplätze für Kinder gedacht sind. Da Großwohnungen, die kinderreiche Familien aufnehmen werden, vorgesehen sind, werden die Terrassen voraussichtlich voll genützt werden.

Strukturplanung, Architektenentwurf und Bauweise bestimmen die **Baukosten** eines Gebäudes. Werden die statischen Erfordernisse und eine darauf ausgerichtete wirtschaftliche Bauweise bereits frühzeitig im Stadium der Struktur- und Architektenplanung berücksichtigt, können die Baukosten mitunter wesentlich vermindert werden. Bei einem Bauvorhaben wirkte daher schon an den endgültigen Strukturentwürfen ein Statiker mit. Dessen Mitarbeit ermöglichte den Architekten, ein möglichst wirtschaftliches Projekt auszuarbeiten. Um die Baukosten für mehrgeschossige Garagenbauten nach Tunlichkeit niedrig zu halten, wurde ein Forschungsauftrag vergeben, durch den die wirtschaftlichste Tragkonstruktion ermittelt werden soll. Dazu soll für verschiedene statische Systeme und deren Herstellungskosten ein nach Kostenkomponenten aufgegliederter Kostenplan ausgearbeitet werden, der die wirtschaftlichste Ausführungsart erkennen läßt.

Weiters wird, um auf lange **Sichtkosten** bei den **Erhaltungsarbeiten** einzusparen, nunmehr fast ausschließlich der vorerst in Versuchen erprobte Lack-in-Lack-Anstrich angewendet; dadurch wurde eine wesentliche Verbesserung des Anstriches besonders bei Fenstern und Balkontüren erreicht. Bei Anstreicherarbeiten überwiegt der Kosten- den Lohnanteil. Die Verwendung eines besseren Materials führt zwar zu einer unwesentlichen Erhöhung des Gesamtpreises, hat aber den großen Vorteil, daß sich die Erhaltungskosten erheblich verringern.

Ein weiterer Versuch befaßte sich mit der **Fußbodenherstellung**. An Stelle einer Sandausgleichsschicht und einer Trittschalldämmung aus Schaumstoff- oder Mineralwollplatten für den Fußbodenaufbau wurde erstmals in einer städtischen Wohnhausanlage ein neuartiger Beschüttungsdämmstoff versuchsweise verwendet. Er soll als Unterlage für eine schwimmende Fußbodenkonstruktion dienen und besteht aus Hanfschäben, die mit einem bituminösen Mittel behandelt wurden.

Ferner ist geplant, die **Proktor-Ziegelbauweise** zu erproben. Diese Bauweise sieht die Vorfertigung von Wand- und Deckenelementen in einer Feldfabrik auf der Baustelle nach einem neuen System vor, das bereits in einer Forschungsarbeit des Österreichischen Instituts für Bauforschung untersucht wurde. Der Versuchsbau soll Aussagen über die praktische Anwendung und die bauphysikalischen Werte im Vergleich zur traditionellen Ziegelbauweise erbringen.

Versuchsweise wurde auch eine Wohnhausanlage mit einer außenliegenden **Wärmeisolierung** und einer Eternitfassade ausgestattet. Als mindeste Wärmedämmung der Außenmauern, der Decke über dem letzten Wohngeschoß und dem Erdgeschoßfußboden ist ein k-Wert von $0,5 \text{ kcal/m}^2 \text{ h}^\circ \text{C}$ vorgeschrieben; dies entspricht einer beidseitig verputzten, etwa 103 cm dicken Vollziegel- oder einer 64 cm dicken Hohlziegelmauer. Dieser Wärmewert wurde auf Grund einer Wirtschaftlichkeitsberechnung ermittelt, bei welcher die Baukosten und die Heizkosten berücksichtigt wurden. Aus dem Mini-

zum der Summe der Kostenfaktoren, auf die Bestandsdauer der Objekte bezogen, ergab sich der wirtschaftlichste k-Wert. Dieser wurde außerdem mit den aus der Literatur bekannten Werten abgestimmt, wobei aus- und inländische Untersuchungsergebnisse berücksichtigt wurden. Für die Beheizung der Wohnhausanlage soll elektrische Energie verwendet werden. Ein geringer Stromverbrauch ermäßigt nicht nur die Heizkosten, sondern verringert auch den Energieverbrauch im allgemeinen.

Dieser erhöhte Wärmeschutz (k-Wert für Außenmauerwerk von maximal $0,5 \text{ kcal/m}^2 \text{ h}^\circ\text{C}$) wird bei einem anderen Wohnhausbau, für den ebenfalls Elektroheizung vorgesehen ist, durch eine zusätzliche Wärmedämmschicht an der Innenseite der Außenmauern erreicht. Dadurch ist es möglich, Vergleichswerte von Außenisolierungen zu ermitteln. Auch bei der Ausbildung einer Flachdachkonstruktion wurde versuchsweise ein Dachausbau gewählt, bei dem die Wärmedämmung nicht unterhalb, sondern oberhalb der Dachhaut (Feuchtigkeitsisolierung) angebracht ist; er besteht aus einer dreilagig verklebten Bitumenpappe. Dieses umgekehrte Dach kann sowohl im Gefälle (Gefällsbeton) als auch gefällelos ausgebildet werden und bietet für die Feuchtigkeitsisolierung einen besonderen Schutz.

Bauliche Ersatzvornahmen, technische Begutachtung von Darlehensanträgen

Nach der Behebung der Erdbebenschäden des Jahres 1972 verminderte sich die Zahl der Anträge auf Durchführung von notstandspolizeilichen Maßnahmen und Ersatzvornahmen im Jahre 1973 etwas. Es langten 41 notstandspolizeiliche Maßnahmen betreffende Anträge ein, von denen 39 durchgeführt wurden. In 657 Fällen, in denen Eigentümer von Liegenschaften oder deren Bevollmächtigte baupolizeilichen Aufträgen nicht nachgekommen waren, wurden Ersatzvornahmen beantragt. Von diesen Anträgen wurden 523 mit einer geschätzten Kostensumme von 40,101.500 S an die Magistratsabteilung für administrative Bau-, Elektrizitäts-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten zur Entscheidung weitergeleitet; diese gab in 101 Fällen die Zustimmung zur Durchführung der beantragten Maßnahmen. 13 der bewilligten Ersatzvornahmen wurden tatsächlich von Amts wegen ausgeführt. In 11 Fällen wurden bezüglich angeordneter Maßnahmen Vollstreckungsverfügungen erlassen. Zur Hereinbringung der Kosten von 204 notstandspolizeilichen Maßnahmen, einschließlich der von der Feuerwehr der Stadt Wien und von der Magistratsabteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark vorgenommenen Abschränkungen, wurden 929.798 S und für 15 durchgeführte Ersatzvornahmen 1,956.006 S mittels Bescheid zum Ersatz vorgeschrieben.

Zur Begutachtung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit von Instandsetzungsarbeiten an privaten Wohngebäuden fanden 39 Sitzungen der „Dreierkommissionen“ statt, bei welchen 240 Gutachten als Grundlage für baubehördliche Abbruchaufträge ausgearbeitet wurden. Zu 31 von der Baupolizei ausgeschriebenen Ortsaugenscheinen waren Sachverständige zu entsenden, außerdem wurden 1.110 verschiedene technische Begutachtungen vorgenommen. In bezug auf 472 Wohnungen wurden Räumungsaufträge erteilt.

Ferner wurden 36 Ansuchen um die Gewährung von zinsfreien Darlehen der Stadt Wien zur Herstellung von Kanalanschlüssen mit einer Kostensumme von 2,903.468 S überprüft.

Für die Wohnbauförderung 1968 wurden 461 Förderungsanträge mit einer Kostensumme von 5.184,912.900 S in bautechnischer Hinsicht überprüft. Mit diesen Anträgen wurde die Förderung der Errichtung von 246 Häusern mit insgesamt 11.545 Wohnungen mit einer Kostensumme von 4.649,250.000 S, von 8 Heimen mit 943 Wohnungen mit einer Kostensumme von 316,662.900 S und von 207 Eigenheimen mit 292 Wohnungen mit einer Kostensumme von 219 Millionen Schilling beantragt.

Von den Schlichtungsstellen und Gerichten langten 3.463 Anträge gemäß § 7 und § 8 Mietengesetz zur Überprüfung der beigelegten Kostenvoranschläge auf die unbedingte Notwendigkeit der vorgesehenen Arbeiten und der Angemessenheit der dafür ausgewiesenen Preise oder die Richtigkeit der Abrechnung ein; einschließlich von Anträgen, die bereits im Vorjahr zur Überprüfung übersendet worden waren, wurden 3.540 Dienststücke erledigt. Anlässlich der Überprüfung von 908 Kostenvoranschlägen für Instandsetzungen gemäß § 7 Mietengesetz wurde die Kostensumme von 459,841.782 S auf 333,497.518 S herabgesetzt; bei den für derartige Instandsetzungen eingereichten Nachträgen ergab sich durch die Überprüfung eine Ermäßigung der Kosten von 64,746.790 S auf 41,145.018 S. Auch bei den überprüften Abrechnungen wurde die geforderte Summe von 397,038.645 S um 32,877.634 S auf 364,161.011 S vermindert. Für die Verbesserung von Wohnhausbauten gemäß § 8 Mietengesetz wurden 716 Anträge und sonstige Anfragen behandelt.

Für die Förderung aus dem Altstadterhaltungsfonds wurden 94 Anträge und Rechnungen mit einer Kostensumme von rund 26 Millionen Schilling technisch und auf die preisliche Angemessenheit der angegebenen Beträge überprüft.

Nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz, BGBl. Nr. 426/1969, wurden 395 Anträge vorbegutachtet. Von Hauseigentümern langten 304 Anträge für Verbesserungen mit voraussichtlichen Baukosten von etwa 52 Millionen Schilling ein, von Mietern 1.588 Anträge mit einer veranschlagten Kostensumme von 113 Millionen Schilling; nach der Überprüfung betrugen die berichtigten Baukosten 43 beziehungsweise 94 Millionen Schilling. 1.302 Baufälle mit einer Kostensumme von 94 Millionen Schilling wurden abgerechnet. Bei den beantragten Verbesserungen handelte es sich in 31 Fällen um Aufzüge, in 1.454 um Zentral- oder Etagenheizungen, in 4 um Zentralwaschküchen, in 835 um Bäder, in 496 um die Installation von Wasserklosetten in Wohnungen, in 1.819 um die Neuverlegung oder Verstärkung von Gas-, Wasser- oder elektrischen Leitungen, in 104 um die Teilung oder Zusammenlegung von Wohnungen und in 149 Fällen um die Verbesserung von Küchen oder sonstigen Wohnungsteilen.

Die Novelle zum Wohnungsverbesserungsgesetz, BGBl. Nr. 268/1972, welche die Möglichkeit vorsieht, daß Wohnungsmieter und Nutzungsberechtigte Förderungsmaßnahmen nach diesem Gesetz selbständig beantragen können, führte zu einem erheblichen Ansteigen der Verbesserungsanträge. Die Vornahme der Preisüberprüfung und Bauüberwachung ersparte den Antragstellern Mehrzahlungen von insgesamt 28 Millionen Schilling.

Die Bürgerschaftsfonds GmbH Wien förderte im Jahre 1973 den Einbau von Bädern, Wasserklosetten und Waschtischen in 11 Beherbergungsbetrieben mit einer Summe von 1.013.000 S. In diesen Fällen besorgte die Magistratsabteilung für technische Prüfung bei Wohnbauförderungen, bauliche Ersatzvornahmen und technische Amtsgutachten über private Wohnbauten die Aufsicht über die technische Ausführung der Arbeiten und die Einhaltung der Richtlinien.

Errichtung und Erhaltung von Nutzbauten

Neben den ständigen Erhaltungsarbeiten, die an den Gebäuden des Kultur- und Volkshochschulwesens vorzunehmen waren, wurden die Neubauten der Volkshochschule Hietzing sowie der Häuser der Begegnung Großfeldsiedlung und Liesing fortgesetzt. Mit der Errichtung eines Bildhauerateliers in 2, Rustenschacherallee 2—4, wurde begonnen. Außerdem wurden Planungsarbeiten für den Umbau der Volkshochschule Margareten und der Landesjugendherberge in 23, Mauer, geleistet.

Am Konservatorium der Stadt Wien, das zugleich baulich erweitert wird, wurden die Generalinstandsetzungsarbeiten fortgeführt, ebenso die Erhaltungsarbeiten am Schloß Hetzendorf, in dem die Modeschule der Stadt Wien untergebracht ist, und zwar wurden dort auf den Ehrenhof mündende Türen und Fenster repariert.

Zu den größeren Arbeiten an städtischen Büchereien zählte der Umbau der Bücherei, 21, Brünner Straße 36, mit dem begonnen wurde.

Der Denkmalfpflege dienten die Restaurierung von kultur- und lokalgeschichtlich wertvollen Grabdenkmälern auf Ortsfriedhöfen, die Instandsetzung von Brunnen und Brunnenstuben sowie die Wiederherstellungs- und Erhaltungsarbeiten an den Monumenten aus der Zeit der Entstehung der Ringstraße.

Im Historischen Museum der Stadt Wien, 4, Karlsplatz, wurde die Klimaanlage überholt, und auch verschiedene bauliche Herstellungen wurden ausgeführt. Außerdem konnten die Instandsetzungsarbeiten am Gebäude, 15, Schanzstraße 14, in dem das Zentraldepot dieses Museums eingerichtet wird, abgeschlossen werden.

Größere Wiederherstellungsarbeiten ergaben sich ferner an Sportanlagen, nämlich an der Wiener Stadthalle, am Wiener Stadion und am Stadionbad. Der Ausbau des letzteren für die Europameisterschaften 1974 im Schwimmen, Springen und Wasserball wurde weitergeführt, die Erweiterung des Haupteinganges sowie des Kabinentrakts konnte abgeschlossen werden. Der Bau des Hallenstadions (Radrennbahn) in 2, Engerthstraße, und des Sportzentrums West in 14, Deutschordensstraße, wurden gleichfalls fortgesetzt. Garderobehäuser wurden auf den Sportanlagen, 10, Laxenburger Straße, 12, Dunklergasse, und 22, Plankenmaisstraße, teils errichtet, teils instand gesetzt; meist waren diese Arbeiten mit Herstellungen an den Sportanlagen selbst verbunden.

In dem Gebiet Ziegelhofstraße-Spargelfeldstraße-Bibernellweg, wo ein Erholungsgebiet mit einem Badeteich geschaffen wird, wurde mit der Ausgestaltung der Teichufer begonnen.

Besonderes Gewicht wurde auf das Schulbauprogramm gelegt, dem infolge der Errichtung der neuen Wohngebiete am Stadtrand große Bedeutung zukommt. Planungs- und Vorbereitungsarbeiten wurden für Pflichtschulneubauten Am Schöpfwerk und in der Hoffingergasse im 12. Bezirk, in der Afritschgasse — dort soll zu dem bestehenden Schulgebäude ein Zubau für einen Turnsaal errichtet werden —, in der Steinbrechergasse, Aderklaaer Straße und am Schüttauplatz im 22. Bezirk sowie in

der Basler Gasse, in der Wiener Flur im 23. Bezirk geleistet. Mit dem Bau der späterhin in ein Wohnhaus umwandelbaren Schule in 11, Thürlhofstraße, dem vierklassigen Zubau zur Schule, 12, Deckergasse, die zugleich auch in ihrem Altbestand modernisiert wurde, sowie mit den Schulneubauten auf den Trabrennvereingründen im 22. Bezirk und in 23, Altmannsdorfer Straße, wurde begonnen. Fertiggestellt wurden die neuen Schulgebäude in 2, Vorgartenstraße, und 8, Pfeilgasse, der Erweiterungsbau zur Schule, 10, Migerkastraße, die Rundturnhalle in 11, Kaiser-Ebersdorfer Straße, die Schulgebäude in 14, Karl Toldt-Weg, und 19, Grinzinger Straße, das Hauptschulgebäude in 21, Jochbergengasse, der Schulbau in 22, Ziegelhofstraße, und das Schulgebäude in 23, Steinergasse—Canavese-gasse, das eine Volks-, eine Haupt- und eine Sonderschule aufnehmen wird.

Außerdem wurden 14 mobile Schulklassen angekauft und bei 6 Schulen im 11., 12., 14., 19. und 22. Bezirk aufgestellt.

An 22 Schulgebäuden, die sich auf fast alle Bezirke Wiens verteilen, wurden Modernisierungsarbeiten durchgeführt.

Von den Arbeiten an Berufsschulen wäre die Fortführung des Neubaus der Berufsschule für das Gastgewerbe in 12, Längenfeldgasse, die Neueindeckung der Berufsschule für Fleischer in 3, Viehmarkt-gasse 3—5, der Umbau der Zentralheizungsanlage und der Einbau eines Aufzugs im I. Zentralberufsschulgebäude in 6, Mollardgasse 87, in dem auch Instandsetzungsarbeiten durchgeführt wurden, die Modernisierung der Lehrwerkstätte für Spritzlackierer und die Isolierung der Decke über dem Umformerraum im Tiefparterre des II. Zentralberufsschulgebäudes in 15, Hütteldorfer Straße 7—17, sowie der Umbau der Zentralheizung in der Fachschule für wirtschaftliche Frauenberufe in 9, Hahn-gasse 35, zu erwähnen.

In den Heimen für Kinder und Jugendliche wurden die schon seit Jahren aus pädagogischen Gründen betriebenen Gruppenumbauten sowie die Instandsetzungsarbeiten verschiedenen Umfangs fortgesetzt. In den Heimen Biedermannsdorf und Klosterneuburg wurden Wasserenthärtungsanlagen eingebaut, in dem zuletzt genannten Heim auch eine Gaszentralheizung. Im Gesellenheim Zohmannsgasse wurden die Bäder erneuert.

In den Lehrlingsheimen wurden die meist sehr umfassenden Renovierungsarbeiten fortgesetzt. Im Lehrlingsheim „Leopoldstadt“ handelte es sich im Jahre 1973 um die Erneuerung der Hoffassade, die Adaptierung eines Stiegenaufganges als Notstiege sowie die Umgestaltung der ehemaligen Küche und der Kühlräume, im Lehrlingsheim „Am Augarten“ wurde der Keller gänzlich instand gesetzt und eine Duschanlage errichtet, und im Heim für Jugendliche „Im Werd“ wurden das Haustor und die Wandverkleidung der Einfahrt erneuert.

In den Kindertagesheimen wurden neben verschiedenen baulichen Herstellungen Spielplätze und Einfriedungen errichtet oder instand gesetzt sowie Bauarbeiten anlässlich der Neuinstallation von Zentralheizungsanlagen und anderer Installationsarbeiten ausgeführt. Begonnen wurde mit dem Neubau einer Tageserholungsstätte im 10. Bezirk, am Laaer Berg, sowie mit dem Bau eines Kindertagesheims in Fertigteilbauweise in 22, Prinzgasse. Fertiggestellt werden konnten der Neubau des Kindertagesheimes in 23, Marktgemeindgasse—Johann Hörbiger-Gasse, sowie die Kindertageserholungsstätte in 17, Am Schafberg.

In den Herbergen für Obdachlose wurden, neben verschiedenen Erhaltungsarbeiten, die Sanitäranlagen umgebaut oder erneuert, wie etwa in den Heimen, 3, Gänsbachergasse, 12, Kastanienallee, und 20, Meldemannstraße. Im Familienheim, 3, Gänsbachergasse, wurden außerdem 15 Wohneinheiten im alten, hofseitigen Trakt geschaffen, im Heim, 12, Kastanienallee, wurden die Arbeiten an den Fassaden und Flachdächern fortgesetzt und eine Wasserenthärtungsanlage eingebaut, und im Heim, 20, Meldemannstraße, wurde der Tagraum umgebaut.

An der Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt wurden verschiedene Erhaltungsarbeiten und bauliche Herstellungen ausgeführt, desgleichen in der Desinfektionsanstalt, 3, Arsenalstraße.

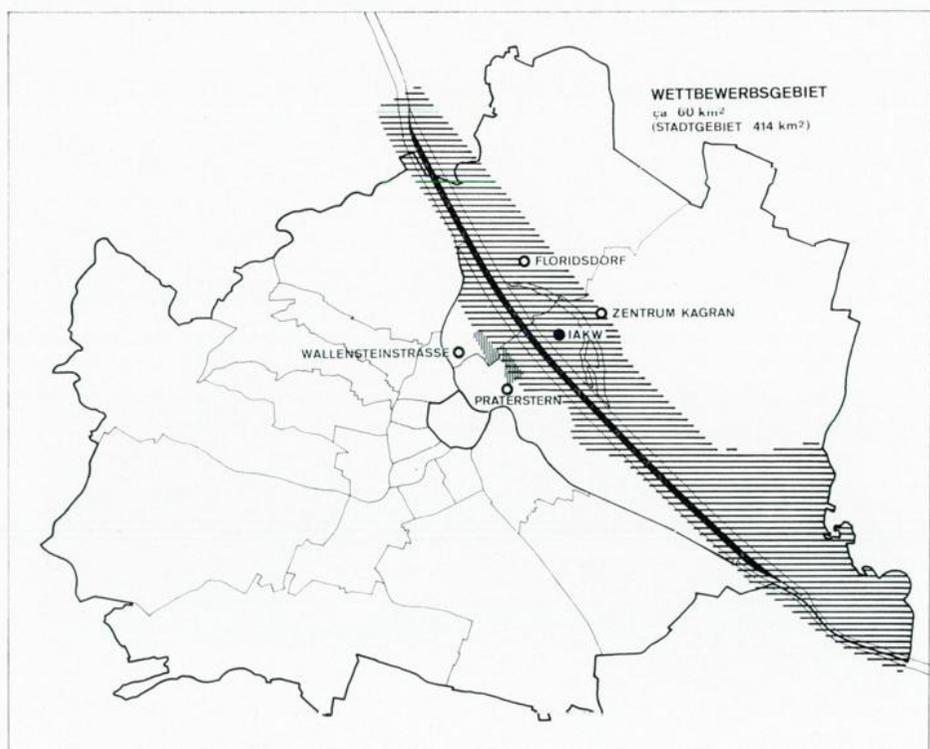
Sehr umfangreich gestalteten sich die Arbeiten in den Krankenhäusern. Im Krankenhaus Lainz wurde der Ausbau der elektrischen Versorgungsleitungen unter anderem mit der Erneuerung des Niederspannungsraumes im Pavillon VII fortgesetzt. Der Einbau je eines Mehrzweckaufzugs in den Pavillons VI und VII war zu Jahresende so weit gediehen, daß im Jahre 1974 mit der Montage der Aufzugskabinen begonnen werden kann. Die zentrale Rohrpostanlage sowie die Leichenkühlanlage konnten bereits in Betrieb genommen werden. Beim Umbau der gynäkologisch-geburtshilflichen Abteilung wurden die im Kellergeschoß gelegenen Ambulanzräume dieser Abteilung und die der Hals-Nasen-Ohren-Abteilung renoviert; sie können nunmehr in Betrieb genommen werden. Damit werden die Ausweichräume dieser Ambulanzen im Pavillon IX a frei und können vorübergehend als Ersatz für die ostseitig im zweiten Obergeschoß gelegenen Krankenzimmer benützt werden, deren Umbau im Anschluß an die bereits weit fortgeschrittenen Adaptierungsarbeiten im ehemaligen Bettentrakt vor-

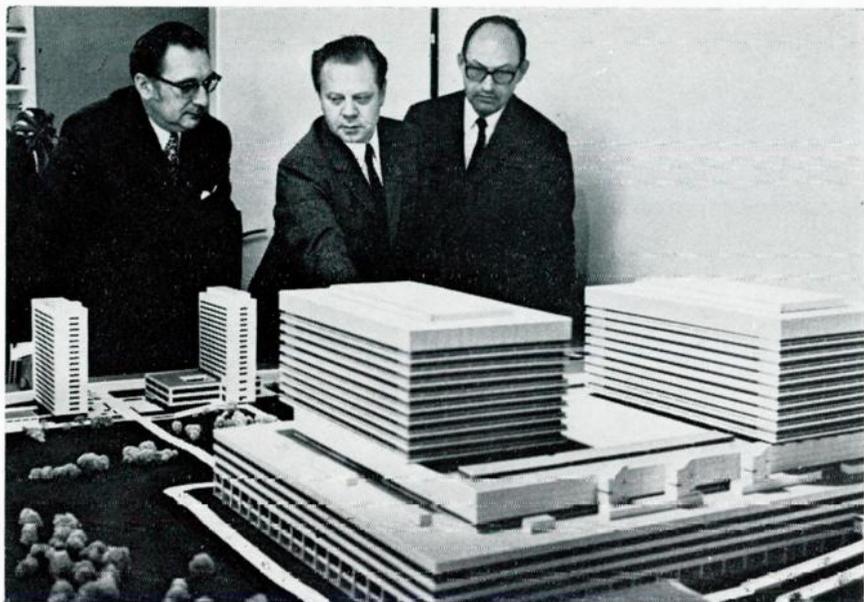


Stadtrat Ing. Fritz Hofmann (Planung) informiert die Presse über Vorhaben der Stadtverwaltung auf dem Gebiet der Planung und Wirtschaft

Planung

Ein städtebaulicher Wettbewerb soll Konzepte für die Gestaltung des Wiener Donauraumes erbringen

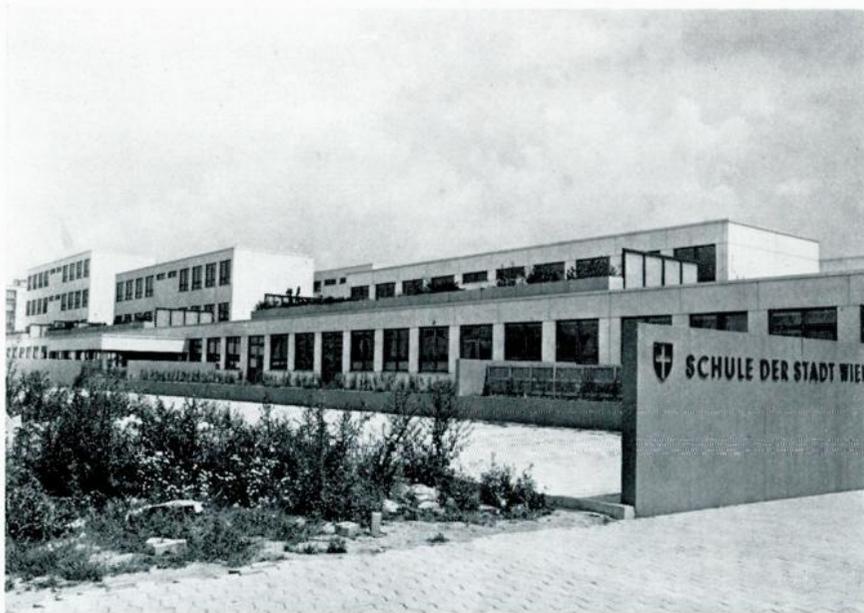




Stadtrat Hubert Pfoch (Hochbau) vor dem Modell des neuen Allgemeinen Krankenhauses. Das im Bau befindliche Kerngebäude, das zwei Blöcke auf einem Basisgebäude umfassen wird, soll 1981 fertig sein

Hochbau

Die Stadt Wien hat seit Kriegsende 86 Schulen errichtet. Im Bild die neue Volks-, Haupt- und Sonderschule in der Florian Hedorfer-Straße im 11. Bezirk

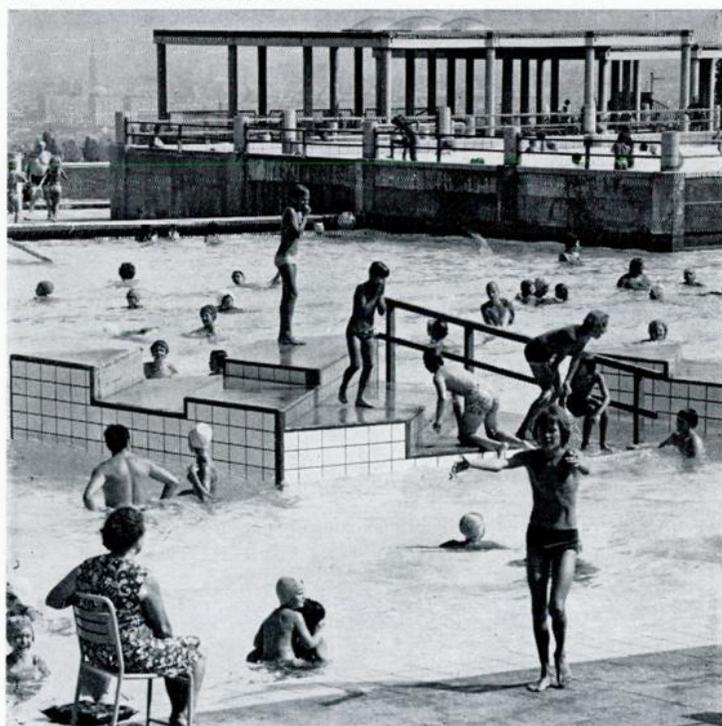


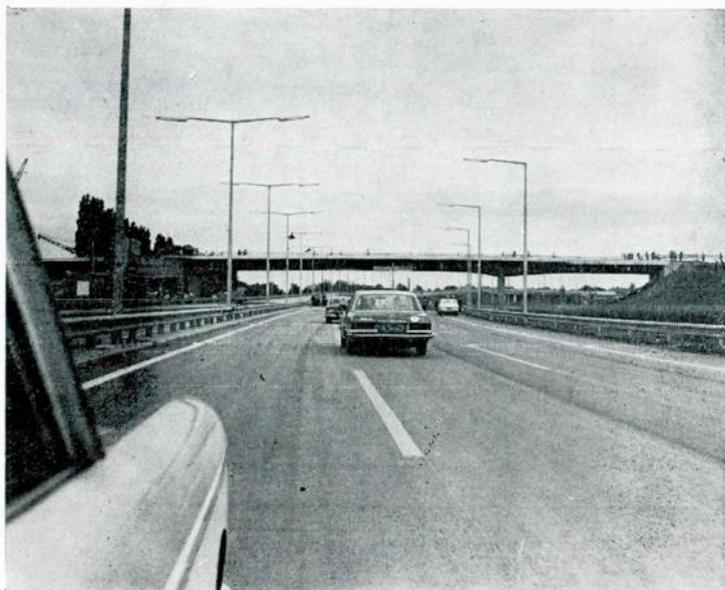


Bürgermeister Leopold Gratz und Stadtrat Hubert Pfoch besichtigen das vor der Fertigstellung stehende Stadthallenbad

Städtische Bäder

Das 1.700 Quadratmeter große Sportbecken des neuen Schafbergbades





Die 2,7 Kilometer langen Verbindungsstücke von der Altmannsdorfer Straße zur Südbahn und zum Favoritner Ast der Südbahn wurden für den Verkehr freigegeben

Straßenbau

Durch die Unterführung der Altmannsdorfer Straße im Zuge der Edelsinnstraße steht eine kreuzungsfreie Verbindung von der Wienerbergbrücke bis zur Schönbrunner Allee zur Verfügung



gesehen ist. Die Umbauarbeiten an den Operations- und Aufwächerräumen der 1. Chirurgischen Abteilung im zweiten Obergeschoß der Pavillons VI und VII wurden fortgesetzt; in deren Dachgeschoßräumen wurde mit dem Einbau einer Klimazentrale begonnen. Die Erneuerung von 6 Wasserbetten der 2. Chirurgischen Abteilung, die im Erdgeschoß des Pavillons XVI untergebracht sind, konnte ebenso abgeschlossen werden wie die im Jahre 1972 begonnene Adaptierung von Radiumsafe- und Zubereitungsräumen im Erdgeschoß des Pavillons III und von Räumlichkeiten für eine kardiologische Abteilung im Pavillon VIII. Die Sanierung des östlichen Teiles des Küchengebäudes, in dem ebenso wie in den Pavillons IIa, IIIa und VI die Strom-, Licht- und Kraftanlagen ausgebaut wurden, konnte gleichfalls fertiggestellt werden. Schließlich war es wegen des großen Wasserverlustes im Wasserleitungssystem der Anstalt nötig, mit der Erneuerung von 6 Wasserschleberschächten und der dazugehörigen Rohrleitungen zu beginnen.

Im Wilhelminenspital konnte der im Jahre 1963 begonnene Um- und Ausbau der Prosektur in ein pathologisches Institut abgeschlossen werden. Als letzte Bauetappe wurde ein von der Sanitätsbehörde vorgeschriebener Kühlraum für eingesargte Leichen errichtet. Im neuerrichteten unfallchirurgischen Pavillon, in dem im Februar 1972 der Betrieb aufgenommen wurde, waren im Jahre 1973 nur noch Außenarbeiten durchzuführen. Vor allem aber wurde ein Hubschrauberlandeplatz nächst dem Pavillon 24, beim Anstaltssportplatz, und ein zweiter nächst dem Pavillon 27, auf einer Grünanlage, errichtet. Außerdem wurden die Arbeiten am 2. Bauabschnitt des physikalisch-medizinischen Ambulatoriums im Pavillon 26 im Frühjahr 1973 aufgenommen und bereits im Oktober 1973 abgeschlossen. Die Herzüberwachungsstation im Pavillon 29 nahm im Frühjahr 1973 den Betrieb auf. Mit den Umbauarbeiten für die Errichtung eines atemphysiologischen Labors im Pavillon 26 wurde im Herbst 1973 begonnen. Wegen der großen Zahl von Anmeldungen von Schwesternschülerinnen mußte das 2. Stockwerk des Schwesternheimes als Unterkunft für Schwesternschülerinnen umgewidmet werden; die ehemaligen Einbettzimmer für Schwestern wurden als Zweibettzimmer für Schülerinnen eingerichtet.

Im Franz Joseph-Spital wurden Anbauten an die Pavillons G 2 und F, die Aufzugsanlagen aufnehmen sollen, gänzlich beziehungsweise doch zum Teil fertiggestellt. Ferner wurde mit der Erneuerung von Straßen und Wegen im Anstaltsbereich, mit der Saalunterteilung in der Station G 2 der Hals-Nasen-Ohren-Abteilung sowie mit der Errichtung eines Zubaus zum Pavillon G 2, in dem eine Röntgenabteilung eingerichtet werden wird, begonnen. Abgeschlossen wurde der Endausbau der Herzüberwachungsstation im Pavillon H, die Adaptierung der Station E 18 sowie die Erweiterung der Pflegeschule.

Beim Neubau der Krankenanstalt Rudolfstiftung wurde, nach Fertigstellung des Schwesternhauses im Mai 1964 sowie des Westverbau- und Wirtschaftstraktes im März 1968, im Mai dieses Jahres mit den Arbeiten am Hauptgebäude als drittem Bauabschnitt begonnen. Es umfaßt den dreigeschossigen Behandlungstrakt und das darüber behndliche fünfzehngeschossige Bettenhochhaus, das etwa 1.000 Betten aufnehmen wird. Das Bettenhochhaus war Ende Dezember 1973 bereits so weit fertiggestellt, daß die Einrichtungs- und Komplettierungsarbeiten ihren Anfang nehmen können. Im Behandlungstrakt, in dem besonders viele und komplizierte Installationen anzubringen sind, wurde mit dem Innenausbau begonnen. Die Kosten für den ersten Bauabschnitt betragen 10,5 und für den zweiten Bauabschnitt rund 60,9 Millionen Schilling. Für den dritten Bauabschnitt wurden, auf der Preisbasis von Dezember 1967 und ohne Berücksichtigung der beweglichen Einrichtung, 470 Millionen Schilling bewilligt. Von diesem Betrag wurden bis Ende des Jahres 1973 bereits 328 Millionen Schilling verbaut. Auch die Außenanlagen, zu denen die Zufahrt zählt, wurden bereits zum Teil fertiggestellt. Im alten Haus wurden durch die Verlegung von Abteilungen und den Einbau von Aufzügen betriebliche Vereinfachungen erreicht. Ferner wurde eine Herzüberwachungsstation geschaffen und mit den Arbeiten am Stiegenhaus wurde die Adaptierung der Krankenpflegeschule im wesentlichen abgeschlossen. Im übrigen wurden, neben kleineren Umbauten, Maler- und Anstreicherarbeiten in einzelnen Stationen sowie allgemeine Erhaltungsarbeiten ausgeführt.

Im Elisabeth-Spital fand die Adaptierung des Zentralröntgeninstituts ihren Abschluß. Außerdem wurden die Sterilisationsanlage in der gynäkologischen Abteilung erneuert, das ehemalige Haus der geistlichen Schwestern zum Teil als Pflegeschule eingerichtet und das Dach dieses Hauses neu eingedeckt. Ferner wurde mit der Unterteilung der Krankensäle in den Pavillons III/6 und II/4 begonnen.

Bei der Allgemeinen Poliklinik wurde das Dach des Bettentraktes neu eingedeckt, außerdem wurden die Blitzschutzanlage sowie die Dachbodenbeleuchtung erneuert. Adaptierungsarbeiten in der 1. Medizinischen Abteilung füllten den Rest des Jahres 1973.

Da für die am Krankenhaus Floridsdorf geführten Schwesternschulen weitaus mehr Anmeldungen vorlagen, als Plätze vorhanden waren, entschloß sich die Stadt Wien, von der Gewerkschaft der Ge-

meindebediensteten den an der Adalbert Stifter-Straße gelegenen Trakt des Johann Pölzer-Studentenheimes zu mieten. Nach dem Auszug der Studenten Ende August 1973 konnten bereits ab 1. Oktober Schwesternschülerinnen das Haus besiedeln. In diesem Objekt wurden hauptsächlich die Sanitärgruppen im Erdgeschoß umgebaut sowie verschiedene Änderungen der elektrotechnischen Einrichtungen und Malerarbeiten vorgenommen.

Im Sophienspital wurde die Schaufläche des chirurgischen Pavillons, die Wäsche- und Instrumentensterilisationsanlage im Operationstrakt sowie die heiztechnischen Anlagen erneuert.

In der Lungenheilstätte Baumgartner Höhe wurden die Umschaltung auf eine Spannung von 380 V und der Ausbau der Stromversorgung einzelner Objekte sowie die Erneuerung der Straßen im Anstaltsbereich fortgesetzt. Mit den Arbeiten zur Erweiterung des Labors im Kurhaus wurde begonnen.

In der Frauenklinik Gersthof wurden verschiedene Instandsetzungsarbeiten vorgenommen. In der Semmelweis-Frauenklinik konnten die Adaptierungsarbeiten in den Ärztezimmern abgeschlossen werden. Die Schwangeren-Ambulanz wurde aus einem Ersatzgebäude in das Haus I der Frauenklinik verlegt und zugleich ein Blut- und Harnlabor im 1. Stock eingerichtet; außerdem wurden im Parterre zwei Ambulanzen neu adaptiert.

Die Arbeiten an dem auf dem Gelände des Neurologischen Krankenhauses Rosenhügel im Bau befindlichen Pavillons für entwicklungsgestörte Kinder gingen zügig voran; hauptsächlich wurden Innenausbauarbeiten gemacht. Im Frühjahr 1973 wurde mit Straßenbauarbeiten und mit der Errichtung eines großen Parkplatzes begonnen; diese Arbeiten konnten größtenteils abgeschlossen werden. Ab September setzte die gärtnerische Ausgestaltung ein. Auch das neue Fernheizsystem mit dem Anschluß an den Fernheizkanal zum Sonderkinderkrankenhaus Speising konnte fertiggestellt werden. Im Neurologischen Krankenhaus Maria Theresien-Schlößl wurden die Abteilungen 3 und 5 neu adaptiert und mit Leibschüsselspülern mit TEGO-Desinfektion ausgestattet.

Der Aufzug im Hauptgebäude des Preyer'schen Kinderspitals wurde fertiggestellt; mit dem Bau eines Operationstraktes wurde begonnen. Auch im Mautner Markhof'schen Kinderspital konnte der Aufzugeinbau im Ambulanzgebäude abgeschlossen werden. Außerdem konnte die zentrale Gasversorgungsanlage erweitert, der Einbau von Kompressoren in der chirurgischen Abteilung bewerkstelligt und die Schauflächenerneuerung am Ambulanzgebäude fortgesetzt werden; auch die Kellergänge wurden adaptiert. In der Kinderklinik Glanzing wurde in der Station B eine Intensivstation für Neugeborene errichtet. Im Karolinen-Kinderspital sowie im C. M. Frank'schen Kinderspital Lilienfeld waren lediglich die immer wieder notwendig werdenden Erhaltungsarbeiten an den Objekten vorzunehmen.

Für das Sozialmedizinische Zentrum Ost wurde mit Planungsarbeiten begonnen; es konnte eine grundsätzliche Konzeption der Anlage erarbeitet werden. Aus den möglichen Varianten wurde die geeignetste zur Grundlage der weiteren Vorentwurfsplanung ausgewählt. Für die Wohnbebauung und das Pflegeheim liegen bereits Vorentwurfsskizzen vor.

Vom Neubau des Allgemeinen Krankenhauses konnte für das Kerngebäude auf einer Fläche von rund 10.000 m² die Fundierung des östlichen Teiles des Hauptbaukörpers als Pfahlfundierung und in Form von Schlitzwänden fertiggestellt werden. Hierauf wurden die ersten drei Geschosse im konstruktiven Rohbau errichtet und die Stiegenhaustürme bis zu einer Höhe von maximal fünf Geschossen im Kletterverfahren hergestellt. Im nordwestlichen Teil des Kerns der Anlage waren zu Jahresende 1973 die Erdarbeiten beendet, die Baugrubenumschließung war hergestellt und die Fundierung in vollem Gange. Die übrigen Arbeiten in diesem Bereich können erst nach Absiedlung der Psychiatrie und dem Abbruch der alten Gebäude fortgesetzt werden. Der Flachbaukörper, der eine Bodenfläche von 30.000 m² aufweisen wird, soll in Stahlbetonbauweise errichtet werden, die darauf aufzusetzenden Bettenhaustürme in Stahlkonstruktion. Der umbaute Raum des Kerngebäudes wird 1,7 Millionen Kubikmeter umfassen. Der Bauzeitenplan wurde unter Zuhilfenahme der Netzplantechnik erstellt und bisher auch eingehalten.

Die dreigeschossige Tiefgarage mit 2.600 Einstellplätzen für Personenkraftwagen wird im Frühjahr 1974 betriebsbereit sein.

In den bereits fertiggestellten Gebäudegruppen, welche die Psychiatrische Kinderklinik, die heilpädagogische Abteilung, die Jugend- und Kinderpsychiatrie sowie den Kindergarten aufnehmen werden, wurden Komplettierungs- und Einrichtungsarbeiten ausgeführt; ihre Besiedlung wird im Frühjahr 1974 erfolgen.

Im Bereich der „Neuen Kliniken“ wurden weitere Adaptierungsarbeiten durchgeführt. In der II. Chirurgischen Universitätsklinik wurde in der Unfallchirurgie eine Angiographie eingebaut. Ferner wurde in der I. Universitätsklinik für Hals-, Nasen- und Ohrenerkrankungen eine Sterilisationsanlage ausgewechselt und in der II. Universitäts-Frauenklinik, im Internat der Schwesternschule, der Aufzug renoviert.

Die Sanierungsarbeiten an den alten Objekten des Allgemeinen Krankenhauses wurden fortgesetzt. So wurde der an der Spitalgasse gelegene Trakt, in dem die I. Chirurgische Universitätsklinik untergebracht ist, umgebaut. Durch Adaptierungsarbeiten an der Station 12 b im Erdgeschoß und an der Station 53 im 1. Stock, aber auch an den Untersuchungs- und Ärztedienstzimmern sowie an den Sanitär- und Nebenräumen wurden einem modernen Spitalsbetrieb angepaßte Verhältnisse geschaffen. Außerdem wurden die Fenster, Türen und Fußböden instand gesetzt sowie die Installationen und die Kanalisation erneuert. Für die Orthopädische Universitätsklinik wurde ein freistehendes Objekt errichtet, dessen Untergeschoß für physikalische Therapie eingerichtet wurde, und am Hauptgebäude, bei der Stiege 30, ein Operationstrakt hergestellt.

Ferner wurde das ehemalige Garnisonsspital für Zwecke der Kardiologischen Universitätsklinik im Erdgeschoß und für die Strahlentherapeutische Klinik der Universität Wien im 1. Stock umgebaut und adaptiert. Das Pathologisch-anatomische Institut, dessen Objekt überaltert war, wurde gleichfalls umgebaut, wobei auch Fenster, Türen und Fußböden erneuert wurden und eine Warmwasserpumpenheizung eingebaut wurde; auch die Installationen und die Kanalisationsanlagen waren neu herzustellen. Das gleichfalls überalterte Niederspannungsnetz des Hauses, das für den modernen Betrieb nicht mehr leistungsfähig war, wurde ausgebaut. Ferner wurden Umformerstationen für den Anschluß des „Alten Hauses“ an das Fernwärmewerk Spittelau errichtet. Weitere Arbeiten waren die Sanierung der Naßgruppen im Erdgeschoß und im 1. Stock der I. Universitäts-Augenklinik, die Aufstellung von zwei Tiefkühlkabinen in der Zentralküche sowie die Sanierung der Dächer des ehemaligen Narrenturmes, des Gebäudes der II. Universitäts-Frauenklinik und des Schwesternhauses in 9, Spitalgasse 23. Die Strahlentherapeutische Klinik wurde überdies mit einer Personalgarderobe ausgestattet, der II. Universitätsklinik für Hals-, Nasen- und Ohrenerkrankungen wurde ein Zentrum für hörgeschädigte Kinder errichtet, und in der II. Universitäts-Frauenklinik wurden die Krankensäle im Geschoß „D“ unterteilt. Schließlich wurde im Röntgendiagnostischen Institut die ehemalige Gärtnergarderobe in eine Röntgenstation und ein Isotopenlabor umgebaut.

Die Modernisierung der psychiatrischen Krankenhäuser wurde gleichfalls fortgesetzt. Im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe wurden weitere Teile der elektrischen Versorgungsleitungen dem steigenden Strombedarf angepaßt, ausgebaut und auf Drehstrom umgestellt. Ferner wurden wieder einige Straßenabschnitte nach Entfernung der Kleinbahn und Verlegung von Gas-, Wasser- und elektrischen Versorgungsleitungen instand gesetzt. Der Pavillon 7 wurde umgebaut und mit einem Aufzug ausgestattet. Auch die dringend notwendig gewordene Erneuerung des Verdampfungs-Ecos wurde vorgenommen. Die in der ehemaligen Kapelle der Prosektur eingebauten 18 Kühlboxen konnten bereits in Betrieb genommen werden. Mit der Verlegung von elektrischen Zuleitungen zur Hauptküche, der Erneuerung der Ölversorgungsleitung sowie mit der Sanierung der Bäder und Abortanlagen im Pavillon 19 wurde begonnen. Im Psychiatrischen Krankenhaus Ybbs an der Donau wurde eine Zentralheizung im Hauptgebäude eingebaut. Außerdem wurden die Abteilungen X und XI von Grund auf instand gesetzt und auch im übrigen Anstaltsbereich Erhaltungsarbeiten vorgenommen.

In der Zentrale des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes wurde mit der Erneuerung der Funkanlagen begonnen.

Die Modernisierung der Einrichtungen der städtischen Altersheime, so auch des Altersheimes Lainz, wurde auch im Jahre 1973 mit Nachdruck betrieben. Der Generalumbau des Pavillons XIII, der im Jahre 1971 begonnen worden war, machte so gute Fortschritte, daß mit seiner Fertigstellung im Frühjahr 1974 gerechnet werden kann. Der Ausbau der elektrischen Versorgungsleitungen sowie der Strom-, Licht- und Kraftanlagen, aber auch der Gasversorgungsleitung wurde fortgesetzt. Nach derartigen Arbeiten war es notwendig, die Straßen und Grünflächen wieder instand zu setzen. In das Jahr 1973 fiel auch die Umstellung sämtlicher Objekte der Anstalt auf die Versorgung mit Erdgas. Soweit nötig, wurden die Installationen erneuert. In einigen Pavillons wurden Krankenbettenaufzüge eingebaut und bestehende überholt. Im übrigen waren schadhafte Schauflächen, offene Terrassen und Fenster zu erneuern. In den Räumen des Pavillons XIV, der gesunde Pflinglinge beherbergt, wurden fußwarme Kunststoff-Bodenbeläge verlegt.

Im Altersheim Baumgarten wurden die Adaptierungsarbeiten im Pavillon II sowie die Instandsetzung der Kanalisation und anschließend der Straßen fortgesetzt. Das Dach des Pavillons III wurde neu eingedeckt, und auch mit der Erneuerung der Zentralheizung und der Warmwasserbereitung wurde begonnen.

Die im Altersheim Liesing schon in den Vorjahren begonnenen Reparaturen und Verbesserungsmaßnahmen konnten wegen ihres Umfangs auch 1973 nicht zum Abschluß gebracht werden. Hingegen wurden die Ausbau- und Modernisierungsmaßnahmen im Altersheim St. Andrä an der Traisen in der Hauptsache beendet. Nach der Fertigstellung des Krankenbettenaufzuges im Altgebäude waren zu Jahresende 1973 nur noch abschließende Arbeiten an der Kanalisierung, an den Straßen und Wegen

sowie an der Gartenanlage der Anstalt vorzunehmen. Auch die Deckenerneuerungs- und Modernisierungsarbeiten im Altgebäude gingen ihrem Ende zu. Im Altersheim Klosterneuburg wurden verschiedene Umbauten vorgenommen; mit der Gartengestaltung sowie der Instandsetzung der Straßen und Wege im Bereich der neuen Anstalt wurde begonnen. Schließlich wurde für das Heim für betagte Menschen Süd ein Bauvorschlag ausgearbeitet.

In dem größten der Wiener *Amtshäuser*, dem Rathaus, wurden weitere Radiatorenheizungen eingebaut. Auch in den übrigen für die Unterbringung von städtischen Dienststellen verwendeten Objekten der Rathausgruppe waren Arbeiten verschiedenen Umfangs auszuführen. Im Hause, 1, Rathausstraße 4, waren Instandsetzungen vorzunehmen, in den Häusern Rathausstraße 14—16 Umbauarbeiten im Keller- und Erdgeschoß, in den Objekten Volksgartenstraße 1—3—Hansenstraße 3 wurde ein Archivraum eingebaut und im Hause, 8, Friedrich Schmidt-Platz 5, waren die Amtsräume im 3. Stock instand zu setzen. In den vor allem mit Magistratischen Bezirksämtern besiedelten Amtshäusern, 1, Wipplingerstraße 8, 15, Gasgasse 8—10, 16, Richard Wagner-Platz 19, und 20, Brigittaplatz 10, wurden neben den Instandsetzungs- auch Modernisierungsarbeiten durchgeführt. Außerdem wurde die an das Amtshaus, 1, Wipplingerstraße 8, das „Alte Rathaus“, angrenzende Salvatorkirche restauriert. Beim Amtshaus, 17, Lienfeldergergasse 96, wurde der Zubau eines Quertraktes und die Aufstockung der Seitentrakte fortgesetzt. An der Lehrwerkstätte, 20, Lorenz Müller-Gasse, mußte das Dach repariert werden. Der Bau des Kulturzentrums Donaustadt, 22, Bernoullistraße, wurde beendet. Die Arbeiten am Neubau des Laborgebäudes der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien, 11, Rinnböckstraße 15, machten gute Fortschritte, und mit dem Bau eines Ausbildungszentrums für Sozialberufe in 21, Schloßhoferstraße, konnte begonnen werden.

Im Gebäude der Wiener Urania wurden verschiedene Instandsetzungsarbeiten durchgeführt.

Ferner waren im 1. Stockwerk des Gebäudes, 3, Sechskrügelgasse 11, in dem das städtische Bezirksjugendamt für den 3. Bezirk untergebracht ist, ebenso wie in einigen Mutterberatungsstellen bauliche Herstellungen auszuführen.

An der städtischen *Gastwirtschaft*, 19, Cobenzl, waren Dachinstandsetzungsarbeiten notwendig.

In Erfüllung von *Patronatsverpflichtungen* wurden ferner die Fenster des Pfarrhauses der Pfarre St. Othmar, 3, Kolonitzplatz 1, erneuert.

Einige Objekte auf städtischen Liegenschaften mußten demoliert werden.

Für das Stadtgartenamt wird im städtischen *Reservegarten*, 22, Hirschstetten, ein Glashausblock errichtet; diese Arbeiten konnten im Jahre 1973 nicht abgeschlossen werden. Außerdem wurden für die WIG 1974 verschiedene Wirtschaftsobjekte, das Eingangsbauwerk sowie Objekte zur Gartengestaltung hergestellt.

Der Ausbau der Wasch- und Garderoberräume in der *Hauptwerkstätte* der Magistratsabteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark konnte abgeschlossen werden.

Erwähnenswerte Arbeiten an *Friedhöfen* waren die Instandsetzung der Einfriedungsmauer der Simmeringer Feuerhalle beim Haupteingang und der Neubau einer Aufbahrungshalle am Südwestfriedhof in 12, Hervicusgasse 44.

Für das Stadtforstamt wurden die Instandsetzungsarbeiten an der Lainzer Tiergartenmauer fortgesetzt. Im *Lainzer Tiergarten* selbst wurde ein Stallgebäude für die Unterbringung der Pferde der Spanischen Hofreitschule während der Sommermonate adaptiert. Ferner wurden in den Forstverwaltungen Lainz und Lobau-Wienerwald Wirtschaftsstraßen ausgebaut und instand gesetzt.

Die großen *Bäderbauten* der Stadt Wien wurden im Jahre 1973 fortgesetzt. Im Dianabad, das vom Fernheizwerk Spittelau aus mit Fernwärme versorgt wird, wurden als Winterarbeit im Winter 1972/73 die endgültigen Heizungsanlagen eingebaut. Die Innenausbauarbeiten konnten im Jahre 1973 weitgehend abgeschlossen werden. Der Probetrieb der Wasserumwälzungsanlage und der Luftheizungsanlage soll Anfang des Jahres 1974 stufenweise erfolgen; die Betriebseröffnung des Bades ist für März 1974 vorgesehen. Von dem umgebauten Ottakringer Bad, dessen Erneuerung in drei Bau-stufen vorgenommen wurde, konnten in der Badesaison 1973 das neue Erholungsbecken, das Männer-Sonnenbad, die Umkleideobjekte Block 1, 2 und 3, ein Teil des Frauen-Sonnenbades und das gesamte Ost-Objekt dem Betrieb übergeben werden. Die noch fertigzustellenden Arbeiten an diesem Bad wurden dann bis Ende des Jahres 1973 abgeschlossen. Am Stadthallenbad, in dem im Sommer 1974 die Europameisterschaften im Schwimmen abgehalten werden, wurde Anfang Jänner 1973 die Außenhaut der Halle fertiggestellt und damit ein winterfester Abschluß geschaffen. Die Installationsarbeiten wurden mit großem Einsatz betrieben und bis Jahresende weitgehend beendet. Vom Innenausbau konnte die Verfließung der Naßräume und der drei Beckenanlagen abgeschlossen werden. Im Sommer wurde die Dachkonstruktion über der Bowlinghalle, die als Sonnenterrasse verwendet werden soll, hergestellt. Auch die Kälteanlage (NH₃-Anlage) der Wiener Stadthalle konnte im Rohbau fertiggestellt

werden. Die Aufnahme des Probebetriebes des Bades kann daher Anfang des Jahres 1974 erfolgen. Beim Schafbergbad wurden alle Anstrengungen unternommen, um das Bad bis Juli 1973 wenigstens teilweise für den Publikumsbesuch öffnen zu können. Zu diesem Zeitpunkt standen den Badegästen dann auch tatsächlich das große Erholungsbecken und das Kinderbecken — beide mit vorgewärmtem Wasser — sowie im Untergeschoß etwa 200 Kabinen und 1.120 Kästchen zur Verfügung. Der Zustrom an Badegästen übertraf alle Erwartungen. Nach Schluß der Badesaison wurden die Ausbauarbeiten fortgesetzt. Das Restaurant im Schafbergbad konnte ebenfalls bereits im Rohbau fertiggestellt werden. Für das Sommerbad Atzgersdorf, das Höpflerbad, wurde die Planung bereits abgeschlossen und das Baugelände planiert. Für das Hallenbad Hietzing und das Hohe Warte-Bad liegen bereits fertige Planungen vor.

Für das Beschaffungsamt wurden im Objekt 1 des Zentrallagers die Elektroinstallationen erneuert, und in der Bäckerei wurde ein Zubau für die Unterbringung einer Tiefkühlanlage errichtet.

An den offenen Märkten und an den Marktanlagen waren notwendige Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten vorzunehmen. Im Großmarkt Wien-Inzersdorf wurde der Bau des Verwaltungsgebäudes fortgesetzt; soweit erforderlich, wurden an den bereits in Betrieb befindlichen Anlagen Erhaltungsarbeiten ausgeführt. Ferner wurden für den Neubau des Naschmarktes, der im Zuge des Schnellstraßenbaus erfolgen soll, grundsätzliche Planungsuntersuchungen durchgeführt.

Was die Schlachthöfe anlangt, wurden für die neuen zentralen Versorgungsanlagen in St. Marx die Kühlanlagen und Stallungen ausgebaut und die Arbeiten an den Außenanlagen fortgesetzt. An den alten Objekten wurden verschiedene Erhaltungsarbeiten, soweit diese für den Betrieb erforderlich waren, ausgeführt. Die Sanitätsanlagen und Nebenbetriebe des Fleischzentrums St. Marx sollen, nach entsprechender Adaptierung, im derzeitigen Schweineschlachthof untergebracht werden. Die Zweckmäßigkeit dieses Vorhabens wurde in Untersuchungen, die jedoch nicht abgeschlossen werden konnten, geprüft. Ferner wurde für den Neubau der Lebensmitteluntersuchungsanstalt St. Marx ein Vorentwurf ausgearbeitet.

Schließlich wurde in der Zentralfeuerwache der Feuerwehr der Stadt Wien in 1, Am Hof 9, die Nachrichtenzentrale den zeitgemäßen Bedürfnissen angepaßt. In der Hauptfeuerwache Favoriten mußte die schadhafte Niederdruckheizung umgebaut werden, und in der Hauptfeuerwache Mariahilf wurden die Alarmtore sowie die Außenfenster erneuert. Auch in den übrigen Feuerwachen waren verschiedene bauliche Herstellungen auszuführen.

Technische Baupolizei

Von den im Jahre 1973 erlassenen gesetzlichen Bestimmungen für die Arbeit der technischen Baupolizei von besonderer Bedeutung ist das Gesetz zum Schutze gegen Baulärm, das im Landesgesetzblatt für Wien unter Nr. 16/1973 kundgemacht wurde und am 1. Juni 1973 in Kraft getreten ist. Das Gesetz definiert den Baulärm als jedes die öffentliche Ordnung störende Geräusch, das im Zuge von Bauarbeiten erzeugt wird, und die Bauarbeiten selbst als Arbeitsvorgänge zur Fertigstellung oder zum Abbruch von Baulichkeiten. Ferner gibt es an, welche maschinellen Einrichtungen als Baumaschinen anzusprechen sind, normiert Grenzwerte für den höchstzulässigen Schallpegel und sieht vor, daß die Lärmmessung nach dem jeweiligen Stand der technischen Wissenschaften zu erfolgen hat, nimmt aber auch auf wirtschaftliche Kriterien der Bauführung Rücksicht. Mit diesem Gesetz wurden erstmals Bestimmungen geschaffen, die es der Behörde ermöglichen, Lärm wirksam zu bekämpfen. Gewisse Schwierigkeiten bei der Durchführung ergeben sich lediglich durch die Übergangsbestimmungen, denen zufolge Maschinen, die vor dem 1. Juni 1973 in Betrieb genommen worden sind, auch dann noch bis 31. Dezember 1975 beziehungsweise bis Ende des Jahres 1977 verwendet werden dürfen, wenn sie einen den zulässigen Schallpegel übersteigenden Lärm verursachen, weshalb nicht nur die erregte Lärmintensität, sondern auch der Zeitpunkt festzustellen ist, an dem die störende Maschine erstmals in Betrieb genommen wurde. Gerade die zuletzt genannte Feststellung bereitet aber oft erhebliche Schwierigkeiten, weil der Zeitpunkt der erstmaligen Inbetriebnahme auf den Maschinen nicht ersichtlich ist.

Das Gesetz zum Schutze gegen Baulärm wird durch die Emissionswertverordnung, LGBl. für Wien Nr. 20/1973, ergänzt, die für die einzelnen Baumaschinen die Grenzwerte, die deren Schallpegel nicht überschreiten darf, angibt. Außerdem schreibt sie genau vor, auf welche Weise der Schallpegel zu ermitteln ist.

Einen gewissen Mehraufwand an Verwaltungsarbeit brachte die Novellierung des Gesetzes über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren, LGBl. für Wien Nr. 10/1973, mit sich. Diese bestimmt, daß sich die Kanaleinmündungsgebühr aus der Frontgebühr und der Flächengebühr zusammensetzt und die Umsatzsteuer im Sinne des Umsatzsteuergesetzes 1972, BGBl. Nr. 223/1972, einschließt. Ferner stellt

sie fest, daß der Einheitssatz ein Drittel der durchschnittlichen Herstellungskosten für den laufenden Meter eines Mischwasserkanals, vervielfacht mit 1,08, beträgt. Es muß daher der in den Zahlungsaufträgen für die Kanaleinmündungs- und Ergänzungsgebühren errechnete Betrag mit dem erwähnten Koeffizienten vervielfacht und der Umsatzsteuerbetrag getrennt ausgewiesen werden.

Ferner wurde gemeinsam mit den einschlägig befaßten Magistratsabteilungen und unter dem Vorsitz der Magistratsdirektion der Entwurf eines neuen Veranstaltungsstättengesetzes ausgearbeitet. Er soll allerdings zur Lösung einiger Detailprobleme nochmals durchgearbeitet und erst dann den beschlußfassenden Körperschaften zugeleitet werden.

Im Zuge der baupolizeilichen Tätigkeit wurde die Wahrnehmung gemacht, daß infolge der Verknappung von Heizöl bei den einzelnen Händlern Bestrebungen bestehen, die Vorratsbehälter zu vergrößern, um Schwankungen in den Öllieferungen auffangen zu können.

Ferner wurde festgestellt, daß vor allem in den westlichen und südlichen Randbezirken die Zahl der Grundabteilungsansuchen anstiegen.

Von den großen Bauvorhaben wäre als eines der wichtigsten der Wohnpark Alt-Erlaa zu erwähnen, mit dessen Bau nach Durchführung der Bauverhandlungen bereits begonnen wurde. Von Interesse mag sein, daß die Behandlung von Abbruchsansuchen insofern eine Veränderung erfahren hat, als nun bei jedem derartigen Ansuchen festzustellen ist, ob das Objekt in einer bereits beschlossenen oder vorgesehenen Schutzzone liegt. Die Aufhebung des bei öffentlichen Bauten ex lege bestehenden Denkmalschutzes muß überdies in jedem einzelnen Falle nachgewiesen werden.

Ein größerer Arbeitsanfall ergab sich ferner infolge von Umbauten oder größeren Erhaltungsarbeiten an verschiedenen Wiener Bühnen. So wurden die Kammerspiele umgebaut und mit einem Pausenraum ausgestattet, auch das Raimundtheater und der Josefssaal wurden einem Umbau unterzogen, und im Konservatorium der Stadt Wien wurde ein Saaltheater geschaffen.

Von den Arbeiten an Sportstätten wären der Bau des Rad- und Weststadions sowie der Umbau einiger bereits bestehender Sportplätze zu erwähnen.

Zur Bekämpfung des wilden Bauens wurden von den bis Ende des Jahres 1973 festgestellten 483 Anlagen, die ohne Baubewilligung errichtet wurden, 477 Anlagen überprüft. Von 341 dieser Anlagen wurden sämtliche Unterlagen an die für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan zuständige Magistratsabteilung zwecks Prüfung der Frage vorgelegt, ob eine allfällige Sanierung der Rechtslage durch Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans möglich wäre.

Ferner wurden im Jahre 1973 insgesamt 1.116 Aufträge zur Herstellung vorschriftsmäßiger Gehesteige erteilt. Außerdem wurden Kanaleinmündungsgebühren und Anliegerbeiträge vorgeschrieben.

Um gleichbleibende Arbeitsvorgänge in bau- und gewerbebehördlichen Verfahren zu vereinfachen, wurden abermals neue Schreibhilfen aufgelegt und bestehende den geänderten rechtlichen Verhältnissen angepaßt. Unter anderem wurden auch für die Anträge an die beschließenden Körperschaften Formulare ausgearbeitet.

Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien

Die Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien hatte im Jahre 1973 gegenüber dem Vorjahr eine Einnahmesteigerung von etwa 25 Prozent zu verzeichnen. Um diese Zunahme der Einnahmen richtig beurteilen zu können, ist ein Rückblick auf die Entwicklung in den letzten 10 Jahren notwendig. Vor 10 Jahren war die Anstalt nur eine Versuchsanstalt, die in der Hauptsache mit Baustoffprüfungen beschäftigt war. Ihre Einnahmen lagen etwa bei 2 Millionen Schilling im Jahr. Seit einigen Jahren macht die Baustoffprüfung nur noch einen Teil der Arbeit aus. Stufenweise wurden die Untersuchungen auf Bauteile und Großbauteile erstreckt. Bauphysikalische Versuche, Begutachtungen, Erschütterungsmessungen von Bauwerken wie etwa des Stephansdomes, Werksabnahmen von Stahl-, Guß- und Schweißkonstruktionen, zum Beispiel für den U-Bahn-Bau oder den Bau des Amtssitzes internationaler Organisationen im Donaupark, wurden übernommen. Schon seit dem Jahre 1965 ist die Anstalt auch mit Problemen des Umweltschutzes befaßt, und zwar ist sie in die Bekämpfung von Lärm, der Verunreinigung von Luft und Wasser sowie in die Vernichtung von Schadstoffen und Giften eingeschaltet. Ihre Einnahmen betragen daher im Jahre 1973 weit mehr als 7 Millionen Schilling; sie stiegen somit im Verlaufe von 10 Jahren auf das Dreieinhalbfache.

Zu den vorwiegenden Aufgaben zählten im Jahre 1973 die Arbeiten für den Umweltschutz. Seit jeher hat die Anstalt nicht nur Messungen vorgenommen oder Beobachtungen angestellt, sondern auch immer Maßnahmen zur Abhilfe vorgeschlagen. Sie setzte daher bei ihrer Tätigkeit nicht nur nach Möglichkeit die vom technischen Standpunkt geeignetsten Meßgeräte und Apparaturen ein, vielmehr verschaffte sie sich durch die Mitarbeit in den einschlägigen Gremien und Fachbeiräten des Bundes, der Länder sowie des Normenwesens auch die nötigen technischen und Gesetzeskenntnisse.

Für die Lärmbekämpfung wurde im Jahre 1973 ein Lärm-Meßwagen in Betrieb genommen. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes zum Schutz gegen Baulärm mit 1. Juni 1973 führte die Anstalt mit Hilfe dieses Einsatzwagens nahezu 200 Lärmmessungen durch. Diese hohe Zahl ist auch auf die Einführung des Baulärm-Telephons mit der Rufnummer 74 53 93 zurückzuführen. Das Baulärm-Telephon gibt der Bevölkerung die Möglichkeit, an Werktagen von 7.30 bis 16 Uhr Beschwerden direkt an die Versuchsanstalt heranzutragen, welche feststellt, ob eine unzumutbare Belästigung vorliegt und auf welche Weise Abhilfe geschaffen werden kann.

Ferner wurden seit dem Jahre 1969 auf Grund von Beschwerden über Gewerbelärm, die bei den Magistratischen Bezirksämtern vorzubringen sind, Lärmmessungen durchgeführt. Im Jahre 1973 war eine beträchtliche Zunahme der Beschwerden zu verzeichnen, was die Teilnahme an ca. 250 gewerbebehördlichen Kommissionen und Verhandlungen notwendig machte.

Zur Reinhaltung der Luft beziehungsweise zur Feststellung des Ausmaßes von Immissionen werden seit dem Jahre 1970 Summenmessungen von Staub und Schwefelverbindungen an 36 Stellen im Wiener Stadtgebiet vorgenommen. Zu Beginn des Jahres 1974 wird auf Grund der im Jahre 1973 geleisteten Vorarbeiten eine Luftzentrale eröffnet werden. Es werden an drei Stellen messende und selbstregistrierende SO₂-Monitoren aufgestellt werden, welche durch Telemetrie ständig mit der Zentrale verbunden sind; es wird dann ständig der in deren Bereichen registrierte SO₂-Gehalt der Luft von den Geräten abgefragt werden können. Eine vierte, dauernd registrierende Meßstelle ist seit dem Jahre 1972 im chemischen Labor der Versuchsanstalt in 3, Eslarngasse 23, eingerichtet; diese wird weitergeführt werden. Es wurden bereits auch Vorarbeiten geleistet, um weitere drei kontinuierlich messende, telemetrisch übertragende SO₂-Meßgeräte im Rahmen der Luftzentrale einrichten zu können, was voraussichtlich bis Ende des Jahres 1974 möglich sein wird. Dann werden für die Summenmessungen insgesamt 6 telemetrische SO₂-Monitoren und das SO₂-Gerät im chemischen Labor der Versuchsanstalt zur Verfügung stehen, es wird also ein genügend dichtes SO₂-Meßstellennetz im Wiener Stadtgebiet vorhanden sein.

Die Emissionsmessungen werden mit Hilfe des Umweltschutz-Meßwagens vorgenommen. Die Mitarbeiter der Anstalt führten als Sachverständige einer staatlich autorisierten Versuchsanstalt oder als Amtssachverständige zahlreiche Messungen durch und erteilten verschiedenen Industrie- und Gewerbebetrieben Ratschläge für die Abhilfe bei unzumutbaren Schadstoffausstößen. Intensives Befassen mit diesem vollkommen neuen Arbeitsgebiet erbrachte die Voraussetzungen dafür, daß nunmehr eine große Anzahl von Schadstoffen gemessen werden kann. Es wurden im Jahre 1973 Messungen bei einigen Gewerbebetrieben, wie Druckereien, Selchereien und Heizkraftwerken, vorgenommen. In allen Fällen, in denen die Emissionen zu hoch waren, wurden entsprechende Maßnahmen gesetzt, um diese auf ein erträgliches Maß zu vermindern.

Der Umweltschutz-Meßwagen wurde in der zweiten Jahreshälfte außerordentlich häufig eingesetzt. Im Verein mit dem Physikalisch-medizinischen Institut der Universität Wien wurden in verkehrsreichen Straßenzügen, auf Plätzen und in Gärten CO-Messungen ausgeführt, um die durch Kraftfahrzeuge verursachte Luftverunreinigung zu ermitteln. Bei diesen Messungen handelt es sich um ein völlig neues Arbeitsgebiet. Die Verteilung des CO wird horizontal und vertikal bestimmt. Damit soll unter anderem ermittelt werden, wieweit in verkehrsreichen Straßen die oberen Stockwerke von Wohnhäusern dieser Emission ausgesetzt sind und wie sich die CO-Belastung in den Parkanlagen der Stadt Wien auswirkt.

Bei diesen Messungen handelt es sich um ein sehr wertvolles und wichtiges Hilfsmittel, um das Ausmaß der Immission im Stadtgebiet kennenzulernen. Von nicht geringer Bedeutung scheint es zu sein, die Emissionen von Industrie, Gewerbe, Hausbrand, Kraftfahrzeugen und anderen Schadstoffe abgebenden Quellen zu messen, um Grenzwerte festlegen, technische Abhilfemaßnahmen entwickeln oder vorschlagen zu können, nicht zuletzt aber auch, um Grundlagen für zu erlassende, allgemein verbindliche Normen zu schaffen, wird doch durch die Verminderung oder Verhinderung einer Emission eine Quelle der Belästigung oder sogar Gefährdung beseitigt.

Für die Reinhaltung von Wasser wurde von den Sachverständigen der Versuchsanstalt eine große Zahl von Neutralisationsanlagen in gewerbebehördlichen Verfahren begutachtet. Ab dem Jahre 1974 sollen die Abwässer von Industrie- und Gewerbebetrieben streng überwacht werden. Hierbei müssen rund 1.200 Großbetriebe, 4.000 Mittelbetriebe und 20.000 Kleinbetriebe kontrolliert werden. Hierzu wird es nötig sein, Personal und auch einige Geräte einzustellen, um ein wirksames Wasser-Inspektorat der Stadt Wien einrichten zu können. Es erscheint als sicher, daß eine entsprechende Kontrolle die Verunreinigung des Bodens, der Kanäle und des Flußwassers hintanhaltend kann. Es würde also damit ein wirksamer Beitrag zum Umweltschutz geleistet werden. Wissenschaftliche Vorarbeiten hierfür wurden bereits in den vergangenen Jahren betrieben.

Von den Forschungsarbeiten wären die im Jahre 1973 angestellten Versuche mit Stahlkern-Beton im Zusammenhang mit dem Bau des Bettentraktes des Allgemeinen Krankenhauses zu erwähnen. Diese Entwicklungs-Versuchsarbeit war die Voraussetzung dafür, aus derartigem Material gefertigte Säulen beim Bau eines Hochhauses überhaupt einsetzen zu können. Ferner wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Bauten und Technik eine Forschungsarbeit über Leicht-Spannbeton (Großbauteile) durchgeführt.

Für den U-Bahn-Bau waren zahlreiche Erschütterungsmessungen am Stephansdom, Lärmmessungen, Qualitätsabnahmen von tragenden Teilen und Tübbings vorzunehmen sowie Dichtungsprobleme bezüglich der Tunnelröhren und anderer Bauteile zu lösen.

Im zweiten Halbjahr 1973 setzten Versuchsarbeiten und bauphysikalische Detailplanungen für die Bauteile und Fassaden der Objekte der Unido-City ein. Die Versuchsanstalt wird die Abnahme der Stahlkonstruktionen im Werk und auf der Baustelle sowie von Schweißungen und Fassaden durchführen.

Die Bauarbeiten am neuen Laborgebäude (2. Bauteil) der Versuchsanstalt in 11, Rinnböckstraße 15, dürften, wie der bisherige Fortgang erkennen läßt, Ende des Jahres 1974 abgeschlossen sein, so daß für diesen Zeitpunkt mit einer Umsiedlung der Kanzlei und des mechanischen Labors gerechnet werden kann.

Erwähnenswert wäre noch, daß der Voranschlag 1974 für die Anschaffung von Meßgeräten, die für den Umweltschutz benötigt werden, fast 1 Million Schilling und für den Ankauf von anderen dringend benötigten Prüfgeräten nahezu 500.000 S vorsieht.

Heizungs- und Maschinenbau

Die betriebsmäßig geführte Heizwerkstätte der Magistratsabteilung für Maschinenbau, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft hatte im Jahre 1973 einen Umsatz von rund 30 Millionen Schilling; er war um ca. 7 Prozent höher als im Vorjahr. Zu den Hauptaufgaben der Heizwerkstätte zählten die laufenden Erhaltungsarbeiten an den Heizanlagen der städtischen Nutzbauten, die Behebung von Störungen bei rund 260 Ölbrennern, die Überholung und Konservierung von rund 200 schmiedeeisernen Zentralheizungskesseln nach Abschluß der Heizperiode sowie zweimal jährlich die feuerseitige Reinigung von rund 300 Zentralheizungskesseln.

Ab 1. September 1973 wurde ein Servicedienst eingerichtet, der für alle Spitalsbauten und Herbergen, insgesamt für 14 Objekte, einsatzbereit ist. Die betreuten Objekte sind durch eine automatische Rufanlage mit der Zentrale verbunden; Defekte werden automatisch gemeldet und die Rufe gespeichert. Die diensthabenden Monteure können jederzeit die eingegangenen Meldungen abrufen und mit den zur Verfügung stehenden Fahrzeugen die Gebrechenstellen aufsuchen. Diese Einrichtung hat sich in der verhältnismäßig kurzen Zeit ihrer Tätigkeit ausgezeichnet bewährt, so daß eine Ausdehnung ihres Aufgabengebietes auf weitere Objekte vorgesehen ist.

In den öffentlichen Bauten wurden alle Erhaltungsarbeiten sowie die notwendigen Umbauarbeiten, wie etwa der Umbau der Heizungsanlage im I. Zentralberufsschulgebäude in 6, Mollardgasse, ausgeführt. Neue Heizanlagen wurden im Sportzentrum West, im Hallenstadion, in 3 Schulen mit Rundturnhallen sowie in 3 Schulen, die später als Wohnhäuser Verwendung finden sollen, ausgeführt. Nach Möglichkeit wurden die Objekte an das Fernwärmenetz angeschlossen; wo dies nicht möglich war, wurden Kesselzentralen errichtet.

Für die Spitäler wurden die in die Heizungs- und Wärmetechnik einschlägigen Planungsgrundlagen zusammengetragen, wie etwa für die Containertransportanlage, den Entwurf eines neuen Wirtschaftsgebäudes mit Küche, Wäscherei, Kälteanlage und Müllentsorgung sowie für die Rückkühltürme im Neubau des Allgemeinen Krankenhauses. Aber auch die beim Umbau der alten Gebäude des Allgemeinen Krankenhauses errichteten neuen Anlagen im ehemaligen Garnisonsspital, in einzelnen Universitätskliniken und im Anatomisch-pathologischen Institut wurden entworfen, und auch ihr Bau wurde überwacht. Weitere mit wärme- und kältetechnischen Einrichtungen ausgestattete Neubauten waren das Bettenhaus des Rudolfspitals sowie der Pavillon für hirngeschädigte Kinder im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel. Ferner wurden im Krankenhaus Lainz Vollklimaanlagen für die Operationsräume, verschiedene Heizanlagen sowie 6 Wasserbetten im Pavillon 16 eingebaut. Im Altersheim Lainz mußten Adaptierungen vorgenommen werden. Es ist geplant, die gesamte Wärmeversorgung des Krankenhauses wie des Altersheimes Lainz in einer Anlage zusammenzufassen. Planungen für die übrigen städtischen Krankenhäuser betrafen unter anderem eine im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe neu zu errichtende Küche; Vorbereitungsarbeiten wurden für die Ausstattung des für ein Röntgeninstitut im Franz Joseph-Spital errichteten Zubaus eingeleitet.

Im Preyer'schen Kinderspital wurden neue Operationsräume sowie in dem aufgestockten Geschoß

des Krankenhauses ein Ambulanzwarteraum eingerichtet, die sämtliche mit Klima- und Heizungsanlagen auszustatten waren; für die Erweiterung des Spitals wurden verschiedene Planungen ausgearbeitet. Der Anschluß des Karolinen-Kinderspitals und des Julius Tandler-Heimes an die Fernwärmeleitung wurde eingeleitet. Ferner soll der Abtransport des sanitären Mülls aus den Spitälern, nach einer Vereinbarung mit der Magistratsabteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark, nach neuen Methoden erfolgen; auch hierfür waren Planungen auszuarbeiten. Im übrigen ist festzustellen, daß der Umfang der Erhaltungsarbeiten in den Spitälern infolge der zunehmenden Technisierung der Anlagen ständig zunimmt.

Im Fernwärmewerk Spittelau wurden Vervollständigungsarbeiten durchgeführt und Berichte über die ersten Betriebsjahre der Müllverbrennung ausgefertigt.

Weitere Planungsarbeiten betrafen das Sozialmedizinische Zentrum Ost und das Heim für betagte Menschen im 23. Bezirk.

Bezüglich der städtischen Wohnhäuser wurde ein Programm für die Sanierung von Altwohnungen ausgearbeitet. Um die Montage in den Wohnungen zu rationalisieren, wurde eine neue Anbindung entwickelt, welche, da Schweißarbeiten nicht erforderlich sind, die Montage der Heizkörper in zwei Wohnungen pro Tag ermöglicht. Der Einbau von Zentralheizungen in bewohnten Wohnungen beansprucht je Wohnung nur einen Tag. Das System wurde zum Patent angemeldet; die ersten Modelle sind bereits eingelangt.

In zahlreichen Wohnungen wurden auch wieder Etagenheizungen mit Kombi-Thermen und Warmwasserbereitungen fertiggestellt, in etlichen Wohnungen wurde mit der Errichtung derartiger Heizungen begonnen.

Weiters wurde geplant, die Müllbeseitigung zu vereinfachen, und zwar soll der Müll in hauseigenen Anlagen verdichtet und in Containern ausgetragen werden. In der Per Albin Hansson-Siedlung werden im Zentralgebäude erstmals vier derartige Anlagen zum Einsatz kommen.

Was die Kläranlagen und Bäder betrifft, wurde vor allem die Ausstattung des Stadthaltenbades forciert und die Einrichtung der Großkläranlage Simmering, dem Baufortschritt entsprechend, weitergeführt. Für das Hallenbad Hietzing wurden grundsätzliche Untersuchungen über eine Wärmerückgewinnung angestellt, wobei an den Bau eines umweltfreundlichen, mit geringstem Transmissionsverlust behafteten Bades gedacht ist. Der Bäderbetrieb soll rationalisiert und automatisiert werden. Das Schafbergbad wurde so weit fertiggestellt, daß ein Teilbetrieb ab Mitte des Sommers 1973 möglich war. Die Umbauarbeiten im Jörgerbad wurden fortgesetzt; nach Anschluß des Bades an die Fernwärmeleitung wurden die Heizkessel außer Betrieb gesetzt. Auch im Dianabad wurde die Raumheizung so weit fertiggestellt, daß der Bau im Winter beheizt werden konnte und somit die Fertigstellungsarbeiten durchgeführt werden konnten; die eingebaute Wellenmaschine wurde bereits erprobt. Der Bau des Hallenbades Hohe Warte und des Atzgersdorfer Bades befanden sich am Ende des Jahres 1973 noch im Planungsstadium.

Bezüglich der Schlachthöfe und Märkte ist zu erwähnen, daß die Arbeiten am Neubau der Schlachtstraßen von St. Marx Ende Dezember 1973 noch im Gange waren, im Großmarkt Inzersdorf war hingegen der Betrieb bereits voll aufgenommen. Der Betrieb der Kälte- und Heizanlage des Fleischgroßmarktes sowie der Neubau der Schlachthallen wurden gleichzeitig durchgeführt; obwohl der Bau noch nicht fertiggestellt war, verlief der Betrieb im wesentlichen ohne Störungen.

Für den U-Bahn-Bau wurden vor allem Untersuchungen bezüglich der Lüftung der U-Bahn-Tunnel angestellt und die Lüftungsstationen festgelegt. Das von städtischen Ingenieuren für die U-Bahn-Tunnel ausgearbeitete Lüftungssystem wurde als Weltpatent bereits in 18 Staaten angemeldet; einige Staaten haben das Patent bereits erteilt. Weitere Planungen befaßten sich mit den mit der U-Bahn zusammenhängenden Tiefgaragen sowie mit der Lüftungstechnischen Ausstattung der U-Bahn-Stationen, etwa am Stephansplatz und am Reumannplatz. Die Anlagen in der Station „Taubstummengasse“ wurden so weit fertiggestellt, daß die Belüftung der Betriebsräume und die Bahnsteigbelüftung in Betrieb genommen werden konnten.

Die Planungsarbeiten für den Autobahntunnel am Laaer Berg wurden abgeschlossen. Die Kontrollen der Lüftungsanlage der Straßenunterführung Erzherzog Karl-Straße wurden fortgesetzt.

Ferner wurden zu den Bauverhandlungen Amtssachverständige für Heizung, Lüftung und Ölfeuerung in beratender Funktion entsendet. Neben den Beratungen der Baupolizei waren Dampf-kesselprüfungen vorzunehmen und im Rahmen des Umweltschutzes Ratschläge bezüglich einer möglichen Abhilfe bei Rauch- und Lärmbelastigungen zu geben.

Alle notwendigen Schreib- und Verwaltungsarbeiten, die Führung der Sachkreditblätter, das Stellen von Kreditanträgen und die Preisprüfung wurden zur Entlastung des technischen Personals zentral besorgt. Außerdem waren im Jahre 1973 rund 12.000 Rechnungen zu prüfen und zur Anweisung der Rechnungssummen weiterzuleiten.

Technische Angelegenheiten des Gas- und Elektrizitätswesens

Die technische Überprüfungsbehörde für Elektro- und Gasanlagen (Stadt- und Flüssiggas) hatte die einschlägigen, im Theater-, Kino-, Ausstellungs-, Gewerbe- und Sanitätswesen verwendeten Anlagen sowie Hausinstallationen zu überprüfen. Außerdem wirkte sie an der Überprüfung der Befähigungsnachweise von Bewerbern um eine Konzession des Elektro- sowie des Gas- und Wasserinstallationsgewerbes, aber auch an den Prüfungen für Kinooperateure und Theaterbeleuchter mit. Desgleichen entsandte sie ihre Amtssachverständigen zu den Kollaudierungen von Hochspannungsfreileitungen, Umspann- und Unterwerken, Gashochdruckleitungen sowie Gasregelstationen der Wiener Stadtwerke. Insgesamt wurden 1.831 Dienststücke bearbeitet.

Hervorzuheben wäre die Mitarbeit an den Verfahren zur Genehmigung der Anlagen des Österreichischen Rundfunks—Fernsehen am Königberg, der Unilever GmbH auf der Simmeringer Lände, der neu errichteten Prüfanstalt für Gasgeräte des Gaswerks Simmering, des Blockkraftwerks I des Elektrizitätswerks Donaustadt, ferner des Konsumgroßmarktes Floridsdorf, der Werkserweiterung der Elin-Union AG für elektrische Industrie in Floridsdorf, des Verwaltungsgebäudes der Siemens Aktiengesellschaft Österreich in 21, Siemensstraße, sowie der Karniesenfabrik Müller in 22, Wagramer Straße.

Statistische Angaben über die öffentliche Beleuchtung und über öffentliche Uhren finden sich in Kapitel 15 des Statistischen Jahrbuches der Stadt Wien 1973.

Im Laufe des Jahres 1973 wurden mehr als 10.000 Leuchten in Straßenbeleuchtungsanlagen neu- oder umgebaut sowie instand gesetzt. Etwa 5.100 Glühlampen zu je 200 W wurden durch wirtschaftlichere Gasentladungslampen ersetzt. Obwohl ein Zuwachs von 10.400 Lampen und 3.050 Leuchten zu verzeichnen war, reduzierte sich der Gesamtanschlußwert der öffentlichen Beleuchtung um 69 kW auf 13.050 kW.

Größere Vorhaben zur Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung wären: die Beleuchtungsbauten in 1, Hegelgasse, von Himmelpfortgasse bis Johannesgasse, und in 3, Radetzkyplatz; die Vorarbeiten für die Beleuchtung der Südautobahn und des Autobahntunnels im 10. Bezirk sowie der dort ausgeführte Bau von Beleuchtungsanlagen um das Gelände der WIG 1974, in der Laaer Berg-Straße und in der Absberggasse; ferner die Errichtung von Anlagen in der Kaiser-Ebersdorfer Straße sowie in der 5. und 7. Haidequerstraße im 11. Bezirk; der Bau von Beleuchtungsanlagen in der Edelsinnstraße und der Teilausbau derselben in der Atzgersdorfer Straße im 12. Bezirk, aber auch die Ausstattung der Dr. Schober-Straße, der Friedensstadt, der Jaunerstraße, der Augasse und Wittgensteinstraße im 13. Bezirk, der Possingergasse von der Johnstraße bis Ottakringer Straße im 15. und 16. Bezirk, der öffentlichen Verkehrsflächen beim Schafbergbad im 17. Bezirk, der Schönthalergasse und der Triller-gasse im 21. Bezirk, der Hirschstettner Straße, der Industriestraße, der Wohnhausanlage in der Ziegelhofstraße und der Markomannenstraße im 22. Bezirk sowie der Zetschegasse und des Blumenthals im 23. Bezirk mit modernen Beleuchtungskörpern.

Öffentliche Uhren wurden zu Ende des Jahres 1973 insgesamt 171 verwaltet. Es waren dies Würfeln, Uhren auf Kirchen, Amtshäusern, Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden, von denen 110 ferngesteuert waren. 3 Würfeln waren wegen großer Bauvorhaben außer Betrieb gesetzt oder demontiert. Bei 12 weiteren Uhren wurde lediglich für die Zifferblattbeleuchtung gesorgt. Das Funktionieren der Uhren wurde bei 2.561 Kontrollfahrten überwacht. Es langten 94 Störungsmeldungen ein, die als Anlaß zu rasch herbeigeführten Behebungsmaßnahmen genommen wurden.

Neben Sanierungsarbeiten und der Umstellung einiger großer Uhren auf Hauptuhrensteuerung wurden 20 Würfeln für die Funksteuerung vorbereitet, so daß Anfang des Jahres 1974 die neu gelieferten Empfänger eingebaut, angeschlossen und in Betrieb genommen werden können.

Weiters wurden Steuerleitungen für die Uhren beim West- und Nordeingang der WIG 1974 vorbereitet sowie in Zusammenarbeit mit dem Künstler Stefan Prabl die technischen Einrichtungen an der Uhrenplastik dieser Ausstellung hergestellt.

Im Versuchsraum der Magistratsabteilung für öffentliche Beleuchtung, Elektrizitätswesen und brennbare Gase wurden zahlreiche Material- und Geräteüberprüfungen sowie Stichproben und Kontrollen von Liefer- und Lagermaterialien vorgenommen. Außerdem wurden lichttechnische Projekte für Straßen, die besondere Lösungen erforderten, wie etwa die Unterführung der Donauländebahn im Zuge der Simmeringer Hauptstraße oder die Donaukanalbrücke (Objekt 1.231) im Zuge der Südautobahn, ausgearbeitet. Sämtliche angebotenen Leuchten wurden auf ihre Verwendbarkeit für neue Verkehrsanlagen, wie die Fußgängerzonen, aber auch für die WIG 1974 und die U-Bahn geprüft; nach Lichtmessungen an diesen Leuchten wurden allenfalls Verwendungsvorschläge ausgearbeitet. Auch neue elektronische Bauelemente, besonders optoelektronische Schalter, wurden auf die Möglichkeit ihres praktischen Einsatzes in der öffentlichen Beleuchtung hin untersucht.

Bei der Entwicklung der Uhrenfunksteuereinrichtungen wurden Überlegungen und Untersuchungen angestellt, ob dieses Funksystem auch für weitere Fernwirkungs- und Befehlsübermittlungsaufgaben einzusetzen wäre. Die ursprüngliche Aufgabe, die Funkbeeinflussung der Uhren, bedingte eine Anpassung an die derzeit gebräuchliche, über das Brandmeldernetz fließende Impulsübertragung und wurde deswegen fast ausschließlich von städtischen Technikern in langjähriger Versuchsarbeit entwickelt. Dieses System kann unschwer universell für weitere Aufgaben, wie für Sprechfunk, Schaltung und Überwachung der öffentlichen Beleuchtung, aber auch für die Beeinflussung der Verkehrssignalanlagen, aufgebaut werden. Ein Versuch mit elektronischen Verkehrssignalanlagen wurde bereits im Jahre 1969 erfolgreich durchgeführt.

Für fertiggestellte Verkehrssignalanlagen wurde nach deren Inbetriebnahme und nach Verständigung durch die Magistratsabteilung für technische Verkehrsangelegenheiten die Zündanzeige als Stromverrechnungsgrundlage an die Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke weitergeleitet. Außerdem wurden 18 provisorische Signalanlagen der Straßenverwaltung konzipiert, in Auftrag gegeben, während ihrer Errichtung überwacht und auch instand gehalten.

Die Anstrahlung von Baudenkmalern, Brücken und Brunnen wurde in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt mit 52 Anstrahlungsanlagen mit einem Gesamtanschlußwert von 389 kW durchgeführt. 2 Anlagen, die zur Anstrahlung des Figl-Denkmal und der Grinzinger Kirche, wurden im Jahre 1973 neu errichtet, 4 von den bestehenden Anlagen wurden geändert sowie in ihrer Leistung verbessert. Bei diesen Anlagen handelt es sich um die bei der Ruprechtskirche, dem Grillparzerdenkmal, dem Parlament und bei der Nordbrücke verwendeten Anstrahlungsanlagen.

Ferner wurden im Auftrag der Magistratsdirektion die Arbeiten zur Errichtung eines Kleinskiliftes in 13, Am Himmelhof, die von Kontrahentenfirmen durchgeführt wurden, überwacht. Die Arbeiten wurden durch das vorerwähnte Sprechfunksystem wesentlich erleichtert und beschleunigt.

Von den umfangreichen und vielfältigen Arbeiten für städtische Dienststellen sollen hier nur drei Leistungen erwähnt werden. Zunächst ist zu bemerken, daß auf U-Bahn-Baustellen erstmals während der Bauzeit vollisolierte Baustromverteiler verwendet wurden. Städtische Ingenieure haben auf Grund der bei Tiefbauwerken gemachten Erfahrungen neue Baustromverteiler für Licht- und Kraftstrom entwickelt, die dann von der Industrie gebaut wurden. Es sind dies vollisolierte Verteiler in einem glasfaserverstärkten Polyesterkasten, die leicht transportiert und bei denen im Falle einer Beschädigung Einzelteile, wie Türen, Seiten- und Rückwände sowie das Oberteil, ausgetauscht werden können. Sämtliche Licht- und Kraftstromanschlüsse sind durch Fehlerstrom-Relais und Fehlerstrom-Schalter geschützt, der Verteiler selbst wurde vom Österreichischen Verband für Elektrotechnik geprüft. Bei diesem Verteiler können Lichtstromanschlüsse für Fluchtwegbeleuchtungen von außen nicht abgeschaltet werden, wohl aber können die anderen Lichtstromkreise über Stromstoßrelais ein- und ausgeschaltet werden. Bei jedem Verteiler bestehen 10 Anschlußmöglichkeiten über drei-, vier- und fünfpolige Steckdosen bis zu einem Maximalwert von 32 Ampere je Einzelanschluß. Mit einem Zusatzverteiler können die Anschlußmöglichkeiten um 5 Steckdosen erweitert werden. Diese Verteiler haben sich beim Ausbau der als Musterstation errichteten U-Bahn-Station „Taubstummengasse“ besonders bewährt. 5 derartige Verteiler ermöglichen es, eine ausgezeichnete Arbeitsbeleuchtung herzustellen und außerdem sämtliche benötigten Bohr-, Schleif- und Trennscheibenmaschinen sowie elektrische Schweißgeräte an das Stromnetz anzuschließen.

Ferner konnten bis zum Tag der offenen Tür in der U-Bahn-Station „Taubstummengasse“ zwei spezielle U-Bahn-Fahrtreppen eingebaut und in Betrieb genommen werden. Die Treppen weisen eine Neigung von 27,3 Prozent und eine Geschwindigkeit von 0,65 m/sec auf, haben eine verstärkte Tragkonstruktion, eine erhöhte Anzahl der horizontalen ein- und auslaufenden Stufen, vermehrte Sicherheitseinrichtungen, einen Kontaktmattenbetrieb und eine Signalisierung; ihre Balustradenverkleidung ist aus Nirostastahl ausgeführt, und ihr Betrieb erfolgt über einen einheitlichen, vollisolierten Schaltschrank mit einer Prüfeinrichtung zur raschen Feststellung von Störungen. Diese Rolltreppen stellen eine richtungweisende Neuentwicklung dar, die in U-Bahn-Stationen und Passagen eingesetzt werden wird. Es ist beabsichtigt, sie im Betrieb während der ersten Jahre genau zu beobachten.

Die dritte als erwähnenswert erachtete Leistung betrifft den Wohnhausbau, und zwar die Fertigstellung der allelektrisch, also auch mit elektrischen Heizungen versorgten Wohnhausanlage in 5, Spengergasse 30—32. Aus den für einen Teil der Heizperiode 1972/73 bereits vorliegenden Verbrauchswerten ist zu ersehen, daß diese Anlage wirtschaftlich optimal erstellt wurde. Unterschiede im spezifischen Heizungsverbrauch werden durch die Heizgewohnheiten der Mieter, die sich aus ihrer Berufstätigkeit, der Anwesenheit von Kindern im Haushalt und der Handhabung der Heizgeräte ergeben, sowie durch die Lage der Wohnungen bestimmt. Messungen haben gezeigt, daß die Hauptleitungen praxisgerecht dimensioniert wurden. Die Einschaltung der gesamten Speicherheizlast zur Zeit der Kochspitze infolge einer Störung führte zu keiner Störung der Stromversorgung des Hauses. Auch die

Dimensionierung der Heizgeräte gab zu keinen wesentlichen Beschwerden der Mieter Anlaß. Eine endgültige Beurteilung der Anlage kann erst nach Vorliegen der Meßergebnisse von mindestens einer ganzen Heizperiode abgegeben werden.

Technische Verkehrsangelegenheiten

Die Straßenverkehrsbehörde, der die Verkehrsorganisation und Verkehrsregelung obliegt, war mit einschlägigen Planungen, für die oftmals Entwürfe und Berechnungen auszuarbeiten waren, ferner mit Verkehrszählungen, mit der Überprüfung von Verkehrslichtsignalanlagen und sonstigen technischen Verkehrsanlagen sowie mit zahlreichen Ermittlungsverfahren befaßt, die ihren Niederschlag in verkehrsbehördlichen Verfügungen in Form von Verkehrszeichen, Bodenmarkierungen und sonstigen Verkehrsmaßnahmen fanden. Häufig mußten die Rückwirkungen solcher Maßnahmen auf größere Gebiete untersucht werden.

Verkehrslichtsignalprojekte mit Schutzwegen wurden im Jahre 1973 für 54 Straßenstellen ausgearbeitet, die wegen der Verkehrsdichte von Fußgängern schwer zu übersetzen sind. Weiters wurden die Bodenmarkierungen an 65 Örtlichkeiten geändert und 186 Signalpläne sowie Phasenverteilungspläne für bereits signalgeregelte Kreuzungen, an denen sich im Laufe der Zeit Änderungen in der Verkehrssituation ergeben hatten oder Umbauten vorgenommen worden waren, den nunmehrigen Gegebenheiten angepaßt. Hervorzuheben wäre eine verkehrstechnische Untersuchung mit dem Ziele, die Leistungsfähigkeit der Lastenstraße, von der Grillparzerstraße bis zur Gumpendorfer Straße, zu erhöhen. Ferner wurden an 39 Straßenstellen mit Hilfe von Verkehrszeichen gesicherte Schutzwege festgelegt.

Von den in allgemeinen verkehrsbehördlichen Angelegenheiten protokollierten 1.488 Geschäftsfällen betrafen 409 Ladezonen und fallweise Halteverbote, 137 Parkplatzreservierungen für Veranstaltungen und Diplomaten sowie 21 Taxistandplätze und Anfang- beziehungsweise Endstellen von Stadtrundfahrten. In 921 Fällen waren Maßnahmen für den ruhenden Verkehr, Fahrverbote und Fahrbeschränkungen, allenfalls für die Zeiten von Verkehrsspitzen, Kurzparkzonen, besondere Parkordnungen — etwa Schrägparkzonen mit teilweiser Benützung von Gehsteigflächen — und Ausnahmen vom Schienenstraßenparkverbot zu verfügen; Einbahnen und Vorrangstraßen waren festzulegen, Maßnahmen für den Allerheiligen- und Weihnachtsverkehr sowie bezüglich der zulässigen Geschwindigkeiten in bestimmten Straßenzügen zu treffen, Bodenmarkierungen festzulegen und verkehrstechnische Gutachten für die Situierung von Omnibus- und Straßenbahnhaltestellen auszuarbeiten.

Zu den zahlreichen Grundsatzbesprechungen über die Fußgängerzonen im 1., 10. und 19. Bezirk waren Sachverständige zu entsenden. Überdies mußten für die Fußgängertage in der Mariahilfer Straße und in der Meidlinger Hauptstraße zur Weihnachtszeit Vorarbeiten geleistet werden.

Zahlreiche Ermittlungsverfahren dienten der Unfallverhütung. Hiezu wurden Kollisionsdiagramme und Unfallstatistiken ausgewertet, die Unfallursachen untersucht und auch die Aufzeichnungen der Polizei studiert. Halbjährlich waren der Magistratsdirektion Berichte über die Unfälle, die sich im Stadtgebiet ereigneten, vorzulegen.

Die Ergebnisse von Verkehrszählungen wurden in Tabellen erfaßt und für Verkehrsregelungen ausgewertet.

Außerdem wurden die Planungen und Aufzeichnungen für den Entwurf eines zentralen Wegweiser- und Orientierungssystems für ganz Wien weitergeführt.

Um die Interessen der Stadt Wien zu wahren sowie zum Zwecke der Beratung und Information, wurden zu den Sitzungen des Fachbeirates des Österreichischen Statistischen Zentralamtes für die Statistik der Straßenverkehrsunfälle, zu den Verkehrsschwerpunkteprogramm-Besprechungen der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, zu den U-Bahn-Planungsgesprächen und zu den Koordinierungsgesprächen in der Stadtbauamtsdirektion über großräumige Städtebauprojekte sowie über Projekte, die den Konsens der genehmigenden Behörde nicht gefunden hatten, ferner zur Wiener Stadtentwicklungsenquête, zu den Grundsatzbesprechungen über Verkehrsangelegenheiten in der Magistratsdirektion sowie zu den Koordinierungsbesprechungen der Leiter der Magistratsabteilungen für technische und für rechtliche Verkehrsangelegenheiten sowie des Verkehrsamtes der Polizeidirektion Wien, aber auch zu den Ortsaugenscheinsverhandlungen in eisenbahnrechtlichen Ermittlungsverfahren sachkundige Vertreter entsendet.

Verkehrstechnische Gutachten wurden zu den Entwürfen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans, zu beabsichtigten Straßenbauten einschließlich der Bundesstraßen und Autobahnen, zu geplanten Verkehrsbauwerken und Brückenbauten, aber auch zu den Projekten der Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe sowie zum Bau von Tiefgaragen und im Zusammenhang mit der Aufschließung von Industriegebieten abgegeben. Ferner mußten die Straßensanierungsarbeiten in den einzelnen Bezirken

begutachtet werden. 45 örtlich bestimmten Projekten wurde in Büro- oder Ortsaugenscheinsverhandlungen zugestimmt.

In technischen Angelegenheiten des Eisenbahnwesens — es handelte sich hierbei um Haupt- und Nebenbahnen, Straßenbahnen, Seilbahnen und Anschlußbahnen — war an ca. 60 eisenbahnbehördlichen Genehmigungsverfahren mitzuwirken. Bei größeren Gleis- und Straßenumbauten, die mit der Errichtung oder Auflassung von Eisenbahnkreuzungen oder mit der Einrichtung von provisorischen Ausweichrouten verbunden waren, war die verkehrstechnische Eignung zu prüfen. Außerdem waren zahlreiche bahneigene und private Bauvorhaben auf Eisenbahngrund zu begutachten.

Auch die Gleis-, Hoch- und Tiefbauprojekte der Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe waren im eisenbahnbehördlichen Verfahren in technischer Hinsicht sowie vom straßenverkehrsbehördlichen Standpunkt zu beurteilen. Für Gleisbauvorhaben wurden den Wiener Stadtwerken — Verkehrsbetriebe überdies etwa 70 Bewilligungen gemäß § 90 der Straßenverkehrsordnung (StVO) für besonders umfangreiche Arbeiten auf der Straße erteilt.

An den jährlichen Revisionen eisenbahnähnlicher Unternehmen, wie der Donaupark- und Prater-Liliputbahn sowie der Sessellifanlage im Donaupark, war gleichfalls mitzuwirken.

In zahlreichen Fällen waren für verschiedene Arbeiten auf oder neben Straßen Bewilligungen nach § 90 StVO zu erteilen. Darunter fielen etwa 4.000 besonders schwerwiegende Angelegenheiten, wie die durch den U-Bahn-Bau bedingten Maßnahmen. Für ca. 5.000 kleinere Bauvorhaben auf Straßen wurde den bauführenden öffentlichen Stellen die Bewilligung ohne vorhergehendes Ermittlungsverfahren erteilt. Auch städtische Dienststellen bedurften in etwa 4.000 Fällen der Bewilligung für die Benützung von Straßen für verkehrsfremde Tätigkeiten. Bei Elementarereignissen und Baugebrechen mußten unaufschiebbare Verkehrsregelungen sofort getroffen werden.

Ferner wurden in 720 Fällen verkehrstechnische Gutachten für Bau- und Betriebsanlagen abgegeben. Bei diesen handelte es sich um Wohn-, Büro- und Geschäftshäuser, Industriebauten, Spitäler, Schulen, Sportanlagen, gewerbliche Anlagen, wie Garagen, Treibstoffanlagen, Kraftfahrzeugreparaturwerkstätten, Kraftfahrzeug-Servicestationen, besondere automatische Autowaschanlagen, Transport- und Fertigungsanlagen sowie um die Standorte anderer konzessionierter Betriebe.

Während der amtlichen Sprechstunden wurden 1.115 Bauten und Betriebsanlagen mit den Planverfassern durchbesprochen und gegebenenfalls im kurzen Wege genehmigt.

In 1.241 Genehmigungen wurden für Transporte mit Übergewichten und Übermaßen sowie für nicht zum Verkehr zugelassene Anhänger erteilt. In vielen Fällen waren diesen Bewilligungen umfangreiche Routenerhebungen und Ermittlungsverfahren über den Erhaltungszustand der zu benützenden Straßen und deren Einbauten, aber auch der fahrtechnischen Eignung derselben vorangegangen.

In 819 Fällen wurden überdies Ausnahmegenehmigungen vom Wochenend- und Feiertagsfahrverbot für Lastkraftwagen, von Verkehrsbeschränkungen und Verkehrsverfügungen sowie von Halteverboten zum Zwecke von Ladetätigkeiten erteilt. In 79 Fällen wurden einmalige, nur mit kurzer Geltungsdauer ausgestattete Verordnungen gemäß § 43 StVO. erlassen, die Sportveranstaltungen auf öffentlichen Straßen gestatteten; anlässlich der Bewilligung von einigen Sportveranstaltungen, die mehrere Bundesländer berührten, war mit diesen das Einvernehmen zu pflegen. 82 Ausnahmegenehmigungen gestatteten die Benützung öffentlicher Straßen für verkehrsfremde Zwecke, wie etwa zu Filmaufnahmen. Ausnahmen von der winterlichen Gehsteigsbetreuungspflicht gemäß § 93 StVO wurden in 99 Fällen bewilligt.

91 technische Sachverständigengutachten befaßten sich mit gewerblichen Betrieben, die das Recht zur wiederkehrenden Begutachtung von Kraftfahrzeugen gemäß § 57 a KFG erlangen wollten.

Die beiden technischen Amtssachverständigen wirkten ferner an der Erledigung von 8 zu den Luftfahrtangelegenheiten zählenden Geschäftsfällen mit. Von Bedeutung war ferner die Mitarbeit an der Neufassung der Zivillflugplatzordnung (ZFV) im Bundesministerium für Verkehr.

Zahlreiche Akten waren überdies mit entsprechenden Berichten der Magistratsdirektion, dem amtsführenden Stadtrat für baubehördliche und sonstige Angelegenheiten oder der Stadtbauamtsdirektion vorzulegen.

An den vom Verkehrsamt der Bundespolizeidirektion Wien abgehaltenen Kraftfahrzeuglenkerprüfungen wirkten technische und rechtskundige Sachverständige der Stadt Wien mit, desgleichen an den Fahrschul- und Fahrlehrerprüfungen. Außerdem wurden 183 Kraftfahrzeuge auf ihre Eignung als Schulfahrzeuge überprüft und 276 Gutachten über die Fahrtüchtigkeit körperbehinderter Lenker abgegeben.

In der Landeskraftfahrzeugprüfstelle wurden 9.761 Kraftfahrzeuge überprüft und nötigenfalls mit Einzelgenehmigungen ausgestattet. Es handelte sich hierbei um 6.078 Personenkraftwagen, 1.567 Lastkraftwagen, Sonderkraftfahrzeuge, selbstfahrende Arbeitsmaschinen, Anhängerzugmaschinen und Feuerwehrfahrzeuge, 371 Motorräder, 1.497 Anhänger, 47 Omnibusse,

51 Tankkraftwagen, 30 Tankanhänger und 120 sonstige Kraftfahrzeuge. Weiters wurden 102 amtliche Motor- und Fahrgestellnummern zugeteilt und eingeschlagen, 101 Duplikate von Einzelgenehmigungsbescheiden ausgefertigt sowie 241 technische Verkehrs-, Kraftfahr- und Kraftfahrzeuggutachten in Verwaltungsstrafsachen, meistens in Berufungsverfahren, abgegeben. Für die genannten Tätigkeiten wurden Einnahmen durch Ausgabe von Verwaltungsabgabemarken im Betrage von 3,592.700 S erzielt.

In 10 Fällen nahm ein städtischer Sachverständiger für die Typenprüfung an Typenprüfungen beim Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie teil. 68 Ansuchen um Ausnahmegenehmigung wurden, mit Sachverständigengutachten belegt, dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie zur Entscheidung vorgelegt.

Die **Strassenverwaltung** besorgte die bei der Vergabe von Bauarbeiten notwendigen Verwaltungsarbeiten, wie die Aufstellung und Ausführung der Voranschläge, die Ausschreibung und Einholung von Anboten, die Bauüberwachung, die Kollaudierung, die Führung der Sach- oder Referatskredite, die Abrechnung, die Karteiführung und die Lagerhaltung. Außerdem wurden provisorische Verkehrslichtsignalanlagen projektiert und behördlich überprüft.

Es wurden auch 41 automatische Verkehrslichtsignalanlagen errichtet oder umgebaut und in Betrieb genommen. Weitere 9 Anlagen waren zu Ende des Jahres 1973 noch im Bau. Zusammen mit den im Jahre 1973 fertiggestellten Anlagen der Signalgruppen „Ring I“, „Ring II“, „Kai I“, „Neubaugasse“ und „Gürtel III“ waren Ende Dezember 1973 an die Verkehrsleitzentrale bereits 190 signalgeregelte Knoten angeschlossen und von dieser aus gesteuert. 25 provisorische Verkehrslichtsignalanlagen wurden im Zusammenhang mit Bauführungen auf Straßen projektiert und kommissioniert.

Ferner wurde die Projektierung, Arbeitsvorbereitung und Bauüberwachung für die Erweiterung des Systems zur Automatisierung der zentralen Verkehrsregelung mittels Datenverarbeitungsanlage vorgenommen. Mit der Realisierung der ersten Ausbaustufe im Bereich des Verkehrsgebietes „Süd“ (Matzleinsdorfer Platz—Triester Straße—Margareten Gürtel) wurde mit der Errichtung der Zählstellen bereits begonnen.

220 gerichtliche Anfragen und 23 Anfragen der Verwaltungsstrafbehörden standen im Zusammenhang mit Verkehrsunfällen im Bereich von Verkehrslichtsignalanlagen; sie wurden mit Gutachten beantwortet.

Weiters waren ständig Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten an den im Betrieb stehenden 549 Verkehrslichtsignalanlagen, 150 Blinkanlagen und 23 Fernsehbeobachtungsstellen sowie an der Verkehrsleitzentrale mit Datenverarbeitungsanlagen vorzunehmen.

Zur Leitung und Sicherung des Verkehrs wurden im Zusammenhang mit neuen Verkehrsverordnungen oder Verkehrsmaßnahmen erstmals 2.767 Straßenverkehrszeichen, 1.083 Zusatztafeln, 1.555 Eisenständer und 79 Kettenständer aufgestellt. Anlässlich von Erhaltungsarbeiten, etwa nach Unfällen, Beschädigungen und bei Schäden infolge von Alterung wurden außerdem 5.513 Straßenverkehrszeichen, 4.087 Zusatztafeln, 2.697 Eisenständer und 248 Kettenständer erneuert. Schließlich wurden noch 76 beleuchtete Verkehrszeichen, 48 Verkehrsleuchtsäulen, 17 beleuchtete Wegweiser und 5 beleuchtete Wegweiserbrücken angebracht. Für die Kundmachung vorübergehender Verkehrsmaßnahmen anlässlich des Friedhofsverkehrs zu Allerheiligen wurden 212 transportable Straßenverkehrszeichen mit Eisenständern verwendet.

An Bodenmarkierungen wurden auf Gemeindestraßen 100.098 m Strichmarkierungen sowie 15.498 m² Flächenmarkierungen aller Art in Lack oder mit Kaltplastik angebracht, desgleichen 26.135 m Strichmarkierungen und 9.133 m² Flächenmarkierungen im Bereich von Umleitungsstrecken, die im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau errichtet wurden.

Auf Bundes- und Schnellstraßen im Wiener Stadtgebiet wurden 89.618 m Strichmarkierungen aller Art sowie 9.147 m² Flächenmarkierungen aller Art, ebenfalls in Lack oder Kaltplastik, ausgeführt. Auf den Autobahnen im Bereich des Landes Wien erreichte das Ausmaß der Strichmarkierungen 40.924 m und das der Flächenmarkierung 365 m².

Stadtreinigung und Fuhrpark

Auch im Jahre 1973 nahm der Arbeitsumfang weiterhin zu, doch gelang es, durch Rationalisierungsmaßnahmen ein weiteres Ansteigen des Personalstandes zu verhindern. Am 31. Dezember 1973 waren für Stadtreinigung und Fuhrpark, den Dienstkraftwagenbetrieb ausgenommen, aber einschließlich der jugoslawischen Gastarbeiter, 2.562 Bedienstete tätig. Für die Straßenreinigung waren zu diesem Zeitpunkt 365 jugoslawische Gastarbeiter eingesetzt, und zwar 209 Vertrags- sowie 156 Saisonarbeiter.

Was die rechtlichen Angelegenheiten anlangt, wäre zunächst zu berichten, daß die Kraftfahrzeuge der Stadtverwaltung im Jahre 1973 an 1.001 Schadensfällen beteiligt waren. An Scha-

denersatzforderungen konnten von den Haltern der an diesen beteiligten Fahrzeuge oder deren Haftpflichtversicherungen 747.171 S hereingebracht werden. Die für die Beschädigungen von Betriebsmitteln, wie Müllgefäßen, Sanddächern und Papierkörben, gezahlten Entschädigungen erreichten die Summe von 122.520 S.

Im Laufe des Jahres 1973 langten 39.335 Anzeigen und Meldungen über unzulässig abgestellte Kraftfahrzeuge ein. Da über viele Fahrzeuge mehrere und von verschiedenen Personen erstattete Anzeigen eintrafen, wurden nur 15.924 Meldungen protokolliert und bearbeitet; es waren dies aber immer noch um 11,7 Prozent mehr als im Vorjahr. 6.383 Kraftfahrzeuge mußten abgeschleppt werden. Die Zahl der Abschleppungen war um 2.036 (46,8 Prozent) höher als im Jahre 1972. Für 3.239 Fahrzeuge lagen Verzichtserklärungen vor, so daß die Abschleppung ohne Durchführung eines Ediktalverfahrens vorgenommen werden konnte. Die Zunahme der Verzichtserklärungen um 117 Prozent zeigt, daß sich dieser Abschleppdienst bei der Bevölkerung wachsender Beliebtheit erfreut.

Die Straßenpflege gestaltete sich wegen der weiterhin stark ansteigenden Verkehrsdichte außerordentlich schwierig. Diese und besonders auch der ruhende Verkehr behinderten die maschinelle Straßenreinigung weitgehend. Vor allem die verparkten Straßenränder konnten nur durch Handarbeit gereinigt werden. Insgesamt waren vom städtischen Straßenpflegepersonal rund 19 Millionen Quadratmeter öffentliche Verkehrsflächen, einschließlich der Brückengehsteige, etwa 72.000 Laufmeter Gehsteige, 244 Stiegenanlagen und 29 Märkte zu betreuen; letztere hatten, einschließlich der temporären Märkte, eine Gesamtfläche von ca. 360.000 m².

Für die Reinigung mittels Handarbeit waren im Durchschnitt täglich etwa 840 Mann eingesetzt. Die maschinelle Reinigung wurde im Sommer mit Hilfe von 11 Kehrmaschinen durchgeführt, die nachts abwechselnd auf 17 Planrouten und tagsüber nur bei dringendem örtlichem Bedarf eingesetzt waren. Der weitaus größte Teil der maschinellen Reinigung war in die Nachtstunden verlegt, weil die Verkehrslage einen Kehrmaschineneinsatz bei Tag kaum noch zuließ. Außerdem wurden die Fahrbahnen bei Tag und Nacht von 6 Waschmaschinen gewaschen, von denen 4 Stück nachts auf 12 Planrouten und die restlichen 2 Stück tagsüber bei örtlichem Bedarf eingesetzt waren. Vom 7. bis 18. Mai 1973 wurden, wie alljährlich, die Stadtreinigungswochen abgehalten, bei denen zusätzlich zum ständigen Personal täglich etwa 280 Tagelöhner aufgenommen wurden. Während dieser Zeit wurden rund 2.100 m³ Müll von wilden Ablagerungen abgeführt.

Während des Winters standen 43 städtische Lastkraftwagen mit aufmontierten Schneepflügen und 133 Lastkraftwagen von privaten Fuhrwerksunternehmen, 2 Schneefräsen sowie 218 Salz- und Sandstreugeräte im Einsatz. Für die Glättebekämpfung wurden im Winter 1972/73 23.000 t Streuriesel und 4.200 t Auftausalz verwendet. Wegen des Ausbleibens von ergiebigen Schneefällen in diesem Winter mußten in ganz Wien nur 22.000 m³ Schnee abgeführt werden, das sind etwa 10 Prozent der normalen Menge.

Wegen starker Überalterung mußten viele Geräte, besonders Lastkraftwagen, ausgeschieden werden, doch wurden sie nur zum Teil durch Neuanschaffungen ersetzt. Am stärksten verminderte sich der Bestand an gemeindeeigenen Lastkraftwagen (Pflugträgern), von denen im Winter 1972/73, wie erwähnt, nur noch 43 zur Verfügung standen. Es ist lediglich dem relativ milden Winter zu verdanken, daß es während desselben bei der Straßenpflege kaum zu Schwierigkeiten kam.

Die Müllabfuhr hatte rund 394.000 t (3.200.000 m³) Müll, das waren gewichtsmäßig um 4,2 Prozent mehr als im Vorjahr, zu bewältigen. Das spezifische Gewicht des Mülls sank von 130 kg/m³ im Jahre 1972 auf 123 kg/m³ im Jahre 1973. Der angefallene Müll wurde zu 74 Prozent in den beiden Müllverbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau verbrannt, 2 Prozent wurden in der Biomüllanlage zu Kompost verarbeitet, und der restliche Müll, 24 Prozent der angefallenen Menge, wurde auf den Abeerplätzen geordnet abgelagert.

Bedingt durch zeitweilige Engpässe bei Müllgefäßen und Sammelfahrzeugen, mußte, wie in den letzten Jahren, der Hausmüll vereinzelt in offenen Lastkraftwagen in nicht staubfreier Weise abgeführt werden. Zur weiteren Rationalisierung der Müllabfuhr wurde der Einsatz der 1,1 m³-Großmüllbehälter weiter ausgebaut, und es wurden erstmals auch neue 770 l-Behälter eingesetzt. Dieser verstärkte Einsatz von Großmüllbehältern ermöglichte es, rund 61 Prozent des wöchentlich anfallenden Mülls mit nur 65 Müllwagen und nur 130 Mann abzutransportieren; es sind dies 41 Prozent der eingesetzten Wagen und 22 Prozent des gesamten Ladepersonals. Die starke Fluktuation beim Ladepersonal, von dem bei voller Besetzung aller Strecken 585 Mann gebraucht wurden, konnte nur durch die zusätzliche Aufnahme von durchschnittlich 21 Mann von Privatfirmen ausgeglichen werden.

In der K ü b e l w ä s c h e r e i wurden mit Hilfe der automatischen Waschmaschine von den vorhandenen rund 174.400 Stück 110 l-Mülltonnen 94.700 Stück gewaschen und, falls erforderlich, repariert; dies entspricht einem Wartungsintervall von nicht ganz 2 Jahren. Außerdem wurden 630 Stück 1,1 m³ Container mit der Hand gereinigt und überholt.

In der Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig wurden 133.900 t Müll, rund 34 Prozent der angefallenen Menge, und in der Anlage Spittelau 155.500 t, etwa 40 Prozent der gesamten Müllmenge, verbrannt.

Die Leistung der Anlage am Flötzersteig war um 6 Prozent geringer als im Jahre 1972; sie entsprach 62 Prozent ihrer Nennleistung von 600 t pro Tag. Diese geringere Leistung war durch ein Ansteigen des Heizwertes des Mülls seit der Erbauung der Anlage und durch die in den Sommermonaten durchgeführte Überholung derselben bedingt, die einen vollen Einsatz nicht gestattete. Am Flötzersteig wurden im Jahre 1973 rund 296.000 t Dampf und 1,265.000 kWh elektrische Energie erzeugt; außerdem wurden 2.080 t Eisenschrott gewonnen und verkauft.

Im Fuhrpark und auch im Dienstkraftwagenbetrieb nahm die Fahrleistung im Jahre 1973 neuerlich um 7 beziehungsweise 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr ab. Die Fahrzeuge des Fuhrparks legten 5,830.000 km, die des Dienstkraftwagenbetriebes 1,080.000 km zurück. Der Rückgang der Fahrleistung beim Fuhrpark ist in erster Linie eine Folge der Skartierung einer größeren Anzahl unbrauchbar gewordener Fahrzeuge der Straßenpflege, die nicht durch Neuanschaffungen ersetzt werden konnten. Wegen des weiterhin angestiegenen Müllanfalls mußten nämlich für einen großen Teil der bereitgestellten Geldmittel Müllfahrzeuge gekauft werden; es wurden 17 Müllfahrzeuge angeschafft und 14 skartiert. Die Anzahl der Kehrmaschinen blieb mit 11 Stück gegenüber dem Jahre 1972 gleich, die Zahl der sonstigen bei der Straßenpflege eingesetzten Fahrzeuge und Geräte sank im Jahre 1973 zum Teil beträchtlich.

Die städtische Hauptwerkstätte führte 1.161 Reparaturen an Fahrzeugen durch und überholte 28 Motoren vollständig. Weitere 1.400 Reparaturen wurden an Pflügen, Streugeräten und verschiedenen Einzelteilen vorgenommen.

Zu Ende des Jahres 1973 standen 145 öffentliche Bedürfnisanstalten in Betrieb. In diesem Jahre gebaut wurde die Anlage in 18, Schubertpark; sie wurde auch bereits in Betrieb genommen. Mit der Errichtung von 3 Bedürfnisanstalten auf dem Gelände der WIG 1974 wurde begonnen. Abgebrochen wurden im Zuge des U-Bahn-Baus die Anstalten am Reumannplatz und Schwedenplatz sowie, wegen der Erweiterung des Pensionistenheimes im 19. Bezirk, die Anstalt im Strauß-Lanner-Park, aber auch die Abortanlage in 2, Venediger Au. Weiters wurden, bedingt durch den Umbau von Verkehrsbauwerken, die Pissoire in 11, Zinnergasse, und in 21, Leopoldauer Platz, abgebrochen.

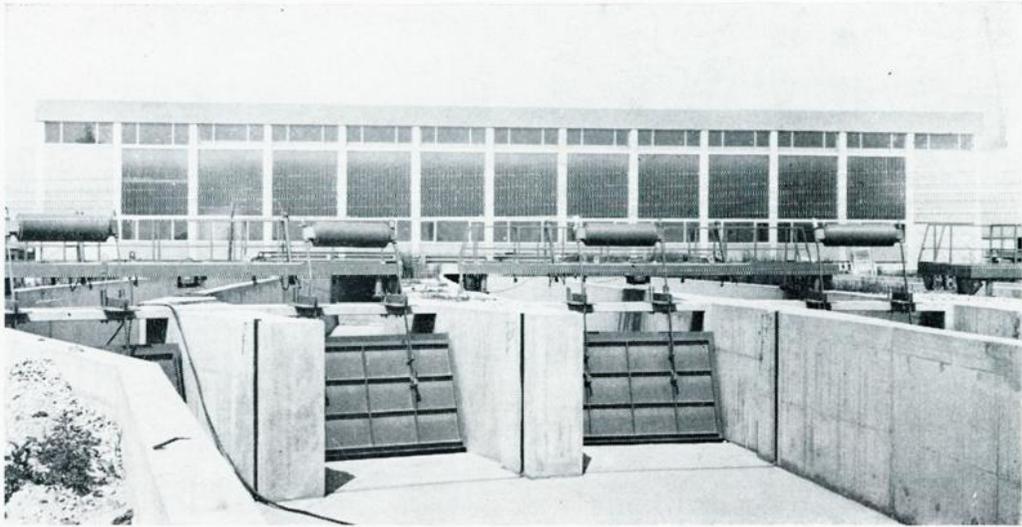
Die beiden fahrbaren Toilettenanlagen waren an insgesamt 92 Tagen eingesetzt, die 3 transportablen Toilettenanlagen standen der Bevölkerung an insgesamt 552 Einsatztagen auf Lagerwiesen zur Verfügung.

An größeren baulichen Herstellungen wurden in der Garage XVII die Erneuerung der Heizungs- und Warmwasseraufbereitung und die Erneuerung der Thermoblocks in den Hallen XII und XIII sowie in der Hauptwerkstätte, 17, Lidlgasse 5, der Ausbau der Wasch- und Garderobenräume vorgenommen. Außerdem wurden das Straßenpflegedepot in 13, Lainzer Straße 168, sowie die Mannschaftsunterkünfte für Müllaufleger in 12, Siebertgasse 1, und in 14, Hickelgasse 4—6, ausgestaltet. Mit der Neuherstellung der gesamten Heizanlage in den Objekten der Magistratsabteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark in 5, Einsiedlergasse 2, wurde begonnen.

Straßenbau und Straßenerhaltung

Im Jahre 1973 waren 2.580 km an öffentlichen Straßen, davon 121 km Bundesstraßen und 19 km Autobahnen, zu verwalten und zu erhalten. Im Gemeindestraßennetz wurden in diesem Jahre 637.000 m² Fahrbahnen instand gesetzt und 435.000 m² Fahrbahnen neu hergestellt oder erneuert. Bei einer mittleren Breite von 8,50 m ergibt dies, in Straßenkilometer umgerechnet, 76 km an instand gesetzten und 51 km an neu gebauten oder erneuerten Fahrbahnen. Außerdem wurden 7.500 m² Autoabstellflächen instand gesetzt und 31.000 m² neu eingerichtet. Auf Gehsteigen waren 103.000 m² Beläge instand zu setzen, während 144.000 m² Gehsteige ausgebessert oder gebaut wurden. Bei einer mittleren Breite von 3 m ergibt dies eine Länge von 34,3 km instand gesetzter und 48 km neu hergestellter oder erneuerter Gehsteige.

Für die Erhaltung der öffentlichen Verkehrsflächen sowie für den Ausbau der Siedlungsstraßen waren an gemeindeeigenen Geräten 15 Fahrbahn- und Gehsteigwalzen, 2 Motorgrader, 4 sonstige Baumaschinen, 5 Straßenreparaturfahrzeuge und 2 Lastkraftwagen eingesetzt, die insgesamt 5.900 Arbeitsschichten leisteten. Die eingesetzten Straßenreparaturfahrzeuge ermöglichten eine rasche Behebung von Schäden in leichten, bituminösen Straßendecken. Sie legten dabei eine Strecke von 33.000 km zurück.

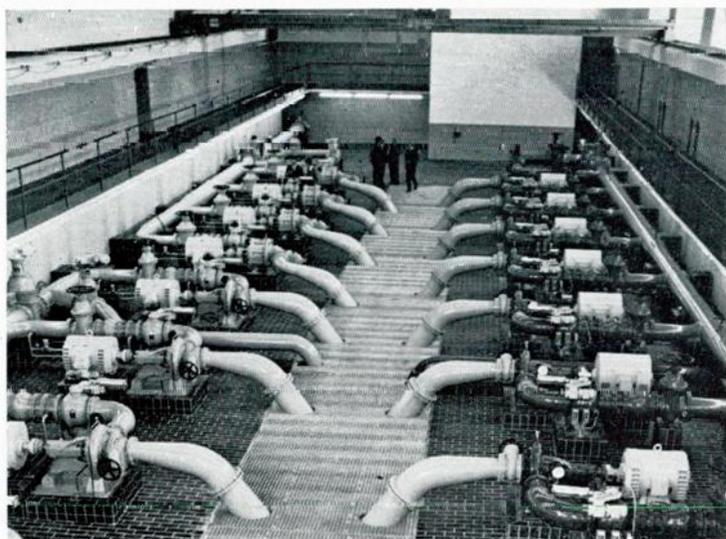


Rechenhaus und Klärbecken der Wiener Hauptkläranlage

Kanalisation

Tausende Kubikmeter Feststoffe müssen von den Kanalarbeitern im Laufe eines Jahres aus dem Kanalsystem entfernt werden

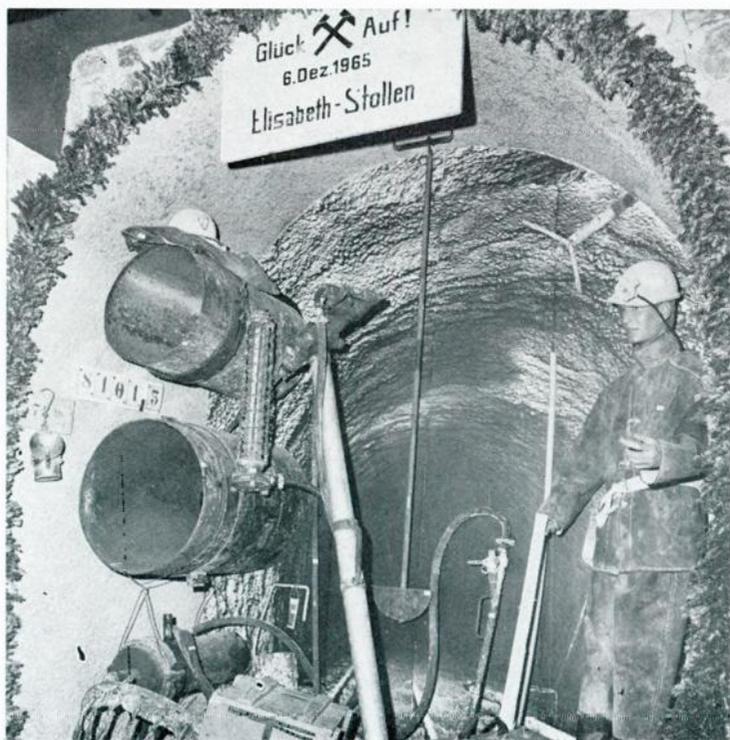




Das Hebewerk der neuen Wasserversorgungsanlage Laaer Berg

Wasserwerke

Anlässlich des 100. Geburtstages der Ersten Hochquellenleitung wurde im ehemaligen Aufseherhaus in Kaiserbrunn das neue Wasserleitungsmuseum eröffnet



Für die Neuherstellung oder Instandsetzung von Versorgungsleitungen und Kanälen wurden im Laufe des Jahres 1973 an öffentliche Dienststellen und an private Bauwerber 13.500 Aufgrabungsbewilligungen erteilt.

Erwähnenswert ist, daß die Kundmachung des Wiener Magistrats vom 2. Juni 1962, Zahl MA 64 — 2091/62, betreffend Aufgrabungen in öffentlichen Verkehrs- und Erholungsflächen, novelliert wurde; die Redaktion der Novelle war im Herbst 1973 abgeschlossen. Die neue Kundmachung des Wiener Magistrats vom 1. Oktober 1973 wurde im „Amtsblatt der Stadt Wien“ vom 1. November 1973, Seite 9, verlautbart und mit demselben Tage in Kraft gesetzt. Sie berücksichtigt die neuesten technischen Erkenntnisse über das ordnungsgemäße Verschließen von Künetten ebenso wie notwendige Umweltschutzmaßnahmen. Bereits am 1. März 1973 waren von der Magistratsabteilung für Straßenverwaltung und Straßenbau neue technische Vorschriften für die Schließung der Künetten und die Wiederherstellung von Fahrbahn- und Gehsteigbelägen nach Aufgrabungen erlassen worden. Seit April wurde für die Überprüfung von Aufgrabungen, Baustellenabsicherungen und Lagerungen auf öffentlichen Verkehrsflächen ein Funkwagen eingesetzt. Mit diesem wurden 740 Inspektionen vorgenommen und dabei 14.300 km zurückgelegt. 45 Prozent der Inspektionen führten zur Feststellung von Mängeln, deren unverzügliche Behebung veranlaßt wurde. Da die Beanstandungen in allen Fällen zum Erfolg führten, ist beabsichtigt, diese Kontrollfahrten auch in Zukunft fortzusetzen, um eine möglichst klaglose Abwicklung des Aufgrabungsgeschehens im Interesse der Öffentlichkeit zu erreichen.

Gemeinsam mit der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien wurden auch wieder stichprobenweise Druckversuche mit Lastplatten während der Zuschüttung und auf den zugeschütteten Künetten vorgenommen. Von den rund 440 Versuchen ergaben 360, daß die Künetten sachgemäß zugeschüttet waren. Bei den übrigen 80 Stichproben, immerhin bei etwa einem Fünftel, wurde eine mangelhafte Verdichtung festgestellt und den bauausführenden Firmen der Auftrag erteilt, Nachverdichtungen vorzunehmen. In 78 Fällen entsprachen die Schüttungen sodann den gestellten Anforderungen. Lediglich in zwei Fällen kamen die Firmen dem erteilten Auftrag nicht ordnungsgemäß nach, so daß Strafverfahren eingeleitet werden mußten. Es ist daher beabsichtigt, die Überprüfungen mit Lastplatten fortzuführen, um eine bessere Wiederherstellung der Straßendecken nach Aufgrabungen zu erreichen und die Beeinträchtigung des Verkehrs auf ein Minimum herabzusetzen.

Von den Straßenbauten, die im Jahre 1973 durchgeführt wurden, können hier nur die wichtigsten erwähnt werden, und zwar soll zunächst auf die in Hauptverkehrsstraßen ausgeführten Arbeiten verwiesen werden. Im 9. Bezirk wurden in der Nußdorfer Straße und in der Alerbachstraße im Bereich der Markthalle die im Vorjahr begonnenen Arbeiten fertiggestellt. Umfangreiche Straßenbauten waren im 10. Bezirk im Zusammenhang mit der WIG 1974 auszuführen. Dort war zunächst der Ausbau der Laaer Berg-Straße, von der Absberggasse bis zur Ober-Laaer Straße, vorzunehmen, der weitgehend abgeschlossen werden konnte. Gleichzeitig wurden die südliche und die nördliche Randstraße des WIG-Geländes einschließlich der dort befindlichen Parkplätze ausgebaut. Als wichtige Zufahrtsstraße zur WIG 1974 mußte ferner die Absberggasse, von der Gudrunstraße bis zur Laaer Berg-Straße, umgebaut und mit einem Asphaltbelag ausgestattet werden. Desgleichen wurden die Ludwig von Höhnel-Gasse und die Theodor Sickel-Gasse, von der Favoritenstraße bis zur Laaer Berg-Straße, verbreitert und mit einem neuen Asphaltbelag versehen. Durch diese Ausbauten haben alle jene Straßen im 10. Bezirk, die als Hauptzufahrten zum Gelände der WIG 1974 dienen werden, ihre größtmögliche Leistungsfähigkeit erreicht.

Am 12. Oktober 1973 konnte im 12. Bezirk die Edelsinnstraße, nach ihrem Ausbau von der Rucker-gasse bis zur Gaßmannstraße, der mit einer Unterführung der Altmannsdorfer Straße verbunden war, für den Verkehr freigegeben werden. Damit ist die „Niveaufreimachung der Altmannsdorfer Straße“ abgeschlossen, und auch der jahrelange Umleitungsverkehr durch die Wohngebiete am Tivoli fand sein Ende. Der Ausbau des Straßenzuges von der Wienerbergbrücke bis zum Rosenhügel konnte bis zur Stranzenbergbrücke beziehungsweise bis zur Hetzendorfer Straße fertiggestellt werden. Seine Fortsetzung in der Atzgersdorfer Straße, von der Hetzendorfer Straße bis zur Wundtgasse, konnte nach Abschluß der Arbeiten der Einbautendienststellen im Herbst 1973 aufgenommen und so weit durchgeführt werden, daß der Verkehr über diese Straße, wenn auch streckenweise auf der bituminösen Kiestragschichte, geführt werden konnte.

Im 15. Bezirk wurde auf der Schmelz der Ausbau der neuen Possingergasse, von der Johnstraße bis zur Gablenzgasse, abgeschlossen. Zugleich mit diesen Straßenbauarbeiten wurden Fußwege und Parkplätze im Bereich der dortigen Schulbauten angelegt.

Der Umbau des Kagraner Platzes im 22. Bezirk, von der Wagramer Straße bis zur Breitenleer Straße, konnte, mit Ausnahme der Herstellung des endgültigen Asphaltbelags, abgeschlossen werden, so daß dem Verkehr dort nunmehr getrennte Richtungsfahrbahnen zur Verfügung stehen.

Im 23. Bezirk wurde der Umbau des Liesinger Platzes und der angrenzenden Straßen mit der Aufbringung des Asphaltbelags beendet.

Ferner wurden in verschiedenen Hauptverkehrsstraßen wieder Fußgängerübergänge mit einem dauerhaften Weißasphaltbelag versehen. Derartige Schutzwegmarkierungen wurden im 1. Bezirk am Burgring, im 2. Bezirk in der Wehlstraße und in der Schüttelstraße, im 15. Bezirk in der Felberstraße, im 16. Bezirk in der Koppstraße, im 22. Bezirk in der Donaustadtstraße und Wagramer Straße sowie im 23. Bezirk in der Erlaaer Straße angebracht.

In den Straßen mit nur örtlicher Bedeutung waren gleichfalls einige wichtige Arbeiten vorzunehmen. Unter anderem wurde im 12. Bezirk die Ruckergasse, von der Tivoligasse bis zur Edelsinnstraße, umgebaut und mit einem neuen Asphaltbelag versehen. Im 13. Bezirk wurde im Anschluß an Arbeiten der Wiener Verkehrsbetriebe in der Speisinger Straße, von der Riedelgasse bis zur Wolkersbergenstraße, an Stelle des alten Großsteinpflasters ein Asphaltbelag eingebaut, und auch im 15. Bezirk wurde die Märzstraße, von der Tannengasse bis zur Preysinggasse, in gleicher Weise saniert. Im Bereiche des neuen Schafbergbades, im 17. und 18. Bezirk, nahmen der Ausbau der Josef Redl-Gasse, der Molnargasse und der Naaffgasse ihren Anfang. Nach jahrelangen Grunderwerbs- und Freimachungsverhandlungen konnte im 19. Bezirk damit angefangen werden, die Windhabergasse auszubauen. Sobald diese Arbeiten abgeschlossen sein werden, kann die Straßenenge im alten Ortskern von Sievering durch Einführung von Einbahnen verkehrssicherer und leistungsfähiger gestaltet werden, ohne daß das Ortsbild beeinträchtigt wird. Im 22. Bezirk wurden im Bereich des Zentrums Kagran die Meitnergasse, die Curiegasse, der Schrödingerplatz und einige Fußwege ausgebaut. Schließlich wurde im 23. Bezirk die Fahrbahn der Breitenfurter Straße, von der Carlberggasse bis zur Dr. Neumann-Gasse, verbreitert und mit einer bituminösen Tragschicht versehen.

Die Regenerierung alter Asphaltbeläge wurde fortgesetzt. Anschließend an derartige Arbeiten auf der Gürtelbrücke wurde in der Adalbert Stifter-Straße im 20. Bezirk, von der Klosterneuburger Straße bis zum Friedrich Engels-Platz, ein Hartfußasphalt aufgebracht. Damit erhielt diese stark befahrene Ausfallstraße nach dem Norden und Nordosten einen dauerhaften Fahrbahnbelag.

An den Verkehrsflächen im Bereiche von städtischen Wohnhausanlagen wurden verschiedene Arbeiten fortgeführt oder begonnen. Unter anderem wurden im 10. Bezirk in der Per Albin Hansson-Siedlung Ost die Alma Rose-Gasse, die Wendstattgasse sowie die Gassen 14, 15 und 18, im 11. Bezirk bei den Wohnhausanlagen in der Mühlsangergasse und Thürlhofstraße die Höfftgasse, die Paul Heyse-Gasse, der Mitterweg, die Oriongasse und die Dreherstraße und im 21. Bezirk die Julius Ficker-Straße, von der Siemensstraße bis zur Egon Friedell-Gasse, ausgebaut. Im 22. Bezirk wurde auf den Trabrennvereinsgründen eine Ladenzeile errichtet und am Rennbahnweg ein provisorischer Fahrbahnbelag hergestellt. Mit Straßenbauten begonnen wurde im Gebiet Keltengasse—Mangasse im 23. Bezirk. Neben diesen größeren Arbeiten waren auch solche kleineren Umfangs in einer Vielzahl durchzuführen.

Bei privaten Wohnhausanlagen und sonstigen Neuanlagen wurden unter anderem Straßenbauarbeiten im 2. Bezirk, in der Wachaustraße, im 4. Bezirk, in der Wiedner Hauptstraße, und im 10. Bezirk, in der Dieselgasse, vorgenommen. Im 13. Bezirk konnten die Arbeiten in der Klitschgasse und Maygasse zum Abschluß gebracht werden, während in 13, Fasangartengasse, und 16, Baumeistergasse, mit Straßenbauarbeiten begonnen wurde. Im 19. Bezirk waren Arbeiten in der Perntergasse, Greinergasse und Sickenberggasse durchzuführen. Die Notwendigkeit zum Ausbau von Straßen ergab sich auch im 20. Bezirk, und zwar in der Rebhanngasse, Donaueschingenstraße, Kampstraße und Forsthausgasse, sowie im 21. Bezirk, wo Straßenbauarbeiten in der Schulzgasse und Anton Böck-Gasse durchgeführt wurden.

Nach dem Winter 1972/73 waren wieder zahlreiche Frostschäden in den Straßen Wiens zu beheben; dafür wurden rund 40 Millionen Schilling aufgewendet. Zum Teil mußten die Fahrbahndecken gänzlich erneuert werden, zum Teil wurden sie mit bituminösen Tragschichten versehen; insgesamt wurden rund 130.000 m² neue Asphaltfahrbahnen hergestellt. Die folgende Aufzählung von Arbeiten größeren Umfangs läßt die Streuung der Schadensstellen im Stadtgebiet erkennen. So wurden die Fahrbahnen der Pazmanitengasse und der Ybbsstraße im 2. Bezirk, der Arsenalstraße und der Unteren Viaduktgasse im 3., der Oberen Amtshausgasse im 5., der Neilreichgasse und der Bitterlichstraße im 10., der Hauffgasse im 11., der Rothenburgstraße im 12., der Auhofstraße, der St. Veit-Gasse und der Münchreiterstraße im 13., der Penzinger Straße im 14., der Meiselstraße im 15., der Thaliastraße und der Gallitzinstraße im 16., der Büdingergasse im 18., der Rathstraße im 19., der Leystraße im 20., der Seyringer Straße im 21., der Hirschstettner Straße und der Heustadelgasse im 22. und der Friedensstraße sowie der Karl Schwed-Gasse im 23. Bezirk um- oder neu gebaut und mit Asphaltbelägen versehen.

Anlässlich der Behebung von Frostschäden wurden in zahlreichen Straßen auch Asphaltteppichbeläge auf Fahrstreifen hergestellt, wobei die vom fließenden Verkehr beanspruchten Flächen mit einem neuen Belag ausgestattet, dadurch verstärkt und besser befahrbar gemacht, die Seitenstreifen aber in ihrem bisherigen Zustand belassen wurden. Diese Vorgangsweise erspart hohe Aufwendungen für Umbauten an Entwässerungsanlagen und Gehsteigen. Insgesamt wurden auf diese Weise rund 75.000 m² Fahrbahnlflächen mit neuen Belägen versehen, unter anderem in 3, Neulinggasse, 4, Mühlgasse, Plößlgasse, Schwindgasse und Wohllebengasse, 6, Hirschengasse, Hornbostelgasse, 7, Schottenfeldgasse und Zieglergasse, 8, Klesheimgasse, Loidoldgasse und Schönborngasse, 9, Müllnergasse und Grünentorgasse, 10, Eschenallee, Humboldtgasse und Keplergasse, 15, Brauhirschengasse und Grimmigasse, 16, Fröbelgasse, Haberlgasse und Seeböckgasse, 17, Dornbacher Straße, 19, Hofzeile, sowie in 23, Khekgasse, Josef Kutschka-Gasse und Traubengasse.

In verschiedenen Straßen der äußeren Bezirke wurden an rund 400.000 m² Fahrbahnlflächen Oberflächenbehandlungen vorgenommen. Damit wurden leichte, bituminöse Fahrbahndecken gegen die Einflüsse des Wetters und des Verkehrs widerstandsfähiger gemacht.

Die Straßenbauten in Siedlungen wurden fortgesetzt, hauptsächlich im 10. Bezirk, in der Umgebung des WIG-Geländes, wo unter anderem die Kästenbaumgasse, die August Kronberger-Gasse, die Bierergasse und die Mannschildgasse ausgebaut wurden. Weitere Straßenbauten wurden im 11. Bezirk, in der Petzoldgasse und Haschgasse, im 14. Bezirk, in der Joachim Schertl-Gasse, sowie im 22. Bezirk, in dem Siedlungsgebiet Hirschstetten-Eßling, ausgeführt. Insgesamt wurden rund 50.000 m² bituminöse Beläge in Siedlungsstraßen hergestellt. Außerdem wurden zahlreiche Frostschäden in den Siedlungsstraßen behoben.

Ferner wurden, zugleich mit Straßenbauarbeiten, auf Ersuchen der Anrainer verschiedene Niveau- und Gehsteigerstellungen für Private ausgeführt, wodurch der Straßenbau wesentlich erleichtert wurde.

Die als Vorbereitung für den U-Bahn-Bau durchgeführten Straßenbauarbeiten in 1, Börsegasse, Wipplingerstraße und Heßgasse, konnten fertiggestellt werden. Weitere derartige Arbeiten waren in der Afrikanergasse, Hedwiggasse, Helenengasse, Stoffellgasse und Franzensbrückenstraße sowie in der Kleinen Sperlasse, am Karmeliterplatz und in der Ferdinandstraße im 2. Bezirk auszuführen. Im 8. und 9. Bezirk wurden nach Arbeiten an den Straßeneinbauten die Straßendecken wiederhergestellt; so wurden die Florianigasse, Wickenburggasse, Schlösselgasse und Wasagasse, der Schlickplatz, die Schlickgasse, Kolingasse, Peregringasse und die Türkenstraße mit endgültigen Hartgußasphaltbelägen ausgestattet.

Über den fertiggestellten U-Bahn-Tunneldecken wurde die Straßendecke der Favoritenstraße im 4. Bezirk wiederhergestellt; auch im 10. Bezirk wurde sie im Bereiche der künftigen Fußgängerzone mit bituminösen Tragschichten ausgestattet und von der Davidgasse bis zur Gellertgasse wiederhergestellt.

Im Zuge der Aufschließung von Betriebsbaugebieten wurden ebenfalls umfangreiche Straßenbauarbeiten durchgeführt. So wurde im 11. Bezirk mit dem Ausbau der 5. und 7. Haidequerstraße begonnen, und auch im Betriebsbaugebiet Simmeringer Hauptstraße, bei der Zentralwerkstätte der Wiener Verkehrsbetriebe, wurden die Straßenbauarbeiten weitergeführt. Im 21. Bezirk wurden die Trillergasse und die Jedlersdorfer Straße im Bereich des dortigen Konsumgroßmarktes ausgebaut; die Straßenbauarbeiten in der Schönthalergasse und in der Schererstraße konnten abgeschlossen werden. In 22, Markomannenstraße, wurde der Straßenausbau fortgesetzt, desgleichen im Betriebsbaugebiet 23, Zetschegasse. Großen Umfang hatten die Straßenbauarbeiten im Betriebsbaugebiet Blumental.

Von den Arbeiten auf Bundesstraßen und Autobahnen wären zunächst die im Zuge der Bundesstraße B 1, der Wiener Straße, zu nennen, wo im sechsspurigen Abschnitt der Wientalbegleitstraße, vom Nikolaiberg bis zum Verteilerkreis der Anschlußstelle Auhof der Westautobahn, ein neuer Hartgußasphaltbelag aufgebracht wurde; die Arbeiten in dem Teilstück der Schönbrunner Straße im 5. Bezirk, vom Gürtel bis zur Redergasse, wurden abgeschlossen.

Die Ausbaumaßnahmen an der Bundesstraße B 3, der Donaustraße, wurden im 22. Bezirk, im Bereich der Groß-Enzersdorfer Straße, des Siegesplatzes und der Aspernstraße, dort von der Lannesstraße bis zur Erzherzog Karl-Straße, weitergeführt.

Im Zuge der Bundesstraße B 8, der Angerer Straße, wurde mit Vorarbeiten für den Umbau der Wagramer Straße, von der Schüttaustraße bis zur Erzherzog Karl-Straße, im 22. Bezirk begonnen.

Auf der Bundesstraße B 10, der Budapester Straße, wurde anlässlich des Ausbaues des Handelskais im 2. Bezirk, von der Reichsbrücke bis zur Meiereistraße, ein endgültiger Fahrbahnbelag aufgebracht.

Weiters wurde im Bereich der Budapester Straße die Etrichstraße im 11. Bezirk, von der Kaiser-Ebersdorfer Straße bis zur Simmeringer Hauptstraße, fertiggestellt und mit einem Verschleißbelag ausgestattet.

Die Arbeiten an der Bundesstraße 14, der Klosterneuburger Straße, konnten, soweit sie die Hangbrücke und die begleitenden Stütz- und Futtermauern in der Heiligenstädter Straße betrafen, fertiggestellt werden, im Abschnitt Nußdorf-Kahlenbergerdorf wurden die Straßenbauarbeiten fortgesetzt.

In der Bundesstraße B 221, der Wiener Gürtelstraße, wurden die Gürtelbrücke sowie deren Auf- und Abfahrtsrampen mit einem neuen Hartgußasphaltbelag versehen.

Ebenfalls mit einem Hartgußasphaltbelag wurde in der Bundesstraße B 224 die Altmannsdorfer Straße, im Abschnitt Weißenthurngasse—Breitenfurter Straße, ausgestattet. Die Arbeiten zur Niveaufreimachung der Altmannsdorfer Straße wurden von den Österreichischen Bundesbahnen weitergeführt; hier wurden im Juni 1973 die Gleise der Donauländebahn aufgelassen, wodurch eine der beiden straßengleichen Bahnkreuzungen ausgeschaltet wurde.

Im Zuge der Bundesstraße S 2, der Donaukanal-Schnellstraße, erhielt, anlässlich des Ausbaues der Donaukanalbegleitstraßen, welche die Bezeichnung Bundesstraße B 302 führen, die Obere Donaustraße, von der Saltztorbrücke bis zur Augartenbrücke im 2. Bezirk, einen Asphaltbetonbelag, der auf dem alten Granitpflaster aufgebracht wurde. Außerdem wurde die Brigittener Lände, von der Scholzgasse bis zur Friedensbrücke, umgebaut und mit einem Hartgußasphaltbelag versehen. Die Arbeiten an der Unteren Donaustraße, von der Franzensbrücke bis zur Aspernbrücke im 2. Bezirk, wurden weitergeführt. Hier konnten die Umbauarbeiten im Abschnitt Franzensbrücke bis Ferdinandstraße mit der Herstellung eines neuen Hartgußasphaltbelages abgeschlossen werden.

Im Abschnitt Inzersdorf—Altmannsdorf der Bundesstraße A 2, der Südautobahn, wurden die Arbeiten an dem Brückenobjekt ES 6 abgeschlossen. Damit war es möglich, Ende Juni 1973 zwei Abschnitte der Bundesstraßen A 2 und A 23, nämlich der Südautobahn und der Autobahnverbindung Wien-Süd, die Inzersdorf und Altmannsdorf verbinden beziehungsweise von Altmannsdorf in Richtung Favoriten führen, dem Verkehr zu übergeben. Ebenso konnten die Arbeiten an der Überführung im Zuge der Nauheimergasse—Gutheil-Schoder-Gasse (Brückenobjekt ES 9) fertiggestellt werden. Die Arbeiten an der Untertunnelung des Laaer Berges (Objekt ES 19) und an dem Verteilerkreis bei der Anschlußstelle Favoriten der Autobahnverbindung Wien-Süd wurden fortgeführt.

In der Bundesstraße A 4, der Ostautobahn, begann der Bau der neuen Donaukanalbrücke im Zuge der linksufrigen Richtungsfahrbahn. Die Arbeiten an den Straßeneinbauten im Bereich der Erdbergstraße wurden fortgeführt, um das Gelände für den Bau der rechtsufrigen Richtungsfahrbahn der Ostautobahn frei zu machen.

Schließlich wurde im Knoten Prater der Bundesstraße A 20, der Wiener Gürtelautobahn, eine neue Auffahrt am linken Donaukanalufer in Richtung zur Praterbrücke fertiggestellt. Damit konnte die bisher sehr unfallträchtige Rampe von der Stadionbrücke zur Autobahn wesentlich verkehrssicherer gemacht werden.

U-Bahn-Bau

Der U-Bahn-Bau wurde im Jahre 1973 mit Nachdruck fortgesetzt, so daß sich die voll im Gange befindlichen Bauarbeiten zu Jahresende vom Reumannplatz bis zum Schwedenplatz erstreckten. Im Voranschlag 1973 war hierfür rund 1 Milliarde Schilling vorgesehen.

Die baulichen Vorarbeiten, wie das Umlegen der Straßeneinbauten und das Einrichten von Umfahungsstraßen, wurden im Bereich des Pratersterns, der Lassallestraße sowie zwischen Landesgerichtsstraße und Deutschmeisterplatz fortgesetzt; zum Teil konnten sie auch abgeschlossen werden. Ferner wurde mit Baugrunduntersuchungen für die Linie U 3 auf der Strecke Westbahnhof—Stephansplatz—St. Marx begonnen.

Im Bauabschnitt I der Linie U 1, „Karlsplatz“, der die Trasse von der Paulanergasse bis zum Stephansplatz umfaßt, wurden der Tunnelvortrieb in den Streckenröhren und der bergmännische Stationsausbau erfolgreich weitergeführt. Von Anfang März bis Mitte Mai erfolgte der Vortrieb der fast 700 m langen zweiten (östlichen) Streckenröhre zwischen dem Anfahrtschacht am Karlsplatz und dem Stock im Eisen-Platz. Diese Tunnelröhre wurde, ebenso wie die bereits im Jahre 1972 fertiggestellte westliche, unter einer Druckluft von 1,1 bis 1,4 atü aufgeföhren. Während des Vortriebes, der 63 Tage in Anspruch nahm, wurden unter Druckluft innerhalb von 24 Stunden im Durchschnitt 9,5 m, als Tagesspitzenleistung 15 m Tunnelröhre gegraben. Beschädigungen oder Gefährdungen der unterfahrenen Gebäude wurden nicht verzeichnet. Auf diese Weise wurden die auf diesen Bauabschnitten entfallenden 2.400 m Streckenröhre in 25 bis 30 m Tiefe vom Stock im

Eisen-Platz bis zur Paulanergasse im Rohbau fertiggestellt. In den Streckenröhren zwischen Karlsplatz und Stock im Eisen-Platz mußten zur Verminderung des Luftschalles und aus lüftungstechnischen Gründen 4 Querschläge hergestellt werden. In der unterirdisch angelegten Station „Karlsplatz“ wurden beide Schrägschächte für die Fahrtreppen sowie 8 Querschläge zwischen den beiden Stationsröhren ausgeführt, um eine bessere Kommunikation zwischen letzteren zu erreichen. In der westlichen Streckenröhre, zwischen Paulanergasse und Karlsplatz, konnte der Streckenausbau so weit fertiggestellt werden, daß Ende September 1973 der Probebetrieb mit einer U-Bahn-Wagen-einheit, die am 18. August durch den Anfahrschacht abgesenkt worden war, aufgenommen werden konnte. Außerdem wurden die Arbeiten in offener Bauweise an den Strecken- und Stationstunnelbauwerken der Linien U 2 und U 4 am Karlsplatz planmäßig weitergeführt.

Im 70 m langen und 35 m breiten Unterwerk wurden die Zwischendecken betoniert, und auch mit dem Innenausbau der elektrischen Lüftungszentralen wurde begonnen. Bei der Linie U 2 konnte nach Abbruch der Häuser Getreidemarkt 2 und 4 der Anschlußtunnel an den bestehenden Tunnel der Straßenbahnlinie 2 fast zur Gänze hergestellt werden. Der Personentunnel über die Linie U 2, den Wienfluß und die Stadtbahn, der vom Karlsplatz zum Resselpark führt, konnte bis Jahresende im Rohbau fertiggestellt werden. An dem Verbindungstunnel zwischen der Opernpassage und dem Verkehrsbauwerk Karlsplatz wurde zu diesem Zeitpunkt gearbeitet. Hingegen konnten die für die Linie U 4 notwendigen Umbauten im Bereich des zentralen U-Bahn-Knotens, bei denen es sich um eine Erweiterung und Neueindeckung des bestehenden Bahnkörpers der Stadtbahn handelt, zwischen Seceession und Resselpark im Rohbau abgeschlossen werden. An dem etwa bis zum Museum der Stadt Wien reichenden Teil dieses Abschnittes gingen die Arbeiten zügig voran.

Für den Bauabschnitt II der U-Bahn-Linie 1, der sich auf der Favoritenstraße von der Paulanergasse bis zur Gellertgasse erstreckt, waren noch bauliche Vorarbeiten für die Freimachung des Baubereiches und in den Umleitungsstrecken zu leisten; hauptsächlich waren derartige Arbeiten für den bereits im 10. Bezirk liegenden Teil dieses Bauabschnittes vorzunehmen.

Im Baulos A, als „Innere Favoritenstraße“ bezeichnet, das von der Paulanergasse bis zur Theresianumgasse reicht, konnten die Rohbauarbeiten abgeschlossen werden. Darüber hinaus konnte der Innenausbau bis zum „Tag der offenen Tür“ am 29. September 1973 so weit gestaltet werden, daß sich die Besucher ein Bild vom Aussehen der künftigen U-Bahn-Station „Taubstummengasse“ machen konnten.

Im Baulos B, das die Bezeichnung „Südtiroler Platz“ trägt und sich in der Favoritenstraße von der Theresianumgasse bis zum Columbusplatz erstreckt, wurden die im Jahre 1972 begonnenen Vortriebsarbeiten zur Herstellung der Strecken- und Stationsröhren vollständig fertiggestellt. Weiters wurden die unterirdischen Erdarbeiten für die in österreichischer Bauweise herzustellenden Bauwerke im Bereich der Station „Südtiroler Platz“, wie etwa die Vortriebe für Mittelstollen und Querschläge, abgeschlossen. Mit den Rohbauarbeiten zum Ausbau des Schachtes „Südtiroler Platz“, in dem Diensträume, ein elektrisches Unterwerk und Fußgeherkommunikationen in 6 Stockwerken vorgesehen sind, wurde im zutiefstgelegenen Stockwerk begonnen. Außerdem konnte der Personendurchgang unter der Straßenbahnunterführung am Südtiroler Platz, der die U-Bahn-Station mit der Haltestelle der Straßenbahnlinie 18 und der Schnellbahn verbindet, innerhalb von zwei Monaten hergestellt werden, obwohl der Straßenverkehr aufrechterhalten wurde. Mit der Errichtung der Fußgeherpassage „Kolschitzkygasse“, die am nördlichen Ende der U-Bahn-Station „Südtiroler Platz“ vorgesehen ist, wurde begonnen.

Die Bauarbeiten im Baulos C, das „Äußere Favoritenstraße“ benannt wurde und vom Columbusplatz bis zur Gellertgasse reicht, zeigten einen sehr günstigen Verlauf. Bereits im Juli 1973 waren die als Schlitzwände gestalteten Tunnelwände fertiggestellt. Die Anwendung verbesserter Arbeitsmethoden beim Bau der obersten Tunneldecke — sie wurde ohne Aufstellung eines Lehrgerüsts aus Fertigteilplatten hergestellt — ermöglichte es, die gesamte Decke im Zuge der Favoritenstraße, mit Ausnahme der Decke über der Stiegenanlage bei der Quellenstraße sowie der Decken der seitlich neben dem Tunnelbauwerk angeordneten Haltestellenbauwerke „Keplerplatz“ und „Reumannplatz“, bis Anfang November 1973 zu verfertigen. Der vorgesehene Zeitplan konnte damit um zirka 4 Monate unterschritten werden. Die Magistratsabteilung für Straßenverwaltung und Straßenbau sorgte dann für einen provisorischen Fahrbahn- und Gehwegbelag auf der fertigen Tunneldecke zwischen Columbusplatz und Quellenstraße, so daß in diesem Teil der Favoritenstraße bereits ein ungestörter Fußgeher- und Geschäftsverkehr möglich ist.

In den Abschnitten Quellenstraße bis Buchengasse und Davidgasse bis Gellertgasse waren die Magistratsabteilung für Straßenverwaltung und Straßenbau und die Wiener Verkehrsbetriebe zu Jahresende damit beschäftigt, endgültige Straßenbeläge herzustellen beziehungsweise Gleisbauarbeiten

auszuführen. Bis Jahresende konnte auch der Erdaushub unter der fertigen Tunneldecke in dem zirka 700 m langen Teilstück zwischen Columbusplatz und Pernerstorfergasse und weiterhin bis zum Reumannplatz beendet werden. Zwischen Waldgasse und Gellertgasse waren die Rohbauarbeiten, nämlich der Erdaushub und das Herstellen der ersten Zwischengeschoßdecke für die zweigeschossige Tiefgarage über der Abstell- und Wendeanlage, in vollem Gange. Ab Mitte Oktober 1973 wurde im Bereiche des Viktor Adler-Marktes mit der Herstellung der Tunnelinnenschale, also dem Abdichten gegen Feuchtigkeit, dem Verlegen der Sohlenplatte und dem Auftragen von Vorsatzbeton auf den Tunnelwänden, begonnen.

Die Bauarbeiten im III. Bauabschnitt, nämlich im Gebiet Stephansplatz—Nestroyplatz, konnten am 2. Mai 1973 aufgenommen werden; mit Vorarbeiten und dem Einrichten der Baustelle war hier bereits am 10. April 1973 begonnen worden. Am Stephansplatz wurden die Bohrpfähle für die Umschließungswände des Weichenschachtes hergestellt, an den Bohrpfählen für die Stationsbaugrube wurde zu Jahresende noch zügig weitergearbeitet. Das Gebiet vor dem Stephansdom, in dem die Tunnelröhren der Station mittels Handschild hergestellt werden sollen, wurde, den Vorschlägen der Arbeitsgemeinschaft der dort beschäftigten Baufirmen und der zu Rate gezogenen Hochschulprofessoren zufolge, mittels Injektionen verfestigt. Der Abwasserkanal Kärntner Straße—Rotenturmstraße wird im Dombereich im Miniervfahren hergestellt werden; mit dem Aushub im Weichenschacht wurde bereits begonnen. Die im November 1972 aufgenommenen archäologischen Grabungsarbeiten zur Freilegung der Fundamente der gotischen Magdalenenkapelle konnten abgeschlossen werden. Von der wertvollen vorgefundenen Unterkirche soll möglichst viel erhalten und in die U-Bahn-Station „Stephansplatz“ einbezogen werden.

Es ist beabsichtigt, sie der Bevölkerung anlässlich von Führungen zugänglich zu machen. Um die Sicherheit des Domes zu gewährleisten, wird bei den Arbeiten am Stephansplatz mit den beratenden Professoren der Technischen Hochschule Wien und einem hiefür verantwortlichen Zivilingenieur andauernd Kontakt gehalten. Am Schwedenplatz wurde unmittelbar nach dem Baubeginn mit der Herstellung des Bohrträgerverbaues begonnen, der es gestattet, sowohl im Norden des Platzes, wo dieser von der Stadtbahn begrenzt wird, als auch im Süden, an der Baulinie, einen Voraushub durchzuführen, ohne den über den Franz Josefs-Kai verlaufenden Straßenbahn- und Autoverkehr zu stören. Auf diese Weise entstanden zu beiden Seiten des Verkehrsbandes im Schutz des Bohrträgerverbaues Baugruben. Die Schlitzwandarbeiten für die Station „Schwedenplatz“ wurden bereits aufgenommen, die Deckenkonstruktion über der Stadtbahn wurde entfernt, und auch die Stadtbahnmauern wurden abgebrochen. Die rechtsufrige Halbinsel im Donaukanal, die aufgeschüttet werden mußte, um mit den Arbeiten zu dessen Unterquerung beginnen zu können, wurde Anfang September fertiggestellt, am Abbruch der Kaimauer und an der Sicherung des rechtsufrigen Caissons der Schwedenbrücke mit Bodeninjektionen wurde zu Jahresende gearbeitet.

Um die Gleisverbindung für die U-Bahn auf der Strecke Stephansplatz—Morzinplatz bauen zu können, müssen umfangreiche Bodenverfestigungen vorgenommen werden. Diese werden teils von der Straße aus, teils von Kellern der Häuser her durchgeführt. Im gesamten Bereich der Rotenturmstraße und des Rabensteiges waren die notwendigen Vorarbeiten, wie Sondierbohrungen, zu Jahresende 1973 bereits sehr weit fortgeschritten. Die Injektionsarbeiten erfolgten teilweise unter technisch äußerst schwierigen Bedingungen; sie wurden im August aufgenommen. Die Schlitzwände für den Anfahrtschacht am Rabensteig wurden gegen Ende November abgeschlossen.

Als Vorarbeiten für den Bau der Linie U 1 im Bauabschnitt IV, „Praterstern“, der zwischen Rotenterngasse und Wolfgang Schmäzl-Gasse liegt, wurden die erforderlichen Umfahrungsstraßen ausgestaltet; außerdem wurde die U-Bahn-Trasse größtenteils von Versorgungsleitungen freigemacht. Die Projektierungsarbeiten wurden weitergeführt, wobei das Projekt in Einbauten- und Projektsprechungen den Arbeitsbedingungen der an seiner Ausführung beteiligten Dienststellen angepaßt wurde. Auch die Unterlagen für die Ausschreibung der Arbeiten zur Anbotstellung wurden vorbereitet.

Im gesamten Bauabschnitt VI der U-Bahn-Linie 2, das ist auf der Strecke zwischen Landesgerichtsstraße und Deutschmeisterplatz, konnte der größte Teil der geplanten Einbautenumlegungen abgeschlossen werden. Lediglich die Verlegung der Kanäle in der Maria Theresien-Straße und in der Landesgerichtsstraße, vor allem aber der Umbau des Alserbachtlastungskanals, wird erst im Jahre 1974 durchgeführt werden. Die Arbeiten für die öffentliche Ausschreibung der Bauarbeiten konnten am 25. Juli 1973 mit der Anbotseröffnung abgeschlossen werden. Die Anbote wurden bereits geprüft, so daß, nach Genehmigung durch den Gemeinderat, mit den Bauarbeiten im Jahre 1974 begonnen werden kann.

Brücken- und Wasserbau

Im Brückenbau galten umfangreichere Vorarbeiten und Planungen dem Straßen- und Fußgängertunnel unter der Nordbahn in Leopoldau, bei der Großfeldsiedlung, zwei Straßenbrücken über den Donaukanal, nämlich der Verbindung Vordere Zollamtsstraße—Tempelgasse (Uraniabrücke) und der Rembrandtstraße—Türkenstraße (Roßauer Brücke), dem Umbau der Ostbahnbrücke über den Donaukanal, ferner der Unterführung einer Anrainerstraße beim Rennplatz Freudenau, den Überführungen der Wildpretstraße und der Haidestraße (Bundesstraße B 225) sowie der Hochstraße Kaiser-Ebersdorf, welche sämtliche im Zuge der Ostautobahn liegen, der Kagraner Brücke über die Alte Donau, der Hochstraße Handelskai als Anschluß an die Nordbrücke, der Verlegung der Straßenbahn auf eine Seite der Marienbrücke über den Donaukanal, dem Knoten Philadelphiabrücke, dem Ausbau der Pilgrambrücke und einem Fußgängersteg über die Vorortelinie im Zuge der Jagdschloßgasse.

Erhaltungsarbeiten kleineren Umfanges, welche die Fahrbahnbeläge, die Dehnfugenkonstruktionen, Entwässerungsanlagen, Stiegenstufen, Geländer, Anstriche und andere Brückenteile betrafen, sowie periodische Reinigungsarbeiten waren an allen Brückenobjekten vorzunehmen; hiefür wurden im Laufe des Jahres 1973 insgesamt etwa 3,6 Millionen Schilling ausgegeben.

Für Neu- und Umbauten von Brücken und anderen Verkehrsbauten, welche die Stadt Wien im eigenen Wirkungsbereich vornahm, wendete sie 14,6 Millionen Schilling auf. In diesem Betrag sind auch 5 Millionen Schilling enthalten, welche für die Überlassung der Nordwestbahntrasse einschließlich der Eisenbahnbrücke für den Bau der Nordbrücke als Baurate 1973 an die Österreichischen Bundesbahnen zu leisten waren und die für den Bau der Verbindungsschleifen zur Donauuferbahn verwendet wurden.

Von den ausgeführten Arbeiten zu erwähnen wäre die Errichtung von Rampen und einer Stützmauer, um die Niveaufreimachung der Kreuzung der Donaulände- und der Verbindungsbahn mit der Altmannsdorfer Straße zu erreichen, bei der gleichzeitig die Edelsinnstraße unter der Altmannsdorfer Straße durchgeführt wurde; diese Arbeiten konnten beendet werden.

Weiters wurde die Laaer Berg-Straße im Zusammenhang mit der WIG 1974 großzügig begradigt und an der Westseite des Bahnhofes Ober-Laa die Donauländebahn unterfahren. Hier wurden Stahlbetontragwerke für 5 Gleise der Österreichischen Bundesbahnen, für 2 Fahrbahnen der geplanten Schnellstraße und für einen zweigleisigen Straßenbahnbetrieb errichtet. Das Bauwerk konnte, mit Ausnahme der Pfahlwandverkleidung, fertiggestellt werden.

Im September 1973 wurde auch mit dem Bau eines Fußgängersteiges über die Favoritenstraße begonnen, der die Per Albin Hansson-Siedlung mit dem Zentrum der Per Albin Hansson-Siedlung Ost verbinden wird. Er wird nicht nur die Favoritenstraße, sondern auch einen dort geplanten Parkplatz überbrücken. An den Kopfenden des Steiges sind gewendelte Rampentragwerke vorgesehen.

Ferner wurde im Auftrage des Bundesministeriums für Bauten und Technik im Rahmen der Bundesstraßenverwaltung an der Rampenbrücke im Knoten Prater sowie an der Hochstraße St. Marx für die Wiener Gürtelautobahn (Bundesstraße A 20), am Umbau des Gaswerksteiges über den Donaukanal und an der Unterführung der Stadionbrücke im Zuge der Donaukanalschnellstraße (Bundesstraße S 2), ferner an der an der Ostautobahn (Bundesstraße A 4) gelegenen Donaukanalbrücke, an der Unterführung der Simmeringer Hauptstraße unter die Donauländebahn sowie an der Eisenbahnbrücke über die Dreherstraße gearbeitet.

Der Schutzwasserbau erforderte Erhaltungsarbeiten an den Wiener Gewässern, für die insgesamt 12 Millionen Schilling ausgegeben wurden; davon entfielen 2 Millionen Schilling auf die Behebung von Hochwasserschäden am Unterlauf des Liesingbaches, 4,4 Millionen Schilling auf Arbeiten an der Wienflußverbauung und 5,6 Millionen Schilling auf Bauarbeiten an den übrigen Gewässern und Gerinnen.

Im Oberlauf des Liesingbaches konnte mit den Regulierungsarbeiten am dritten und letzten Abschnitt des Bauloses „Kalksburg“ auch im Jahre 1973 nicht begonnen werden, weil die Grundeinlösungsverhandlungen erfolglos verliefen und somit bezüglich der benötigten Flächen ein Enteignungsverfahren eingeleitet werden muß. Die Hochwasserschäden am Unterlauf des Liesingbaches konnten noch im Winter 1972/73 zur Gänze behoben werden.

Die Regulierungsarbeiten am Mühlwasser wurden fortgesetzt, wobei flußauf- und flußabwärts der Lobaugasse in einer Länge von rund 500 m Sohlenbaggerungen durchgeführt und die Böschungen profiliert wurden.

Ferner wurde die rechtsufrige Wienflußmauer, welche die Abgrenzung des Wienflusses gegen die Stadtbahn bildet, gemeinsam mit den Wiener Stadtwerken — Verkehrsbetrieben in dem Abschnitt zwischen Kennedybrücke und Schönbrunner Brücke instandgesetzt.

Eine Sohlenbaggerung wurde auch bei der Brücke über das Schillwasser im Zuge des Biberhaufenweges vorgenommen, um den Abfluß von Hochwasser zu verbessern.

Eine Neuregulierung der Mündungsstrecke des Kräuterbaches muß deshalb vorgenommen werden, weil diese vor dem Einlauf in den städtischen Kanal durch Hochwasser in den Jahren 1969 und 1972 in einer Länge von 400 m stark beschädigt wurde. Im Jahre 1973 wurde mit der Baustelleneinrichtung und dem Ankauf von Baumaterialien begonnen. Die Kosten dieser Regulierungsarbeiten werden sich auf etwa 6 Millionen Schilling belaufen.

Kleinere wasserbauliche Arbeiten waren Regulierungsarbeiten am Waldbach, eine teilweise Regulierung des Choleragrabens und die Projektierung von Arbeiten am Dürwaringbach. Schließlich waren noch Ausbesserungen an der Mündung des Hirschenbaches, an der Entwässerungsanlage am Kolbeterberg und an der Sickerteichanlage in Strebersdorf, an der Straße auf den Bisamberg, vorzunehmen.

Für das Stadtgartenamt wurden weitere Ufersicherungsarbeiten an der Alten Donau in 22, Kaisermühlen, durchgeführt; ferner wurde an diesem Gewässer eine etwa 40 m lange Ufermauer errichtet und bestehendes Mauerwerk ausgebessert.

Ebenfalls für das Stadtgartenamt waren umfangreiche Arbeiten für die WIG 1974 auszuführen. Im gesamten WIG-Gelände wurden offene Gerinne und Kanäle zur Ableitung der Niederschlagswässer hergestellt, an die auch die Teichentwässerung angeschlossen wurde. Das in diesem Gerinnesystem gesammelte Wasser wird in den Schilfteich abgeleitet. Außerdem wurden nördlich der Kuranstalt, zur geregelten Ableitung der im südlichen Teil des WIG-Geländes anfallenden Wässer in den Schilfteich, Drainagen und Kanäle errichtet. Im Wassertal, südlich des Filmteiches, wurden zwei, im Kurpark, nördlich der Kuranstalt, drei Teiche hergestellt und gedichtet. Die Vertikalabdichtung zwischen Schwanensee und Seerosenteich, die mit Hilfe einer 150 m langen und 12 m tiefen Stahlspundwand ausgeführt wurde, konnte im Jahre 1973 abgeschlossen werden. Verschiedene Oberflächendrainagen und kleinere Notüberfälle bei Teichen und Quellenfassungen sorgen überdies dafür, daß die anfallenden Wässer die vorgesehenen Wege nehmen. Hervorzuheben sind der Treppengarten und die Freizeitspiele: bei dem Treppengarten handelt es sich um eine Stiegenanlage am nordöstlichen Ufer des Schwanensees, die aus Becken, Podesten und Stufen aus Beton besteht, über die Wasser herabrieseln wird, für die Freizeitspiele wurden verschiedene Mauern sowie ein Wasserkanonenspiel im Ausmaß von 15 mal 25 m aus wasserdichtem Stahlbeton errichtet. Größere Betonierungsarbeiten wurden auch für das Dahlienbecken sowie für die Kinderspielplätze „Erde“ und „Mond“ ausgeführt. Im südöstlichen Teil des Schwanensees wurde für den Partygarten eine Stahlspundwand mit aufbetoniertem Stahlbetonholm errichtet, auf dem anschließend Sichtbetonelemente versetzt wurden.

Mit dem U-Bahn-Bau im Zusammenhang standen Arbeiten, die im Wienflußbett vorzunehmen waren. Im Rahmen der U-Bahn-Baustelle Karlsplatz war in der großen Einwölbung des Wienflusses ein Lehrgerüst errichtet worden, dessen Fundamente abgetragen werden mußten. Außerdem war bei Injektionsarbeiten die Wienflußsohle beschädigt worden, so daß an dieser Auswechslungsarbeiten vorzunehmen waren.

Die Bauarbeiten für den verbesserten Donauhochwasserschutz von Wien konnten im geplanten Ausmaß weitergeführt werden. Am rechten Donauufer konnte die schwierige Bohrpfahlgründung für den Umbau des Wehres Nußdorf abgeschlossen werden. Die beiden Wehrrängen mit den Lagern und den Aufhängungen für die hydraulischen Pressen für die Segmentverschlüsse wurden ebenfalls betonierte; hierbei wurden zirka 13.000 m³ Beton verbraucht. Auch die beiden Wehrverschlüsse mit einem Stahlgewicht von je 200 t wurden abtransportiert und auf der Baustelle montiert. Die zentrale Steuerwarte im Wehrgang der Brücke konnte fertiggestellt werden.

Ferner wurden im Abschnitt Bahnhof Brigittenau Gleisumlegungen vorgenommen, um Platz für den rund 800 m langen Mauerabschnitt des rechten Donaudammes, von der Nordbrücke bis zur Floridsdorfer Brücke, zu gewinnen. Mit den Gründungsarbeiten für die Ufermauer wurde bereits begonnen. Als Vorbereitungsmaßnahme für die Dammschüttung am rechten Donauufer wurden außerdem im Bereich der Praterbrücke und stromabwärts der Stadionbrücke drei kleinere Abbrucharbeiten und Niveauperstellungen vorgenommen.

Am linken Donauufer wurde, nach Fertigstellung der Baugrubenschließung, im April 1973 mit den Gründungsarbeiten für das Einlaufbauwerk begonnen. Diese konnten, einschließlich der Herstellung des Injektionsschirmes, bis Jahresende abgeschlossen werden. An Massenbeton wurden hier bisher zirka 55.000 m³ eingebaut. Die Kolkplatten, die Tosbecken und die rechte Ufermauer konnten fast zur Gänze fertiggestellt werden. Die Wehrpfeiler wurden, mit Ausnahme des linken Randpfeilers, bis zur Höhe des Segmentdrehlagers betonierte. Die Wehrpfeiler 3 und 4 sowie der rechte Randpfeiler wurden ebenfalls bereits vorgespannt. Bei den Stahlbauarbeiten konnte die Werksfertigung so weit

abgeschlossen werden, daß mit der Montage der Schützen in zwei Feldern begonnen werden kann. Die Montage der Sohlen- und Seitenarmierungen sowie der Primärbetonteile für die Drehlager war zu Ende des Jahres 1973 für die Felder 3, 4 und 5 gleichfalls fertiggestellt.

Die Arbeiten im 1. Bauabschnitt für das Entlastungsgerinne, das eine Gesamtlänge von 9,4 km haben wird, wurden wie geplant weitergeführt. Das 200 m breite Gerinne wurde in einer Länge von 1 km ausgebaggert; mehr als 900 m davon wurden mit Steinen rolliert. Insgesamt wurden bisher 1,6 Millionen Kubikmeter Aushubmaterial bewegt, allein im Jahre 1973 rund 1,3 Millionen Kubikmeter. Im Frühjahr 1973 gelangte ein fahrbarer Eimerkettenbagger zum Einsatz, der eine Baggerleistung von 8.000 m³ pro Tag- und Nachtschicht erreicht. Seit 1. März 1972 konnten die Insel mit dem Inselfsporn in einer Länge von 800 m, rund 1.000 m Verstärkung für den linken Damm und 900 m Dammverstärkung im Bereich des linken Donausammelkanals (Abschnitt III) im Rohbau fertiggestellt werden. Im Jahre 1973 wurden 700 m Insel, 700 m linke Dammverstärkung und 500 m Dammverstärkung für den linken Donausammelkanal aufgeschüttet und verdichtet. Mit Humuserde bedeckt wurde eine Fläche von 98.000 m². Zur Sohlensicherung wurden insgesamt 89.000 t Steine verwendet; allein im Jahre 1973 wurden 79.000 t für Sohlen- und 22.000 t zur Böschungssicherung verbaut.

Im Gerinneausgleich wurden für den Inselfsporn und die linke Gerinneseite 4.470 t Stahlspundbohlen angeliefert. Mit einem Teil dieser Menge wurde am rechten Entlastungsgerinneufer eine 800 m lange Wand gerammt. Mit der Vorschüttung der 400 m langen Wartelände am linken Stromufer wurde begonnen.

Weiters wurden die Arbeiten an der Steinspornbrücke in Bauabschnitt 1 des Entlastungsgerinnes fortgesetzt. Diese Brücke wird die erste Verbindung zur zukünftigen Donauinsel im Bereich des Kanal-pumpwerkes der Magistratsabteilung für Kanalisation und des Kühlwasserentnahmewerkes für das Kraftwerk Donaustadt bilden.

Im Verkehrswasserbau wurde der Ausbau des Hafens Freudenau fortgesetzt. Als Vorbereitung für die Arbeiten am 7. Bauabschnitt der Kaianlage wurden zu Jahresbeginn die alten Magazine und die alte Kranbahn abgebrochen und die beiden uferseitigen Gleise der städtischen Hafenbahn provisorisch umgelegt. Im Laufe des Jahres wurden dann die gesamte wasserseitige Bohrpfehlwand und die landseitigen schrägen Verankerungspfähle hergestellt; damit waren die Gründungsarbeiten abgeschlossen.

Um die Wasserversorgung des Pachthafens zu verbessern, mußte der bestehende Versorgungsstrang um rund 500 m verlängert werden. Außerdem war es nach Ansiedlung der *Eisenhof-GmbH*, Linz/Donau, notwendig, eine fünfte Stichstraße, welche die Pachtflächen dieses Unternehmens und die der *Chemie Linz AG* verbindet, zu bauen; die bereits im Jahre 1972 begonnenen Arbeiten konnten abgeschlossen werden.

Im Hafen Lobau, wo aus Gründen der Sicherheit des Betriebes und des Einsatzes von modernen, schwereren Betriebsmitteln Teile des Schienennetzes der Hafenbahn mit einem verstärkten Oberbau ausgestattet werden müssen, wurden weitere 300 m des Bahnhofgleises Nr. 5 und 500 m des Übergabegleises umgebaut; gleichzeitig wurde ein Fernmeldekabel in die Erde verlegt. Auch für einen entsprechenden Materialvorrat zur Fortführung der Arbeiten im Jahre 1974 wurde vorgesorgt.

Die der Stadt Wien auf Grund des Hafeneinrichtungen-Förderungsgesetzes und des Wasserbauten-Förderungsgesetzes für die in den Häfen vorgenommenen Arbeiten zustehenden Bundeszuschüsse wurden in Anspruch genommen. Vom Bundesministerium für Verkehr wurden für das Jahr 1973 Förderungsbeiträge in der Höhe von 1,1 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen der behördlichen Tätigkeit waren zu zahlreichen wasser- und schiffahrtsrechtlichen Verhandlungen Sachverständige zu entsenden und Überprüfungen von Schiffen verschiedener Art und Größe vorzunehmen.

Im Grundbau war für die Hoch- und Tiefbauten der Stadt Wien und ihrer Unternehmungen die Fundamentbeschau durchzuführen sowie die Fundierungsart, die zulässige spezifische Belastung des Baugrundes und die Fundierungstiefe anzugeben oder zu prüfen. Zu erwähnen wären hier die Arbeiten für die Fundierung des Zentrums der Per Albin Hansson-Siedlung Ost. Der außergewöhnliche architektonische Entwurf, die hohen Bauwerkslasten und der nicht sehr tragfähige Untergrund machten es notwendig, auf möglichst wirtschaftliche und sichere Art Vorsorge, vor allem gegen das Kippen der Bauwerke um die Bauwerkslängsachsen, zu treffen. Angeordnet wurde die Ausführung einer Tiefgründung, bei der Ortsbetonpfähle mit unterschiedlichen Längen und speziellen Austeilungen verwendet wurden. Noch während der Fundierungsarbeiten wurde, nach einem genau festgelegten Ablaufschema, mit dem Hochführen des Rohbaues begonnen. Es ist anzunehmen, daß diese Fundierungsart schädliche, ungleiche Setzungen verhindern wird.

Die Vorschreibung oder Überprüfung der Fundierungen erfolgte auf Grund der Ergebnisse von Baugrunduntersuchungen, aber auch von Baustellenbelastungsversuchen, ferner von grundbaustatischen Berechnungen und der Auswertung von Setzungsmessungen an den Bauwerken. Während der Planung wurden die freischaffenden und die städtischen Architekten grundbautechnisch beraten.

Bei Schäden an städtischen Bauten, welche durch ungleiche Setzungen entstanden waren, wurden nach eingehender Überprüfung und Klärung der Ursachen Maßnahmen zu deren Beseitigung vorgeschlagen. Bei privaten Bauvorhaben und beim Auftreten von Schäden an privaten Bauten wurden die damit befaßten Dienststellen grundbautechnisch beraten.

Beim U-Bahn-Bau wurden Amtssachverständige für Grundbau im eisenbahnrechtlichen Genehmigungswesen und zur Bauberatung herangezogen. Hervorzuheben wären die Arbeiten für das Stationsbauwerk Südtiroler Platz. Hier sind zwischen den beiden Stationsröhren ein zentraler, zirka 45 m langer Verteilerstollen und eine Reihe von Verbindungsstollen, das sind Querstollen mit einer Länge von zirka 6 bis 13 m, vorgesehen. Dieses System von relativ kurzen Gängen und Kreuzungspunkten sollte aus wirtschaftlichen Gründen in österreichischer Tunnelbauweise, das heißt in Spritzbetonbauweise, gebaut werden. Die besondere Schwierigkeit lag darin, daß die verbleibenden Erdkörper zwischen den Stationsröhren und den Verteilerstollen, aber auch zwischen den einzelnen Querstollen und Kreuzungspunkten sehr klein wurden, so daß eine vollständige Lastumlagerung des darüber befindlichen Bodens, einschließlich der Bebauung, zu erwarten war. Vergleichbare Erfahrungen gab es nicht. Eine Berechnung nach der Methode der finiten Elemente gab wohl eine quantitative Abschätzung der erforderlichen Bewehrung im Bruchzustand. Die lastabtragende Wirkung des Wiener Tegels, in dem die Stollen liegen, blieb rechnerisch unberücksichtigt. Die von den Grundbausachverständigen vorgeschlagene und auch ausgeführte Druckentspannung der im Tegel eingelagerten wasserführenden Zonen (Schluffe und Sande) mit Hilfe von Vakuumbrunnen erbrachte beim Vortrieb der Stationsröhren so gute Arbeitsbedingungen, daß der Ausbruch dieser Stollen und Verzweigungspunkte in bergmännischer Bauweise durchgeführt werden konnte. Die ständige Kontrolle (Nivellements) von Setzungsmarken auf der Geländeoberfläche und Spannungsmessungen auf den Tübbings der benachbarten Stationsröhren ermöglichten es, die sachgemäße Durchführung der Vortriebsarbeiten zu überwachen.

Die Beobachtung der 116 Injektionsanker im Stationsschacht, über die im Verwaltungsbericht 1972 berichtet wurde, zeigte ein zufriedenstellendes Ergebnis. Nach dem Abbau der Anker Anfang des Jahres 1974 werden die gewonnenen Erfahrungen voraussichtlich einer abschließenden Auswertung unterzogen werden.

Die Untergrundverhältnisse für fast alle Hoch- und Tiefbauten der Stadt Wien, auch von solchen, die erst im Jahre 1974 gebaut werden sollen, wurden durch Baugrunduntersuchungen aufgeschlossen. Derartige Untersuchungen größeren Umfanges wurden für die Gürtelautobahn, den Knoten Landstraße und für den verbesserten Hochwasserschutz ausgeführt. Bei letzterem waren Untersuchungen für den Donaudüker, bei welchem ergänzende Kernbohrungen vorgenommen werden mußten, sowie für das 1. und 2. Wehr durchzuführen. Für das 1. Wehr wurden erstmals in Wien Rotations-Kernbohrungen mit relativ großem Kerndurchmesser, ohne Verrohrung, mit Hilfe einer Stützflüssigkeit erfolgreich ausgeführt. Dabei wurde festgestellt, daß durch die künftige Baugrube eine geologische Störungszone verläuft. Diese Aufschließungen wurden durch refraktionsseismische Messungen, die vom Institut für Erdölgeologie und angewandte Geophysik der Montanistischen Hochschule Leoben ausgeführt wurden, ergänzt. Ebenfalls beim 1. Wehr wurden Rammsondierungen erfolgreich getestet. Diese rasche und daher billige Art der Aufschließung mit einer genuteten Rammsonde, die als Ergänzung der üblichen Probebohrungen dient, soll auch in Zukunft angewendet werden, um bei ähnlich gelagerten Untergrundverhältnissen den Untergrund besser und schneller aufschließen zu können. Beim 2. Wehr wurde versucht, durch verschiedene elektrische Messungen in Bohrlöchern (Radioaktivitätsmessungen der Firma Schlumberger, Paris, Zweigniederlassung Wien) zusätzliche Erkenntnisse zu gewinnen.

Erwähnenswerte Baugrunduntersuchungen wurden ferner für den U-Bahn-Bau ausgeführt. Für den Abschnitt IV der Linie U 1, „Praterstern“, wurden die vorhandenen Aufschlüsse durch Kernbohrungen ergänzt. Wegen einer eventuellen Trassenverschiebung wurden auch Fundamentuntersuchungen von Häusern in der Lassallestraße durchgeführt. Dabei wurden die Tiefe und der Zustand der Fundamente sowie auch die anstehenden Bodenverhältnisse erkundet. Für die Linie U 3 wurden in dem Abschnitt vom Neubaugürtel bis zum Messeplatz orientierende Probebohrungen vorgenommen. Dies war notwendig, um den vertikalen Trassenverlauf, dessen Kenntnis für die weitere Ausarbeitung eines generellen Projekts notwendig ist, genauer festlegen zu können.

Um die Tragfähigkeit des Baugrundes bei Pfahlfundierungen prüfen zu können, wurden auf zwei Baustellen auch wieder Pfahlprobebelastungen durchgeführt. Der für die Tieffundierung des Kerngebäudes im Allgemeinen Krankenhaus im November 1972 begonnene Belastungsversuch an einem 25 m tief in den Grund getriebenen Bohrpfahl wurde nach einer Dauer von 10 Monaten beendet. Der

Versuch an diesem einen Pfahl ergab eine um fast 25 Prozent verminderte Tragfähigkeit gegenüber der auf Grund von Bodenkennwerten errechneten Belastbarkeit. Dieses Ergebnis wird somit bei der Fundierung des Kerngebäudes beachtet werden müssen. Der Versuchspfahl wird weiterhin als besonderer Fixpunkt für die von der Stadtvermessung vorzunehmenden Vermessungsarbeiten im gesamten Baugelände dienen. Ein weiterer Versuch mit einem Bohrpfahl wird voraussichtlich zu Beginn des Jahres 1974 unternommen werden.

Die Probelastung eines Wurzelfpfales in 11, Mühlangergasse, ergab, daß dieser doch schlanke Pfahl ein relativ großes Tragvermögen, mindestens 15 t, besitzt. Die Ursache hierfür soll durch Freilegung desselben bis zum Pfahlfuß geklärt werden. Die Ausschreibung der Schachtarbeiten, inklusive der erforderlichen Wasserhaltung, ergab jedoch derart hohe Kosten, daß die Freilegung zunächst nicht durchgeführt wurde. Der Pfahl wird ebenfalls als besonderer Fixpunkt für Vermessungsarbeiten der Stadtvermessung dienen.

Schließlich wurden zur Klärung unsicherer Baugrundverhältnisse Erhebungen und Nachforschungen in Archiven, Bibliotheken und Sammlungen unternommen.

Die geotechnisch-geologische Kartierung des Wiener Stadtgebietes, die seit mehreren Jahren in enger Zusammenarbeit mit der Geologischen Bundesanstalt durchgeführt wird, wurde fortgesetzt. Die geotechnisch-geologische Karte des Stadtgebietes von Wien hatte zu Jahresende 1973 einen Umfang von 134 Blättern im Maßstab 1:2.000 und von 44 Blättern im Maßstab 1:5.000. Die Blätter enthalten bautechnisch wichtige Angaben über den Baugrund und alte Bauwerke, wie etwa über die Fundamente der Befestigungen und über aufgelassene Ziegelgruben, sowie über vorhandenes Grundwasser. Es ist geplant, diese Arbeit im Jahre 1974 abzuschließen und die inzwischen neu ermittelten Daten in das bestehende Kartenwerk schrittweise einzubauen.

Der Baugrunderkennungskataster konnte durch viele Baugrundaufschlüsse erweitert werden. Seine Neuordnung, welche infolge der nunmehrigen Verwendung einer Stadtkarte mit dem Maßstab 1:2.000 erforderlich ist, wurde fortgesetzt.

Wasserwerke

Die Wasserwirtschaft gestaltete sich im Jahre 1973, bedingt durch die herrschenden Witterungsverhältnisse, schwierig. Infolge des schneearmen Winters 1972/73 sanken kurz nach Jahresbeginn die Quellschüttungen stark ab, so daß in der Zeit vom 20. Februar bis 31. März 1973 von dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft genehmigten Notkonsens zur Entnahme von Wasser im Ausmaß von maximal 300 l/sec aus dem Schneeealpenstollen Gebrauch gemacht werden mußte. Die starke Niederschlagstätigkeit im Frühjahr sicherte dann die Wasserversorgung in der folgenden Zeit in ausreichendem Maße. Die andauernde Trockenperiode im August und September erforderte jedoch neuerlich ab 14. September die Einleitung der Bergwässer des Schneeealpenstollens in die I. Hochquellenleitung, die der Stadt Wien nunmehr im gleichen Ausmaß wie im Frühjahr 1973 bis längstens 31. März 1974 zur Verfügung stehen. Diese zusätzliche Wasseraufbringung erübrigte Maßnahmen zur Einschränkung des Wasserverbrauches (Wassersparmaßnahmen). Die ab Ende Oktober, noch vor dem strengen Frost, gebildete geschlossene Schneedecke in den Quellengebieten kann als günstige Voraussetzung für die weitere ausreichende Quellenergiebigkeit angesehen werden.

Die Grundwasserwerke an der I. Hochquellenleitung mußten wegen der angespannten Versorgungslage fast das ganze Jahr über, mit Ausnahme der Monate Mai und Juni, in Betrieb gehalten werden.

Der Gesamtwasserverbrauch stieg gegenüber dem Jahre 1972 um 2,81 Millionen Kubikmeter (1,5 Prozent) an. Insgesamt wurden von der Stadt Wien 189,4 Millionen Kubikmeter Wasser bezogen. Davon lieferten die beiden Hochquellenleitungen 64,3 Prozent, die Grundwasserförderung 24,1 Prozent und die Oberflächenwasseraufbereitung 2,3 Prozent; 9,3 Prozent wurden durch Fremdwasserbezug aufgebracht.

Von der bezogenen Wassermenge wurden 4.586.110 m³ an die auswärtigen Abnehmer und Verbundgemeinden, 338.060 m³ an den Wasserleitungsverband der Triestingtal- und Südbahngemeinden und 182.876.970 m³ an das Wiener Rohrnetz abgegeben; 1.599.730 m³ Wasser gingen durch Überfälle und Ableitungen verloren.

Die durchschnittliche Tagesabgabe an das Wiener Rohrnetz betrug 501.033 m³ Wasser. Das Tagesmaximum wurde am 5. September mit 624.190 m³ erreicht, das Tagesminimum wurde am 25. Dezember gemessen; es betrug 373.250 m³.

Zum Entkeimen der gesamten, dem Verbrauch zugeführten Wassermenge wurden insgesamt 36.795 kg Chlorgas und 36.876 kg Natriumchlorit verwendet. Dies entspricht der Verwendung von 46.332 kg Chlor insgesamt und einem durchschnittlichen Zusatz von 0,25 mg Chlor pro Liter Wasser.

Von den Wasserleitungskraftwerken in Wien und an den beiden Außenstrecken wurden 48.622.479 kWh an elektrischer Energie geliefert. Davon erzeugten die Werke in Wildalpen 9.499.387 kWh und die Wiener Werke 94.774 kWh; von den übrigen Werken lieferte Gaming 38.168.387 kWh, Hirschwang 612.248 kWh, Naßwald 170.665 kWh, Kaiserbrunn 42.830 kWh und Hinternaßwald 34.275 kWh.

Von den Wasserleitungsbauten zur Sicherung der Wiener Wasserversorgung in Wien selbst und im Wiener Umland trat der Bau der III. Wiener Wasserleitung in ein konkretes Stadium. Die im Wasserrechtsbescheid vorgeschriebenen Messungen und Beobachtungen wurden fortgesetzt und das Sondernetz wurde ergänzt. Daneben wurden die Erd- und Baumeisterarbeiten für die beiden Wasserbehälter in Moosbrunn und Unter-Laa sowie die Arbeiten an den Stark- und Schwachstrom-einrichtungen des Grundwasserwerkes und die Lieferung der Pumpen für das Hebewerk „Unter-Laa“ öffentlich ausgeschrieben. Der Ausbau der Abflußmeßstationen an den Gewässern der Mitterndorfer Senke konnte abgeschlossen werden, und auch mit den Vorarbeiten zum Detailprojekt A für die Grundwasseranreicherung wurde begonnen.

Im Grundwasserwerk „Untere Lobau“ wurde der Horizontalfilterrohrbrunnen „Markethäufel“ fertiggestellt und der Probetrieb mit diesem aufgenommen. Auch die Projektierungsarbeiten für die Aufbereitungsanlage nahmen ihren Anfang.

Im Rahmen der Untersuchungen für eine künftige Wasserversorgung aus dem donau nahen Bereich wurde zur Planung einer Grundwasseranreicherung in der Unteren Lobau mit der Erweiterung des bestehenden Grundwasserbeobachtungsnetzes begonnen; hiezu wurden auf einer Fläche von 2 km² rund 30 Bohrungen vorgenommen. In der an die Lobau angrenzenden Schüttelau wurden die beiden Horizontalfilterrohrbrunnen errichtet, außerdem wurde das Brunnengebäude im Rohbau fertiggestellt und ein 4 km langer Ableitungsrohrstrang zum Behälter „Untere Lobau“ verlegt.

Für das Wasserfangprojekt „Donauinsel“ wurden im Süden der Insel die hydrologischen und geologischen Untersuchungen fortgesetzt; zugleich wurde das Beobachtungsnetz ausgebaut. Mit vier Vertikalbrunnen wurden Pumpversuche durchgeführt, die eine maximale Leistung von 13.000 m³ pro Tag ergaben. Auch im Norden der Donauinsel wurde das Grundwasserbeobachtungsnetz erweitert; hier ergaben die mit einem Vertikalbrunnen vorgenommenen Pumpversuche eine Tagesleistung von 5.000 m³.

Die für das Wasserleitungsprojekt „Sieben Quellen“ bescheidmäßig vorgeschriebenen Messungen und Beobachtungen über die Druckverhältnisse der aufgestauten Bergwässer im Schneealpenmassiv wurden gleichfalls fortgesetzt. Hierbei konnten gegenüber den bisher registrierten Werten keine wesentlichen Veränderungen festgestellt werden. Weiters wurde auf Grund der Ergebnisse der im Jahre 1972 für das Wasserleitungsprojekt „Pfannbauernquelle“ vorgenommenen Untersuchungen damit begonnen, das Detailprojekt für die Wasserfanganlage und die rund 22 km lange Ableitung auszuarbeiten. In Wildalpen und Weichselboden wurden die Quellenbeobachtungen und Vermessungsarbeiten, welche der Erstellung eines Projekts für die geplante Einleitung der Antengrabenquelle und anderer noch ungefaßter Quellen dieses Gebietes in die II. Hochquellenleitung dienen, fortgesetzt.

Bei den Wiener Anlagen wurde am 3. Mai vom Bürgermeister das neue Hebewerk „Laaer Berg“ in Betrieb genommen; dies führte zu einer fühlbaren Verbesserung der Wasserversorgung in den südlichen Stadtteilen Wiens. Die Arbeiten an den dazugehörigen Rohrsträngen wurden fortgeführt. Ferner wurde die bereits installierte Prozeßrechenanlage, dem jeweiligen Baufortschritt angepaßt, den Leitungen angeschlossen. Desgleichen wurde im Hebewerk eine Meßvorrichtung eingebaut. Im Grundwasserwerk Prager Straße konnte eine Tropfchlorierungsanlage in Betrieb genommen werden. Auch das neue Werkstätgebäude im Rohrlager Baumgarten konnte im Rohbau fertiggestellt werden.

Wegen der Durchführung von Erhaltungsarbeiten mußten an der I. Hochquellenleitung drei und an der II. Hochquellenleitung zwei Gesamtabkehren vorgenommen werden. Außer den laufenden Instandsetzungen werden auch wieder Arbeiten für die beabsichtigte Leistungssteigerung der Leitungskanäle ausgeführt. Die Sanierung von zwei Rutschhängen im Gebiet der II. Hochquellenleitung wurde weitergeführt.

Im Bereich des Grundwasserwerkes „Wöllersdorf“ wurden die Geländesanierungsmaßnahmen und der Ausbau der Abwasserbeseitigungsanlage fortgesetzt. Um diese Arbeiten zu erleichtern, wurde am Rande des Brunnenschutzgebietes eine Zufahrtstraße angelegt.

An den Anlagen in Wien wurden ständig Erhaltungsmaßnahmen verschiedenen Ausmaßes ausgeführt. Die Unterwasserpumpen der Laudon'schen Wasserleitung wurden überholt, und im Behälter „Buchberg“ wurde ein Wasserstandsschreiber aufgestellt. Das Hilfshebewerk am Laaer Berg wurde

außer Betrieb genommen und demontiert. Ebenso wurde das unwirtschaftliche Wasserleitungskraftwerk am Rosenhügel aufgelassen und abgetragen. Die alten Riffelblechplattformen in der Übergangskammer „Mauer“ wurden durch neue Eisenbetonplattformen ersetzt.

Im Wiener Rohrnetz mußten die Neurohrlegungen zum Bau der Ringleitung Ost infolge von rechtlichen Schwierigkeiten eingestellt werden. Der Bau der Ringleitung Süd wurde im Bereich der Pottendorfer Linie und der Himberger Straße sowie im Abschnitt an der Ostbahn fortgesetzt. Auch die Verlegung des Transportrohrstranges zur Aufschließung der Trabrennvereinsgründe wurde fortgeführt. Für den Ausbau des städtischen Rohrnetzes und zur Versorgung neuer Wohnhausbauten wurden 16.364 m neue Rohrstränge verlegt; insgesamt erfolgten Neurohrlegungen im Ausmaß von 28.608 m.

Rohrauswechslungs- und Erhaltungsarbeiten waren an 41.358 m überalterten und schadhafte Rohrsträngen vorzunehmen.

Der Wasserleitungsbereitschaftsdienst leistete bei Gebrechen an Wasserleitungseinrichtungen 2.252 Einsätze. Dabei legten die 3 Einsatzfahrzeuge 36.892 km zurück. Bei den Einsatzfahrten wurden die Fahrzeuge in 3 Unfälle mit Sachschäden verwickelt.

Bis Ende des Jahres 1973 wurden 657 neue Häuser und Grundstücke an das öffentliche Versorgungsnetz angeschlossen und zu diesem Zweck 14.237 m Rohre verlegt. Für diese Anschlüsse war der Einbau von 615 Wasserzählern erforderlich. An Abzweigungsleitungen traten im Laufe dieses Jahres 4.198 Gebrechen auf. Im Rahmen des turnusmäßigen Auswechslungsdienstes wurden 20.314 Wasserzähler ausgewechselt. Die Werkstätte der Wasserwerke reparierte 20.516 Wasserzähler. Weiters wurden 1.912 Inneninstallationen mit insgesamt 13.384 Auslässen überprüft; dabei wurden 1.663 Gebrechen festgestellt, deren Behebung veranlaßt wurde.

Auf rechtlichem Gebiet wäre die Schaffung eines Wasserschutzgebietes im Hochschwab, dem Einzugsgebiet der II. Hochquellenleitung, mit Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, BGBl. Nr. 345/1973, zu erwähnen.

Von den Rechtsgeschäften wären zunächst die bereits angeführten Notkonsense zu erwähnen, die zur Behebung der Wasserknappheit im Frühjahr und Herbst 1973 beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft für die Einleitung von maximal 300 l/sec aus dem Schneeanstalten in die I. Hochquellenleitung erwirkt wurden.

Weiters wurde der Obersten Wasserrechtsbehörde für den Bau der III. Wiener Wasserleitung am 24. Juli 1973 das Detailprojekt A für die Grundwasseranreicherung, ein nach längeren Verhandlungen erarbeitetes Auswechslungsprojekt, vorgelegt. Über das Detailprojekt F1, das einen Teil der Rohrtrasse und die Behälteranlagen in Moosbrunn behandelt, fand am 18. September die Wasserrechtsverhandlung statt; die damals noch ausständig gewesene Stellungnahme des Amtssachverständigen wurde inzwischen nachgereicht. Die Baubewilligung für den Behälter „Mitterfeld“ war bereits am 18. Mai erteilt worden. Am 24. September folgte dann die Wasserrechtsverhandlung für das Detailprojekt F3, das einen Teil der Rohrtrasse und der Behälteranlage in Unter-Laa umfaßt, die ein zustimmendes Ergebnis erbrachte. Für das Detailprojekt H, das hydrologische Durchführungsprogramm, wurde bereits am 27. Juli ein Abänderungsprojekt eingereicht.

Bezüglich des Wasserleitungsprojekts „Sieben Quellen“ war bereits am 11. Dezember 1972 die 8. Abänderung des Detailprojekts über die unterirdische Fassung der „Sieben Quellen“ eingereicht worden. Die mit der Steirischen Naturschutzbehörde darüber geführten Verhandlungen zeitigten aber wegen der vom speleologischen Sachverständigen vorgebrachten Bedenken noch kein positives Ergebnis.

Neben mehreren kleineren Grundtransaktionen gelangten vor allem die Grundverhandlungen mit den Österreichischen Bundesforsten zum Abschluß. Der Stadt Wien wurde das Eigentumsrecht an der Heukuppe auf der Rax, am Hinterleitengut in Schwarza in Gebirge, am Sieben-Quellen-Umgriff sowie am Brunsee-Umgriff in Wildalpen und an der Unteren Lobau im Gesamtausmaß von rund 4.600 ha übertragen. Die Bundesforste erhielten dafür Tauschflächen im Ausmaß von rund 865 ha sowie eine Differenzkaufsumme von zirka 80 Millionen Schilling.

Aus Schadenersatzansprüchen für beschädigte Wasserleitungseinrichtungen wurden rund 1,100.000 S hereingebracht, während an Schadenersatzleistungen im Zusammenhang mit Wasserrohrgebrechen im Jahre 1973 rund 1,5 Millionen Schilling angewiesen wurden.

Von dem beim Bundesministerium für Bauten und Technik eingerichteten Wasserwirtschaftsfonds wurden für die Fassung und Einleitung der „Sieben Quellen“, die Aufschließung der Trabrennvereinsgründe, den Bau des Behälters und das Hebewerk „Laaer Berg“, die Niveaufreimachung der Altmannsdorfer Straße sowie für die Ringleitung Ost Anträge auf Gewährung von Darlehen in der Höhe von 29,833.769 S gestellt. Für die Errichtung der Horizontalfilterrohrbrunnen „Schüttelau“ wurde der Stadt Wien ein Darlehen in der Höhe von 14,600.000 S bereits zugesichert.

Schließlich wurden anlässlich der 100-Jahr-Feier der I. Hochquellenleitung mehrere Veranstaltungen abgehalten, eine Informationsschau im Amtsgebäude 6, Grabnergasse, und das neue Wasserleitungsmuseum in Kaiserbrunn eröffnet. Ferner wurde ein Fernsehfilm hergestellt sowie eine Festschrift, eine Gedenkplakette und eine Sonderpostmarke herausgegeben.

Städtische Bäder

In Betrieb standen im Jahre 1973, einschließlich der Volksbäder, 22 Warmbäder, 4 als Warm- und Sommerbäder ausgestattete Badeanstalten, 11 Sommerbäder sowie 32 Kinderfreibäder. Ein Zugang war bei den Sommerbädern zu verzeichnen, weil ab 20. Juli ein Teil der Anlagen des neu errichteten Schafbergbades für den Badebetrieb geöffnet werden konnte. Hingegen mußte von den 33 im Jahre 1972 betriebenen Kinderfreibädern die Anlage am Franz Josefs-Kai dem U-Bahn-Bau weichen.

Im Badebetrieb selbst ergaben sich lediglich bei den Warmbädern Änderungen. Im Bad 7, Hermannsgasse, wurde, nach den günstigen Erfahrungen mit dem Familienbetrieb in der Sauna an Samstagen, ein zweiter Familienabend, und zwar jeweils am Mittwoch, angesetzt. In einer Reihe von Volksbädern mußten dagegen wegen der stark verminderten Frequenz die Betriebszeiten eingeschränkt oder Abteilungen zusammengelegt werden; dadurch war es dort möglich, Dienstposten einzusparen. Ferner wurde im Jörgerbad der Betrieb in der Brauseabteilung aufgenommen.

Größere bauliche Leistungen waren: die Erneuerung der Wasserreservoirs und der Anschlußleitungen im Volksbad 3, Apostelgasse; der Umbau des Kassenraumes im Vestibül des Bades 7, Hermannsgasse, durch den ein Buffet geschaffen werden konnte; die Erneuerung weiterer Teile der Elektroinstallationen des Amalienbades; die Fortsetzung der Modernisierungsarbeiten in den Dampfbädern des Jörgerbades, in denen auch Saunakammern eingebaut wurden; der Bau von 72 Saisonkabinen im Gänsehäufel, die bereits in Betrieb genommen werden konnten; die Herstellung eines neuen Kanals im Kinderfreibad 14, Auer-Welsbach-Park; die Erneuerung der Pflasterung im Kinderfreibad 18, Währinger Park, sowie Fertigstellungsarbeiten an den Räumlichkeiten des Jugendklubs im Kinderfreibad 22, Emichgasse, für den auch Winterbetrieb vorgesehen ist.

Die Neubauten im Rahmen des Bäderkonzepts, des Diana-, Stadthallen-, Ottakringer und Schafbergbades, wurden bereits unter dem Titel „Errichtung und Erhaltung von Nutzbauten“ besprochen.

Was den Bäderbesuch anlangt, hielt der Rückgang bei den Reinigungsbädern weiter an; auch bei den Dampf-(Sauna-)Bädern und in den Schwimmhallen war ein Frequenzrückgang von 1 beziehungsweise 2 Prozent zu verzeichnen. Hingegen wiesen die Sommerbäder, nach anfänglich schwachem Besuch, zu Saisonende ein überraschend gutes Ergebnis auf: mit mehr als 1,8 Millionen Besuchern war es das zweitbeste seit dem Bestehen der städtischen Sommerbäder. Eine höhere Zahl von Badegästen wurde lediglich im Sommer 1967 erzielt; damals waren es 1,950.000. Insgesamt verzeichneten die 69 städtischen Bäder 5,998.541 Badegäste, um 4,4 Prozent mehr als im Jahre 1972. Auf die Brausebäder entfielen 1,423.349, auf die Wannenbäder 143.105, auf die Dampf- und Saunabäder 684.216, auf die Schwimmhallen 1,259.344, auf die Medizinalabteilung des Amalienbades 111.481, auf die Schwefelbäder des Theresienbades 15.952, auf die Sonnenbäder des Amalien- und Jörgerbades 9.818, auf die Sommerbäder 1,844.101 und auf die Kinderfreibäder 507.175 Besucher.

Kanalisationswesen

Von den im Jahre 1973 projektierten und zur Anbotstellung ausgeschriebenen Kanalbauten sind folgende besonders erwähnenswert: die Verlängerung des Linken Hauptsammlerkanals im Bereich der geplanten Flughafenautobahn und des Donaukanaldükers; der Ostrandsammler, vom Liesingbach bis zur Carlberggasse, als Voraussetzung für die Besiedlung des Betriebsbaugebietes an der Perfektastraße; der 1. Abschnitt des 2. Kaiser-Ebersdorfer Sammelkanals, dessen Bau infolge der immer stärkeren Bebauung des Einzugsgebietes notwendig wurde; zwei weitere Baulose des 2. Leopoldauer Sammelkanals als Voraussetzung für die Bebauung der Trabrennvereinsgründe; das letzte Baulos des Kanals in der äußeren Heiligenstädter Straße; die Kanalbauten im 22. und 23. Bezirk bei städtischen Wohnhausanlagen und Nutzbauten sowie zur Aufschließung von Betriebsbaugebieten in 3, Erdbergstraße, 21, Trillergasse, und in 22, Panethgasse, Am langen Felde und Dr. Otto Neurath-Gasse; ferner eine größere Anzahl von Kanalbauten in Siedlungsgebieten der Bezirke 10, 13, 14, 19, 21, 22 und 23; die Herstellung von Kanalanlagen für die Wohnhausbauten in 10, Per Albin Hansson-Siedlung Ost, am Südwest-Friedhof, im 12. Bezirk, und für Wohnhausanlagen in 22, Trabrennvereinsgründe; weiters die Kanalinstandsetzung in 2, Lilienthalgasse (Favoritner Sammelkanal), sowie die Kanalumbauten in 9, Lustkandlgasse, und 13, Fasangartengasse; weitere Kanalumlagen in 1, Morzinplatz, 2, Las-

sallestraße und Praterstraße, sowie in 9, Maria Theresien-Straße, aber auch die Umlegung des Alserbach-Entlastungskanal im 9. Bezirk als Vorbereitung für den U-Bahn-Bau; die maschinelle Einrichtung der Hochwasserpumpwerke am Rechten Hauptsammelkanal sowie am Auslaufkanal der Hauptkläranlage sowie schließlich der als 4. Bauabschnitt für die Hauptkläranlage zu errichtende Auslaufkanal.

Beim Bau der Hauptkläranlage, welche nach ihrer Fertigstellung sämtliche Abwässer Wiens, mit Ausnahme jener des Einzugsgebietes der Kläranlage Inzersdorf-Blumental, reinigen wird, wurden die im Jahre 1969 begonnenen Arbeiten fortgeführt. Dabei konnten die Arbeiten am 2. Bauabschnitt, der Beckengruppe, zum Abschluß gebracht werden. Die Beckengruppe umfaßt Vorklärbecken, Belebungsbecken und Nachklärbecken einschließlich der verbindenden Leitungen. Die maschinellen Einrichtungen werden hier erst vor der Inbetriebnahme der Kläranlage montiert werden, um die sonst notwendigen Wartungsarbeiten nicht zu lange durchführen zu müssen. Der im Jahre 1972 begonnene 3. Bauabschnitt, der die Kollektoren, den Entleerungskanal und den auf dem Gelände der Kläranlage liegenden Teil des Kaiser-Ebersdorfer Sammelkanals enthält, wurde zum größten Teil im Jahre 1973 fertiggestellt. Mit den Arbeiten am 4. Bauabschnitt, welcher den Auslaufkanal zum Donaukanal sowie den Tiefbauteil der Energierückgewinnungsanlage umfaßt, wurde im die Jahresmitte begonnen.

Im Zusammenhang mit dem verbesserten Hochwasserschutz von Wien ergibt sich die Notwendigkeit, einen Linken Donausammelkanal zu bauen sowie mit einem Hochwasserpumpwerk auszustatten und beim Rechten Hauptsammelkanal die Regenüberfälle umzubauen. Der Bau des größten und teuersten Kanals auf der linken Seite des Donaustromes, des Linken Donausammelkanals, wurde mit zwei weiteren Bauabschnitten fortgesetzt. Dieser Kanal wird künftighin die Abwässer sämtlicher am linken Donauufer gelegenen Teile von Wien der noch im Bau befindlichen Hauptkläranlage von Wien zuführen. Der Bauabschnitt 7, der von der Überfuhrstraße bis zur Floridsdorfer Brücke reicht, wurde im Jahre 1971 begonnen und im Jahre 1973 fast fertiggestellt. Der Bauabschnitt 2, der die tiefliegende Querung unter dem künftigen Entlastungsgerinne umfaßt, wurde im Jahre 1972 begonnen und zum größten Teil ebenfalls im Jahre 1973 ausgeführt.

Der verbesserte Hochwasserschutz bedingt auch Maßnahmen am bestehenden Kanalnetz, da andernfalls Hochwasser in die Stadt eindringen könnte. Zu diesen Maßnahmen gehört das Ausstatten der tiefliegenden Regenüberfälle des Rechten Hauptsammelkanals am unteren Donaukanal mit Schiebern. Im Jahre 1973 wurde ein Schieberhaus, einschließlich der maschinellen Einrichtung, beim Autobahnknoten Prater in 3, Erdberger Lände, bei der Nottendorfer Gasse, errichtet; die völlige Fertigstellung wird im Jahre 1974 erfolgen.

Die Arbeiten zur Verlängerung des Rechten Hauptsammelkanals, eines der größten Kanäle Wiens mit einem Querschnitt von $2 \times 5,00/4,35$ m, der den größten Teil der Abwässer Wiens zur Hauptkläranlage bringt, wurden abgeschlossen. Ein Teil der in voller Breite aufgegrabenen Straßenfläche der Simmeringer Lände konnte sodann wiederhergestellt werden.

Für einen Teil der Verlängerung des Linken Hauptsammelkanals und des Donaukanaldükers wurde am 8. November 1973 eine Anbotsverhandlung abgehalten. Unmittelbar nach der Genehmigung des Antrages soll mit diesen Arbeiten begonnen werden. Erstmals werden hier bei einem Kanalbau der Stadt Wien Spannbetonrohre mit einem Durchmesser von 2,55 m verwendet werden.

Schließlich sei noch auf die Kanalisierung der Tullner Bundesstraße hingewiesen, welche den Anschluß des Kahlenbergerdorfes an das Wiener Kanalnetz ermöglicht und mit deren letztem Bauabschnitt im Jahre 1973 begonnen wurde. Die Arbeiten werden voraussichtlich im März 1974 abgeschlossen sein. Sodann kann eine große Anzahl von Senkgruben im Kahlenbergerdorf und an der Heiligenstädter Straße, zwischen Nußdorf und dem Kahlenbergerdorf, aufgelassen werden.

Infolge des Baues der städtischen Wohnhausanlagen an der Mühlisangergasse und an der Thurnhofstraße sowie der Hauptwerkstätte der Wiener Verkehrsbetriebe im 11. Bezirk ist der 1. Kaiser-Ebersdorfer Sammelkanal überlastet, so daß als Entlastung ein 2. Kaiser-Ebersdorfer Sammelkanal errichtet werden muß. Mit dem Bau eines 833 m langen Teilstückes des 2. Kaiser-Ebersdorfer Sammelkanals wurde am 17. Dezember 1973 in der Zinnergasse begonnen.

Ferner wurden zur Aufschließung des für die WIG 1974 vorgesehenen Geländes im Jahre 1973 insgesamt 1,2 km Kanäle gebaut. Auch der 2. Leopoldauer Sammelkanal mußte zur Kanalisierung der Trabrennvereinsgründe um 600 m verlängert werden. Vor dem Ausbau von Bundesstraßen wurden 800 m Kanäle verlegt. Neben zahlreichen anderen Bauten zur Erweiterung des Kanalnetzes in einer Länge von insgesamt 6,5 km wurde die Kanalisierung von Wohnhausanlagen und Siedlungsgebieten fortgesetzt, wobei 2,3 km Kanäle errichtet wurden.

Ein schwieriges Arbeitspensum war im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau zu bewältigen. Im Jahre 1973 waren Umbauten, zum Teil im Minierungsverfahren, in einer Länge von 600 m durchzuführen, unter anderem am Morzinplatz, im 1. Bezirk, und am Reumannplatz, im 10. Bezirk.

Außerdem wurden wieder 900 m verrotteter Ziegelkanäle sowie überalterter Romazement-Kanäle in den Innenbezirken und alte, seichtliegende, unzureichende Kanäle in den Randgebieten umgebaut. Um den kostspieligen Umbau von Kanälen hinauszögern zu können, wurden ferner als Winterarbeit, bei geringer Wasserführung in den Kanälen, 500 m ausgewaschene Kanalsohlen durch den Einbau von Steinzeug- oder Granitsteinverkleidungen erneuert.

In baupolizeilichen Angelegenheiten waren im Jahre 1973 rund 7.100 neue Akten zu bearbeiten sowie rund 5.000 Kanalinstandsetzungs- und Anschlußaufträge aus früheren Jahren, die von den Hauseigentümern noch nicht erfüllt worden waren, zu überwachen. Außerdem wurden rund 3.200 Kanalbefunde ausgestellt und auf Antrag von Privatpersonen rund 4.900 Pläne größerer Hauskanalanlagen begutachtet.

Die Bautätigkeit der letzten Jahre zwang den Kanalbetrieb zu einer Reihe von Erweiterungen des Dienstbetriebes, etwa in der Hauptwerkstätte, im Räumdienst sowie bei den Sicherungen von Arbeitspartien, die im Jahr 1973 zu einem erheblichen Teil erst geschaffen werden mußten. Zugleich mußte das Labor erweitert und auch die entsprechenden Einrichtungen, einschließlich eines Laborwagens für die Industrie- und Gewerbeabwasserüberwachung, mußten geschaffen werden.

Der Einsatzdienst hatte im Jahr 1973 insgesamt 13.481 Einsätze zu bewältigen. Mit Hilfe von Hochdruckwagen wurden 454.525 m Rohrkanäle und 273.630 m Profilkäule gereinigt. Aus den Kanalanlagen wurden 8.622 m³ Sand, Schotter und sonstige Anlandungen entfernt. Der Aushub aus den Schotterfängen hatte ein Volumen von 3.178 m³. Aus dem Hauptsammelkanal wurden 1.458 m³, aus den Straßenkanälen 2.090 m³ und aus den Kläranlagen 1.896 m³ an verschiedenen Materialien gefördert.

Die Hochwasserpumpwerke hatten im Jahr 1973 eine verhältnismäßig geringe Frequenz, jedoch eine wesentlich höhere als im Jahre 1972. Es waren in Betrieb Schirlinggrund an 21 Tagen, Stadlau an 11 Tagen, Fännergasse an 13 Tagen, Kaiser-Ebersdorf an 10 Tagen und Kaisermühlen an 9 Tagen. Der gesamte hierfür erforderliche Strombedarf betrug 26.422 kWh.

Die Kanalhebewerke erreichten im Jahr 1973 eine neue Leistungsspitze, und zwar förderten sie 1.936.400 m³ Abwässer. Davon wurden in der Schwarzlackenau bei einem Einsatz 323.200 m³, in der Pastorstraße bei 2 Einsätzen 185.060 m³, in der Arbeiterstrandbadstraße bei 3 Einsätzen 242.200 m³, in der Spandlgasse bei 4 Einsätzen 338.080 m³ und in der Autokaderstraße bei 5 Einsätzen 848.100 m³ Abwässer gehoben. Diese Leistungen waren mit einem Strombedarf von 63.043 kWh verbunden.

Die Zahl der Regenwasserpumpwerke von Wien, die sämtliche bei Straßenunterführungen angeordnet sind, erhöhte sich im Jahre 1973 von 5 auf 8; ihre Leistung stieg dagegen auf das Zweieinhalbfache des Jahres 1972, und zwar wurden 121.100 m³ Niederschlagswasser bei einem Strombedarf von 5.116 kWh gehoben. Die Regenwasserpumpwerke sind bei den Unterführungen 12, Autobahnzubringer—Altmannsdorfer Straße, 19, Kuchelau, 20, Lorenz Müller-Gasse—Nordwestbahn, 21, Siemensstraße—Nordbahn und Hubertusdammstraße—Nordbahn, 22, Hirschstettner Straße—Ostbahn und Erzherzog Karl-Straße—Ostbahn, sowie 23, Ketzergasse—Südbahn, eingerichtet.

Der Stromverbrauch erreichte im Jahre 1973 in den Kläranlagen, Hebewerken, Hochwasserpumpwerken, Regenwasserpumpwerken den neuen Höchststand von 3.977.043 kWh.

Der Rechengutanfall stieg im Jahr 1973 ebenfalls an, und zwar mußten 3.485 m³ Rechengut abgeführt werden.

Die Zahl der Unfälle war im Jahre 1973 geringer als im Vorjahr. Es waren insgesamt nur 39 Unfälle (1972: 73) zu verzeichnen, doch ereigneten sich 3 schwere Unfälle, und 1 Unfall hatte einen tödlichen Ausgang.

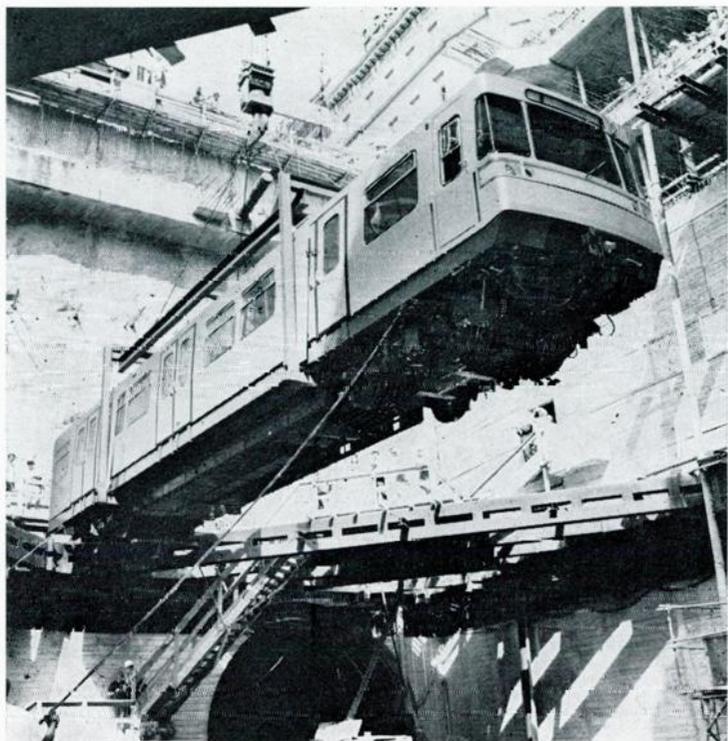
Die Zahl der Senkgruben erreichte im Jahr 1973 mit 30.930 den bisher höchsten Stand. Die Anzahl der Senkgrubenräumungen stieg auf 25.415. Die gesamte Aushubmenge betrug 139.214 m³.

Die in den beiden Kläranlagen 23, Inzersdorf-Gelbe Heide, und 23, Inzersdorf-Blumental, gereinigte Abwassermenge erreichte das Ausmaß von 16.118.100 m³.

Die Besichtigung der Kanalanlagen wurde bei 88 Führungen 3.468 Personen ermöglicht.

Laufende Instandhaltungsarbeiten wurden im Jahr 1973 an 418 Schadensstellen ausgeführt. 778 Kanalgitter und -deckel mußten instand gesetzt und ein Teil davon mußte mit schalldämpfenden Kunststoffplättchen versehen werden. Im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau waren auch wieder Schachtumbauten vorzunehmen. Ebenso war die Senkgrubenableerstelle 22, Harrachgasse, umzubauen.

Die Arbeiten in der Hauptwerkstätte reichten von der Herstellung von Scheibtruhen für die Faßkübel und von Wendeltreppen für den Hauptsammelkanal bis zur Anfertigung eines



Der erste U-Bahn-Wagen wurde auf der Baustelle Karlsplatz in die Tiefe versenkt. Der Doppeltriebwagen soll den Probebetrieb zwischen der Modellstation Taubstummengasse und dem Karlsplatz aufnehmen

U-Bahn-Bau

Die U-Bahn-Modellstation Taubstummengasse wurde am „Tag der offenen Tür“ von 17.000 Wienerinnen und Wienern besichtigt





Die Straßenwaschfahrzeuge sind in den Sommermonaten bei Tag und Nacht im Einsatz

Stadtreinigung und Fuhrpark

Schwere Schneepflüge stehen für den „Winterdienst“ bereit





Bürgermeister Leopold Gratz und Stadtrat Kurt Heller (Tiefbau) besichtigen das WIG-Gelände auf dem Laaer Berg

Stadtgartenamt

Wiener Schulkinder pflanzen einen Baum. Am „Tag des Baumes“ wurden 3.000 Laubbäume, 500 Nadelbäume und 2.000 Blüten- und Decksträucher in der Stadt gepflanzt





Um den Erholungswert des Praters zu erhöhen, wurde für Lastautos über 2,5 Tonnen die Durchfahrt gesperrt

Verkehrsangelegenheiten

Die Meidlinger Hauptstraße wurde an den vier Einkaufsamstagen vor Weihnachten zur verkehrsarmen Zone erklärt



Schwemmwagen sowie von der Reparatur von Hochwasserschiebern und der Herstellung von Hochdruckdüsen für die Hochdruckfahrzeuge bis zur Einrichtung eines Laborwagens samt Anhänger und dem Bau eines Kübelzuges für die Kläranlage Inzersdorf-Blumental.

Mit der Erweiterung der Funkanlage zur automatischen Überwachung der Kanalhebewerke auf die Hebewerke 19, Kuchelau, und 12, Autobahnzubringer-Altmanndorfer Straße, wurde begonnen.

Als Folge der Hochdruckwagenräumung konnten im Jahre 1973 wieder weitere 50 Spülkammereinrichtungen demontiert werden.

An größeren baulichen Herstellungen sind, nach Bedeutung und Umfang geordnet, zu erwähnen: ein Zubau für die Hauptwerkstätte; die Erweiterung des Lagerplatzes im 14. Bezirk; der Zubau eines Magazins im 10. Bezirk; die Herstellung einer Pumpstation für die WIG 1974 in der Kläranlage 23, Inzersdorf-Blumental, sowie der Neubau eines Betriebslokales für den 2. Hauptsammelkanal in 22, Waldrebgasse 3, der allerdings nicht abgeschlossen werden konnte. Außerdem wurden sämtliche Gasleitungen im Pumpwerk 22, Kaisermühlen, erneuert.

Im Labor wurde, hauptsächlich zur Bestimmung von toxischen Schwermetallen in Abwässern, ein Atomabsorptionsspektrophotometer angeschafft. Außerdem wurden dort ein Ionenselektivmeßgerät und ein vollautomatischer Titrierstand zur Schnellbestimmung des Sulfatgehaltes von Abwässern in Betrieb genommen. Obwohl die Abwasserüberwachung erst seit kurzem vorgenommen wird, konnten bereits die Abwässer von 159 Firmen untersucht werden. Etwa ein Drittel der Firmen leitete schädliche, zum Teil grobschädliche Abwässer in die Kanalisation ein, wie die Überwachungsergebnisse zeigten. Der ebenfalls im Jahre 1973 angeschaffte Laborwagen mit entsprechenden Einrichtungen ermöglicht es, eine Reihe von Parametern, wie den pH-Wert, die Leitfähigkeit (Salzgehalt) und die Temperatur des Wassers, an Ort und Stelle zu prüfen.

Städtische Gartenanlagen

Das Stadtgartenamt errichtete im Jahre 1973 eine größere Anzahl neuer Gartenanlagen; einige bestehende Anlagen wurden umgestaltet oder instand gesetzt. So wurde im 1. Bezirk mit der Instandsetzung der Grünstreifen innerhalb der Ringstraße begonnen. Im 2. Bezirk wurden die gärtnerischen Arbeiten im Bereich der ehemaligen Endstelle der Linie 80 beim Lusthaus fortgesetzt und weitere Flächen in das bestehende Pratergebiet einbezogen; viele Wege und Plätze um die Hauptallee sowie die Rotundenallee wurden instand gesetzt und staubfrei gemacht. Die gärtnerische Ausgestaltung der Uferböschungen des Donaukanals im Bereich der Erdberger Lände und die Arbeiten an der kleinen Parkanlage in 7, Siebensterngasse 36, konnten abgeschlossen werden.

Im 10. Bezirk wurden weitere freie Flächen innerhalb der Per Albin Hansson-Siedlung, entlang der neuen Straßenbahntrasse und in der Per Albin Hansson-Siedlung Nord als Grünanlagen ausgestaltet. Die Arbeiten an der neuen Parkanlage in 10, Sickingengasse—Sahulkagasse, hinter dem Volkswagenwerk, konnten beendet werden. Außerdem wurden entlang der als Hauptzufahrtsstraße zur WIG 1974 ausgebauten Laaer Berg-Straße mehr als 100 Alleebäume gepflanzt und Grünflächen angelegt.

In Ober-Laa, wo die Wiener Internationale Gartenschau 1974 von der Heilquelle Ober-Laa Kurbetriebsgesellschaft mbH, im Auftrag der Stadt Wien gemeinsam mit dem Bundesverband der Erwerbsgärtner Österreichs vom 18. April bis 14. Oktober 1974 veranstaltet werden wird, wurde an der Ausgestaltung des 100 ha umfassenden WIG-Geländes gearbeitet. Die Arbeiten an den Baulichkeiten, die zunächst für die WIG 1974 und später für den Kurbetrieb verwendet werden sollen, setzten ebenso wie die ersten Baumpflanzungen am 11. November 1970 ein. Im Jahre 1973 gingen, dank den günstigen Witterungsverhältnissen des Sommers, die gärtnerischen wie die Bauarbeiten auf dem gesamten Ausstellungsgelände zügig voran. Die Einbauarbeiten wurden im Bereich der Hochbauten vollständig abgeschlossen. Alle für die WIG 1974 hergestellten Anlagen waren zu Jahresende in ihrer gärtnerischen Thematik bereits voll erkennbar; es wurden nur noch die Gehölze und Staudenanlagen durch letzte Pflanzungen aufgefüllt und die Blumenzwiebeln der Frühjahrsblüher ausgesetzt. Bis 15. November wurden 11.558 Laubbäume, 17.307 Koniferen, 130.935 Sträucher, 30.401 Wildrosen, 82.273 Polyantha- und Schlingrosen sowie 574.823 Stauden gesetzt. Das gesamte Ausstellungsgelände wird mit 1,2 Millionen Stück Zwiebelpflanzen bepflanzt werden, 950.000 Stück waren bis zu dem erwähnten Zeitpunkt bereits gelegt. Im Bereich nördlich des Schwanensees stand der Treppengarten vor seiner Vollendung. Auch die drei großen, im Nordostteil des WIG-Geländes angelegten Kinderspielplätze „Erde“, „Mond“ und „Universum“ waren nahezu fertiggestellt. Die für die „Gärten der Nationen“ zur Verfügung gestellten Flächen waren zu Jahresende zur Gänze an Ausstellerfirmen vergeben. Im „Japanischen Garten“ waren die Herbstarbeiten beendet, im „Belgischen“, „Deutschen“ und „Holländischen Garten“ sorgten die Arbeitsteams noch für die end-

gültige Gestaltung. Die Stadtgartenämter der Österreichischen Landeshauptstädte sowie der drei größten Städte Niederösterreichs, denen der an die „Gärten der Nationen“ angrenzende Teil des Geländes für Ausstellungszwecke eingeräumt worden ist, hatten die Herbstarbeit beendet. Die noch notwendigen dekorativen Auspflanzungen in den einzelnen Geländeteilen werden erst im Frühjahr 1974 vorgenommen werden.

Das gesamte Ausstellungsgelände ist von asphaltierten Wegen mit einer Länge von 25 km durchzogen; auf den meisten war zu Jahresende 1973 auch die Verschleißschicht schon fertiggestellt. Den Besuchern wird für Besichtigungsfahrten im Ausstellungsgelände die Monorail-Einschienenbahn sowie eine mit Flüssiggas betriebene Ausstellungsbahn zur Verfügung stehen. Die Schienen der Monorail waren bereits montiert und auch das Abstellgleis war nahezu fertiggestellt, so daß eine baldige probeweise Betriebsaufnahme bevorstand.

Von den Hochbauten waren die drei Rundhallen mit einer Fläche von zirka je 3.000 m² gänzlich und das Thermalhallenbad so weit fertiggestellt, daß es im März 1974 eröffnet werden kann. Bei den Einzelhallen, den Mehrzweckhallen, dem Kurmittelhaus und beim Tourotel wurden noch Innenarbeiten, den im Netzplan vorgesehenen Terminen entsprechend, vorgenommen.

Auch im Ortsgebiet von Ober-Laa wurden die bestehenden Anlagen, vor allem am Kirchenplatz und entlang der Liesing, ausgestaltet und verbessert.

Im 11. Bezirk konnte die innerhalb der neuen Wohnhausanlage Geringergasse—Seeschlachtweg—Mitterweg errichtete große öffentliche Parkanlage, die mit einem Rodelberg, einer Rollerbahn und anderen Kinderspieleinrichtungen ausgestattet ist, fertiggestellt werden. Neue Grünstreifen waren nach Abschluß der Straßenbauarbeiten in 12, Edelsinnstraße, im Zusammenhang mit der Unterführung der Altmannsdorfer Straße, anzulegen. Außerdem wurde im 12. Bezirk die an der Steinbauergasse gelegene Gartenanlage umgestaltet, wobei auch die Weg- und Platzflächen staubfrei gemacht wurden. Ein Ballspielplatz für Kinder und Jugendliche wurde in 14, Viktor Kutschera-Platz, hergestellt; die dort bestehenden Grünflächen wurden gesäubert. Im 15. Bezirk konnte die in der Grimmigasse gelegene Gartenanlage nach dem Abbruch eines von der Stadt Wien erworbenen alten Hauses erweitert und durch einen Kinderspielplatz sowie einen Ruheplatz für ältere Menschen bereichert werden. Weiters wurde auf der Schmelz, neben dem neuerbauten Gymnasium und der Hochschule für Leibesübungen, ein Fußweg hergestellt; die Flächen an der Oeverseestraße und Possingergasse wurden gärtnerisch ausgestaltet. Im besonders dicht bebauten Teil des 16. Bezirks, in der Gaullachergasse und in der Grundsteingasse, wurden kleine Grünanlagen mit Sitzplätzen eingerichtet, um dort das Stadtbild zu verbessern.

Die Arbeiten an der großen Grünanlage auf der Hohen Warte, im 19. Bezirk, wurden mit der Staubfreimachung der Wege und Platzflächen fortgesetzt. Ferner wurde hinter der neuen Wohnhausanlage 19, Krottenbachstraße 122, auf einem großen, noch unbebauten Gelände, in möglichst natürlicher Art ein Kinderspielplatz mit Spielgeräten in neuer Bauweise hergestellt. Im Winter kann dieses Gelände auch zum Schifahren und Rodeln verwendet werden. Auch im 20. Bezirk, am Leipziger Platz, wo die bereits bestehenden Grünflächen ausgestaltet wurden, konnten einige Spielgeräte aufgestellt werden. Im 21. Bezirk, in der Großfeldsiedlung, wurden bei der Anlegung von neuen Grünflächen ebenfalls Spiel- und auch Sitzplätze eingerichtet. Die bestehenden Spielplätze, vor allem die im Zentrum der Großfeldsiedlung liegenden, wurden mit zusätzlichen Spielgeräten ausgestattet.

Im 22. Bezirk wurde die Ausgestaltung der Uferflächen an der Unteren Alten Donau im Einvernehmen mit der Magistratsabteilung für Brücken- und Wasserbau fortgesetzt.

Gärtnerisch gestaltete Anlagen wurden schließlich auch im 23. Bezirk, auf unbebauten Flächen zwischen der Rudolf Zeller-Gasse und der Mehlführergasse, geschaffen. Nach dem Ausbau der Breitenfurter Straße entstanden im Ortskern von Atzgersdorf ebenfalls neue Grünflächen mit einem Rodelberg für Kinder.

Wie jedes Jahr konnten in Straßen und auf Plätzen Wiens Bäume gepflanzt werden. Einige Bäume, die sonst hätten gerodet werden müssen, wurden ausgegraben und an anderer Stelle eingesetzt. Am „Tag des Baumes“, der im Jahre 1973 besonders feierlich begangen wurde, konnten insgesamt 3.500 Bäume neu gepflanzt werden.

In einigen Parkanlagen, wie im Herder-, Hybler- und Kongreßpark, am Reschplatz, Karl Seitz-Platz, Sechshauser Gürtel und am Simoningplatz konnten die Wege und Platzflächen instand gesetzt und staubfrei gemacht werden.

Ein besonderes Anliegen war es, wo immer es möglich war, Spielgeräte aufzustellen und die bestehenden Spielplätze zu verbessern; dies geschah mit dem Kinderpark im Stadtpark und am Allerheiligenplatz im 20. Bezirk. Außerdem wurden bei den neu errichteten Wohnhausanlagen im Rahmen der Umlandsanierung provisorische Grünflächen angelegt, die den Kindern zum Spielen offenstehen.

Im Zusammenhang mit dem sozialen Wohnungsbau der Stadt Wien wurden viele neue Grünanlagen geschaffen, die auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen; sie bilden eine wertvolle Ergänzung der öffentlichen Gartenanlagen.

Neben den gärtnerischen Arbeiten wurden zahlreiche Einfriedungen instand gesetzt, neue Ballfanggitter aufgestellt und Parkeinrichtungen repariert.

Für den Wettbewerb „Wien im Blumenschmuck“ wurden Geld- und Ehrenpreise im Werte von 120.000 S ausgesetzt.

Die Organe des amtlichen Pflanzenschutzdienstes nahmen 31.551 Gartenkontrollen in Klein-, Siedler- und Privatgärten vor. Außerdem wurden 406 Vorträge, teilweise mit Lichtbildern, zur Schulung der Gartenbesitzer abgehalten und 70 Tonfilmvorführungen veranstaltet.

Bei den Pflanzeneinfuhrkontrollen auf Grund der Pflanzeneinfuhrverordnungen und bei den Qualitätsklassenkontrollen nach dem Qualitätsklassengesetz wurden 1.680 Sendungen, darunter 727 Wagons und 953 Lastkraftwagen, überprüft.

Städtische Friedhöfe

Eine im Jahre 1972 durchgeführte Verwaltungsvereinfachung ermöglichte es, seit dem Frühjahr 1973 einige Bedienstete ausschließlich mit Friedhofssanierungsangelegenheiten zu befassen. Ihre Aufgabe ist es, verwahrloste Grabstellen, Grabkammern und Grüfte, vorwiegend solche, die vor Jahren auf Grund der damals geltenden Bestimmungen auf Friedhofsdauer vergeben worden waren, einzuziehen. In den 9 Monaten ihrer Tätigkeit im Jahre 1973 gelang es ihnen, im Wiener Zentralfriedhof sowie in den Friedhöfen Hietzing, Döbling, Rodaun, Dornbach und Mauer 681 derartige Grabstellen zu erfassen. Bei 642 Gräbern, und zwar bei 462 Familiengräbern und 180 Grüften, war das Benützungsrecht tatsächlich erloschen; diese Grabstellen werden nun neuerlich vergeben werden. Im Wiener Zentralfriedhof sowie in den Friedhöfen Atzgersdorf, Ottakring, Inzersdorf und Baumgarten und in der Simmeringer Feuerhalle wurden 855 Familiengräber, 126 Grüfte und 73 Urnengräber aufgenommen, doch muß bei diesen die Frage, ob das Benützungsrecht noch aufrecht ist, erst geprüft werden. Zweck dieses Vorgehens ist, verwahrloste Gräber zu beseitigen und die Vergabe von neuen Grabstellen auf Erweiterungsflächen einzuschränken. Es hat sich gezeigt, daß ein Teil der Bevölkerung herkömmliche Grabstellen bevorzugt, die mit Grabeinfassungen und Grabdeckel versehen werden können. Da auf Friedhofsdauer vergebene Gräber nur in herkömmlichen Grabfeldern liegen, kann auf diese Weise überdies ein Wunsch eines Teiles der Bevölkerung erfüllt werden.

Der Versuch, zusätzliche Friedhofstore für Friedhofsbesucher zu öffnen, um diesen weite Umwege zu ersparen, bewährte sich im großen und ganzen. Es wurden daher auf den Friedhöfen Hernalz und Hietzing zusätzliche Friedhofseingänge geschaffen. Wegen des herrschenden Personalmangels müssen diese Eingänge jedoch unbewacht bleiben. Dies führte anfangs zu geringfügigen Schwierigkeiten mit undisziplinierten Friedhofsbesuchern, doch scheinen diese nunmehr überwunden zu sein.

Um die erforderlichen Beerdigungsflächen sicherzustellen, wurde der Friedhof Aspern um rund 42.000 m² vergrößert. Bei weiteren 5 Friedhöfen wurden kleinere Grundarrondierungen durchgeführt.

Im Jahre 1973 wurden 26.298 Beerdigungen durchgeführt, und zwar 21.992 Erd- und 4.306 Urnenbestattungen. Es haben daher gegenüber dem Vorjahr die Urnenbestattungen um 112 zu- und die Beerdigungen um 400 abgenommen. Es ist damit absolut und relativ eine Zunahme der Urnenbestattungen zu verzeichnen.

Bei den Beerdigungen waren 20.009 oder 76,1 Prozent Beilegungen, 3.176 oder 12,1 Prozent Neu-belegungen in heimgefallenen Grabstellen und 3.113 oder 11,8 Prozent Neu-belegungen auf Erweiterungsflächen. Von den Urnenbestattungen waren 1.677 (38,9 Prozent) Beilegungen in Familiengräbern und 2.629 (61,1 Prozent) Bestattungen in Urnengräbern. Einschließlich der nicht in Wien bestatteten wurden 4.585 Leichen verbrannt.

874 Beerdigungen wurden in einfachen Gräbern durchgeführt; ihre Zahl war etwas höher als im Jahre 1972, in dem 772 derartige Begräbnisse vorgenommen wurden.

Die Zahl der Deckplattenbewilligungen nahm gegenüber dem Jahre 1972 neuerlich ab. Wurden im Jahre 1972 noch 5.717 derartige Bewilligungen erteilt, so waren es im Jahre 1973 nur 4.252. Die Instandhaltungsarbeiten an Gebäuden wurden im erforderlichen Ausmaße weitergeführt. Besonderer Wert wurde auf die Modernisierung der Anlagen gelegt. Die Aufbahnhallen der Friedhöfe Aspern, Atzgersdorf, Mauer, Inzersdorf, Baumgarten und Hütteldorf wurden umgebaut. Im Friedhof Aspern wurde eine gekühlte Beisetz-kammer und im Friedhof Baumgarten eine

Versenkungsanlage zur Durchführung von Kremationsfeiern in der Aufbahrungshalle eingebaut. Im Friedhof Südwest wurde mit dem Bau einer neuen Aufbahrungshalle auf der südlich der Wundtgasse gelegenen Erweiterungsfläche begonnen.

Beim Wiener Zentralfriedhof, bei der Simmeringer Feuerhalle und beim Friedhof Hernalts wurden die Einfriedungsmauern bei den Eingängen instand gesetzt. Um in der Gärtnerei des Wiener Zentralfriedhofes die Arbeiten zu rationalisieren, wurde die bestehende Kokscentralheizung in eine vollautomatische Ölheizung umgebaut.

Ferner wurden zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Personals in der Städtischen Steinmetzwerkstätte ein Zubau für Bäder und eine Abortanlage errichtet. Im Friedhof Hietzing wurden das Wohnhaus, die Bäder und die Personalgarderoben modernen Anforderungen angepaßt.

Weiters wurden in den Friedhöfen 5.487 Grabstein- und 3.659 Einfassungsfundamente, die zum Teil auf 1.136 Piloten ruhen, hergestellt. 54 Grüfte, 122 Grabkammern und 6 Urnengrabkammern wurden neu errichtet. Von den Einfriedungen wurden 758 m neu hergestellt und 1.336 m instand gesetzt. Dem Bau von 450 m² Straßen und 860 m² Wegen standen 37.704 m² Straßen und 100.811 m² Wege gegenüber, die instand gesetzt oder staubfrei gemacht wurden. Außerdem wurden 872 m Wasserleitungsrohre und 126 m Gasrohre neu verlegt sowie 120 m Wasser- und 150 m Gasrohrleitungen ausgewechselt. Überdies mußten 141 Wasserrohrgebrechen behoben werden. In den Friedhöfen Mauer und Südwest wurden auch neue Kanalleitungen verlegt.

Von heimgefallenen Gräbern wurden 1.585 Grabsteine abgetragen und am Lagerplatz deponiert. Zur Abfuhr des Friedhofmülls wurden 4.766 Lastkraftwagen-Tagesfahrten benötigt.

Die gartentechnische Betreuung der Friedhöfe umfaßte, neben dem Anlegen von Grünflächen, 325 Baum- und 2.300 Heckenpflanzungen. 64 Bäume und 800 m überalterter Hecken wurden gerodet. Außerdem wurden die notwendigen Schnitтарbeiten an 1.642 Bäumen und 62.400 m Hecken vorgenommen. Rund 2,125.000 m² Friedhofsflächen waren im Frühjahr und im Herbst zu mähen. Auf 384.700 m² Wegen wurde das Unkraut entfernt. Die Frühjahrssäuberung wurde auf 1,215.600 m² Flächen vorgenommen. Außerdem waren die Krieger-, Opfer- und Alliiertengräber zu betreuen und 232.000 m² Grünanlagen zu pflegen. 163 heimgefallene Gräber wurden gerodet.

In den Friedhöfen Jedlese, Neustift am Walde, Südwest, Groß-Jedlersdorf, Hütteldorf und im Wiener Zentralfriedhof wurden insgesamt 9 Gräbergruppen gärtnerisch ausgestaltet, in den Friedhöfen Neustift am Walde und Inzersdorf überdies 3 Gruppen neu hergestellt. Im Wiener Zentralfriedhof wurde die ehemalige Schachtgräbergruppe 36, die ein Ausmaß von 17.000 m² aufwies, gerodet und neu begrünt, in der Simmeringer Feuerhalle wurden die Grünflächen vor der Urnenmauer im Bereich der Gruppen E 17 bis E 20 gärtnerisch ausgestaltet, und im Stammersdorfer Zentralfriedhof wurden auf den Erweiterungsflächen Rasenflächen angelegt.

Auch im Jahre 1973 wurden wieder Gräber von verdienten Persönlichkeiten als Ehrengräber in die Obhut der Stadt Wien übernommen. Es waren dies: im Wiener Zentralfriedhof die Gräber von Prof. Hans Erich *Apostel*, Komponist, Prof. Albert Konrad *Güterslob*, akad. Maler und Schriftsteller, Prof. Dr. Richard *Maux*, Komponist, Prof. Hans *Wagner-Schönkirch*, Regierungsrat, Ing. Georg *Weissel*, Widerstandskämpfer, Dr. Karl *Zeller*, Operettenkomponist, und Arnold *Schönberg*, Komponist; im Friedhof Hietzing die Grabstätten von Dr. Anton *Banhans*, Handelsminister a. D., Johanna *Franul* von Weißenthurn, Schauspielerin und Schriftstellerin, Franz *Hanselmayer*, einst Bürgermeister der Gemeinde Hietzing, Univ.-Prof. Dr. med. Alexander *Kolisko*, Graf Samuel von *Kostrowicki*, einer der Präsidenten des polnischen PEN-Klubs, Dr. med. Johann *Malfatti* und Univ.-Prof. Dr. Ludwig Wilhelm *Mauthner*, Gründer des St. Anna-Kinderspitals, sowie ein Gruftplatz, in dem Bischof Franziskus *Szanwo de Torda*, Karl Freiherr von *Moering*, Feldmarschalleutnant, Heinrich Ritter von *Zeissberg*, der Geschichtslehrer des Kronprinzen Rudolf, Franz Freiherr *Krieg* von *Hochfelden*, Reichstagspräsident, und Dr. Josef Freiherr von *Bezecny*, Generalintendant des k. k. Hoftheaters, bestattet sind; in der Simmeringer Feuerhalle das Urnengrab von Florian *Hedorfer*, Gemeinderat a. D.; im Friedhof Neustift am Walde das Grab von Univ.-Prof. Dr. Robert *Lesk*, Chirurg, sowie im Friedhof Meidling die Grabstätte von Frau Sophie von *Löwenthal*.

Ehrenhalber auf Friedhofsdauer wurden gewidmet: im Wiener Zentralfriedhof Gräber für Prof. Dr. Paul *Gelmo*, Chefchemiker der österreichischen Staatsdruckerei, Prof. Josef *Gunsam*, akad. Maler, Prof. Albert *Janesch*, akad. Maler, Dr. Adalbert *Mikulicz*, Leiter des Tierschutzhauses, Hofrat Alois *Podhajsky*, Oberst a. D., Hermine *Elssler*, Tänzerin, und Prof. Mario *Petrucci*, Bildhauer; in der Simmeringer Feuerhalle das Urnengrab von Dr. Jacques *Hannak*, Publizist; im Friedhof Döbling die Gräber von Univ.-Prof. Dr. Lorenz *Böhler*, Unfallchirurg, und Prof. Eduard *Volters*, Kammerchauspieler, sowie im Friedhof Ober-St. Veit das Grab von Friedrich Julius *Bieber*, Afrikaforscher.

Die Städtische Friedhofsgärtnerei hatte im Jahre 1973 in etwa dem gleichen Ausmaß wie im Vorjahr Aufträge für Gräberschmückungen zu erfüllen. Wegen der ständig wachsenden

Kosten wurden mit Ende August 1972 die Ausschmückungspreise um rund 12 Prozent nachgezogen, doch wurde diese Preiserhöhung erst zu Beginn des Jahres 1973 voll wirksam. Dennoch lagen die Preise unter dem ortsüblichen Niveau. Neben den Grabschmückungen und der Herstellung von Kranzgebinden für Kunden wurde die Aufzucht von rund 2,75 Millionen Stück Pflanzen betrieben.

Außerdem wurden Pflanzendekorationen für Aufbahrungen hergestellt und die Pflanzenbestände auf den Friedhöfen gepflegt. Rund 1.600 Krieger- und Opfergräber, 760 Ehrengräber und 15 Ehrengrabanlagen wurden betreut.

Die Städtische Steinmetzwerkstätte konnte ihre Auftragslage gegenüber dem Jahre 1972 leicht verbessern und alle Kundenaufträge in angemessener Zeit zufriedenstellend erledigen.